

Klingemann, Hans-Dieter

Book — Digitized Version

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung: eine regionale Wahlanalyse

Politik und Wähler, No. 2

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1969) : Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung: eine regionale Wahlanalyse, Politik und Wähler, No. 2, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112662>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

POLITIK UND WÄHLER

herausgegeben von
Ferdinand A. Hermens, René König,
Erwin K. Scheuch, Rudolf Wildenmann

Band 2

BESTIMMUNGSGRÜNDE DER WAHLENTSCHEIDUNG

Eine regionale Wahlanalyse

von

Hans -Dieter Klingemann

1969

Verlag Anton Hain · Meisenheim am Glan

© 1969 Verlag Anton Hain KG - Meisenheim am Glan
Herstellung: Verlag Anton Hain KG - Meisenheim am Glan
Printed in Germany

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung entstand im Rahmen des Projektes: "Bundestagswahl 1961", einer gemeinsamen Unternehmung der Forschungsinstitute für Soziologie und für Politische Wissenschaft, beide Universität zu Köln.

Diese Arbeit über regionale Aspekte der Erklärung von Wahlverhalten wurde wesentlich angeregt und beeinflusst durch Professor Dr. Erwin K. Scheuch. Das Projekt: "Bundestagswahl 1961" hatte kein Einzelthema, wohl aber einen einheitlichen Bezugsrahmen. Der wissenschaftlichen Arbeit von Professor Dr. Erwin K. Scheuch, Professor Dr. Rudolf Wildenmann und Dr. Gerhard Baumert ist es zu danken, daß dieser Bezugsrahmen, der Ansätze der Soziologie und der Politischen Wissenschaft zur Erklärung von Wahlverhalten auf systematische Weise zusammenfaßt, entstanden ist. Es wäre ihrem Ansatz zuzurechnen, wenn auch in dieser Studie etwas von diesem interdisziplinären Konzept verwirklicht wurde.

Darüberhinaus habe ich sowohl bei Herrn Professor Dr. Erwin K. Scheuch als auch bei Herrn Professor Dr. Rudolf Wildenmann eine Dankeschuld für ihre menschliche und finanzielle Hilfe abzutragen.

Herrn Professor Dr. René König und Herrn Professor Dr. Ferdinand A. Hermens gebührt mein Dank. Durch ihre großzügige Unterstützung wurde diese Analyse mit ermöglicht.

Dank gilt auch den Mitarbeitern der Wahlstudie, insbesondere Herrn Dr. Pappi und Herrn Dr. von Schuckmann. In vielen gemeinsamen Diskussionen habe ich manche Anregung gewonnen.

Herr Höhe, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, und Herr Rudolph, Rechenzentrum der Universität zu Köln, haben entscheidenden Anteil an der Programmierung und der maschinellen Auswertung des Materials. Das Rechenzentrum der Universität zu Köln, das Statistische Landesamt, Düsseldorf, und die Chemischen Werke, Köln-Kalk, stellten für diese Auswertungen Computerzeit zur Verfügung. Auch ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Diese Studie hätte nicht geschrieben werden können ohne die Geduld und die verständnisvolle Hilfe meiner Frau.

Hans-Dieter Klingemann
Jungholz, im Herbst 1966

INHALT

Vorwort	V
§ 1 Fragestellung, theoretischer Ansatz und Methode der Untersuchung	1
§ 2 Das politische Profil des Bundestagswahlkreises Heilbronn	8
1. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1961	8
2. Das Wahlergebnis des Jahres 1961 in historischer Per- spektive	16
§ 3 Region und Wahlentscheidung	29
1. Wahlkreis und Wahlentscheidung	33
2. Die Wahlentscheidung in Regionen unterschiedlicher politischer Tradition	42
§ 4 Konfession und Wahlentscheidung	59
1. Die Wahlentscheidung der Katholiken	61
2. Die Wahlentscheidung der Protestanten	82
§ 5 Beruf und Wahlentscheidung	89
1. Die Wahlentscheidung der Arbeiter	94
2. Die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten	118
3. Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirt- schaftlichen Bereiches	134
4. Die Wahlentscheidung der Bauern	143
5. Die Wahlentscheidung der Hausfrauen	158
§ 6 Wahlkampf und Wahlentscheidung	171
1. Die Aktivitäten der Kandidaten und der regionalen Parteiorganisation	171
2. Regionale Themen des Wahlkampfes	181
3. Der Informationsgrad über das regionale Wahlkampfgeschehen	188
4. Die Bedeutung der regionalen Tageszeitungen	196
5. Die Funktion des Wahlkampfes für die Wahlentscheidung	204
§ 7 Konstanz und Wechsel der Wahlentscheidung	225
1. Die Veränderungen der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes 1961	225
2. Die Veränderung der Wahlentscheidung von der Bundestags- wahl 1957 zur Bundestagswahl 1961	235

3. Politisches Interesse, politische Information und die Struktur der Primärumwelt bei Konstanten und Wechslern	240
4. Konstanz und Wechsel im regionalen Kontext	248
§ 8 Zusammenfassung der Ergebnisse	256
Anhang	263
I Verzeichnis der Schaubilder	265
II Verzeichnis der Tabellen	266
III Zurechnung der Gemeinden zu speziellen Subdistrikten	276
IV Indexbildungen	292
V Literaturverzeichnis	296

§ 1 FRAGESTELLUNG, THEORETISCHER ANSATZ UND METHODE DER UNTERSUCHUNG

Die Analyse von Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung in einem Teilbereich des politischen Gesamtsystems hat einen zweifachen Charakter: einen objektbezogenen und einen paradigmatischen¹.

Betrachtet man die bisher unternommenen Versuche der Darstellung regionaler politischer Strukturen und Prozesse, so betonen einerseits die von bestimmten Schulen der politischen Wissenschaft², der Geschichtswissenschaft³ oder der Sozialgeographie⁴ ausgehenden Untersuchungen mehr den Objektcharakter, ohne allerdings in den meisten Fällen eine analytische Fragestellung zu entwickeln.

1) Vgl. die analoge Diskussion von: Arensberg, Conrad M., "Die Gemeinde als Objekt und Paradigma", in: König, René (Hrsg.), "Handbuch der empirischen Sozialforschung", 1. Bd., Stuttgart 1962, S. 498 ff.

2) Hierbei wird insbesondere an die frühen Wahlkreisstudien gedacht, die vom Nuffield College, Oxford, angeregt wurden. So findet sich schon bei: McCallum, Ronald B., and Alison Readman, "The British General Election of 1945", London 1947, ein Überblick über eine Reihe von Wahlkreisen. Typisch für den hier gemeinten Stil: Chrimes, S. B. (Editor), "The General Election in Glasgow, February 1950, Glasgow 1950

Eine ausführliche Darstellung gibt: Diederich, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 117 ff. und 214 ff.

3) So in Deutschland etwa: Schierbaum, Hansjürgen, "Die politischen Wahlen in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1848-1867", Düsseldorf 1960; Steil, Hans Willi, "Die politischen Wahlen in der Stadt Trier und in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1867-1887, Phil. Diss. Bonn 1961; Hess, Adalbert, "Die Landtags- und Reichstagswahlen im Großherzogtum Hessen 1865-1871" Oberursel/Taunus 1957; Weinandy, Klaus, "Die politischen Wahlen in den rechtsrheinischen Kreisen Sieg, Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach und Waldbröl des Regierungsbezirks Köln in der Zeit von 1849 bis 1870", Phil. Diss. Bonn 1956; Haas, Arnim, "Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Regierungsbezirk Aachen von der deutschen Revolution 1848/1849 bis zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71", Phil. Diss. Bonn 1954; Mattes, W., "Die bayerischen Bauernräte", Stuttgart 1921; Franz, Günther, "Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949. 2. Auflage, Bremen 1953; Graf, Hans, "Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund", Hannover - Fankfurt a. M. 1958; Vogel, Bernhard und Peter Haungs, "Wahlkampf und Wählertradition", Köln und Opladen 1965; einige weitere, regionale Studien werden mitgeteilt in: Bracher, Karl D., "Die Auflösung der Weimarer Republik", Stuttgart - Düsseldorf 1955; zum sozialhistorisch orientierten Ansatz vgl.: Abendroth, Wolfgang, "Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie", in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte, Stuttgart 1957, S. 300-306; vgl. auch: Diederich, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 144 ff. und S. 215 ff.

4) Ausgehend von der französischen géographie humaine hat André Siegfrieds "Tableau Politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République", Paris 1913 in dieser Richtung schulebildend gewirkt. Vgl. dazu: Diederich, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 16 ff. und S. 209 ff.

Andererseits haben die Ansätze mit politisch-soziologischer Fragestellung häufiger einen paradigmatischen Charakter, wobei die Begrenzung auf den besonderen Untersuchungsbezirk mit methodischen Erfordernissen begründet wird⁵.

Im Rahmen der Kölner Analyse, Projekt: "Bundestagswahl 1961"⁶, waren die Untersuchungen ausgewählter Wahlkreise in erster Linie als "in vivo Studien"⁷ konzipiert. Die Themenkreise "Wählerverhalten", "Politische Parteien und Interessengruppen" sowie "Bedingungen des Wechsels" sollten aufeinanderbezogen abgehandelt werden⁸. Das hieß jedoch zunächst einmal Beobachtung und Beschreibung alles dessen, was im Rahmen einer Analyse des politischen Verhaltens im weitesten Sinne als wichtig zu erachten war. Erst im Laufe der Arbeit am Objekt wurde die Fragestellung, die dieser Untersuchung zugrundeliegt, entwickelt.

Eine Ortsbestimmung der Stellung von Wahlkreisstudien im Rahmen von Wahluntersuchungen muß vor allem versuchen, den Charakter des Wahlkreises als eigenes Forschungsobjekt näher zu bestimmen. Sie hat dann die Grenzen und Möglichkeiten für Verallgemeinerungen abzustecken und schließlich die Methoden zu beschreiben, die ein derart komplexer Forschungsansatz, wie der einer Wahlkreisstudie, verlangt.

Will man den weitgehend zeitgeschichtlich-deskriptiven oder historischen Ansatz überwinden, so bieten sich von politisch-wissenschaftlicher Seite vor allem solche Fragestellungen an, die von der Verfassungs- und Wahlrechtstheorie einerseits und von der Lehre von den Parteien und Interessenverbänden andererseits behandelt werden.

Das Wahlrecht der Bundesrepublik kennt die Institution des Wahlkreises, als regional abgegrenzten Teil der Wahlberechtigten, mit dem

5) So etwa; Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, and Hazel Gaudet, "The People's Choice", 5. Auflage, New York 1960, S. 3.

In dieser Tradition; Berelson, Bernard, Lazarsfeld, Paul F., and William N. McPhee, "Voting", Chicago - London 1954; Benney, M., Gray, A. P., and R. H. Pear, "How People Vote", New York - London 1956; Trenaman, Joseph, and Denis Mc. Quail, "Television and the Political Image", London 1961; Milne, R. S., and H. C. Mckenzie, "Straight Fight", London 1954. Vgl. dazu auch: Diederich, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 117.

6) Zum Projekt; "Bundestagswahl 1961" vgl.; Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Das Forschungsprogramm der "Wahlstudie 1961", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 9 ff.

7) Zum Konzept der "in vivo Studien" vgl.; Arensberg, Conrad M., "The Community Study Method", in: American Journal of Sociology, Bd. LX, 1954.

8) Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Das Forschungsprogramm der "Wahlstudie 1961", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 27.

Recht, legitime Macht zuzuweisen und die Ausübung dieser Macht zu kontrollieren⁹.

Zwar wird die Machtzuweisung im politischen Gesamtsystem der Bundesrepublik nach den Grundsätzen - und mit den Folgen - der Verhältniswahl geregelt; es gilt jedoch, daß der Kandidat, der in einem Wahlkreis die Mehrheit der Erststimmen auf sich vereinigen kann, ein Mandat erhält¹⁰. Sicher schwächt die Möglichkeit einer Listenabsicherung viele der Effekte ab, insbesondere für Politiker und Parteien, die in Systemen wie etwa dem Englischen, aus der institutionellen Regelung als solcher abgeleitet werden können. Dennoch kann der Wahlkreis als Bezugsrahmen des Handelns der Politiker, insbesondere der nicht abgesicherten Wahlkreiskandidaten, der Parteien, der Interessenverbände und auch der Wähler, denen er zumindest als Ordnungsbegriff dient, nicht aus dem Bereich der Determinanten politischen Verhaltens wegedacht werden.

Die Frage nach den Rückwirkungen institutioneller Vorkehrungen auf das Funktionieren des politischen Systems und auf das Verhalten der am politischen Prozeß Beteiligten, wurde bisher in erster Linie von den Verfassungs- und Wahlrechtstheoretikern gestellt: Dabei sind schon vor etwa einhundert Jahren, im Verlauf der Debatte zwischen W. Bagehot und J. St. Mill, von Bagehot Gesichtspunkte vorgebracht worden, die bis heute noch nicht zum Gegenstand eigener, politisch-soziologischer Untersuchungen gemacht wurden¹¹. Bagehot unterschied zwischen voluntary¹² und compulsory constituencies¹³ und hielt die compulsory con-

9) Vgl. zum 1961 geltenden Wahlrecht; Seifert, Karl H., "Das Bundeswahlgesetz", Berlin - Frankfurt a. M. 1957, dazu; Ergänzungsheft 1961; "Grundlagen eines deutschen Wahlrechts", Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Wahlrechtskommission, Bonn 1955.

10) Vgl. zur kritischen Analyse der Effekte des Verhältniswahlrechts; Hermens, Ferdinand A., "Demokratie und Wahlrecht", Paderborn 1933; Hermens, Ferdinand A., "Demokratie oder Anarchie", Frankfurt a. M. 1951; Hermens, Ferdinand A., "Verfassungslehre", Frankfurt - Bonn 1964; Unkelbach, Helmut, "Grundlagen der Wahlstatistik", Göttingen 1956; Unkelbach, Helmut und Rudolf Wildenmann, "Grundfragen des Wählens", Frankfurt a. M. - Bonn 1961

11) Vgl.: Bagehot, Walter, "The English Constitution", London 1867; Mill, John Stuart, "Considerations on Representative Government", London 1861. Einen der ersten Versuche, mit Bezug auf das politische Gesamtsystem, haben jetzt vorgelegt: Wildenmann, Rudolf, Kaltefleiter, Werner und Uwe Schlieh, "Auswirkungen von Wahlsystemen auf das Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 74 ff.

12) Bagehot, Walter, "The English Constitution", (The World's Classics), 2. Auflage, London 1961, S. 133. Bagehot definiert voluntary constituency wie folgt: "... any persons any way defined (can vote), and then leave these voters to group themselves as they like".

13) Bagehot, Walter, "The English Constitution", (The World's Classics), 2. Auflage, London 1961, S. 133. Bagehot definiert compulsory constituency wie folgt: "... such

stituencies für eine notwendige Voraussetzung parlamentarischer Regierungsweise, da sie, im Gegensatz zu den voluntary constituencies, weniger Ansatzpunkte für destruktive, despotische oder missionarische Doktrinen böten. "Law makes constituencies by geographical divisions; and they are not bound together by close unity of belief. They have vague preferences for particular doctrins and that is all"¹⁴.

Er weist außerdem auf die Funktionen traditioneller, gewohnter Institutionen hin, die als Bezugspunkte der Wählerschaft ein Verstehen und Einordnen des politischen Geschehens erleichtern. Damit nimmt Bagehot nahezu alle Argumente vorweg, die in der Folge immer wieder aufgegriffen worden sind.

Es kann nicht Aufgabe der vorliegenden Analyse sein, die vorgebrachten Argumente und Fragen generell zu prüfen; das läßt schon die Beschränkung auf nur einen Wahlkreis nicht zu. Dennoch soll versucht werden, die Probleme der Rückwirkungen institutioneller Regelungen, wie der Wahlkreis eine davon darstellt, auf das Verhalten der am politischen Prozeß Teilnehmenden, für den Heilbronner Distrikt mitzubehandeln.

Aus diesen Fragestellungen, die den Wahlkreis als Objekt betreffen, ergeben sich weitere Probleme im Zusammenhang mit der Funktion lokaler Parteien und Organisationen im Wahlkampf¹⁵ und der Wirkung dieses Wahlkampfes auf die Wahlentscheidung. Hier verwischen sich die, teilweise künstlichen, Grenzen politisch-wissenschaftlicher und soziologischer Forschungsansätze.

Faßt man politische Prozesse, wie etwa den Prozeß einer Wahl, als zeitweise Politisierung alltäglichen Verhaltens von Individuen auf, so kommt der für das Individuum relevanten Umwelt ein wichtiger Platz unter den Determinanten politischen Verhaltens zu¹⁶. Es scheint, als eröffne dieses Konzept neue Möglichkeiten, die immer wieder mitgeteilten Abhängigkeiten von demographischen Merkmalen und Wahlentscheidung um neue, intervenierende Variablen zu erweitern.

Diese Betrachtungsweise führt gleichzeitig zu einer stärkeren Betonung der Rolle intermediärer sozialer Instanzen. Sie ist dadurch in der Lage, die Implikationen kategorialer Mitgliedschaften in unterschied-

and such qualifications shall give a vote for constituency X; those who have that qualification shall be constituency X".

14) Bagehot, Walter, "The English Constitution", (The World's Classics), 2. Auflage, London 1961, S. 138.

15) Vgl. zu diesen Problemen; Gemmecke, Vera, "Die Bundestagswahl 1961-im Wahlkreis Arnsberg-Soest", Kölner Dissertation, 1964

16) Dieses Konzept der "Umwelt" wurde übernommen von; Scheuch, Erwin K., "Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten", in; Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 169 ff.

lischen Kontexten konkreter aufzuzeigen. Unter diesem Aspekt wurde die Diskussion um die Zusammenhänge von Konfession, Beruf und Wahlentscheidung in der vorliegenden Arbeit geführt. Auch hierbei tritt einmal die paradigmatische Orientierung, zum anderen der Objektbezug stärker hervor, je nachdem die "Umweltsituationen" stärker regionale oder gesamtgesellschaftliche Züge tragen.

Der hier gewählte Ansatz läßt das Verhalten der Politiker im Wahlkampf von recht begrenztem Einfluß auf die Wahlentscheidung erscheinen. Dennoch kommt der Beobachtung und Beschreibung des Verhaltens der Politiker im Wahlkampf Bedeutung zu. Durch die Aktivitäten von Parteien und Politikern wird das Gefühl der steigenden Bedeutung von Politik vor Wahlen erzeugt, kommen Gespräche in Verkehrskreisen der primären Umwelt in Gang, die von Politik handeln und damit dieser Umwelt politische Konturen verleihen. Die Beobachtung des Wahlkampfes und der Aktionen der Kandidaten im Wahlkreis weist betont objektbezogene Besonderheiten auf. Die Stärkeverhältnisse der Parteien und die Chance des Mandatsgewinns hatten im untersuchten Wahlkreis eine derart spezielle Ausprägung, daß ein besonders intensiver Wahlkampf unter dem Einsatz aller Mittel sowohl von Seiten der SPD und CDU, als auch von Seiten der FDP erwartet werden konnte.

Eine Besonderheit des Wahlkreises war die ungewöhnlich starke Stellung der FDP. Diese spezielle Parteienkonstellation war konstitutiv für die Bedingungen des Wechsels. Die sich in der historischen Perspektive zeigende Stabilität der Parteienkonstellation und die trotzdem günstige Chance eines Mandatsgewinns sowohl für SPD und CDU, als auch für die FDP, machten es reizvoll, Konstanz und Wechsel von Parteipräferenzen im Kontext einer Drei-Parteienkonstellation zu untersuchen¹⁷.

Es ist sicher richtig, daß Wählerverhalten, Aktionen politischer Parteien und Interessenverbänden und die Bedingungen des Wechsels empirisch noch am ehesten im regional begrenzten Bereich eines Wahlkreises aufeinander bezogen beobachtet werden können¹⁸. Auch läßt sich gerade bei derartiger Beschränkung die historische Vorformung politischen und sozialen Verhaltens in die Interpretation gut einbeziehen. Praktisch bedingt dies jedoch die Anwendung einer Vielzahl sozialwissenschaftlicher Methoden und die Verarbeitung einer Fülle von Material.

17) Zur generellen Analyse von Konstanz und Wechsel bei der Bundestagswahl 1961 vgl.: Kaase, Max, "Die Wechselwähler", Kölner Dissertation, 1964

18) Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Das Forschungsprogramm der "Wahlstudie 1961", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 27

Für die Untersuchung der historischen Dimension konnte auf nur sehr wenige Vorarbeiten zurückgegriffen werden¹⁹. Die Fragen, der Vergleichbarkeit des Gebiets des Bundestagswahlkreises mit dem des Reichstagswahlkreises (1871-1912) und den entsprechenden Gebietseinheiten für die Zeit von 1919 bis 1933 wurden hier erstmals geklärt. Vergleichbare Abstimmungsergebnisse für die Periode der Weimarer Republik werden ebenfalls erstmals vorgelegt.

Ein genauer Überblick über die politische und soziale Struktur der einhundert Gemeinden des Wahlkreises, über einige, aus Gründen der politischen Tradition besonders interessante Teilbezirke und den gesamten Wahlkreis wurde aus den Ergebnissen aller Kommunal-, Bundes- und Landtagswahlen von 1946 bis 1961 und den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen von 1950 und 1961 erstellt. Die Resultate dieser Aggregatdatenanalyse, die Teile der objektiven Umwelt des Wählers beschreibt, wurden in zwei gesonderten Tabellenbänden vorgelegt. Die Aggregatdatenanalyse lieferte wichtige Indices und Koeffizienten; sie war als Voraussetzung der Studie unerlässlich. Eine Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse wurde im Zusammenhang dieser Vorarbeiten ebenfalls gesondert erstellt²⁰.

Die Aggregatdatenanalyse schaffte gleichzeitig die Möglichkeit einer Verbindung objektiver Umweltgegebenheiten der politischen und sozialen Struktur mit der Ausprägung individueller Einstellungen und Verhaltensweisen im Sinne der Kontext-Analyse. Im Wahlkreis Heilbronn wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung (21-79 Jahre) im Juli/August (Befragungszeitraum: 24. 7. -7. 8. 1961; Anzahl der Befragten: 309), im September (Befragungszeitraum: 4. 9. -16. 9. 1961; Anzahl der Befragten: 321) und im November/Dezember 1961 (Befragungszeitraum: 25. 11. -16. 12. 1961; Anzahl der Befragten: 370) befragt. Da von jedem Befragten die Wohngemeinde bekannt war, konnten diese sozialen Kontexte genau spezifiziert werden. Die Umfragen waren als Panel angelegt, so daß eine Prozeßanalyse politischen Verhaltens möglich wurde²¹. Die technischen Probleme der Panelanalyse, insbesondere die

19) Als einer der wenigen Bearbeiter ist hier zu nennen: Hofmann, Wilhelm, "Von Parteien und Wahlen vor dem ersten Weltkrieg", Sonderbeilagen zur Heilbronner Stimme, 1960

20) Heilbronn Studie, Aggregatdatenanalyse, Materialbericht zur politischen Struktur, 500 S. Heilbronn Studie, Methodische Einleitung zu den Materialbänden über die politische und soziale Struktur, 37 S.

Heilbronn Studie, Materialband "Politische und soziale Struktur", 95 S. insbesondere S. 24 - 77, dazu die Tabellen T 42 - T 88.

21) Für die inhaltliche Gestaltung der Umfrage waren verantwortlich; Gerhard Baumert, Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann. Zur Erarbeitung regionaler Besonderheiten wurde die Umfrage durch einige Fragen des Verfassers ergänzt.

Überwachung und Kontrolle der Interviewer, konnten im Rahmen des begrenzten Untersuchungsdistrikts noch am besten gelöst werden.

Zur Analyse des Verhaltens der Kandidaten, lokaler Politiker, Funktionären von Interessenverbänden und der regionalen Presse, wurden 37 Interviews geführt. Berichte über den Wahlkreiswahlkampf wurden für den Zeitraum von Juli bis November 1961, den der Verfasser im Distrikt selbst verbrachte, vorgelegt²². Diese Berichte und die Interviews sind in einem gesonderten Materialband zusammengefaßt²³.

Zur Ergänzung der Analyse der Reaktion der Wähler auf konkrete politische Stimuli, in Situationen 'partieller Öffentlichkeit'²⁴, wurden 50 Beobachtungsprotokolle angefertigt²⁵.

Für eine Bewertung der Rolle der regionalen Tageszeitungen im Wahlkampf wurden die beiden wichtigsten Heilbronner Zeitungen, die Heilbronner Stimme und das Neckar Echo, vom 1.1. bis 31.11.1961 systematisch durchgesehen. Eine quantitative Inhaltsanalyse dieses Materials wurde bisher allerdings nicht versucht²⁶.

Die durch den komplexen Forschungsansatz notwendig werdende Anwendung einer Vielzahl von Methoden der Datenerhebung hat eine äußerst umfangreiche Datensammlung über den Heilbronner Distrikt entstehen lassen. In der Auswahl des Materials für die vorliegende Untersuchung lag, abgesehen von der Erarbeitung der analytischen Problemstellung, eine der größten Schwierigkeiten. Die Versuchung, ein umfangreiches Kompendium über Heilbronn zu verfassen, lag sehr nahe. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß der Charakter der besonderen Fragestellung die gedrängte und knappe Form der Deskription - etwa des Wahlkreiswahlkampfes - rechtfertigt.

22) Einige der Interviews wurden von Professor Dr. Peter Pulzer, Oxford durchgeführt, dem an dieser Stelle dafür gedankt werden soll.

23) Heilbronn Studie, Materialband "Interviews und Berichte", 231 S.

24) Vgl. zu diesem Konzept; Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 15

25) Heilbronn Studie, Materialband "Beobachtungen", 196 S.

26) Das Material steht im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, für weitere Auswertungen bereit.

§ 2 DAS POLITISCHE PROFIL DES BUNDESTAGSWAHLKREISES HEILBRONN

Am Abend des 17. September 1961 hatten im Wahlkreis Heilbronn 147. 774 Wähler, 86,7 Prozent der Wahlberechtigten, ihre Stimme abgegeben. Das Ergebnis der Wahl war, betrachtet man die Details und die Konsequenzen für die Kandidaten der Parteien, an das Jahr 1961 und diesen Wahlkampf gebunden. Es zeigte jedoch, verglichen mit den Ergebnissen der Reichs- und Bundestagswahlen, die Züge der traditionellen distrikt-typischen Parteienkonstellation.

1. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1961

Ein Vergleich der Wahlergebnisse ergibt, daß sich die Verteilung der Parteipräferenzen im Heilbronner Wahlkreis von der durchschnittlichen Verteilung der Parteivorliebe der Wählerschaft des Bundesgebiets, des Landes Baden-Württemberg und der angrenzenden Wahlkreise unterscheidet.

Tabelle 1

Das Bundestagswahlergebnis 1961 im Bund, in Baden-Württemberg,
den angrenzenden Wahlkreisen und dem Wahlkreis Heilbronn

Wahl- gebiet	Wahl- betelli- gung	SPD		CDU		FDP		Sonstige	
		1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.
		Stimmen		Stimmen		Stimmen		Stimmen	
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Bund	87,7	36,5	36,2	46,0	45,4	12,1	12,8	5,4	5,6
Baden- Württemberg	84,8	32,4	32,1	45,9	45,3	16,3	16,6	5,4	6,0
Angrenzende Wahlkreise ¹	84,2	32,5	32,0	42,2	41,7	18,8	19,2	6,5	7,1
Wahlkreis Heilbronn	86,7	38,5	38,9	31,9	31,6	25,8	25,4	3,8	4,1

1) Bundestagswahlkreise 165 Ludwigsburg, 167 Böblingen, 172 Backnang, 173 Crailsheim, 179 Bruchsal, 181 Sinsheim

Der Unterschied wird besonders hervorgerufen durch die Stärke der FDP, die im Bezirk einen Anteil von 25,4 Prozent der gültigen

Zweitstimmen erreichen konnte - ein Stimmenanteil, der knapp doppelt so groß war wie im übrigen Bundesgebiet.

Neben der Stärke der FDP fällt bei der Betrachtung der Parteienkonstellation die relative Schwäche des CDU-Stimmenanteils auf. Mit 31,6 Prozent der Stimmen betrug die Differenz zum Bundesergebnis 13,8 Prozentpunkte.

Die Sozialdemokraten, die im Wahlkreis mit 38,9 Prozent gegenüber dem Bund um 2,7, gegenüber dem Land um 6,8 Prozentpunkte besser abschnitten, hatten von den drei dominierenden Parteien noch am ehesten eine dem Bundesdurchschnitt entsprechende Position.

Sowohl die CDU als auch die SPD des Bezirks folgten in der Veränderung der Stimmenanteile von 1957 auf 1961 dem für die Bundesrepublik durchschnittlich festzustellenden Trend, nicht hingegen die FDP. Während sich die Freien Demokraten im Bundesgebiet gegenüber der Bundestagswahl von 1957 um 5,1 Prozentpunkte verbesserten, stagnierte ihr Anteil im Heilbronner Wahlkreis.

Tabelle 2

Veränderungen der Zweitstimmen-Anteile von SPD, CDU und FDP in Prozentpunkten im Bund und im Wahlkreis von 1957 bis 1961

Parteien	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
SPD	+ 4,4	+ 5,9
CDU	- 4,8	- 4,6
FDP	+ 5,1	+ 0,2

Die sich außerdem noch bewerbenden, kleinen Parteien, die schon bei der Bundestagswahl 1957 weit schlechter abgeschnitten hatten als im Bund, nahmen 1961 noch einmal um knapp 40 Prozent ab. GDP, DG und DRP, die kleinen Parteien der Rechten, erreichten zusammen 2,6 Prozent; die DFU, als einzige kandidierende Splitterpartei der Linken konnte 1,5 Prozent der gültigen Zweitstimmen gewinnen.

Drei große Wählergruppen, die Anhänger der SPD, CDU und FDP, von denen die schwächste lediglich durch 13,5 Prozentpunkte von der stärksten getrennt ist, (im Bund: 32,6 Prozentpunkte!) teilten sich 1961 also 95,9 Prozent der abgegebenen, gültigen Zweitstimmen, eine Konstellation, die wie der oben angeführte Vergleich mit dem Bundes-, Landes- und dem weiteren regionalen Ergebnis zeigte, durchaus wahlkreis-spezifisch ist.

Hebt sich der Wahlkreis als Ganzes durch sein Ergebnis von den ihn umgebenden Wahlkreisen, dem Land und dem Bund auch ab, so bedeutet das nicht schon, daß die für sein Gebiet errechneten Durchschnittswerte eine allgemeine, in jeder Region oder Gemeinde des Wahlkreises gleichermaßen anzutreffende politische Struktur kennzeichnen. Das Gegenteil ist der Fall. Für die einzelnen Parteien ergeben sich innerhalb des Wahlkreises erhebliche Unterschiede. Die geographische Verteilung der Parteistimmen läßt die regionalen Schwerpunkte von SPD, CDU und FDP sofort erkennen¹.

Die CDU-Hochburg im Norden des Wahlkreises kann ökologisch besonders gut abgegrenzt werden. Während die Partei im übrigen Bereich durchschnittlich knapp ein Viertel der abgegebenen, gültigen Stimmen erreichte, konnte sie die Bewohner der nördlich gelegenen Ortschaften zum überwiegenden Teil für sich gewinnen.

Auch für die FDP ergaben sich klare, regional abgrenzbare Stützpunkte im südwestlichen und teilweise auch im östlichen Teil des Bezirks. 31 von insgesamt 42 Gemeinden des Distrikts, in denen eine der Parteien über 50 Prozent der abgegebenen, gültigen Zweitstimmen erreichen konnte, lagen geographisch in den oben gekennzeichneten Schwerpunktgebieten der drei Parteien. Zieht man historische Parallelen, so decken sich diese wahlkreisinternen Hochburgen der drei Parteien mit den Verwaltungsgebieten der ehemaligen württembergischen Oberämter Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim, eine Beobachtung, auf die noch zurückzukommen ist.

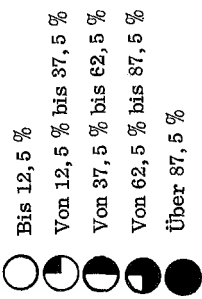
Aus der geographischen Konzentration der CDU-Stimmen in den Gemeinden des nördlichen, der FDP-Stimmen in denen des südwestlichen Teils des Distrikts wird sichtbar, daß die Rolle des Konkurrenten der SPD einmal vorwiegend von der CDU, zum anderen vorwiegend von der FDP gespielt wurde. Nur im Zentrum des Wahlkreises fand sich, bei SPD-Dominanz, keine klare Aufteilung dieser Rolle zwischen CDU und FDP.

Die Parteienkonstellationen in den Gemeinden wichen, stärker noch als es die oben behandelten regionalen Besonderheiten andeuten, von dem wahlkreisbezogenen Drei-Parteien-Profil ab. Orte mit einer "wahlkreisspezifischen" Konstellation sind selten, wie die folgende Übersicht zeigt:

1) vgl. : Schaubilder 1-3

Schaubild 1:
 Stadt- und Landkreis Heilbronn

Verteilung der SPD-Stimmen
 bei der Bundestagswahl 1961



Jemeindegrößen:

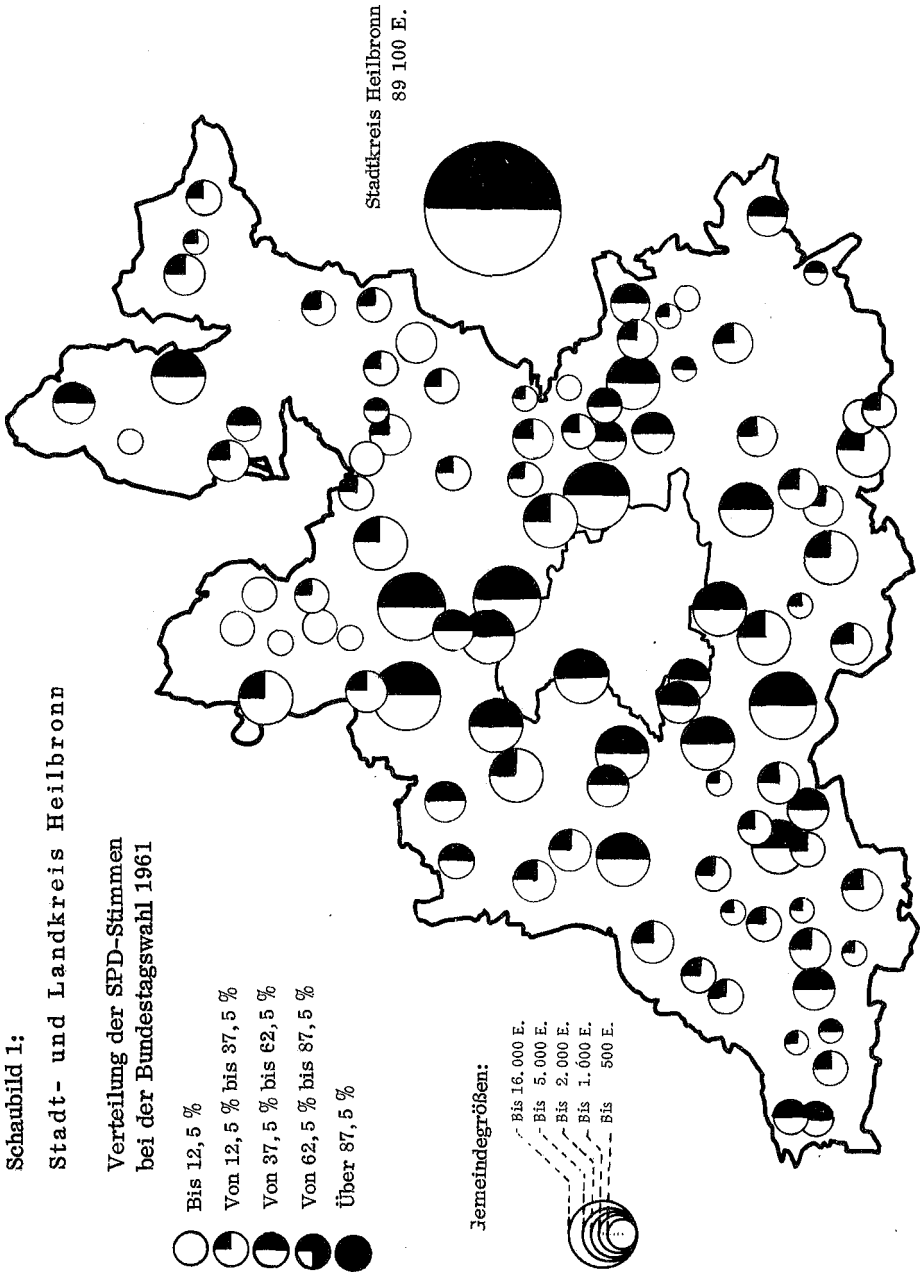
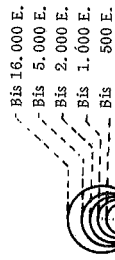
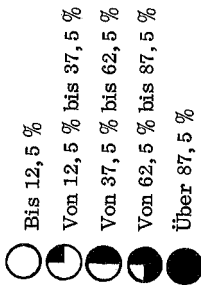


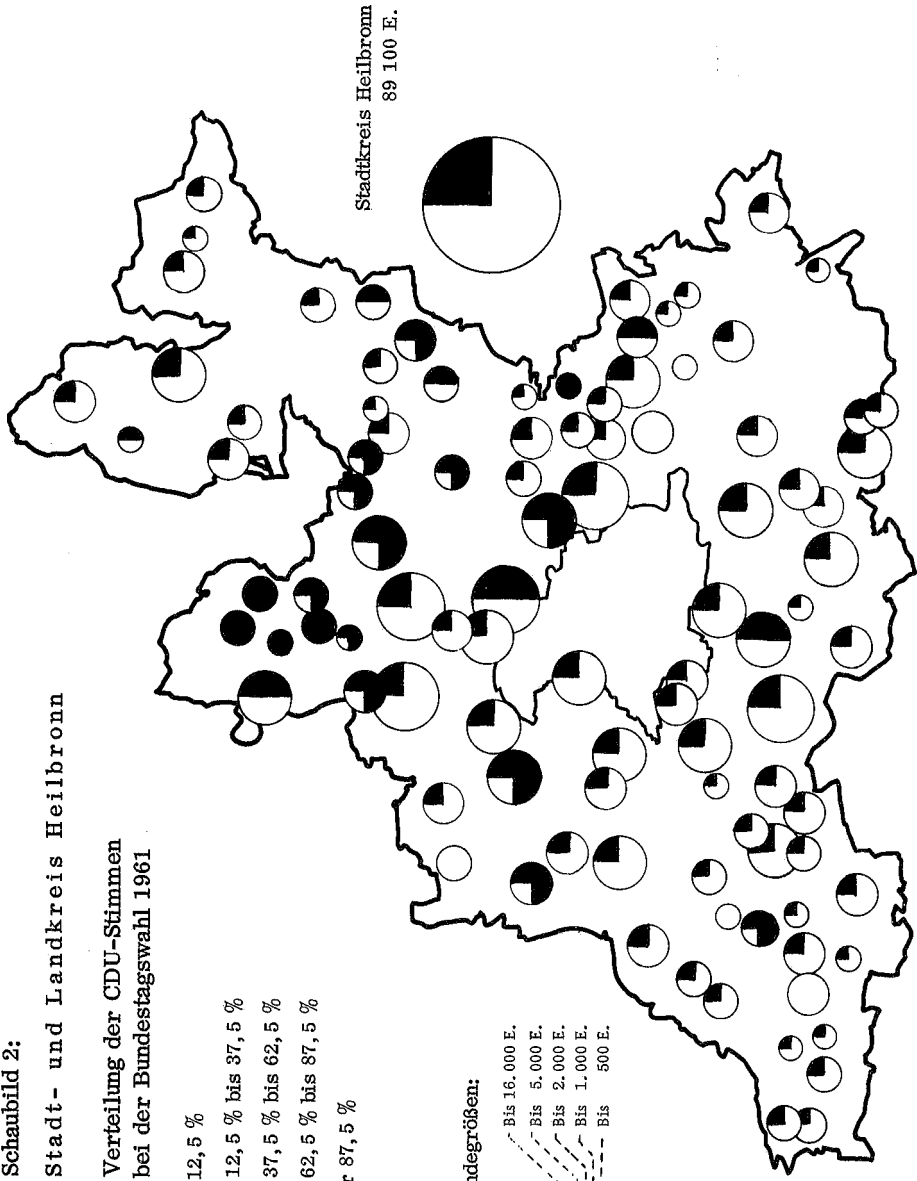
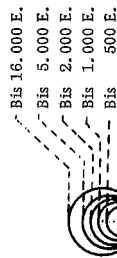
Schaubild 2:

Stadt- und Landkreis Heilbronn

Verteilung der CDU-Stimmen
bei der Bundestagswahl 1961

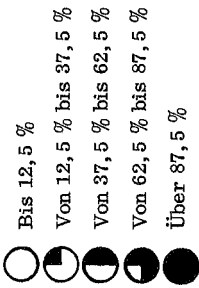


Gemeindegrößen:

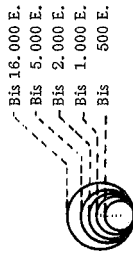


**Schaubild 3:
Stadt- und Landkreis Heilbronn**

**Verteilung der FDP-Stimmen
bei der Bundestagswahl 1961**



Gemeindegrößen:



Stadtkreis Heilbronn
89 100 E.

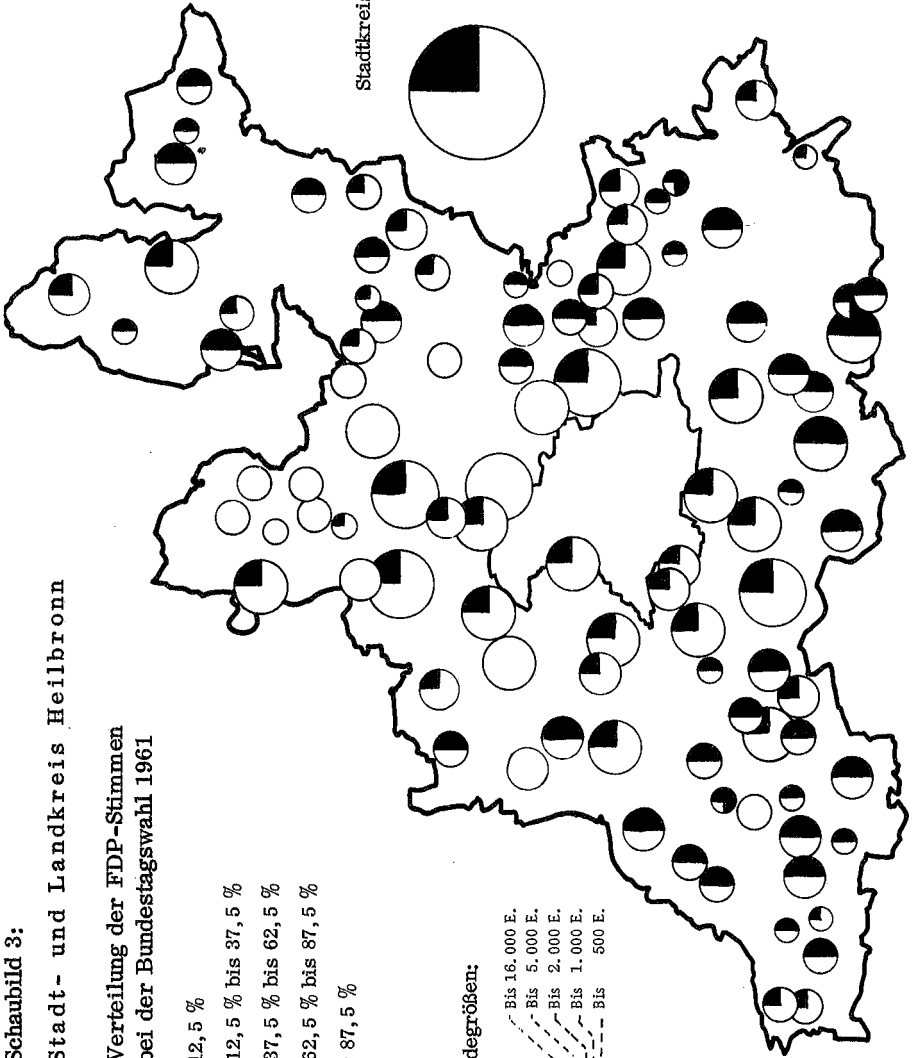


Tabelle 3

Unterschiede zwischen den Parteienkonstellationen in den Gemeinden des Distrikts und dem Drei-Parteien-Profil des Gesamtwahlkreises

Summe der Abweichungen der Ergebnisse von SPD, CDU und FDP in den Gemeinden vom durchschnittlichen Ergebnis der Parteien im Gesamtwahlkreis (Prozentpunkte; Wahlergebnis 1961)		Anzahl der Gemeinden (N = 100)
bis unter	10 Prozentpunkte	3
10 "	" 20 "	15
20 "	" 30 "	19
30 "	" 40 "	20
40 "	" 50 "	9
50 "	" 60 "	10
60 "	" 70 "	7
70 "	" 80 "	2
80 "	" 90 "	6
90 "	" 100 "	3
100 "	" 110 "	4
110 "	" 120 "	2

In den kleinen Gemeinden bis zu 700 Einwohnern dominierte in der Regel die CDU oder die FDP. Die Tendenz der Dominanz einer Partei nahm in Orten der Größenklasse zwischen 700 und 2.500 Einwohnern stark ab. Hier herrschten Zwei-Parteien-Konstellationen des Typs SPD: CDU oder SPD: FDP vor.

Der Anteil der von einer Partei dominierten Gemeinden stieg noch einmal unter denen der Größenordnung von 2.500 bis 4.000 Einwohner an.

In Städten von über 4.000 Einwohnern waren hingegen keine derartigen Dominanzen mehr festzustellen. Hier vor allem (von Neckarsulm abgesehen) fanden sich Drei-Parteien-Konstellationen.

Tabelle 4
Politische Dominanz und Gemeindegröße¹

Gemeinde - größe	Anzahl der Gemeinden: mit politischer Dominanz (N=42)	ohne politische Dominanz (N=58)
bis unter 700 Einwohner	26 davon: SPD -dominant 1 CDU -dominant 11 FDP -dominant 14	10
700 bis unter 2500 Einwohner	11 davon: SPD -dominant 4 CDU -dominant 4 FDP -dominant 3	37
2500 bis unter 4000 Einwohner	5 davon: SPD -dominant 2 CDU -dominant 3 FDP -dominant -	4
4000 Einwohner und mehr		7

1) politisch-dominant = eine Partei erreicht 50 % und mehr der abgegebenen, gültigen Zweitstimmen; Wahlergebnis 1961

Die unterschiedlichen Verteilungsmuster der Parteistimmen auf die Gemeinden sollen durch folgende, vergleichende Übersicht noch einmal dargestellt werden:

Tabelle 5
Die Verteilung der Parteistimmen auf die Gemeinden
(Wahlergebnis 1961)

Zweitstimmen-Anteile der Parteien in v. H. der abge- gebenen, gültigen Zweit- stimmen	Anzahl der Gemeinden		
	SPD	CDU	FDP
unter 10	9	2	14
10 bis unter 20	9	33	8
20 " " 30	23	34	20
30 " " 40	34	11	22
40 " " 50	18	2	19
50 " " 60	7	2	14
60 " " 70	-	4	2
70 " " 80	-	5	-
80 " " 90	-	6	1
90 und mehr	-	1	-
Gemeinden insgesamt:	N= 100	N= 100	N= 100

Das politische Profil des Wahlkreises, wie es sich im Wahlergebnis von 1961 darstellt, kann also in regionale und gemeindespezifische Profile aufgelöst werden: ein Umstand, der vor allem die Erklärungsversuche des Wahlverhaltens durch geographische und landschaftliche Gegebenheiten angeregt hat.

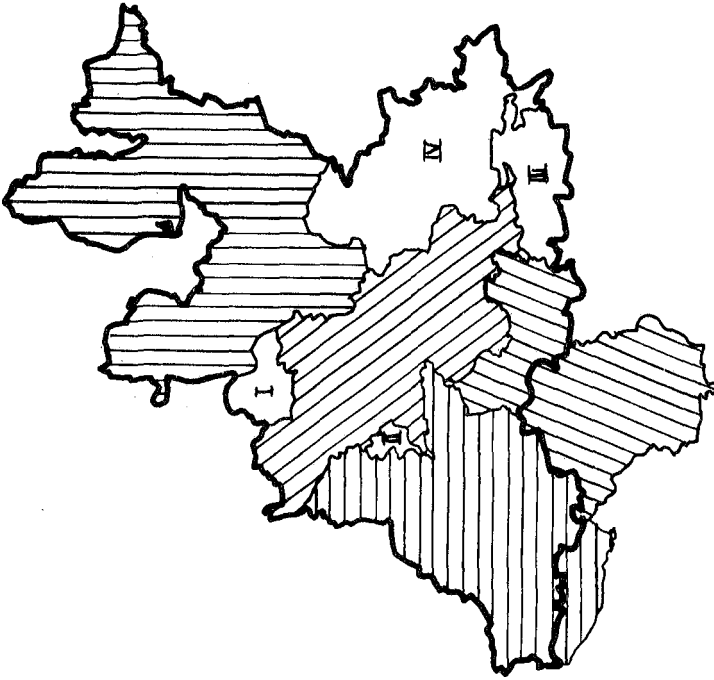
2. Das Wahlergebnis des Jahres 1961 in historischer Perspektive

Das durch die Wahlkreisgrenzen im Jahre 1961 zusammengefaßte Gebiet des Stadt- und Landkreises Heilbronn ist Politikern und Wählern eine seit langem vertraute Szene. Durch einen Ausschluß des Landtages im Jahre 1949 festgelegt, blieb der Heilbronner Bundestagswahlkreis bisher in seinen Grenzen bestehen und veränderte sich nur durch die Eingliederung der Gemeinde Bad Wimpfen, die dem Wahlkreis am 2. 5. 1952 zugeschlagen wurde.

Bei der Bildung des Bundestagswahlkreises wurden nicht nur die Verwaltungsgrenzen, sondern auch historische Bindungen weitgehend berücksichtigt. Zwar ist der ehemalige württembergische Reichstagswahlkreis III, in dem von 1871 bis 1912 die Abgeordneten des Heilbron-

Schaubild 4:

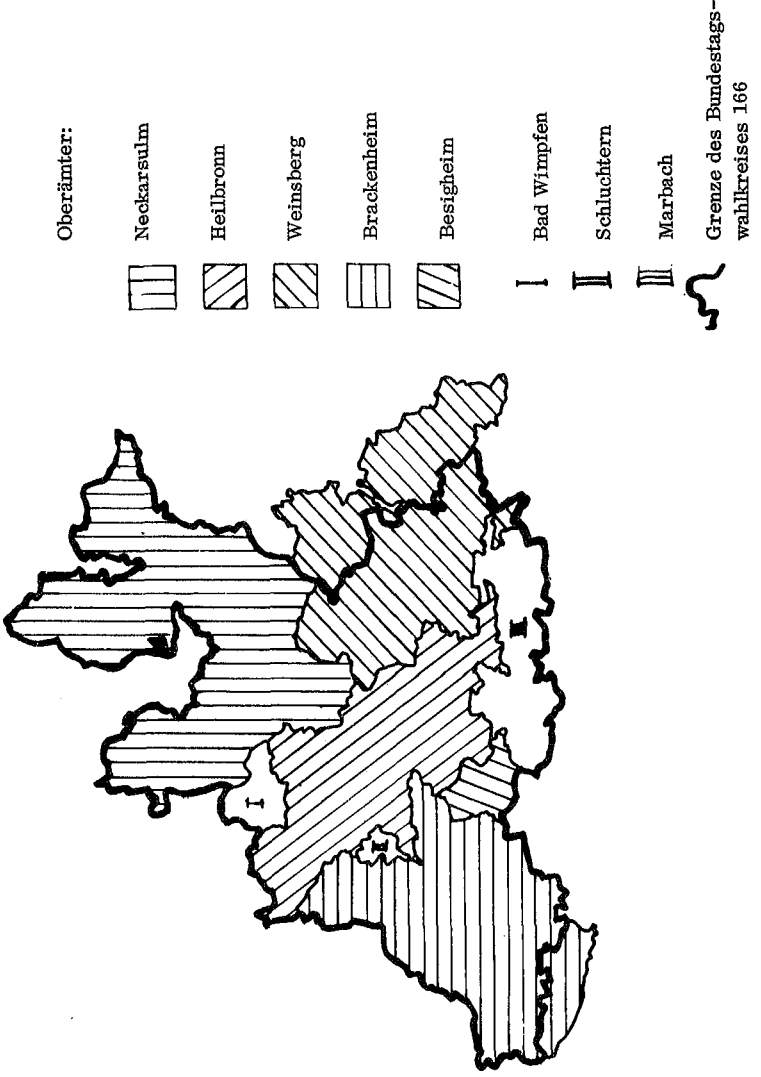
Das Vergleichsgebiet für den Zeitraum von 1871 bis 1912



- Oberärnter
- Neckarsulm
- Heilbronn
- Besigheim
- Brackenheim
- I Bad Wimpfen
- II Schluchtern
- III Marbach
- IV Weinsberg

Schaubild 5:

Das Vergleichsgebiet für den Zeitraum von 1919 bis 1933



ner Gebiets gewählt wurden, nicht ganz identisch mit dem Gebiet des Bundestagswahlkreises Heilbronn; sein Kernstück, das Gebiet um die Städte Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim, ist jedoch auch damals Schwerpunkt des Reichstagswahlkreises gewesen². Die Zu- und Abgänge von Gemeinden betrafen Ortschaften mit einer ähnlichen konfessionellen, wirtschaftlichen und politischen Struktur, so daß es vertretbar ist, die Trends, die sich im Reichstagswahlkreis abzeichneten, mit denen im Bundestagswahlkreis zu vergleichen³. Gegen eine numerisch exakte Umrechnung der Reichstagswahlergebnisse auf das Gebiet des Bundestagswahlkreises ist einzuwenden, daß durch das Reichstagswahlsystem - absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl - eine stark kandidatenorientierte Komponente in die Abstimmungsergebnisse eingegangen ist, die sich besonders in bezug auf Koalitionen in den Stichwahlen auswirkte. Eine Addition oder Subtraktion von Ergebnissen solcher Gemeinden, die verschiedenen Wahlkreisen angehörten, würde diese unterschiedlichen Konstellationen nicht genügend berücksichtigen⁴.

Zur Weimarer Zeit gehörte das Gebiet des heutigen Bundestagswahlkreises organisatorisch zum Wahlkreis 31, "Württemberg-Hohenzollern". Im Wahlkreis 31 waren 62 württembergische Oberämter und zwei hohenzollerische Kreise zusammengefaßt.

Um den Trend der politischen Entwicklung auch während dieser Periode in einem Gebiet verfolgen zu können, das mit dem des Bundestagswahlkreises vergleichbar ist, wurden die Reichstagswahlergebnisse der Oberämter Heilbronn, Neckarsulm, Brackenheim, Weinsberg und die der Stadt Lauffen, damals Teil des Oberamtes Besigheim, zusammengefaßt.

Durch diese Zusammenfassung wird nahezu das gesamte Gebiet des Bundestagswahlkreises gedeckt. Die Differenzen ergeben sich im Süden und im Norden des Distrikts. Sie betreffen einige Gemeinden der Oberämter Weinsberg, Besigheim und Marbach⁵.

2) Vergleicht man das Gebiet des Reichstagswahlkreises mit dem Gebiet des Bundestagswahlkreises, so kann man folgendes feststellen; der Bundestagswahlkreis wurde um einige Gemeinden der ehemaligen Oberämter Weinsberg und Marbach, sowie um die Gemeinden Schluchtern (badische Enklave) und Bad Wimpfen (hessische Enklave) erweitert. Fortgefallen sind beim Bundestagswahlkreis gegenüber dem Reichstagswahlkreis einige Gemeinden des ehemaligen Oberamtes Besigheim. Zur Zurechnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen vgl. Anhang III

3) Es handelte sich jeweils um Gemeinden mit einer überwiegend protestantischen, kleingewerblich-bäuerlichen Bevölkerung, die sich im Wahlverhalten kaum unterschieden. Vgl. dazu: Grosse, C. und D. Rath, "Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871", Stuttgart 1912

4) Neben diesem theoretischen Argument gilt ein praktisches; Gemeindeergebnisse der Reichstagswahlen sowohl des Kaiserreichs als auch der Weimarer Republik liegen nur für größere Gemeinden heute noch vor.

5) Für die genaue Zurechnung der Gemeinden zum Vergleichsgebiet vgl. Anhang III

Die Gebietsveränderungen bewirken wiederum keine entscheidenden Veränderungen der sozialen und politischen Struktur⁶.

Anders als das absolute Mehrheitswahlrecht mit Stichwahl der Kaiserzeit kommt das Verhältniswahlssystem der Weimarer Republik Umrechnungen der Wahlergebnisse entgegen, da es keine ähnlich starke Kandidatenbezogenheit aufweist. Trotzdem ist zu beachten, daß nun zwar nicht mehr der viel zu große Wahlkreis, wohl aber die Oberämter, Operationsbasis vieler Politiker blieben⁷.

Das Spezifische des Wahlergebnisses im Distrikt bestand, verglichen mit dem von den Parteien erreichten Bundesdurchschnitt - wie oben ausgeführt - einerseits in der Schwäche der CDU, andererseits in der Stärke der FDP, so daß sich bei einem dem allgemeinen Ergebnis entsprechenden SPD-Stimmenanteil, eine Drei-Parteien-Konstellation ergab. Diese, gegenüber dem Bundesgebiet, durchaus besondere Parteienkonstellation, ist nicht erst kurzfristig zu beobachten.

Die Anfänge der Ausbildung einer Parteienkonstellation, die der im Ergebnis von 1961 festgestellten vergleichbar ist, finden sich bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Hatten bis zum Jahre 1887 Nationalliberale bzw. Freikonservative auf der einen Seite, und die Volkspartei auf der anderen Seite, die politischen Entscheidungen unter sich ausgemacht, so änderte sich mit dem starken Aufstieg der Sozialisten in den Wahlen der Jahre 1887, 1890 und 1893 die Situation entscheidend. Die Konkurrenz jeweils einer konservativen, liberalen und sozialistischen Partei⁸ bestimmte von dieser Zeit an die politische Struktur des Distrikts. Die Organisation der "konservativen" Wähler übernahm bis 1878 die Nationalliberale Partei, gab sie 1881 an die Deutsch-Konservativen ab und überließ sie bis 1890 den Freikonservativen, um schließlich 1893 noch einmal die Führung zu übernehmen. Der bei den Konservativen allgemein festzustellende Zug zur speziell wirtschaftlichen Interessenvertretung der Selbständigen zeigte sich auch im Bezirk, als 1903 der Bauernbund und 1907 die Wirtschaftsvereinigung die Kandidaten der Konservativen stellten⁹. Bei der letzten Wahl des Kaiserreichs kandidierte noch einmal ein Vertreter der Deutsch-Konservativen. Die Stärke der Wählerschaft dieser Parteien betrug von 1871 bis 1912 im Durchschnitt 46,5 Prozent der abgegebenen gül-

6) Vgl. dazu die Statistiken über die württembergischen Oberämter.

7) An den Heilbronner Wahlkreis gebundene Politiker in diesem Sinne waren u. a. die Reichstagsabgeordneten W. und H. Haag, Bauern- und Weingärtnerbund, F. Ulrich, SPD und zum Teil auch Th. Heuss, Deutsche Demokratische Partei.

8) Die Begriffe "konservativ", "liberal" und "sozialistisch" werden hier pragmatisch zur Kennzeichnung gewisser Parteien und Wählergruppen gebraucht, nicht im strengen Sinn einer philosophischen Orientierung.

9) Dies wird u. a. auch von Bergsträsser hervorgehoben. Vgl. Bergsträsser, Ludwig, "Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", 11. Auflage, München 1960, S. 172

Tabelle 6

Ergebnisse der Reichstagswahlen im Gesamt-Distrikt¹⁾: 1871-1912

Jahr	Wahlberechtigte		Wahlbeteiligung		Deutsch-Konservativ		Freikonservativ		Nationalliberal		Bauernbund		Wirtschaftsvereinigung		Volkspartei		Freisinnige Vereinigung		Fortschrittliche Volkspartei		Zentrum		Sozialdemokratie		Sonstige			
	Abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%		
1871	22.384	73,1	-	-	-	-	-	-	9.554	80,8	-	-	-	-	2.252	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23	0,2
1874	23.987	73,6	-	-	-	-	-	-	10.253	58,3	-	-	-	-	7.320	41,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	0,1
1875 E ²⁾	-	33,3	-	-	-	-	-	-	8.064	99,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	70	0,9	
1877	25.140	51,0	-	115 0,9	-	-	-	-	10.260	80,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.101	16,5	142	1,1	101	0,8		
1878 I ³⁾	25.321	65,6	-	2.626 15,8	-	-	-	-	6.397	38,6	-	-	-	-	7.505	45,2	-	-	-	-	51	0,3	-	-	-	11	0,1	
II ⁴⁾	"	81,3	-	-	-	-	-	-	8.104	39,4	-	-	-	-	12.461	60,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1881	25.626	50,6	-	3.114 24,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.299	64,6	-	-	-	-	-	1.211	9,4	163	1,3	51	0,4		
1884 I	25.420	57,3	-	-	7.103	48,8	-	-	-	-	-	-	-	6.315	43,4	-	-	-	-	-	-	-	1.118	7,7	9	0,1		
II	"	80,9	-	-	10.127	49,3	-	-	-	-	-	-	-	10.403	50,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1887	27.069	87,9	-	-	14.220	59,9	-	-	-	-	-	-	-	8.883	37,4	-	-	-	-	-	-	-	633	2,7	4	0,0		
1890 I	27.181	82,6	-	-	10.371	46,3	-	-	-	-	-	-	-	8.494	37,9	-	-	-	-	-	1.127	5,0	2.416	10,8	7	0,0		
II	"	90,2	-	-	11.487	47,0	-	-	-	-	-	-	-	12.972	53,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1893 I	28.270	76,5	-	-	-	-	-	-	8.423	39,1	-	-	-	-	5.859	27,2	-	-	-	-	2.277	10,6	4.950	23,0	18	0,1		
II	"	80,6	-	-	-	-	-	-	9.469	41,6	-	-	-	-	13.281	58,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1898 I	30.376	69,4	-	-	7.018	33,4 ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	5.084	24,2	-	-	-	-	-	2.892	13,7	6.009	28,6	19	0,1		
II	"	77,1	-	-	13.315	57,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.933	42,7	-	-		
1903 I	33.418	77,2	-	-	-	-	-	-	2.067	8,0	6.476	25,2	-	-	5.566	21,6	-	-	-	-	3.809	14,8	7.816	30,4	13	0,0		
II	"	80,1	-	-	-	-	-	-	-	-	14.043	53,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12.460	47,0	-	-		
1907 I	35.351	87,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.529	37,5	-	-	9.713	31,6	-	-	-	-	9.468	30,8	10	0,1		
II	"	85,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14.178	47,5	-	-	15.697	52,5	-	-	-	-	-	-	-	-		
1912 I	37.596	90,4	-	10.778 31,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10.687	31,5	-	-	12.429	36,7	5	0,0		
II	"	87,6	-	14.294 44,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18.198	56,0	-	-		

- 1) = Württembergischer Reichstagswahlkreis III
2) E = Ersatzwahl; keine Zahlenangabe über die Wahlberechtigten
3) I = 1. Wahlgang
4) II = 2. Wahlgang
5) = Deutsche Reichspartei

tigen Stimmen. Das beste Wahlergebnis wurde 1871 mit 80,8 Prozent erreicht, den geringsten Stimmenanteil hatten sie im Jahre 1881 mit 24,3 Prozent¹⁰.

Das Zentrum, organisatorisch stets selbständig, jedoch - an seinen Koalitionen im zweiten Wahlgang gemessen - zur konservativen Gruppe gehörend, verfügte über eine relativ kleine Wählerschaft. Die Partei stellte lediglich bei sieben Wahlen einen eigenen Kandidaten auf, hatte 1877 mit 16,5 Prozent der gültigen Stimmen das beste, 1878, ein Jahr darauf, mit nur 0,3 Prozent das schlechteste Wahlergebnis. Durchschnittlich erhielt das Zentrum in der Perioden von 1871 bis 1912 8,6 Prozent der Stimmen.

Die konservativen Parteien konnten insgesamt sechsmal einen Wahlsieg erringen. Sie erreichten alle Stichwahlen, konnten aber von acht nur zwei für sich entscheiden.

Die "liberalen" Wähler wurden hauptsächlich von der Volkspartei vertreten, der ersten in Heilbronn nachweisbaren Partei¹¹. Ihre Funktionäre bildeten auch den Kern der Freisinnigen Volkspartei (1907) und der Fortschrittlichen Volkspartei (1912), die für die beiden letzten Wahlen dieser Epoche die Kandidaten der Liberalen stellten. Die Volkspartei war es, die dem Distrikt erstmals zum Rufe einer liberalen Hochburg verhalf. Insbesondere die Kandidatur Naumanns in den Jahren 1907 und 1912 trug dazu bei. Diese liberale Partei betrachtete sich als Erbe der Revolution von 1848, war von Anfang an in starkem Maße sozial eingestellt - so bekämpfte sie etwa die manchesterlichen Auffassungen wie sie Bamberger und Richter vertraten - und änderte erst Anfang des 20. Jahrhunderts ihre bis dahin stark partikularistische Einstellung¹². Der Stimmenanteil der Volkspartei lag im Heilbronner Wahlkreis stets höher als in Württemberg oder im Reich, er betrug durchschnittlich 35,4 Prozent. Im Jahre 1871 hatte sie ihr bestes Ergebnis mit 64,6 Prozent. Wie die Konservativen, so konnten auch die Liberalen sechs Mandate gewinnen, davon fünf in der Stichwahl.

10) Diese und alle weiteren Zahlenangaben beziehen sich auf den im ersten Wahlgang erreichten Stimmenanteil

11) vgl. dazu: Hofmann, Wilhelm, "Von Parteien und Wahlen vor dem 1. Weltkrieg", in: "Schwaben und Franken", heimatgeschichtliche Beilage der "Heilbronner Stimme", 6. Jg., Nr. 4, Heilbronn 30.4.1960, S. 1

12) Eine eingehende Beschreibung der Wahlen von 1907 und 1912, an denen Naumann als Kandidat der Liberalen teilnahm, findet sich bei: Heuss, Theodor, "Friedrich Naumann", 2. Auflage, Stuttgart 1949, S. 244 - 245, 290; eine Charakterisierung der Volkspartei findet sich auf Seite 179. Zur Einstellung der Volkspartei vgl. auch: Bergsträsser, Ludwig, "Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", 11. Auflage, München 1960, S. 171. Die besondere Situation der Jahre 1848/49", in: Historischer Verein Heilbronn, 15. Heft mit Bericht über die Jahre 1922 bis 1925, Heilbronn 1925

Die "sozialistischen" Wähler wurden zuerst im Arbeiterbund organisiert. Im Jahre 1872 konstituierte sich, was den Heilbronner Distrikt angeht, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Bei Reichstagswahlen trat sie hier 1877 erstmals auf. Schon damals wurde zwischen den süd- und norddeutschen Sozialisten ein deutlicher Unterschied sichtbar. Die Partei hatte das Gebiet der Diskussion über die marxistische Theorie im Süden früher verlassen als im Norden und sich praktischen politischen Problemen zugewandt. Sie bewilligte, insbesondere auch in Württemberg, wiederholt das Staatsbudget. Die Folge war, daß die Frage ihrer Bündnisfähigkeit und ihrer Wählbarkeit hier ganz anders beurteilt wurde¹³. So waren Wahlbündnisse, auch im Heilbronner Distrikt, zwischen Liberalen und Sozialisten durchaus nichts Außergewöhnliches. Die sozialistische Wählerschaft wuchs von 1,1 Prozent der gültigen Stimmen bei der Reichstagswahl des Jahres 1877 bis auf 36,7 Prozent im Jahr 1912 an. Der Mittelwert ihrer Wahlergebnisse lag bei 17,3 Prozent. Nachdem 1898 und 1903 der sozialdemokratische Kandidat in Stichwahlen unterlegen war, konnte die Partei 1912 erstmals das Mandat erringen. Sie gewann die Stichwahl gegen den Kandidaten der Liberalen, Friedrich Naumann.

Die sonstigen, neben Konservativen, Liberalen und Sozialisten auftretenden Parteien fielen mit durchschnittlich 0,2 Prozent der gültigen Stimmen für die politische Willensbildung nicht ins Gewicht.

Betrachtet man die Ergebnisse der Wahlen nach dem ersten Weltkrieg, so bot die Parteienkonstellation gegenüber den Reichstagswahlen der Kaiserzeit zunächst kaum einen Unterschied. Die alten Gruppierungen schienen ungebrochen fortzubestehen. Die Konservativen sammelten sich in der Württembergischen Bürgerpartei¹⁴, der sich für die Reichstagswahl des Jahres 1919 auch der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund anschloß.

Die Liberalen fanden sich zum größten Teil in der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei wieder zusammen. Die Sozialdemokratische Partei konnte, trotz der Abspaltung der Unabhängigen Sozialisten und später der Kommunisten, ihre Stellung im Heilbronner Gebiet im Wahljahr 1919 unumstritten behaupten.

Wie für das Reich, so konnte auch für den Distrikt festgestellt werden, daß sich das äußere Bild der Parteien in der Ausgangslage so gut wie nicht verändert hatte. "Geblieden ist das gleiche Parteienschema"¹⁵. Das Bild änderte sich jedoch, was die Parteien anbetraf, schnell. Nicht zuletzt unter dem Einfluß des Verhältniswahlrechts nahm die Zahl der

13) vgl. Heuss, Theodor, "Friedrich Naumann", 2. Auflage Stuttgart 1949, S. 178

14) Der Württembergischen Bürgerpartei entsprach im Reich die Deutschnationale Volkspartei.

15) Neumann, Sigmund, "Die deutschen Parteien", Berlin 1932, S. 22

kandidierenden Parteien groteske Formen an¹⁶. Daneben leistete dieses Wahlrecht dem Vordringen aller möglichen Interessenverbände, insbesondere aber wirtschaftlich orientierten, Vorschub¹⁷.

Im Wahlkreis Württemberg, dem der Distrikt von 1919 bis 1933 angehörte, nahmen 1920 acht Parteien den Wahlkampf auf; am 4. 5. 1924 waren es bereits dreizehn. Die Zahl ging am 7. 12. 1924 auf elf zurück und stieg 1928 auf sechzehn; 1930 gab es vierzehn Wahlvorschläge. Dieser Trend zur organisatorischen Zersplitterung der demokratischen Kräfte konnte auch durch das Vordringen der totalitären Parteien 1932 und 1933 nicht aufgehalten werden. Im Juli 1932 bewarben sich dreiundzwanzig, im November 1932 zweiundzwanzig und 1933 noch einmal zehn Parteien um die Stimmen der Wähler.

Trotz dieser Zersplitterung der Parteien in den Wahlen nach 1919 blieben die drei Wählergruppen, die sich in der Zeit der Wahlen im Kaiserreich herausgebildet hatten, bis zum Anwachsen der Nationalsozialisten nach 1930 erkennbar bestehen. Die Konservativen hatten im Bauern- und Weingärtnerbund, die Liberalen in der Deutschen Demokratischen Partei und die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei ihren organisatorischen Schwerpunkt im Heilbronner Gebiet.

Die regionale Stärke des Bauern- und Weingärtnerbundes ist besonders interessant. Er entsprach am meisten dem Typus einer Interessenspartei. Es war eine der Gruppen, "... die über die Aufgaben der Selbstverwaltung hinaus, als Interessenten beim Staat zu fordern sich angewöhnten"¹⁸. Im Landtag und im Reichstag hatte der Bauernbund bis 1929 eine Fraktionsgemeinschaft mit den Deutschnationalen. Die Problematik dieser offensichtlichen "Standespartei" hebt Neumann hervor, wenn er bemerkt: "Bauerntum schließt auch heute noch in eminentem Maße echtes ständisches Leben ein, von dem aus menschliche Gesamtbewertungen und Maßstäbe politischer Entscheidungen gewonnen werden können. Der Agrarstand wird dann allerdings leicht nicht nur zur "zentralen, gesündesten und allein produktiven Schicht", sondern zum einzig entscheidenden Stand im Bewußtsein seiner Repräsentanten. Trotzdem führen von dieser Position aus wie selbstverständlich Wege zu einer fundierten politischen Gesamtauffassung, die sich mit den Attributen bodenständig, christlich, national und konservativ umreißen läßt"¹⁹.

Der Bauern- und Weingärtnerbund war im Distrikt stets um ein Vielfaches stärker als im Reich oder in Württemberg. Durchschnitt-

16) Vgl. zu den allgemeinen Auswirkungen der Verhältniswahl auf das Parteiensystem insbesondere: Hermens, Ferdinand A., "Demokratie oder Anarchie", Frankfurt 1951

17) Braunias, Karl, "Das Parlamentarische Wahlrecht", 1. Bd., Berlin und Leipzig 1932, S. 8 und 88

18) Besson, Waldemar, "Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933", Stuttgart 1959, S. 29-30

19) Neumann, Sigmund, "Die deutschen Parteien", Berlin 1932, S. 67

lich erreichte er 17,8 Prozent der gültigen Stimmen. In den Jahren 1920 und 1924 hatte der Bauern- und Weingärtnerbund mit 25,2 Prozent seine größte Anhängerschaft, 1933, wie auch alle anderen demokratischen Parteien, mit 9,4 Prozent sein schlechtestes Ergebnis. Neben dieser Partei, die von 1919 bis 1933 stets mit einem oder zwei Abgeordneten aus dem Distrikt im Reichstag vertreten war, konnte weder die Deutschnationale Volkspartei noch die Deutsche Volkspartei eine besondere Anziehungskraft auf den konservativen Wähler entfalten.

Das Zentrum hingegen, unter den gegebenen institutionellen Voraussetzungen stets mit einer eigenen Kandidatenliste auftretend, hatte einen begrenzten, aber sicheren Stimmenanteil. Er änderte sich während der ganzen Periode kaum und betrug im Durchschnitt 12 Prozent.

Während sich der konservative Teil der Wählerschaft im Bauern- und Weingärtnerbund sowie im Zentrum konzentrierte, sammelten sich die Liberalen in der Deutschen Demokratischen Partei. Die württembergischen Demokraten gaben sich bewußt föderalistisch und setzten die Tradition der Volkspartei fort. "Man war sich der "Besonderheit" bewußt und wollte sein Eigenleben haben"²⁰. Der Niedergang der Deutschen Demokratischen Partei im Reich war, wenn auch etwas gemildert, im Bezirk ebenfalls zu beobachten. In der Periode der Weimarer Republik bekam sie im Jahr 1919 mit 24,3 Prozent den höchsten Stimmenanteil; 1933 mit 3,2 Prozent den geringsten. Immerhin war die Deutsche Demokratische Partei bei einem Mittelwert von 10 Prozent der Stimmen selbst in ihrer schlechtesten Phase im Heilbronner Gebiet stets noch stärker als im Reich. Die Naumannsche Tradition hatte hier in Theodor Heuss ihren Vertreter gefunden.

Als stärkste politische Kraft erwies sich die Sozialdemokratische Partei, die stets Ergebnisse über dem Landes- und Reichsdurchschnitt erzielte. Sie setzte damit den 1881 begonnenen Aufstieg fort. Bei einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 33 Prozent erhielt sie auch 1933 noch 26 Prozent aller abgegebenen, gültigen Stimmen.

Die konservativen, liberalen und sozialistischen Parteien konnten bis 1930 über 90 Prozent aller Wähler des Distrikts auf sich vereinigen. Auch in den Jahren 1932 und 1933 besaßen die Parteien, die die parlamentarische Demokratie stützten, stets die absolute Mehrheit.

Die Kommunisten kamen über 12,1 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen in der ersten Wahl des Jahres 1933 nicht hinaus. In den Wahlen von 1924 bis einschließlich 1930 betrug der Durchschnitt der nationalsozialistischen Stimmen 2 Prozent. Daß es den Nationalsozialisten selbst 1933 nicht gelang, mehr als 33,6 Prozent der Stimmen zu erhal-

20) Besson, Waldemar, "Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933", Stuttgart 1959, S. 33

ten, trug dem Heilbronner Gebiet den Ruf einer jüdisch-marxistischen Hochburg ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg begannen sich die politischen Parteien im Jahre 1945 erneut zu formieren. Unter der Führung ehemaliger Zentrumsmitglieder und auch katholischen Mitgliedern des Bauern- und Weingärtnerbundes wurde im November 1945 der das Gebiet des Stadt- und Landkreises Heilbronn umfassende Kreisverband der Christlich Demokratischen Union gegründet²¹. Bis zu einem gewissen Grade in der Tradition des Zentrums stehend, hatte die CDU jedoch von Anfang an den Charakter einer rein katholischen Ghettopartei, der dem Zentrum hier eigen war, überwunden.

In der ersten Kommunalwahl des Jahres 1946 erreichte die CDU 26,4 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen. Bei den folgenden Bundestagswahlen konnte sie die Ergebnisse bis 1957, als ihr das Direktmandat zufiel, stets verbessern. Das Ergebnis von 1961 brachte demgegenüber einen Rückschlag. Gemessen an den abgegebenen, gültigen Stimmen fiel die CDU prozentual unter den Stand von 1953 zurück. Als Mittelwert bei den Bundestagswahlen ergab sich für die CDU ein Prozentsatz von 30,7 der abgegebenen, gültigen Stimmen²². Anders als die CDU des Wahlkreises, deren Gründung nicht ohne Anstoß von der Landesebene erfolgt war, kam die Bemühung zur Gründung der Demokratischen Volkspartei (später: Freie Demokratische Partei) aus dem Distrikt selbst. Ehemalige Mitglieder der Deutschen Demokraten, des Bauern- und Weingärtnerbundes und sogar einige prominente Mitglieder der Zentrumspartei, die einem "Bürgerblock" aufgeschlossen gegenüber standen, schlossen sich zu einem Stadt- und zu einem Kreisverband zusammen²³. Die Idee einer alle bürgerlichen Kräfte umfassenden Partei stand im Vordergrund. Die FDP/DVP gewann bei den ersten Kommunalwahlen 1946 28,1 Prozent der gültigen Stimmen. Sie konnte bei Bundestagswahlen stets auf einen nahezu gleichbleibenden Anteil der Wahlberechtigten des Distrikts rechnen. Bei einem Mittelwert der gültigen Stimmen für die FDP/DVP von 26,8 Prozent betrug die Spannweite lediglich 3 Prozent. Sowohl 1949 als auch bei der Nachwahl 1952 und der Wahl 1953 wurde ein Kandidat der FDP/DVP direkt in den Bundestag gewählt.

Die Sozialdemokraten, während der nationalsozialistischen Herrschaft im Untergrund auch organisatorisch noch locker verbunden, sammelten sich in der im Wahlkreis am 1.8.1945 offiziell wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei²⁴. Bei der Kommunalwahl 1946 konnte

21) vgl. dazu Materialband "Interviews und Berichte", S. 44 ff.

22) Diese und die Zahlenangaben bei den anderen Parteien beziehen sich auf die erzielten Zweitstimmen

23) vgl. dazu Materialband "Interviews und Berichte", S. 44

24) vgl. dazu Materialband "Interviews und Berichte", S. 11 ff.

Tabelle 8
Ergebnisse der Bundestagswahlen im Gesamtdistrikt: 1949-1961

Jahr	Wahlberechtigte		Wahlbeteiligung		CDU	SPD		FDP/DVP		Notgemeinschafft		GB/BHE		DG	
	abs.	%	abs.	%		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1949	130.088	72,8	20.671	22,8	23.777	26,3	25.448	28,1	13.400	14,8	-	-	-	-	-
1952	139.450	52,5	-	-	25.945	36,0	43.529	60,3	-	-	-	-	-	-	-
1953	144.918	83,8	37.506	32,1	34.377	29,4	32.953	28,2	-	-	5.912	5,1	-	-	-
1957	157.949	86,4	47.231	36,2	42.978	33,0	32.891	25,2	-	-	5.257	4,0	104	0,1	-
1961	170.472	86,7	44.229	31,6	54.469	38,9	35.552	25,4	-	-	-	-	58	0,0	-

Jahr	GDP		DP		DRP		BdP		KPD		sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1949	-	-	-	-	-	-	-	-	7.281	8,0	-	-
1953	-	-	-	-	-	-	-	-	2.651	3,7	-	-
1957	-	-	1.728	1,5	-	-	-	-	2.490	2,1	1.994	1,6 ²
1961	-	-	966	0,7	707	0,5	207	0,2	-	-	-	-
	2.859	2,0	-	-	904	0,6	-	-	-	-	2.128	1,5 = DFU

1) = Bundestagswahlkreis Heilbronn, sets mit Bad Wimpfen

2) = GVP + DNS

sie 38,2 Prozent der gültigen Stimmen gewinnen. Die Bundestagswahlergebnisse weisen eine ständige Steigerung ihrer Wähleranteile von 1949 bis 1961 aus. Der Mittelwert liegt bei 32 Prozent der gültigen Stimmen. Im Jahre 1961 gelang einem Kandidaten der SPD erstmals in direkter Wahl der Eintritt in das Parlament.

Der Stimmenanteil sonstiger Parteien schrumpfte von Bundestagswahl zu Bundestagswahl immer mehr zusammen. Die Wähler des Distrikts unterstützten 1961 zu über 95 Prozent drei Parteien: die Christlich Demokratische Union, die Freien Demokraten und die Sozialdemokraten.

Die Dreiparteienkonstellation, die das Ergebnis der Bundestagswahl von 1961 zeigt, ist also als durchaus typisch für die Parteienkonstellation des Distrikts anzusehen. Sie hat sich in den Ergebnissen der bisherigen Reichstags- und Bundestagswahlen immer wieder dargestellt.

Übersicht Die Vertreter des Heilbronner Distrikts in den Reichs- und Bundestagen Deutschlands

Wahljahr	Name	Partei
1848	Hentges	"Liberal"
1871	v. Goppelt	Nationalliberale Partei
1874	Mayer	Nationalliberale Partei
1877	v. Huber	Nationalliberale Partei
1878	Härle	Volkspartei
1881	Härle	Volkspartei
1884	Härle	Volkspartei
1887	v. Ellrichshausen	Nationalliberale Partei
1890	Härle	Volkspartei
1893	Haag	Volkspartei
1898	Hegelmaier	Reichspartei
1903	Wolff	Konservative Partei
1907	Naumann	Volkspartei
1912	Feuerstein	Sozialdemokratische Partei
1919	Vogt	Bauern- und Weingärtnerbund
	Gröber	Christliche Volkspartei
1920	Vogt	Bauern- und Weingärtnerbund
	Haag, W.	Bauern- und Weingärtnerbund

Wahljahr	Name	Partei
1924	Heuss	Deutsche Demokratische Partei
	Vogt	Bauern- und Weingärtnerbund
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
1924	Heuss	Deutsche Demokratische Partei
	Vogt	Bauern- und Weingärtnerbund
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
1928	Vogt	Bauern- und Weingärtnerbund
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
1930	Heuss	Einheitliche Deutsche Volkspartei- Deutsche Staatspartei
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
	Ulrich	Sozialdemokratische Partei
1932	Heuss	Deutsche Demokratische Partei
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
1932	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
	Ulrich	Sozialdemokratische Partei
1933	Heuss	Kandidierte auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
	Ulrich	Sozialdemokratische Partei
1932	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
	Ulrich	Sozialdemokratische Partei
1933	Heuss	Kandidierte auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei
	Haag, H.	Bauern- und Weingärtnerbund
	Ulrich	Sozialdemokratische Partei
1949	Kohl	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
	Kern	Christlich Demokratische Union
	Bazille	Sozialdemokratische Partei
1952 (Nachwahl)	Mauk	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
1953	Mauk	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
	Bazille	Sozialdemokratische Partei
1957	Mauk	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
	Simpfendorfer	Christlich Demokratische Union
	Bazille	Sozialdemokratische Partei
1961	Mauk	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
	Bazille	Sozialdemokratische Partei

§ 3 REGION UND WAHLENTSCHEIDUNG

Politische Soziologen, vornehmlich solche aus der Tradition der *géographie humaine* oder der *human ecology*, haben immer wieder von regionalen Besonderheiten des Wahlverhaltens berichtet, die nicht allein aus einer spezifischen Kombination konfessioneller und sozialökonomischer Merkmale erklärt werden konnten. Diese Beobachtung, häufig begleitet von der Feststellung erstaunlicher Konstanz des Wahlverhaltens trotz weitgehenden Wechsels der Bevölkerung, hat vor allem die aus der französischen Schule der Wahlanalyse kommenden Forscher stets von neuem gereizt, unterschiedliche geographische Bedingungen bestimmter Regionen mit unterschiedlichem politischen Verhalten der Bevölkerung solcher Gebiete in Beziehung zu setzen¹. Da nahezu ausschließlich agrarische Gebiete Gegenstand dieser Untersuchungen waren, in denen Produktionsbedingungen, Siedlungsweisen oder Verhältnisse weitgehend von Naturbedingungen abhingen, lag der Versuch auch nahe, das politische Verhalten als abhängige Variable landschaftlich-geographischer Gegebenheiten zu deuten².

Es kann nicht bestritten werden, daß bestimmte sozialstrukturelle Konstellationen durch geographische Bedingungen präformiert worden sind.

So ist es zum Beispiel sicher eine Folge von Bodenbeschaffenheit und Klima, daß im Bereich des Heilbronner Wahlkreises - was die Landwirtschaft anbetrifft - der Obst- und Gemüsebau vorherrscht. Obst- und Gemüsebauern (zumindest die protestantischen) zeigen hier eine besondere Vorliebe für die FDP. Eine Erklärung dieses Tatbestandes durch Bodenbeschaffenheit und Klima allein reicht jedoch offensichtlich nicht aus.

Die, besonders in den französischen Wahlstudien oft berichtete Beobachtung, daß in verkehrsgünstig gelegenen Gebieten progressive, in verkehrungünstig gelegenen Regionen konservative Parteien relativ stärker seien, trifft auch im Heilbronner Distrikt zu. Es wäre jedoch wiederum unbefriedigend, wollte man eine Erklärung nur durch den Verweis auf die Geographie versuchen.

Es widerspricht dem Grundsatz soziologischen Denkens, Soziales mit Sozialem zu erklären, wenn man Merkmale, die durchaus zur Er-

1) vgl. u. a.: Siegfried, André, "Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République", Paris 1913. Goguel, François, "Géographie des élections françaises de 1870 - 1951", Paris 1952. Le Bras, Gabriel, "Géographie électorale et géographie religieuse", in: *Etudes de sociologie électorale*, Paris 1947, S. 44 ff. Heberle, Rudolf, "Landbevölkerung und Nationalsozialismus", Stuttgart 1963. Eine umfassende Literaturübersicht findet sich in: Diederichs, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 209 ff.

2) Diederichs, Nils, "Empirische Wahlforschung", Köln und Opladen 1965, S. 16 ff.

klärung politischen Verhaltens beitragen können, noch einmal auf geographische Gegebenheiten reduziert³. Ein eigener Erklärungswert für das politische Verhalten kommt der Geographie qua se nicht zu.

Durch den Heimatkunde- und Geographieunterricht der Schulen allgemein vermittelt, durch Wander-, Heimat- und Bürgervereine speziell gepflegt, können geographisch definierte Gebietseinheiten im Sinne von "Landschaften" jedoch eine zusätzliche, soziologisch relevante Bedeutung gewinnen. Im alltäglichen Sprachgebrauch kennzeichnet "Landschaft" nämlich kaum Bodenbeschaffenheit oder andere geographische Tatbestände allein, sondern meint vor allem besondere Charakteristika der sozialen und politischen Struktur sowie vermutete Eigenarten der Bevölkerung bestimmter Gebiete.

So werden im Heilbronner Gebiet zum Beispiel sieben Landschaften genannt. Geprägt wird der Bezirk durch das Neckartal. Östlich des Neckartals werden vier Landschaften unterschieden: das Schozachtal, das Gebiet der Löwensteiner Berge und des Mainhardter Waldes, das Weinsbergertal und das bis zum Vorodenwald reichende untere Flußgebiet von Kocher und Jagst.

Der westlich des Neckar gelegene Teil gliedert sich in die Landschaften des Zabergäu und des Leintals⁴. Diese Landschaftsbezeichnungen sind den "Heilbronnern" allgemein bekannt. Wie der Name einer Gemeinde, so werden auch die Landschaftsbezeichnungen als Etikette für andere, mehr oder weniger präzise umschreibbare Komplexe von Fakten und Vorgängen benutzt⁵. Mit einigen der Landschaften verbinden sich Vorstellungen darüber, wie "man" dort wählt. Im Neckartal, so wird gesagt, sei man vorwiegend für die SPD; im Kocher- und Jagsttal, vor allem aber auf der "Krummen Ebene" (einem Teilgebiet des Kocher- und Jagsttals) wähle man die CDU und einer aus dem Zabergäu bevorzuge die FDP. Die Bewohner der anderen Landschaften können nicht mit gleicher Sicherheit parteipolitisch zugerechnet werden. Da es sich beim Neckartal, beim Kocher- und Jagsttal und beim Zabergäu um die traditionellen Hochburgen der jeweiligen Parteien innerhalb des Wahlkreises handelt, fiel die regionale Zuordnung politischer Eigenschaften offenbar umso leichter, je konstanter eine Partei in einer bestimmten Gegend sichtlich bessere Ergebnisse erzielen konnte als anderswo. Wird aber mit landschaftlicher Zugehörigkeit so wie hier auch ein bestimmtes politisches Verhalten verbunden, so ist damit eine Kategorie gegeben, die politisches Verhalten im Sinne der Bezugsgruppentheorie beeinflusst.

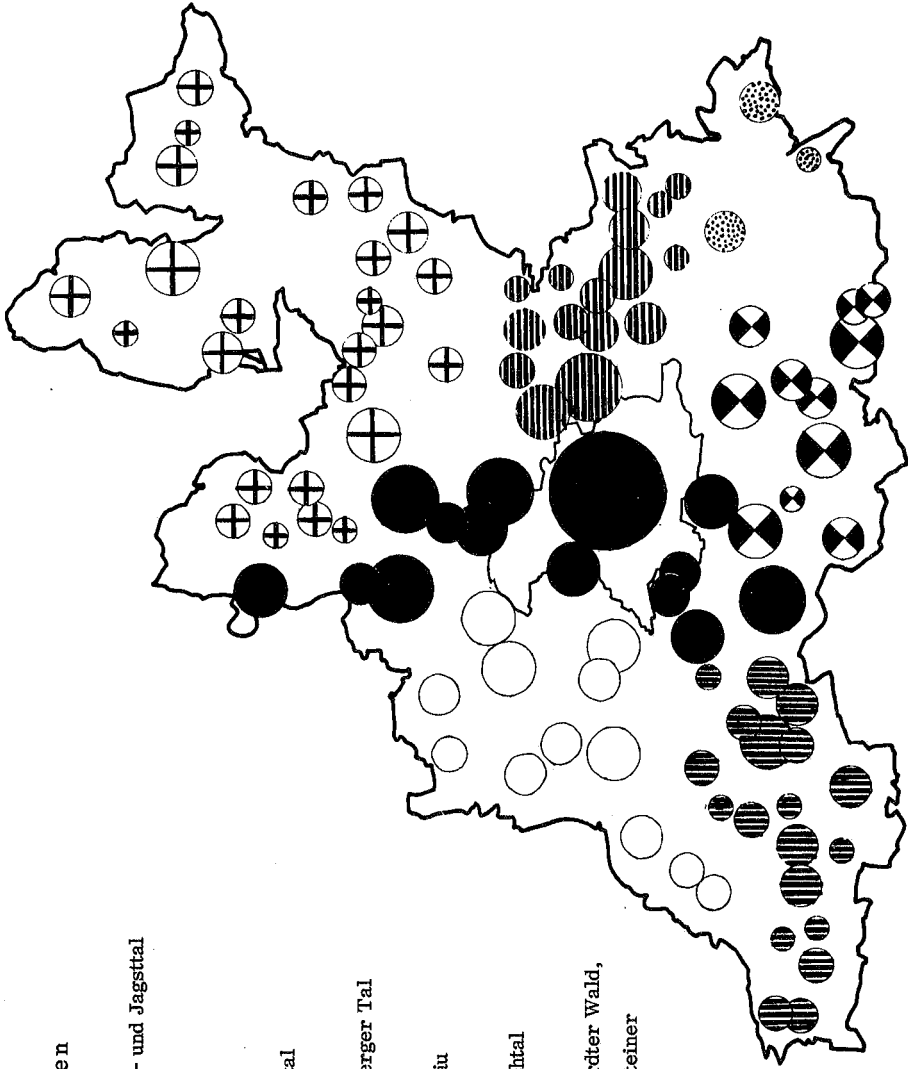
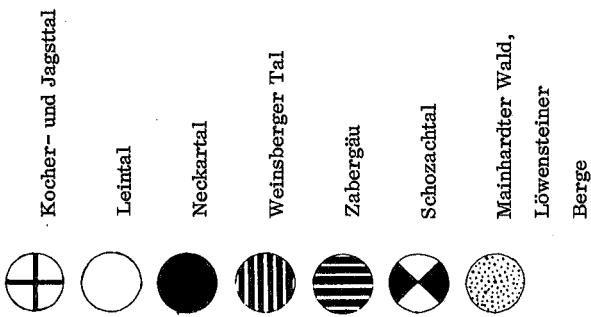
3) Durkheim, Emile, "Les Règles de la Méthode Sociologique", 14. Auflage, Paris 1960

4) Für die Zuordnung der Gemeinden vgl. Anhang III

5) Treinen, Helner, "Symbolische Ortsbezogenheit", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 17, 1965, S. 81

Schaubild 6:

Landschaften



sen kann⁶. Dieser Tatbestand wurde von den lokalen Politikern intuitiv erfaßt. Wenn etwa der Kandidat der CDU an die "Sehr geehrten Einwohner des Kocher- und Jagsttals" appellierte, ihm bei der Wahl die Stimme zu geben, dann geschah dies in der Gewißheit, durch das Ansprechen der landschaftlichen Gemeinsamkeit einen für ihn und die CDU günstigen Bezugsrahmen vorgegeben zu haben⁷. Im Kocher- und Jagsttal, das wußte jeder, war man ja schon "immer" für die CDU so wie man früher für das Zentrum gewesen war.

Politisch-administrative Gebietsabgrenzungen wie Stadt- und Landkreise können, ähnlich wie "Landschaften", ebenfalls der Einordnung regionaler Ereignisse und der eigenen regionalen Zuordnung dienen. Da Verwaltungsgrenzen in der Regel längere Zeit bestehen und da die Verwaltungseinheit durch gemeinschaftliche Institutionen von permanenter Bedeutung für den Alltag der Bürger bleibt, haben derart abgegrenzte Gebiete mehr noch als etwa Landschaften die Chance, als regionaler Bezugsrahmen gewählt zu werden.

Solche Stadt- und Landkreise sind in Deutschland eine beliebte Einheit wahlökologischer Analyse. Für diese Gebietseinheiten werden von den statistischen Ämtern Daten über die soziale und politische Struktur angeboten. Dennoch gibt es, wie im Fall der Landschaft, kaum systematische Untersuchungen darüber, welche, in einem inhaltlichen Sinne zu deutende Auswirkungen solchen Gebietseinheiten auf das Wahlverhalten zugeschrieben werden können. Ehe dieses Problem nicht geklärt ist, bleiben selbst noch so fleißige Datensammlungen oder statistische Feinheiten der rechnerischen Darstellung theoretisch unfruchtbar. Gerade dieser Frage weicht man aber in den meisten Fällen aus. Die Tatsache, daß Materialien von der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt werden und sie technischen Anforderungen durchaus genügen, trägt dazu bei, solche Reflektion zu verhindern; dazu kommt die geringe Neigung, politisch-statistische Längsschnittanalysen mit historischem Wissen zu kombinieren.

Die hier aufgeworfene Frage berührt generelle Probleme der lokalen Bindung sozialen Lebens⁸. Sie verlangt jedoch speziell nach einer Klärung des Problems, welche sozialen und politischen Einrichtungen zur Ausbildung regional-spezifischer Einflußgrößen führen, die gleichwertig neben solchen, das Wahlverhalten allgemein beeinflussenden Faktoren wie Konfession oder soziale Schicht, stehen können.

6) Zur Bezugsgruppentheorie allgemein, vgl.: Merton, Robert K., "Social Theory and Social Structure", Revised and Enlarged Edition 1957, 4. Auflage 1961, S. 225-386

7) Rundschreiben des CDU-Kandidaten zur Wahl im September 1961

8) vgl.: König, René, Grundformen der Gesellschaft; Die Gemeinde, Hamburg 1958, S. 14

1. Wahlkreis und Wahlentscheidung

"Landschaft" oder politisch administrative Gebietseinheit beschreiben weit weniger einen für das politische Verhalten relevanten Kontext als der Wahlkreis, dessen Region schon formal Konsequenzen für die politische Willensbildung impliziert.

Der Wahlkreis kann als eine institutionell vorgegebene regional abgegrenzte Einheit angesehen werden, die den legitimen Erwerb und die Kontrolle politischer Macht erlaubt.

Durch die Wahlkreisgrenzen wird gleichzeitig, wie bei jedem regionalen Ausschnitt eines größeren Territoriums, ein ganz bestimmtes Majoritäten- und Minoritätenverhältnis politischer und sozialer Gruppierungen festgelegt, das in den Bezugsrahmen der am politischen Prozeß Beteiligten eingeht. Über Erfolg und Mißerfolg der sich als Kandidaten bewerbenden Politiker wird im Wahlkreis selbst entschieden, insbesondere dann, wenn sie auf keiner Landesliste abgesichert sind. Aber auch für den auf einer Liste nominierten Bewerber um ein politisches Mandat kann ein Bezug zum Wahlkreis insbesondere dann angenommen werden, wenn die Rangfolge der Listenplätze von den im Wahlkreis erreichten Stimmenanteilen abhängig gemacht wird. Hinzu tritt ganz allgemein ein Gefühl der größeren Unabhängigkeit gegenüber der Partei, das solche Mandatsträger haben können, die in der Lage sind, bei Meinungsverschiedenheiten auf ihren Rückhalt in der Heimatregion hinzuweisen⁹.

Die Kandidaten und die lokale Parteiorganisation verbindet das gemeinsame Interesse an der Gewinnung oder Erhaltung der politischen Macht in einer bestimmten Region. Beide sind gezwungen, sich an den Verhältnissen zu orientieren, die sie in dem Wahlkreis vorfinden, in dem sie zum Erfolg kommen wollen. Man kann beobachten, daß in der Regel die Grenzen der Bundestagswahlkreise mit den Grenzen der regionalen Parteigliederungen übereinstimmen. Fällt die Abgrenzung des Wahlkreises und die der Parteiorganisation auseinander, so sind Spannungen zwischen den Kandidaten und der Organisation häufiger zu erwarten als umgekehrt¹⁰. Wenn auch jeder Wahlkreis, Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahlkreis eine gewisse Tendenz hat, zum regionalen

9) Dieses Gefühl drückte der Kandidat und Abgeordnete der SPD so aus: "Es ist jetzt vorbei mit der Gewohnheit, mir gewisse Arbeiten von Seiten der Fraktion mit der Bitte um freundliche Erledigung zuzuschieben". vgl. dazu: Materialband "Interviews und Berichte", S. 28

10) Diese Spannungen wurden im Falle der SPD, deren organisatorischer Kern im Distrikt der Unterbezirk ist, dem die Betreuung mehrerer Wahlkreise obliegt, während des Wahlkampfes sichtbar.

vgl. zur allgemeinen Problematik auch: Gemmecke, Vera, "Die Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis Arnsberg-Soest", Kölner Dissertation 1964, S. 32 ff.

Kern einer organisatorischen Gliederung der Parteien zu werden, so ist dies jeweils einmal wegen der Knappheit der finanziellen Mittel der politischen Parteien, zum anderen wegen der relativ häufigen Neueinteilung, insbesondere der Landtags- und Kommunalwahlkreise, nicht immer zu realisieren¹¹. Hier erweist sich dann meist der Bundestagswahlkreis als die zeitlich beständigste Gebietseinheit, die der Partei den relativ größten regionalen Machtgewinn bringt, als die wichtigste Einheit. Landtags- und Kommunalwahlkreise, die im gleichen Gebiet liegen, werden in der Regel von hier aus mitbetreut.

Häufig, so auch beim Heilbronner Wahlkreis, fallen die Grenzen des Bundestagswahlkreises mit den politisch-administrativen Kreisgrenzen zusammen¹². Decken sich beide Gebiete, so ist dies eine Voraussetzung dafür, daß die gleiche Region auch als Bezugsrahmen bei anderen, alltäglicheren, Entscheidungen wirkt. Organe der Selbstverwaltung wie Stadtrat und Kreistag bieten Positionen für politisches Führungspersonal mit speziellem Bezug auf die Region. Damit aber ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Auftreten regionaler Effekte, die das Wahlverhalten beeinflussen können, gegeben.

Wie für Kandidaten und Parteien, kann der Wahlkreis auch für die Organisationen und Vereine, die politischen Einfluß für die Durchsetzung ihrer Ziele suchen, eine sinnvolle Bezugsgröße sein. Hier ergibt sich für sie (vor allem für die auf die Region beschränkten) die oft einzige Möglichkeit, sich die Unterstützung ihrer Anliegen gegen die Unterstützung der Parteien bei Wahlen einzuhandeln.

Fällt das Wahlkreisgebiet nicht nur mit politischen und administrativen Grenzen, sondern auch mit dem Verbreitungsgebiet einer regionalen Tageszeitung zusammen, so ist die Voraussetzung dafür gegeben, daß der regionale Bezug auch für einen größeren Bevölkerungskreis einen realen Inhalt bekommt. Ein derartiges, regionales Kommunikationsmittel fördert allgemein das Denken in bestimmten regionalen Strukturzusammenhängen. Was Janowitz über die Funktionen und Wirkungen der Tageszeitungen in Großstädten schreibt, gilt weitgehend auch für die regionalen Tageszeitungen. "In terms of its function, the community newspaper is a ready sociological index to community organisation and community orientation. As such, it is one of the many institutions and agencies which participate in the process of integrating the individual into the urban social structure by assisting him to maintain the complex balance between local and non-local practices and orientations"¹³.

11) vgl. Schaubilder 7-12

12) Eine derartige Regelung wurde allgemein bei der Wahlkreiseinteilung angestrebt. vgl. Wahlrechtskommission, "Grundlagen eines deutschen Wahlrechts. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Wahlrechtskommission.", Bonn 1955

13) Janowitz, Morris, "The Imagery of the Urban Community Press", in: Public Opinion Quarterly, vol. 15, 1951, S. 519 ff.

Schaubild 7:
Bundestagswahlen

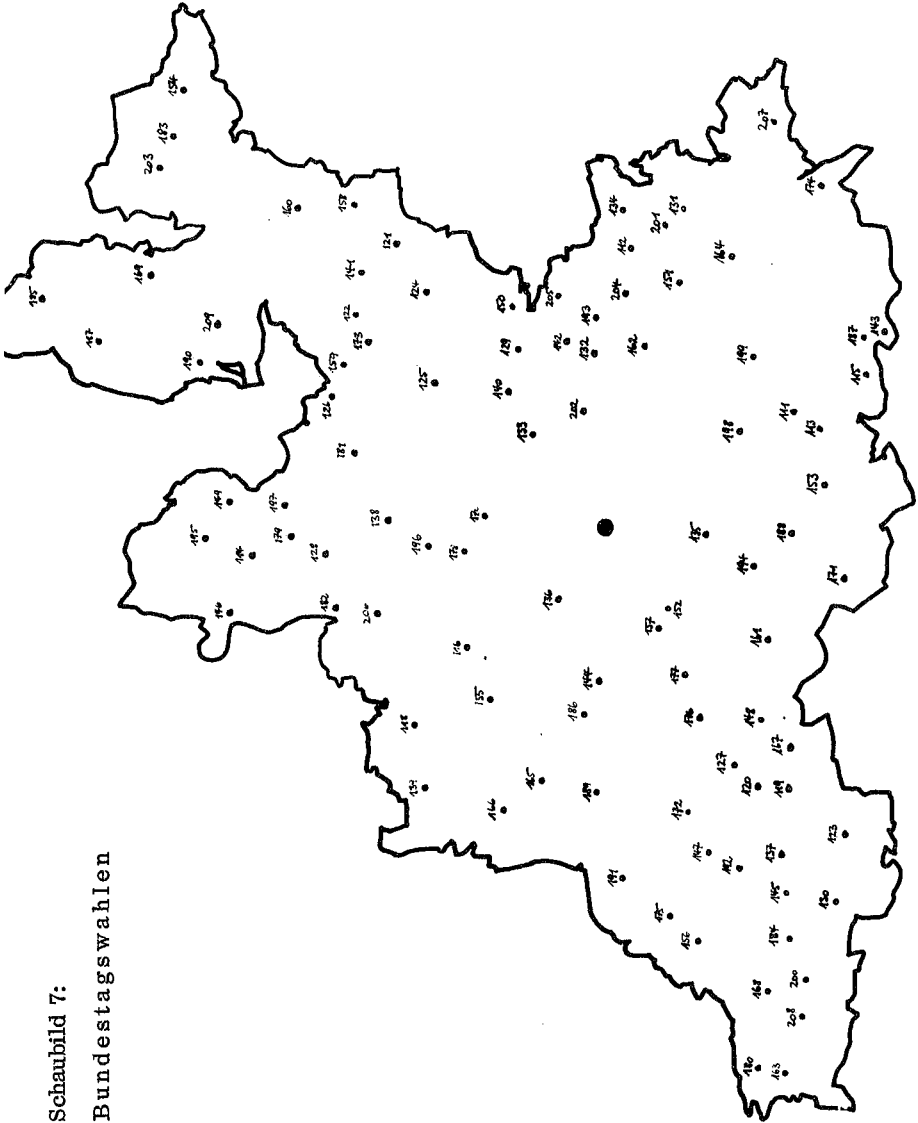


Schaubild 8:
Landtagswahlen



Schaubild 9:
Kreistagswahlen 1946

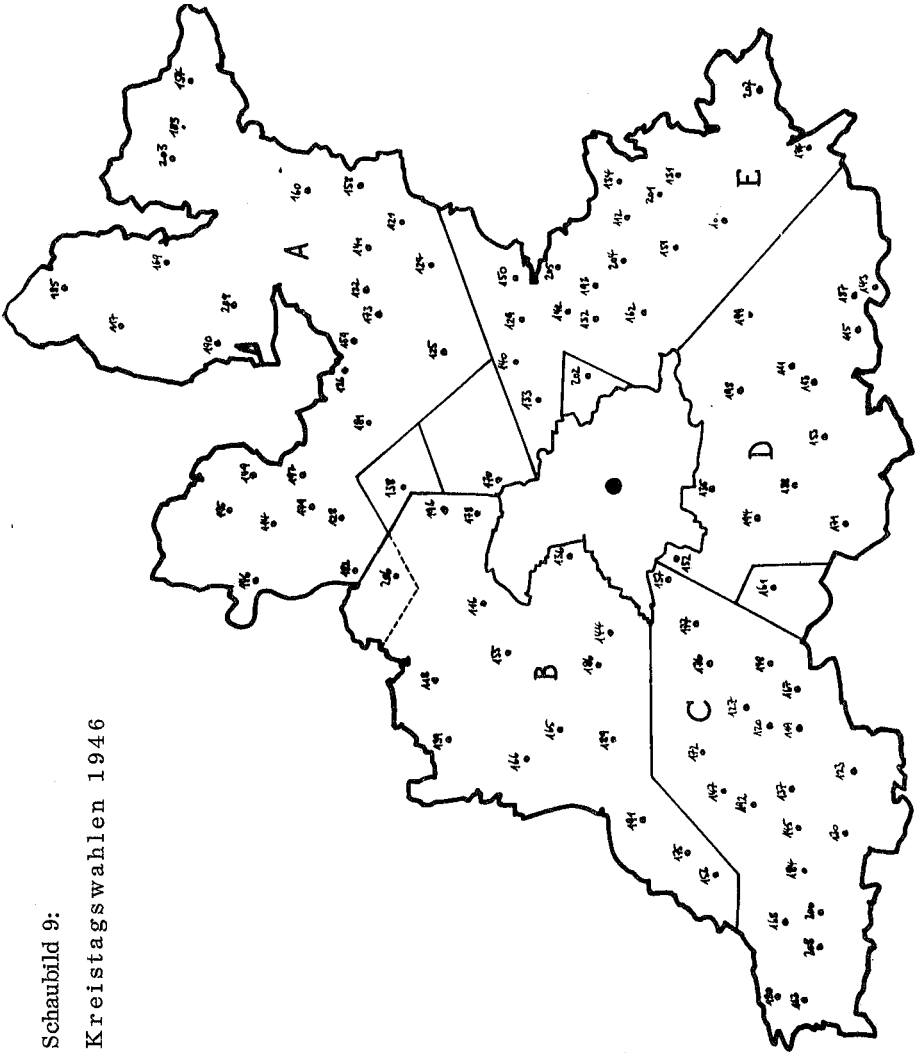


Schaubild 10:
Kreistagswahlen 1947

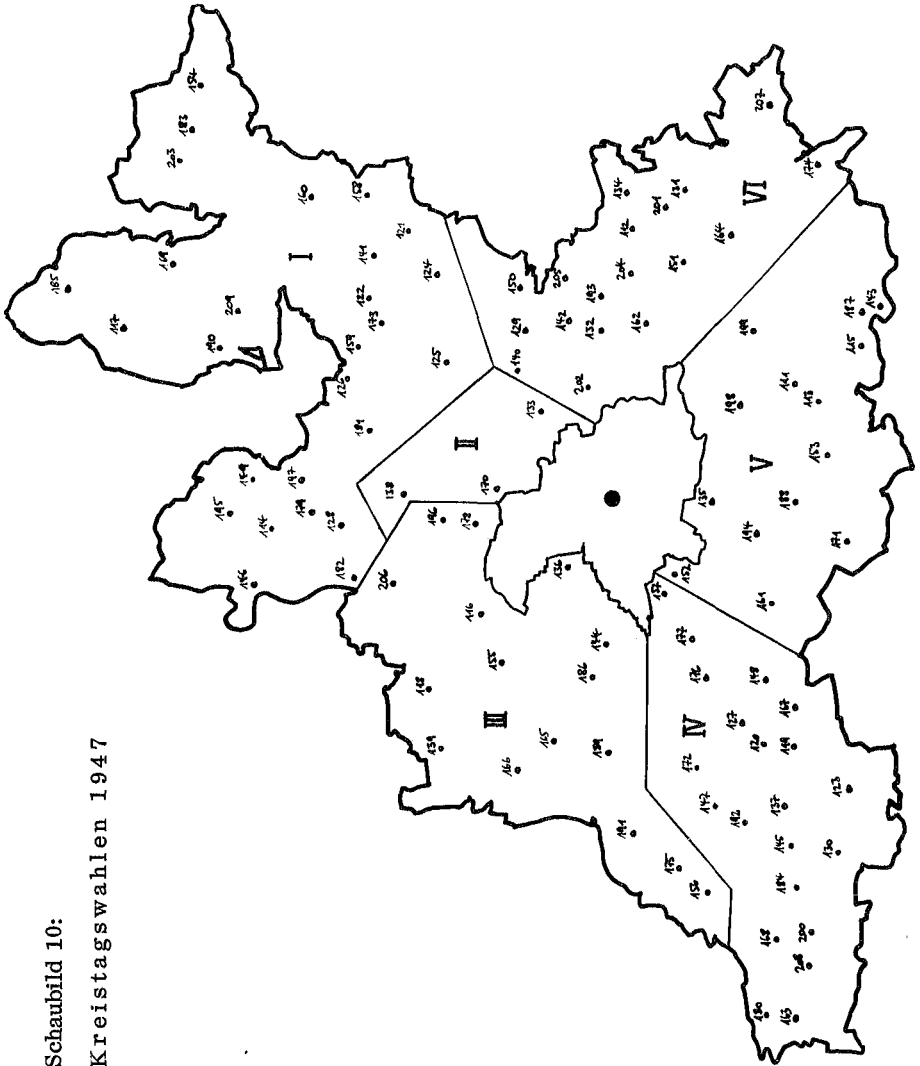
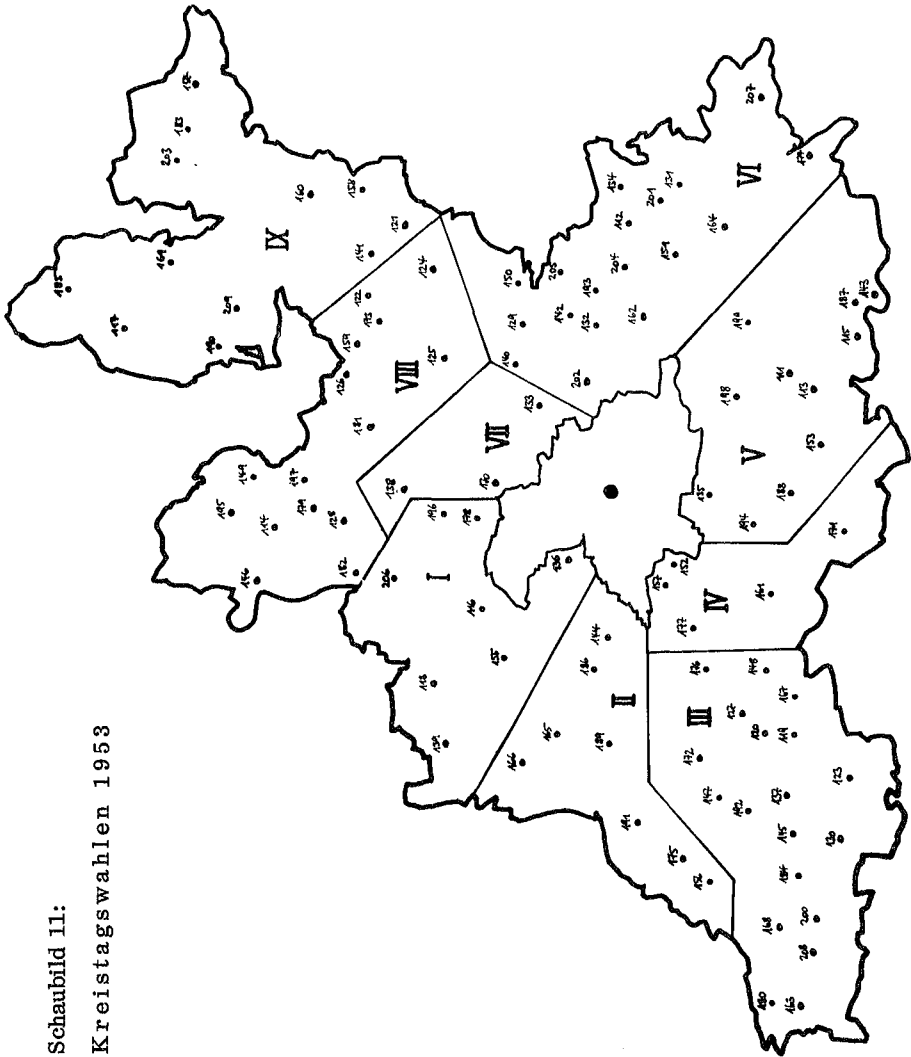


Schaubild 11:
Kreistagswahlen 1953



Durch ein Kommunikationsmedium wie die regionale Tageszeitung wird der Wahlkreis zu einem adäquaten, gewohnten Bezugsrahmen für die Beurteilung auch der politischen Struktur der regionalen Umwelt. Einmal kann die politische Situation hier leicht mit der in anderen Wahlkreisen verglichen werden. Zum anderen kann das Abschneiden der politischen Parteien im Wahlkreis, ihrem Erfolg oder Mißerfolg in kleineren Gebieten, etwa der Wohngemeinde, oder größeren, etwa dem gesamten Staatsgebiet, gegenübergestellt werden. Die Stärkeverhältnisse der Parteien werden so regional gewogen. Der politische "out put" einer Wahl in der Region, kann demjenigen in mit anderen Kategorien des politischen Systems bezeichneten Einheiten, sinnvoll zugeordnet werden.

Für alle Beteiligten wird der Wahlkreis als Bezugsrahmen umso gewohnter und selbstverständlicher, als er über einen längeren Zeitraum als Vergleichs- und Bezugsgröße bestehen bleibt. In diesem Fall kann er nicht nur dem politischen Kräftevergleich zu einem gegebenen Zeitpunkt dienen. Er ist so auch als Kategorie für einen Vergleich mit Wahlergebnissen zurückliegender Perioden zu gebrauchen.

Dieser Tatbestand der Gewöhnung an politische Gewichte in bestimmten Regionen berührt, neben anderen, auch Fragen der Traditionsbedingtheit des Wahlverhaltens.

Anmerkung zu den Schaubildern über die Wahlkreiseinteilung¹⁴

Bundestagswahlkreis: Die Grenzen des Bundestagswahlkreises Heilbronn wurden im Jahre 1949 vom Ausschuß des Landtages von Württemberg-Baden festgelegt. Er blieb seither, bis auf das Hinzukommen der Gemeinde Bad Wimpfen am 1.5.1952, in seinem Gebiet unverändert.

Landtagswahlkreise: Für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden im Jahre 1946, bildeten Stadt- und Landkreis Heilbronn einen Landtagswahlkreis. Diese Einteilung blieb für die folgenden 2 Landtagswahlen bestehen. Anlässlich der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg im Jahre 1952, wurde das Heilbronner Gebiet in 3 Landtagswahlkreise aufgespalten. Diese Regelung blieb seither bestehen.

Kommunalwahlkreise: Die Wahlkreiseinteilungen sowohl im Stadtkreis, als auch im Landkreis wurden von Wahl zu Wahl verändert. Im Stadtkreis stieg die Anzahl der Wahlbezirke von 26 im Jahre 1946 auf 64 (einschließlich der 3 Sonderwahlkreise) im Jahre 1962. Die Wahlkreiseinteilung zu den Kreistagen geht aus der kartographischen Darstellung hervor.

14) Für die Zugehörigkeit der einzelnen Gemeinden zu den Wahlkreisen vgl. Anhang III

2. Die Wahlentscheidung in Regionen unterschiedlicher politischer Tradition

Ein gutes Beispiel für Gebiete, denen politische und administrative Funktionen zugeordnet waren, die somit strukturelle Voraussetzungen für die Ausbildung regionaler Eliten und regionaler Bezüge der Bevölkerung allgemein besaßen, und die zudem ohne große Veränderungen von 1810 bis 1938 Bestand hatten, sind im Falle Württembergs die ehemaligen Oberämter, aus deren Zusammenlegung die heutigen Kreise hervorgegangen sind¹⁵. Diese Oberämter, nach den napoleonischen Kriegen durch Friedrich von Württemberg geschaffen, knüpfen ihrerseits wieder an traditionsreiche Gebietskörperschaften an: die "Städte und Ämter" Altwürttembergs¹⁶.

In den "Städten und Ämtern", die seit dem 13. Jahrhundert Wehrbezirk, Steuerbezirk, Verwaltungsbezirk und Gerichtssprengel zugleich waren, konnten sich erste Ansätze genossenschaftlich-korporativer Selbständigkeit gegenüber der Herrschaft ausbilden. Im Rahmen der landständischen Verfassung wuchs den in den "Städten und Ämtern", korporativ zusammengefaßten, nichtadeligen Landeseinwohnern ein Mitspracherecht in der Landespolitik zu. In gemeinsamen Versammlungen von Stadtmagistraten und Schultheißen der Amtsdörfer wurde über Landtags- und Landesangelegenheiten beraten. Die Versammlungen stellten der Landtagsabordnung von "Stadt und Amt" die Vollmacht aus, die mehr war als eine formelle Legitimation. Sie war verbindliche Instruktion, imperatives Mandat, wie sie die altdeutsche Korporationsverfassung allgemein kannte. Aber nicht nur die Einheit nahezu aller Bereiche der Herrschaftsausübung im Rahmen von "Stadt und Amt" förderte die Identifikation der Bevölkerung mit solchen Verwaltungseinheiten. Als Selbstverwaltungsbezirke erfüllten sie gemeinsame Aufgaben in eigener Zuständigkeit. "Durch lange Generationen erlebt der Altwürttemberger in Stadt und Land die staatliche Gemeinschaft fast nur in dem überschaubaren Rahmen desselben kleinen Amts. Hier fordert und nimmt er Recht, hier zahlt er Steuern, hier wird er zu Fuhr- und Jagdfronen aufgeboten, hier überwacht man seinen landwirtschaftlichen Anbau und reguliert die Preise für seine Agrarprodukte, hier sorgt man für öffentliche Sicherheit und Feuerschutz, hier baut man Straßen und Brücken, hier lernt

15) vgl. Schaubild 13

16) "Soweit das Amt herrschaftlicher Verwaltungsdistrikt ist, heißt es üblicherweise Vogtei oder Amt (später Oberamt); soweit es genossenschaftlicher Verband ist, bürgert sich dafür die Bezeichnung "Stadt und Amt" ein. Dieser Name meint, wie so mancher Doppelausdruck unserer älteren Rechtssprache, eine unlösbare Einheit; er meint das, was eine spätere Zeit "Amtskorporation nennt". Zitiert nach: Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 22 vgl. Schaubild 14

Schaubild 13:

Verwaltungseinteilungen I Oberamtsbezirke

Verwaltungseinteilung der Staaten Württemberg, Baden,
Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen

um 1835



Entnommen: GRUBE, WALTER " Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960

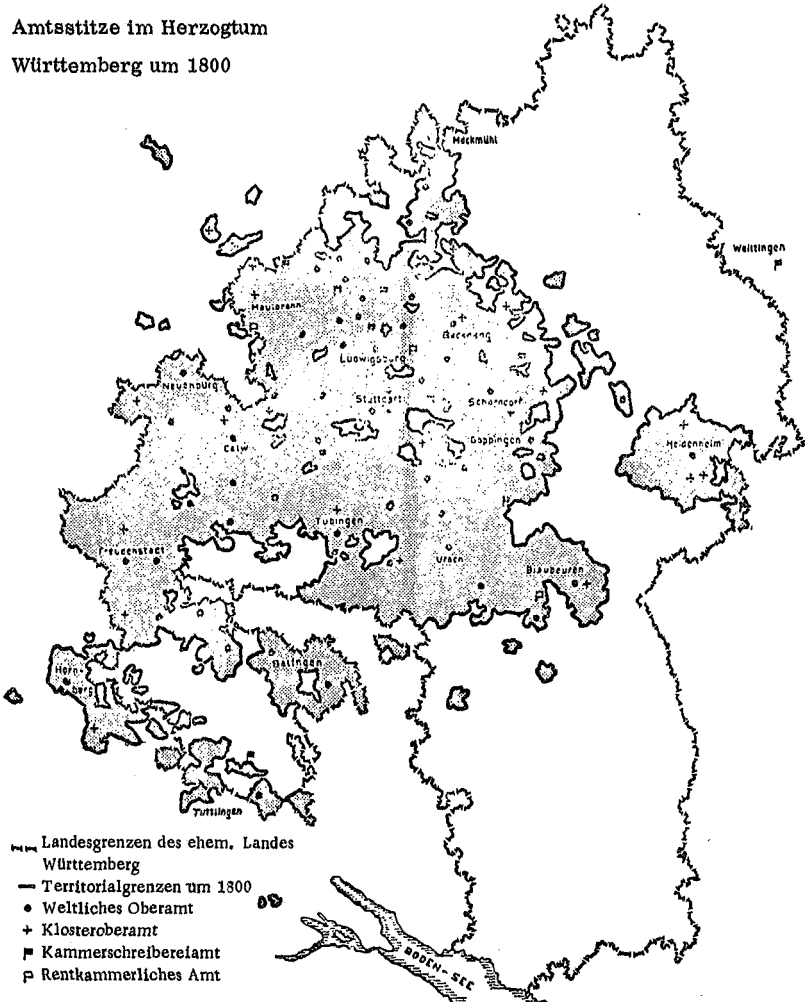
Schaubild 14:

Verwaltungseinteilungen II

Städte und Ämter Altwürttembergs

Amtssitze im Herzogtum

Württemberg um 1800












Entnommen: GRUBE, WALTER "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960

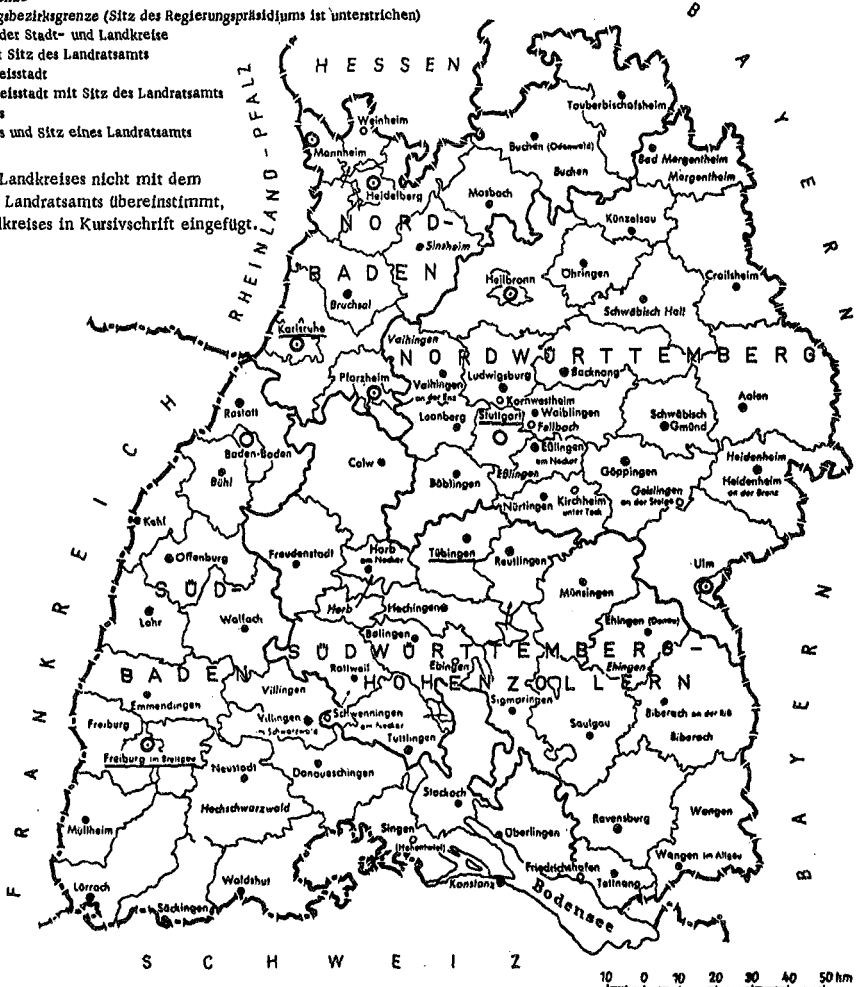
Schaubild 15:

Verwaltungseinteilungen III Stadt- und Landkreise

Verwaltungseinteilung des Landes Baden-Württemberg

-  Bundesgrenze
-  Landesgrenze
-  Regierungsbezirksgrenze (Sitz des Regierungspräsidenten ist unterstrichen)
-  Grenzen der Stadt- und Landkreise
-  Stadt mit Sitz des Landratsamts
-  Große Kreisstadt
-  Große Kreisstadt mit Sitz des Landratsamts
-  Stadtkreis
-  Stadtkreis und Sitz eines Landratsamts

Soweit der Name des Landkreises nicht mit dem der Stadt mit Sitz des Landratsamts übereinstimmt, ist der Name des Landkreises in Kursivschrift eingefügt.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Entnommen; GRUBE, WALTER "Vogtellen, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960

er die Anfänge staatlichen Gesundheits- und Fürsorgewesens kennen. Noch stärker fühlbar ist dies Gemeinsame in allem, was mit Wehr und Krieg zusammenhängt. Seit dem 15. Jahrhundert führt man bei den Ämtern die Musterrollen über die Wehrfähigen und mit eigenem Fähnlein zieht in alter Zeit das Amtsaufgebot ins Feld¹⁷. Bei dieser Lage konnten sich starke regionale Bezüge entwickeln. Ein Bericht des Tübinger Humanisten Crusius illustriert das. "Als der König von Frankreich einstens seine Armee musterte und die Namen der Soldaten ablesen hörte, auch sehr viele Schorndorfer darunter waren, fragte er: was das für eine große Stadt in Teutschland sey, die eine so große Anzahl Soldaten geben könne? Da hörte er, daß alle für Schorndorfer gehalten und genennet werden, die aus demselben Amt sind"¹⁸.

Diese "Städte und Ämter" also wurden bei der Neugliederung Württembergs zu etwas größeren Einheiten zusammengefaßt. Jedoch ist "... die Kontinuität zwischen den Amtskörperschaften des 19. Jahrhunderts und den "Städten und Ämtern" Altwürttembergs mit den Händen zu greifen"¹⁹. Die von Friedrich von Württemberg neu gebildeten 65 Oberämter hatten eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 20.000. Das Gebiet der Oberämter deckte sich, wie das der "Städte und Ämter", mit dem Bereich der regionalen, staatlichen Finanzverwaltung. Das Oberamt war ebenfalls identisch mit dem Amtsbereich eines Gerichtes. Zwar wurde den Amtskörperschaften im Jahre 1805 durch die Aufhebung der ständischen Verfassung ihre politische Funktion als Landstand und Landtagswahlkörperschaft zeitweise genommen, als Kommunalverband von Amtsstadt und den zugehörigen Gemeinden blieb die Amtskörperschaft indessen in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen.

Als 1815 eine Ständeversammlung mit der Aufgabe der Annahme einer von königlichen Kommissaren erarbeiteten Verfassung einberufen wurde, richtete sich ihre Zusammensetzung wieder weitgehend nach der Verwaltungseinteilung des Landes: "Die Oberämter sind, wie vordem "Städte und Ämter" Altwürttembergs, Wahlbezirke ..."²⁰. Jedes von ihnen und jede der insgesamt sieben "guten Städte", zu denen auch Heilbronn gehörte, entsandte einen Repräsentanten nach Stuttgart²¹. Hierbei ist anzumerken, daß keine altständische Bindung des aktiven

17) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 40-41

18) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 41

19) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 75

20) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 68

21) In Württemberg wurde die Bezeichnung von Städten als "Unsere gute Stadt" nach französischem Vorbild durch Friedrich von Württemberg eingeführt.

oder passiven Wahlrechts an Magistrate oder Amtsversammlungen mehr bestand. "Wählen darf in unmittelbarer, nicht geheimer Wahl jeder männliche Landeseinwohner, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und aus Liegenschaften ein Jahreseinkommen von mindestens 200 Gulden besitzt. . . . Das passive Wahlrecht ist an ein Lebensalter von 30 Jahren und die Zugehörigkeit zu einem der drei christlichen Glaubensbekenntnisse geknüpft"²². An die Stelle des imperativen Mandats tritt das freie Mandat.

Wichtigstes Organ der Oberämter war die Amtsversammlung, deren Zusammensetzung und Rechte in dem "Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen" vom 1. März 1822 geregelt waren. Die Amtsversammlung fungierte als Vertreter der Amtskörperschaft und bestand aus 20 bis 30 Abgeordneten der Oberamtsstadt und der übrigen Amtsorte. Sie stand unter dem Vorsitz des Oberamtmanns und umfaßte auf jeden Fall die Ortsvorsteher der Amtsgemeinden. Die Zahl der Gemeindevertreter richtete sich nach dem Anteil der Gemeinde am Amtsschaden, doch durfte keine Gemeinde mehr als ein Drittel der Abgeordneten stellen²³. Die Abgeordneten der Gemeinden in der Amtsversammlung waren ebenfalls nicht mehr an die Instruktionen der Gemeinde gebunden. Die Amtskörperschaften besaßen in der Regel bäuerlich-bürgerlichen Charakter. Der Adel war in ihnen nicht vertreten.

Trotzdem die Amtskörperschaften in den 20-er und 30-er Jahren des 19. Jahrhunderts im allgemeinen keine großen Aktivitäten entwickelten, wurden doch die Schulden der napoleonischen Zeit getilgt, begann man mit der Gründung von Oberamtssparkassen und trieb den Straßenbau voran.

Aus der Revolution von 1848 ging die Institution der Amtsversammlung unverändert hervor. Erst die im Jahre 1891 verabschiedete Verwaltungsnovelle brachte wieder einige Veränderungen. Sie beseitigte das Recht des Ortsvorstehers auf die Stelle des ersten Amtsdeputierten seiner Gemeinde und gab allen wahlberechtigten Gemeindebürgern die bisher den Gemeinderäten vorbehaltene Wählbarkeit zur Amtsversammlung.

Auch die Bezirksordnung von 1906 ließ, bei manchen anderen Veränderungen, die Bezirkseinteilung sowie Bildung und Zusammensetzung der Amtsversammlung unberührt. Die 1891 hergestellte, unmittelbare rechtliche Beziehung zur Bevölkerung wurde jedoch noch etwas fester geknüpft: ". . . zu ihren (der Amtskorporation) Aufgaben gehören fortan

22) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 68 - 69

23) Der Amtsschaden, der jährlich als Zuschlag zum 1425 eingeführten Landschaden erhoben wurde, war eine Repartitionssteuer. vgl. dazu auch: Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 20 - 22

nicht mehr allein die gemeinschaftlichen Zwecke der Bezirksgemeinden, sondern auch die der Bezirksangehörigen¹²⁴. Zu den Aufgaben, welche die Oberämter nun zusätzlich übernahmen, gehörte die Einrichtung von Bezirksgetreidestellen, Bezirkslebensmittelstellen, Bezirkskleiderstellen soweit es sich um kriegswirtschaftliche Aufgaben handelte, aber auch die Arbeitslosen-, die Jugend- und die sogenannte gehobene Fürsorge soweit es den zivilen Bereich betraf.

Im April 1933, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, wurden Amtsversammlungen und Bezirksräte aufgelöst, die Oberämter zu größeren Kreisen zusammengefaßt²⁵.

Die Tatsache, daß vorher alle Versuche demokratischer Regierungen, die Oberämter teilweise zusammenzulegen, gescheitert waren, ist ein guter Indikator für die Wirkungen der integrativen Institutionen (wie etwa der Amtsversammlung) und für die Interessen, die sich hier im Laufe der Jahrhunderte aufgebaut hatten.

"Von den 65 Oberämtern des Jahres 1817 (IV. Verwaltungsedikt) war eines (Albeck bei Ulm) schon 1919 aufgehoben worden; alle anderen bestanden, nur in der Abgrenzung gelegentlich geringfügig verändert, in ihrer ursprünglichen, auf das Zeitalter der Postkutsche bemessenen Größe bis ins 20. Jahrhundert. Daß durch die Einrichtung des Eisenbahnnetzes, die Entwicklung moderner Nachrichtenverbindungen und die strukturellen Änderungen im Gefolge der Industrialisierung andere Maßstäbe für die Bezirksverwaltung gegeben seien, ist seit etwa 1900 nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Die geplante Zusammenlegung von Oberamtsbezirken stößt jedoch auf so entschiedenen Widerstand der Betroffenen, daß jede grundlegende Neugliederung jahrzehntelang unmöglich ist. 1911 kann das Ministerium Weizsäcker die vorgesehene Verminderung der Oberämter auf 43 in der zweiten Kammer nicht durchsetzen, 1924 tritt die Regierung Hieber sogar zurück, weil sie mit der geplanten Aufhebung der sieben kleinsten Oberämter am Landtag scheitert. Über Einzelmaßnahmen, die Aufteilung der Oberämter Cannstatt (1913) und Weinsberg (1926) kommt man nicht hinaus²⁶. Erst die auf einen Landtag nicht mehr angewiesenen Nationalsozialisten konnten eine Neuordnung befehlen und damit die in so langen Jahren gewachsenen regionalen Gebilde zerschlagen. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 wurde das Land in 34 Land- und 3 Stadtkreise eingeteilt.

Ohne die geschichtliche Entwicklung der Oberämter und ihrer Vorläufer noch weiter nachzuzeichnen, soll hier nun die Frage geprüft wer-

24) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 80

25) vgl. Schaubild 15

26) Grube, Walter, "Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands", Stuttgart 1960, S. 83

den, ob sich auch heute noch eine politische, regionale Nachwirkung dieser ehemaligen Oberamtsbezirke zeigt. Diese Wirkung wäre dann zwar in ihrer speziellen Ausprägung auf ein geographisch abgrenzbares Gebiet begrenzt, müßte aber erklärt werden eben nicht aus der Geographie, sondern aus speziellen Interessenkonstellationen, die sich in Regionen mit politischen und administrativen Funktionen im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Wie bereits beschrieben, gehörten 71 der 100 Gemeinden des Wahlkreises Heilbronn zu den ehemaligen Oberämtern Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim²⁷. Da diese, für Verwaltung und Politik bedeutungsvollen Gebietseinheiten nahezu geschlossen in den Distrikt eingingen, bietet sich hier eine Möglichkeit der Gegenüberstellung und des Vergleichs²⁸.

(1) Bei den Reichstagswahlen von 1919 bis 1933 erwiesen sich im Oberamt Heilbronn die Sozialisten als stärkste Partei. Im Jahre 1919 errangen sie mit 49,5 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen ihr bestes Ergebnis. 1933 mußten sie, obwohl (immer) noch stärkste Partei, ihr schlechtestes Resultat mit 32,1 Prozent hinnehmen. Die Deutschen Demokraten, die 1919 als zweitstärkste Partei begannen, verloren ab 1930 umso mehr Stimmen, als die Nationalsozialisten hinzugewannen. Der Bauernbund, nach den Deutschen Demokraten die stärkste Partei der Rechten, die jedoch nie über 12,9 Prozent der Stimmen hinauskam, zeigte tendenziell das gleiche Bild. Der Anteil des Zentrums, das mit durchschnittlich 7,4 Prozent nur einen geringen Teil der Wählerschaft dieses Subdistrikts repräsentierte, schwankte in seinem Stimmenanteil während der gesamten Periode kaum.

(2) So wie das Oberamt Heilbronn von der Sozialdemokratischen Partei, wurde das Oberamt Neckarsulm vom Zentrum dominiert. 1919 konnte das Zentrum 40,4 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen gewinnen. Wie bei den Sozialdemokraten blieb dies in der ersten Wahl erreichte Ergebnis das beste im Zeitraum bis 1933, und auch das Zentrum hatte in der letzten freien Wahl der Weimarer Republik mit 32,1 Prozent den relativ schlechtesten Stand.

Die stärksten Konkurrenten des Zentrums waren bis 1930 die Sozialdemokraten und der Bauern- und Weingärtnerbund. Mit einem Anstieg von mehr als 20 Prozentpunkten von 1932 auf 1933 wurden die Nationalsozialisten mit 36,5 Prozent der Stimmen mit knappem Vorsprung vor dem Zentrum in der Weimarer Zeit erstmals stärkste politische Partei. Insgesamt muß jedoch das Zentrum als die bestimmende politische Kraft dieses Teilbezirks angesehen werden.

²⁷) vgl. Anhang III

²⁸) Nur zwei Gemeinden des Oberamtes Neckarsulm, Böttingen und Hagenbach, sowie drei Gemeinden des Oberamtes Brackenheim, Häfnerhaslach, Ochsenbach und Spielberg gehören heute nicht mehr zum Heilbronner Wahlkreis.

Schaubild 16:
Oberämter

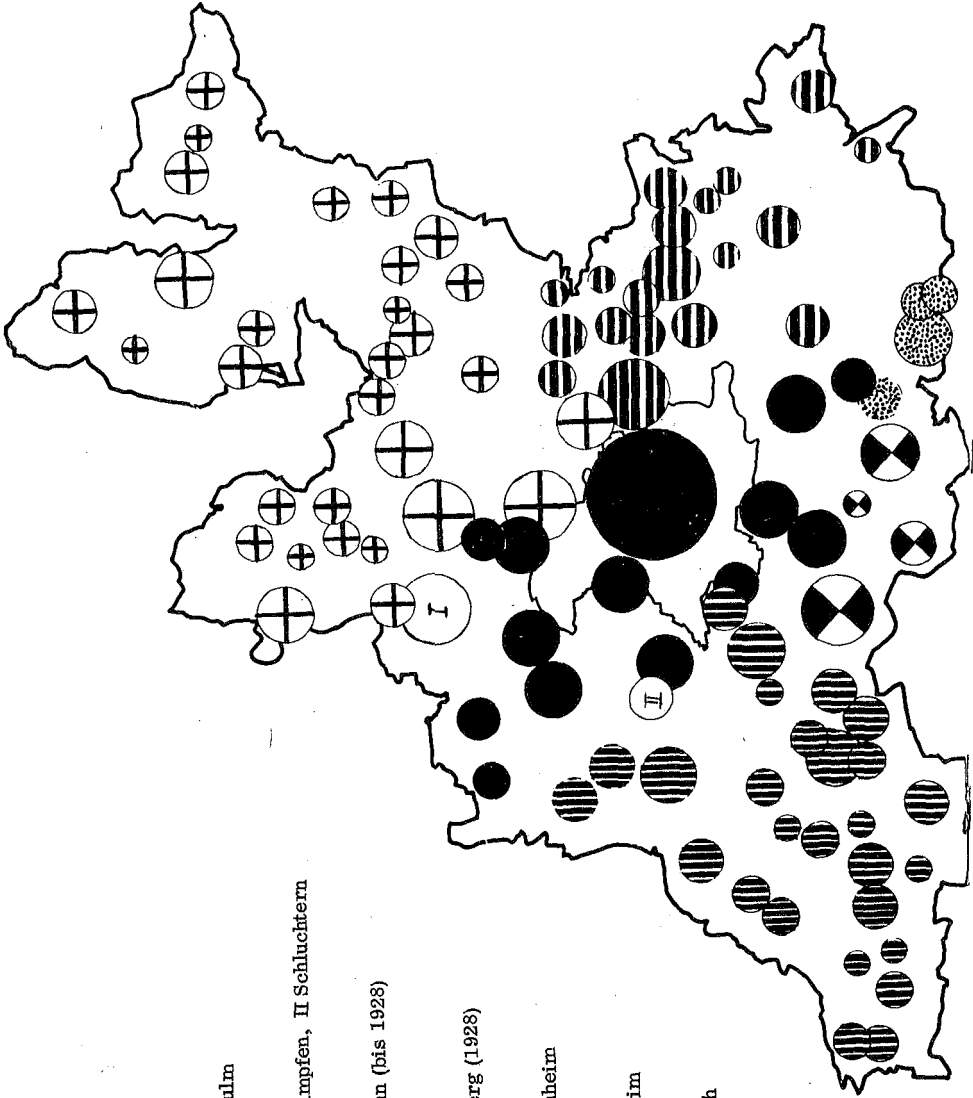
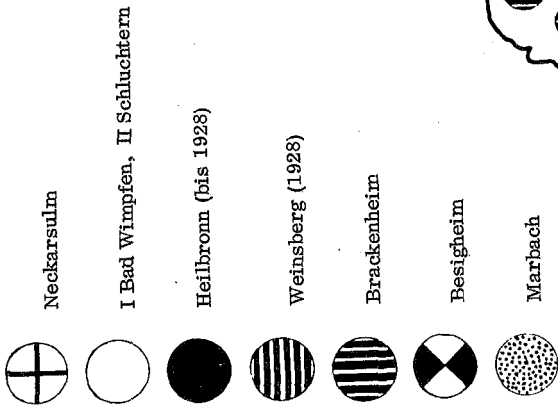


Tabelle 9

Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt I: 1919-1933

Jahr	Wahlberechtigte		DNVP		DVP		Bauern- und Weingärtner		Wirtschaftspartei		DDP		Zentrum		CSVD		Sozialdemokratie		USPD		KPD		NSDAP		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1919	46.133	90,1	4.203	10,1	-	-	(4.203)	(10,1)	-	-	11.704	28,3	3.607	8,7	-	-	20.508	49,5	1.322	3,2	-	-	-	-	74	0,2
1920	46.573	79,6	2.693	7,4	1.750	4,9	3.557	10,0	-	-	6.768	19,1	2.845	8,0	-	-	12.225	34,4	5.233	14,7	542	1,5	-	-	-	-
1924	49.066	84,8	3.361	8,1	1.432	3,5	4.295	10,4	677	1,6	6.442	15,6	3.044	7,4	-	-	17.970	43,5	-	-	2.298	5,6	1.191	2,9	571	1,4
1924	50.161	84,8	3.845	9,1	1.715	4,1	4.221	10,0	272	0,6	6.652	15,7	3.324	7,9	-	-	20.375	48,2	-	-	1.262	3,0	601	1,4	35	0,1
1928	64.444	79,0	2.284	4,6	2.133	4,3	6.463	12,9	292	0,6	6.709	13,4	3.257	6,5	-	-	24.559	49,2	-	-	1.578	3,2	610	1,2	2.068	4,1
1930	66.689	84,8	1.134	2,0	7.495	13,3	6.316	11,2	1.347	2,4	-	-	3.905	6,9	3.622	6,4	26.007	46,3	-	-	2.272	4,0	2.833	5,0	1.270	2,3
1932	68.102	82,0	1.281	2,3	447	0,8	4.144	7,5	95	0,2	2.398	4,3	4.129	7,4	2.182	3,9	21.215	38,3	-	-	6.040	10,9	12.933	23,3	575	1,0
1932	69.473	77,7	2.173	4,1	1.008	1,9	4.778	8,9	45	0,1	3.001	5,6	3.662	6,8	2.301	4,3	18.994	35,5	-	-	7.479	14,0	9.579	13,8	547	1,0
1933	69.591	87,3	-	-	479	0,8	4.448	7,4	-	-	2.593	4,3	4.061	6,7	2.224	3,7	19.393	32,1	-	-	6.120	10,1	18.237	30,2	2.932	4,8 ²

1) = Ehemaliges Oberamt Heilbronn (ab 1928 mit Teilen des ehemaligen Oberamtes Weinsberg)

2) = davon Kampffront Schwarz-Weiss-Rot = 4,8 % (2885)

Tabelle 10

Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt II: 1919-1933

Jahr	Wahlberechtigte		DNVP		DVP		Bauern- und Weingärtner		Wirtschaftsparteien		DDP		Zentrum		CSVD		Sozialdemokratie		USPD		KPD		NSDAP		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1919	18.509	90,7	2.458	14,7	-	-	(2.458)	(14,7)	-	-	2.784	16,6	6.755	40,4	-	-	4.435	26,5	273	1,6	-	-	-	-	39	0,2
1920	19.139	80,3	544	3,7	248	1,7	3.352	22,8	-	-	1.200	8,2	5.834	39,6	-	-	1.962	13,3	1.347	9,6	228	1,5	-	-	-	-
1924	20.528	82,8	587	3,5	366	2,2	4.028	23,9	42	0,3	1.035	6,1	6.060	35,9	-	-	3.700	21,9	-	-	655	3,9	179	1,1	212	1,3
1924	20.584	80,1	605	3,7	343	2,1	3.711	22,7	48	0,3	1.129	6,9	6.044	36,9	-	-	3.985	24,3	-	-	327	2,0	153	0,9	33	0,2
1928	21.533	75,0	364	2,3	308	1,9	3.367	21,2	41	0,3	916	5,8	5.690	35,8	-	-	4.279	27,0	-	-	386	2,4	100	0,7	425	2,7
1930	21.998	81,8	244	1,4	1.205	6,7	2.920	17,3	280	1,6	-	-	6.954	38,9	837	4,7	3.943	22,1	-	-	520	2,9	629	3,5	325	1,8
1932	22.629	82,0	213	1,2	55	0,3	1.593	8,6	35	0,2	238	1,3	6.773	36,7	464	2,5	3.243	17,6	-	-	1.063	5,8	4.583	24,8	188	1,0
1932	22.336	76,3	335	2,0	120	0,7	1.835	10,9	11	0,1	348	2,1	5.822	34,5	464	2,7	2.725	16,1	-	-	1.518	9,0	3.616	16,2	94	0,6
1933	22.439	88,7	-	-	61	0,3	1.336	6,7	-	-	236	1,4	6.353	32,1	347	1,8	2.867	14,5	-	-	903	4,6	7.235	36,5	466	2,4

1) = ehemaliges Oberamt Brackenheim

Tabelle 11
Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt III¹⁾: 1919-1933

Jahr	Wahlberechtigte		DNVP		DVP		Bauern- und Weingärtner		Wirtschaftsparteien		DDP		Zentrum		CSVD		Sozialdemokratie		USPD		KPD		NSDAP		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1919	13.887	84,8	4.411	37,7	-	-	(4.411)	(37,7)	-	-	2.292	19,6	774	6,6	-	-	4.132	35,3	83	0,7	-	-	-	-	19	0,2
1920	14.020	69,4	465	4,9	139	1,5	5.592	59,2	-	-	992	10,5	360	3,8	-	-	1.453	15,4	372	4,0	69	0,7	-	-	-	-
1924	14.572	77,1	410	3,7	290	2,6	6.011	53,9	34	0,3	949	8,5	609	5,5	-	-	2.018	18,1	-	-	456	4,1	246	2,2	135	1,2
1924	14.755	71,1	440	4,2	218	2,1	5.622	53,9	45	0,4	878	8,4	661	6,3	-	-	2.203	21,1	-	-	207	2,0	153	1,5	11	0,1
1928	15.199	86,3	275	2,7	209	2,0	5.270	51,6	81	0,8	684	6,7	588	5,8	-	-	2.489	24,4	-	-	157	1,5	55	0,5	409	4,1
1930	15.521	71,4	109	1,0	762	7,0	4.566	41,4	230	2,1	-	-	770	7,0	945	8,6	2.678	24,3	-	-	168	1,5	518	4,7	287	2,6
1932	15.860	66,4	158	1,3	40	0,4	2.625	25,1	19	0,2	222	2,1	719	6,9	442	4,2	2.232	21,3	-	-	581	5,5	3.346	32,0	107	1,0
1932	15.939	65,2	173	1,7	76	0,7	3.154	30,5	5	0,0	308	3,0	654	6,3	552	5,3	1.906	18,4	-	-	808	7,8	2.646	16,6	51	0,5
1933	15.934	81,4	-	-	59	0,5	2.693	20,9	-	-	238	1,8	746	5,8	555	4,3	1.950	15,1	-	-	528	4,1	5.845	45,3	301	2,3

1) = ehemaliges Oberamt Neckarsulm

(3) Die Rolle der Sozialisten im Heilbronner und des Zentrums im Neckarsulmer Oberamt übernahm im Oberamtsbezirk Brackenheim der Bauern- und Weingärtnerbund. Auch er dominierte im Gebiet unangefochten bis 1930. Nur die Sozialisten waren neben ihm noch eine beachtliche politische Kraft. 1933 übernahm auch hier, bei Abnahme des Anteils aller demokratischen Parteien, die nationalsozialistische Partei die Führung.

Allein die Tatsache, daß hier in einem geographisch eng benachbarten Gebiet drei so unterschiedliche politische Schwerpunkte zu finden sind, obwohl doch der gesamte Distrikt als Teil des württembergischen Unterlandes eine weitgehend gleiche soziale und politische Geschichte aufweist, scheint beachtlich genug.

Nun ist nicht zu übersehen, daß sich in diesen drei Teilbezirken bestimmte soziale Gruppierungen, Katholiken, Arbeiter und Bauern damals wie heute ungleich verteilten. So war im Heilbronner Oberamt der Anteil der Industriearbeiterschaft stets höher als in den beiden anderen Oberämtern. Im Neckarsulmer Oberamt fällt der, (verglichen mit dem Heilbronner und dem Brackeneheimer Gebiet) hohe Katholikenanteil an der Wohnbevölkerung auf. Das Brackeneheimer Oberamt wiederum übertrifft beide im Hinblick auf den Anteil der bäuerlichen Bevölkerung.

Tabelle 12

Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung der Oberämter
Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim

Oberämter	Anteil der Katholiken im Jahre:				
	1867	1910	1925	1933	1961
Heilbronn	12,4	14,7	15,3	14,0	24,9
Neckarsulm	45,3	49,1	50,5	51,0	52,6
Brackenheim	8,0	7,4	7,9	8,3	19,3

Tabelle 13

Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen¹ der Oberämter
Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim

Oberämter	Anteil der Arbeiter im Jahre:		
	1925	1933	1961
Heilbronn	41,1	37,1	51,6
Neckarsulm	32,0	35,2	51,2
Brackenheim	21,9	20,4	44,6

1) 1925, 1933 = hauptberufliche Erwerbspersonen

Tabelle 14

Der Anteil der Bauern an der Wohnbevölkerung der Oberämter
Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim

Oberämter	Anteil der Bauern im Jahre:		
	1907	1933	1961
Heilbronn	18,1	16,5	4,5
Neckarsulm	49,0	37,7	13,0
Brackenheim	64,5	54,6	21,0

Es besteht kein Zweifel, daß gerade diese drei sozialen Gruppierungen: Industrie-Arbeiter, Katholiken und Bauern, jeweils die drei politischen Parteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Bauern- und Weingärtnerbund in erster Linie getragen haben.

An dieser Stelle interessiert jedoch die Prüfung einer anderen Frage: kann man den (praktisch unzweifelhaft bestehenden) Zusammenhang von Region und Wahlverhalten dahingehend verstehen, daß sich in den für politisches Handeln sinnvollen Gebietseinheiten, die über einen längeren Zeitraum nicht verändert wurden, politische Subsysteme ausbilden konnten? Diese Subsysteme seien nicht als durch einen besonderen "Volkscharakter" bestimmt gedacht oder durch ein bestimmtes politisches "Klima". Wirksam sei, daß die für regionale Interessenvertretung relevanten Positionen vorwiegend mit solchen Personen besetzt wurden, die der dominanten politischen Partei angehörten.

Je nach Grad und Dauer der Dominanz der speziellen Partei ergab sich dann auch für solche sozialen Gruppierungen, Organisationen und Vereine die Notwendigkeit eines Arrangements mit den vorherrschenden politischen Kräften, die bei anderer sozialstruktureller und politischer Konstellation der Region eher mit einer ihnen sonst nahestehenden Partei sympathisiert hätten. Ein derartiger Prozeß, der sich in einer Tendenz zur Homogenisierung politischer Präferenzen zuerst in den Verkehrskreisen der regionalen Eliten niederschlägt, löst ähnliche Prozesse auch in solchen Bevölkerungskreisen aus, die zwar nicht an Politik interessiert sind, aber ihr Wahlverhalten an solchen regionalen Eliten weitgehend ausrichten. Im Zeitverlauf werden so Traditionen geschaffen und definiert, "wie man hier so wählt". Sind derartige Traditionen erst einmal etabliert, so kann auch dann noch eine Auswirkung eines speziellen regionalen Kontextes auf das Wahlverhalten erwartet werden, wenn diese Region kein Kontext für den Erwerb und die Legitimation politischer Macht mehr ist.

Die Untersuchung traditionellen Wahlverhaltens wird in Deutschland dadurch erschwert, daß eine allgemeine Kontinuität des Parteiensystems - betrachtet man den Zeitraum seit 1871 - nicht gegeben ist. Dennoch bleibt, gerade unter dem Gesichtspunkt der Identifizierung ehemaliger politischer Meinungsführer mit den neuen Parteien, die Frage interessant, wie sich die Parteipräferenzen nach 1945 in den drei Gebieten entwickelt haben²⁹.

Betrachtet man die Wahlergebnisse der ersten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nach 1945 in den oben für die Weimarer Zeit politisch charakterisierten Teilbezirken, so kann man feststellen, daß im Gebiet des ehemaligen Oberamtes Heilbronn weiterhin die Sozialdemokraten dominierten. Im ehemaligen Oberamt Neckarsulm, in dem das Zentrum eine Führungsrolle hatte, bildete sogleich die CDU einen regionalen Schwerpunkt. Die FDP etablierte sich in dem vom Bauern- und Weingärtnerbund beherrschten Brackenheim als stärkste politische Partei. In jedem der drei Teilbezirke behauptete bis 1961 die dominierende Partei ihre Stellung.

Da sich die Relation der sozialstrukturellen Merkmale: Katholiken, Bauern und Arbeiter in den drei Subdistrikten untereinander nicht wesentlich verändert hatte, legt dieser Sachverhalt den Schluß nahe, daß sich die überwiegenden Teile ehemaligen politischen Führungspersonals in diesen Gebieten wieder - nun unter neuem Namen - zusammenfanden. Wenn auch durch das geltende Wahlrecht eine viel weitergehende

29) Hierbei ist zu beachten, daß die ersten Ansätze durchaus von den älteren Einwohnern, die die Verhältnisse in der Weimarer Republik mitgestaltet hatten, beeinflußt wurden, da die jüngeren Eliten durch Kriegsgefangenschaft oder politisches Betätigungsverbot weitgehend ausgeschaltet waren.

Konzentration des Parteiensystems in der Bundesrepublik erreicht wurde, als das je in der Weimarer Republik der Fall war, so sind in der Zeit nach 1945 zumindest regional die traditionellen Bindungen mobilisiert worden.

Tabelle 15

Die Wahlentwicklung in den Oberämtern nach 1945

Wahl- jahr	Oberamt Heilbronn			Oberamt Neckarsulm			Oberamt Brackenheim		
	SPD	CDU	FDP	SPD	CDU	FDP	SPD	CDU	FDP
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1946 KW ¹	42,9	23,0	24,4	35,4	54,3	8,7	27,0	8,1	63,4
1946 LtW ²	49,4	20,7	21,5	30,5	54,1	10,4	30,0	27,7	39,3
1949 BtW ³	31,3	16,4	25,7	20,7	42,7	17,9	19,0	16,8	44,5
.
.
.
1961 BtW	44,3	27,9	23,3	32,7	46,1	16,9	32,9	25,1	38,1

1) KW = Kommunalwahl

2) LtW = Landtagswahl

3) BtW = Bundestagswahl

Die Wirkungen solcher Regionen mit unterschiedlicher politischer Tradition werden deutlich, wenn man das Wahlergebnis von 1961 nach Gebieten mit ehemals sozialistischer, Zentrums- und Bauern- und Weingärtnerbund-Dominanz aufgliedert, und dabei Merkmale der Sozialstruktur, mit denen in der Regel das Wahlverhalten kovariiert (wie den Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen oder den Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung und die Gemeindegröße) konstant hält (vgl. Tabelle 16).

Das Ergebnis dieser Analyse zeigte, daß die CDU in den Gemeinden, die in dem traditionell vom Zentrum dominierten Oberamt lagen, stets einen über dem Durchschnitt liegenden Stimmenanteil erzielen konnten³⁰. Bei der SPD war dies in sechs der acht unterschiedenen Ka-

³⁰ Der Durchschnitt wurde für alle Gemeinden errechnet, welche die genannten, gleichen sozialen Merkmale aufwiesen, also auch unter Einschluß derer, die in von anderen Parteien dominierten Oberämtern lagen.

tegorien der Fall. Die Ausnahmen ergaben sich hier einmal für die Kategorie: unter 50 Prozent Katholikenanteil, über 55 Prozent Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen, Gemeindegröße unter 2500 Einwohner. Hier lag der ohnehin hohe SPD-Stimmenanteil bei den Erststimmen um lediglich 0,1, bei den Zweitstimmen um 0,6 Prozentpunkte, unter dem Durchschnitt. Zum anderen ergab sich eine Differenz in der Kategorie: über 50 Prozent Katholikenanteil, 35 bis unter 45 Prozent Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen, und eine Gemeindegröße von bis zu 2500 Einwohner. Die Differenz betrug bei den Erststimmen 0,2 Prozentpunkte, bei den Zweitstimmen 0,6 Prozentpunkte.

Im Falle der FDP ergaben sich ebenfalls in 6 der 8 unterschiedenen Kategorien höhere Stimmenanteile als durchschnittlich in den traditionell Bauern- und Weingärtnerbund-Kontexten. Die eine Ausnahme bildete die Kategorie: unter 50 Prozent Katholikenanteil, über 55 Prozent Anteil der Arbeiter an der Erwerbsbevölkerung und Gemeindegröße bis unter 2500 Einwohner. Bei den Erststimmen betrug der Unterschied 0,2, bei den Zweitstimmen 0,3 Prozentpunkte. Die zweite Abweichung vom erwarteten Ergebnis ergab sich in der Kategorie: über 50 Prozent Katholikenanteil, 45 bis 55 Prozent Anteil der Arbeiter an der Erwerbsbevölkerung, Gemeindegröße unter 2500 Einwohner. Die Differenz lag bei den Erststimmen bei 2, bei den Zweitstimmen bei 1,7 Prozentpunkten.

Insgesamt kann man also sagen, daß die Parteien in den Teilbezirken, in denen alte Bindungen nach dem 2. Weltkrieg wieder aktualisiert werden konnten, hier stets besser oder mindestens gleich gut abschnitten als im Durchschnitt. Ein in die gleiche Richtung weisendes Ergebnis - allerdings auf der Grundlage von Umfragen - berichtet W. Miller, dessen Basis für die Definition von Mehr- und Minderheitskontexten der Parteien die Counties der USA bildeten³¹.

Für eine weitere Interpretation der Ergebnisse der hier vorliegenden Analyse wären insbesondere nähere Untersuchungen über regionale Führungsschichten und ihre Identifikation mit politischen Parteien, sowie ihr direkter und indirekter Einfluß auf das Wahlverhalten der Bevölkerung derart abgegrenzter Regionen nötig. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß es in Gebieten, in denen sich, wie in den Oberämtern Württembergs, politische Subsysteme entwickeln konnten, Effekte der politischen Tradition zugunsten der über längere Zeiträume dominierenden Partei gibt. Dieser Effekt könnte als ein regionaler "breakage effect" bezeichnet werden. Die hier gewählte Erklärung betont jedoch die Rolle der regionalen Führungsschicht bei der politischen Willensbil-

31) Miller, Warren E., "One Party Politics and the Voter", in: American Political Science Review, vol. 50, 1956, S. 707-725

Tabelle 16 a

Bundtagswahlergebnis 1961 der CDU, SPD und FDP in sozialstrukturell gleichartigen Gemeinden, aufgliedert nach regionalen Kontexten unterschiedlicher politischer Tradition

		Gemeinden unter 2.500 Einwohner									
		Gemeinden mit unter 50% Katholiken			Gemeinden mit über 50% Katholiken						
		CDU		SPD	FDP		CDU		SPD	FDP	
		1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.
		Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen
Bis unter 35% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Insgesamt	22,1	21,5	21,8	22,6	54,0	53,3	77,1	73,9	10,1	10,4
	Zentrumskontext	53,1	47,5	11,7	13,7	33,6	36,8	77,1	73,9	10,1	10,4
	Sozialistischer Kontext	17,3	15,9	27,6	28,8	53,2	53,1	-	-	-	-
35% bis unter 45% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	13,4	14,8	23,2	23,5	61,4	58,9	-	-	-	-
	Insgesamt	22,7	21,8	29,8	31,1	44,4	43,5	81,6	83,1	9,8	9,6
	Zentrumskontext	29,6	25,5	29,0	31,0	39,1	40,7	81,6	83,2	9,8	9,6
	Sozialistischer Kontext	19,3	19,8	30,8	31,6	46,4	44,5	83,7	84,4	9,6	9,0
45% bis unter 55% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	19,6	20,4	29,6	30,8	47,5	45,0	79,3	81,2	10,0	9,9
	Insgesamt	21,0	21,1	36,6	37,5	39,7	38,3	75,3	75,8	14,3	14,5
	Zentrumskontext	29,8	27,6	35,1	35,4	32,0	33,4	75,8	77,2	10,9	11,4
	Sozialistischer Kontext	19,0	19,1	44,2	44,5	33,8	33,4	73,6	73,6	16,1	16,6
55% und mehr Arbeiter (Erwerbspersonen)	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	20,2	21,0	30,7	32,3	46,5	48,7	76,4	76,7	15,8	15,4
	Insgesamt	27,2	26,6	42,8	44,0	27,1	26,6	59,9	59,4	31,2	31,5
	Zentrumskontext	38,2	32,6	35,2	40,0	25,6	26,3	59,9	59,4	31,2	31,5
	Sozialistischer Kontext	27,0	27,0	42,7	43,4	27,3	25,6	-	-	-	-
Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext		17,3	17,3	51,2	52,8	26,9	25,3	-	-	-	-

Bundestwahlergebnis 1961 der CDU, SPD und FDP in sozialstrukturell gleichartigen Gemeinden, aufgliedert nach regionalen Kontexten unterschiedlicher politischer Tradition

		Gemeinden über 2.500 Einwohner (ohne Heilbronn)											
		Gemeinden mit unter 50% Katholiken					Gemeinden mit über 50% Katholiken						
		CDU		SPD		FDP		CDU		SPD		FDP	
		1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	2.
		Stimmen		Stimmen		Stimmen		Stimmen		Stimmen		Stimmen	
	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bis unter 35% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Zentrums-Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sozialistischer Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
35% bis unter 45% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Zentrums-Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sozialistischer Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
45% bis unter 55% Arbeiter (Erwerbspersonen)	Zentrums-Kontext	28,8	23,7	39,9	40,7	31,1	30,2	64,1	63,5	22,0	22,4	9,7	9,9
	Sozialistischer Kontext	28,8	26,4	36,5	37,4	28,4	29,0	64,1	63,5	22,0	22,4	9,7	9,9
	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	21,4	22,3	42,3	42,4	31,0	29,9	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	24,6	24,2	38,7	40,0	32,0	30,9	-	-	-	-	-	-
	Sozialistischer Kontext	29,3	29,5	44,8	45,5	21,3	19,8	55,6	55,4	30,5	30,4	10,5	10,4
	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	39,1	38,6	41,7	41,8	13,5	13,2	55,6	55,4	30,5	30,4	10,5	10,4
	Insgesamt	27,1	26,8	49,4	49,6	19,0	18,7	-	-	-	-	-	-
	Sozialistischer Kontext	24,0	25,9	38,9	40,9	33,7	28,6	-	-	-	-	-	-
	Bauern- und Weingärtnerbund-Kontext	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

dung, und damit auch die Rolle intermediärer Institutionen, stärker als dies Lazarsfeld et. al. tun, die den gemeindebezogenen "breakage effect" zuerst beschrieben haben³².

32) Berelson, Bernard R., Lazarsfeld, Paul F., and William N. McPhee, "Voting", 4. Auflage, Chicago-London 1963, S. 98 ff.

§ 4 KONFESSION UND WAHLENTSCHEIDUNG

Die Betrachtung des Merkmals Konfession in bezug auf Wahlentscheidung ist in zweifacher Weise bedeutsam: (1) als Individualmerkmal; (2) als Merkmal einer Gebietseinheit. Ersteres ist einsichtig; in der Literatur werden Erklärungen überwiegend auf dieser Ebene gesucht. Konfessionsstruktur als Gebietsmerkmal besitzt zunächst keine einsehbare Beziehung zum Individualverhalten. Unser Ansatz soll versuchen, diese Beziehung, die unter anderen inhaltlichen Aspekten von Kendall und Lazarsfeld diskutiert wurde, deutlich zu machen¹.

Jahrhunderte konfessioneller Spaltung und Kleinstaaterei unter dem Grundsatz des Augsburger Religionsfriedens: "cuius regio, eius religio", haben auch im Heilbronner Distrikt Spuren hinterlassen. Noch heute heben sich im Nordwesten des im Ganzen vorwiegend protestantischen Wahlkreises ehemalige Besitzungen katholischer Herrschaft - insbesondere die der Deutschritter - deutlich von den übrigen Gemeinden ab. In insgesamt 89 der 100 Gemeinden des Untersuchungsgebiets hat sich konfessionelle Homogenität noch weitgehend erhalten².

Unter diesem Aspekt sei hier die Konfessionsverteilung des Wahlkreises gesehen, in dem die Protestanten mit 66,5 Prozent der Wohnbevölkerung die Majorität bilden, die Katholiken hingegen mit 29 Prozent eine unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegende Minorität darstellen.

Diese Minorität insgesamt dominiert jedoch lokal in 39 Gemeinden mit durchschnittlich 87 von 100 Personen³. Diese ökologische Schwerpunktbildung der Konfession setzt sich sogar, wenn auch vermindert, im städtischen Zentrum des Bezirks fort. So ist der Heilbronner Stadtteil Sontheim als besonderer katholischer Schwerpunkt der Stadt anzusehen: Während hier von 100 Bewohnern 42 dem katholischen Glauben angehören, waren es in den übrigen Stadtteilen lediglich 19.

Der konfessionelle Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten, deren kirchlichen Institutionen nominell 95,5 Prozent der Wohnbevölkerung des Distrikts angehören, kennzeichnen - neben den ökonomisch bedingten - einen jener sozialen Gegensätze, der die Struktur der Gesellschaft wesentlich mitbestimmt. Damit stellt sich zugleich die Fra-

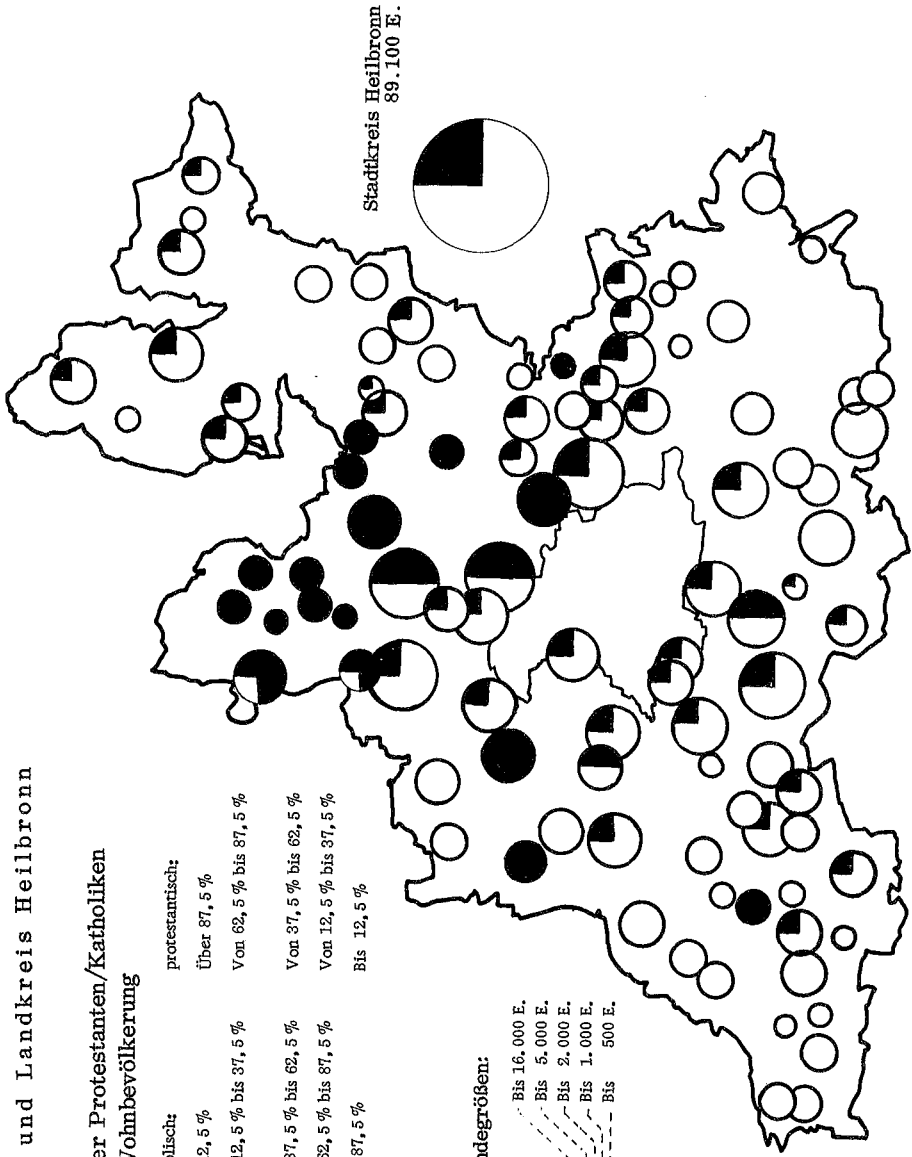
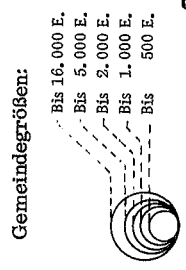
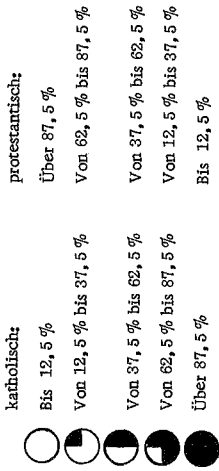
¹ Kendall, Patricia L. and Paul F. Lazarsfeld, "The Relation between Individual and Group Characteristics in "The American Soldier", in: Lazarsfeld, Paul F. and Morris Rosenberg (Ed.), *The Language of Social Research*, New York-London 1955, S. 290 - 296. In dieser Tradition auch: Coleman, James S., *Introduction to Mathematical Sociology*, New York-London 1964, S. 480-491

² Vgl. Schaubild 17

³ Diese und die folgenden Zahlenangaben beziehen sich auf das Jahr 1961; Quelle: Volkszählung vom 6. Juni 1961

Schaubild 17:
 Stadt- und Landkreis Heilbronn

Anteil der Protestanten/Katholiken
 an der Wohnbevölkerung



ge nach Zusammenhängen zwischen der Konfessionszugehörigkeit⁴ und der Wahlentscheidung⁵.

Ein erster Hinweis auf mögliche Zusammenhänge zwischen Konfessionszugehörigkeit und Wahlentscheidung ergab sich aus der Tatsache, daß in Gemeinden des Distrikts mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil stets auch der Anteil der CDU-Stimmen hoch war, der der anderen Parteien dagegen niedriger⁶. In den protestantischen Siedlungsgebieten fand sich keine ähnlich starke Parallelität zwischen Konfessionszugehörigkeit eines Bezirks und Wahlentscheidung⁷.

1. Die Wahlentscheidung der Katholiken

Die Umfragen bestätigen auch für die Wahl des Jahres 1961 in hohem Maße, daß Katholiken sowohl im Bund als auch im Wahlkreis die CDU als politische Partei bevorzugten. Dabei scheint die Beziehung zwischen katholischer Konfession und CDU-Vorliebe im Distrikt eher noch enger gewesen zu sein als im Bund. Während in der Bundesrepublik 52 Prozent der Katholiken die Christlich Demokratische Union wählten, waren es im Wahlkreis Heilbronn 61 Prozent. Ein Viertel der katholischen Stimmen konnte die SPD, nur 5 Prozent dagegen die FDP auf sich vereinigen, 4 Prozent entschieden sich für Splitterparteien, ein gleich großer Teil wählte nicht.

4) Diese Analyse beschränkt sich auf Personen katholischer und protestantischer Konfession.

5) Vgl. für den deutschen Raum:

Schauff, Johannes, "Die deutschen Katholiken und das Zentrum, Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871", Köln 1928

Linz, Juan, "The Social Bases of German Politics", Dissertation, Columbia University, 1958, S. 180 ff.

Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz, "Wähler und Gewählte", Berlin und Frankfurt a. M. 1957, S. 223 ff.

Reigrotzki, Erich, "Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik", Tübingen 1956, S. 130 ff.

Faul, Erwin (Herausgeber), "Wahlen und Wähler in Westdeutschland", Villingen/Schwarzwald 1960, S. 202 ff.

Diekershoff, Karl-Heinz, "Das Wahlverhalten von Mitgliedern organisierter Interessengruppen. Dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961", Dissertation, Universität zu Köln 1964, S. 104 ff.

6) Insgesamt korrelierte der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung der Gemeinden mit den Anteilen von CDU, SPD und FDP wie folgt:

CDU: $r = +0,93$, SPD: $r = -0,50$, FDP: $r = -0,81$

7) vgl.: Schaubilder 1-3 und 17

Tabelle 17

Die Wahlentscheidung der Katholiken am 17. September 1961
im Bund und im Wahlkreis

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
	%	%
SPD	20	25
CDU	52	61
FDP	5	5
Sonstige Parteien	2	4
Nichtwähler	11	4
Keine Angabe	10	1
Total	100	100
N =	814	105

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

Gegenüber dem Verhalten der Katholiken im Bund fällt auf, daß der Anteil katholischer Nichtwähler im Wahlkreis wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt lag. Dies könnte - darauf wird noch eingegangen - als ein Effekt der Minoritätensituation der Katholiken im Bezirk gewertet werden.

Eine Entscheidung "der Katholiken" für die CDU wurde von der Bevölkerung, unabhängig von der Intensität des Wahlkampfes, weitgehend erwartet.

Tabelle 18

Erwartetes politisches Verhalten der Katholiken (Bund) / der
katholischen Kirche (Wahlkreis)

Wahl- hilfe für:	Bundesrepublik Deutschland		Wahlkreis Heilbronn	
	Juli 1961	Sept. 1961	Juli 1961	Sept. 1961
	%	%	%	%
SPD	1	1	-	-
CDU	87	85	89	90
FDP	(nicht erfragt)		-	-
neutral/ sowohl SPD als auch CDU	8	9	4	4
Keine Angaben	4	5	7	6
Total	100	100	100	100
N =	1964	1955	309	312

Die Einhelligkeit der Verhaltenserwartung - im Wahlkreis wurde keine Nennung für SPD, FDP oder irgendeine andere Partei abgegeben - läßt darauf schließen, daß es hier offenbar mit zu den Pflichten der Rolle "Katholik" gehört, die CDU anderen Parteien vorzuziehen. Es wäre nur folgerichtig, wenn mit zunehmender Rollenidentifikation, wie man sie etwa durch die Häufigkeit des Kirchenbesuchs messen kann, auch der Anteil der CDU-Wähler wachsen würde. Dies wurde empirisch eindeutig bestätigt.

Tabelle 19

Der Einfluß der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung der Katholiken

Wahlent- scheidung 1961	Kirchgangshäufigkeit			Total
	mindestens einmal in der Woche	mehrmals im Jahr	einmal im Jahr, selten oder nie	
	%	%	%	
SPD	8	52	46	25
CDU	82	34	23	61
FDP	2	10	8	5
Sonstige Parteien	2	3	15	4
Nichtwähler	5	-	8	4
Keine Angabe	2	-	-	1
Total	100	100	100	100
N =	61	31	13	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Nur 12 Prozent der praktizierenden Katholiken wählten andere Parteien als die CDU, davon die SPD mit 8 Prozent noch am häufigsten. Abweichungen von der CDU-Entscheidung und geringe Intensität der Bindung an die katholische Kirche fallen also weitgehend zusammen.

Die Regelmäßigkeit als solche: je intensiver katholisch, umso eher CDU-Wähler - ist wohlbekannt. Ihre Feststellung ist aber keine Erklärung. Eine solche Erklärung könnte sein: die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche als Rolle zu verstehen und damit das Verhalten als ein durch Sanktionen gesteuertes. Wenn aber 82 von 100 katholischen Kirchgängern im Wahlkreis Heilbronn CDU wählten, erhebt sich die Frage nach den Institutionen, die eine Einhaltung der als Rollenverpflichtung empfundenen Entscheidung bei der Wahl überwachen können, die konformes Verhalten "belohnen", abweichendes hingegen "bestrafen". Da der Wahlakt selbst, von Ausnahmen abgesehen⁸ geheim ist, muß zuerst

⁸) dies gilt etwa für sehr kleine Gemeinden mit intensiver sozialer Kontrolle, Altersheime, Krankenhäuser o. ä.

an eine intrapersonale Kontrolle gedacht werden, an eine Kontrolle, bei der Ego selbst die Sanktionen erteilt. Die Wahlnorm wird hier also nicht nur kognitiv perzipiert, sondern muß auch internalisiert sein⁹. Der Grad der Internalisierung von Verhaltenserwartungen, die mit der Rolle "Katholik" verbunden sind, wird durch die Häufigkeit des Kirchgangs annähernd ausgedrückt.

Eine politische Entscheidung für oder gegen die CDU würde für Personen, die einer solchen internen Kontrolle unterliegen, immer auch mit einer Entscheidung für oder gegen ihren Glauben verbunden sein. Da der Glaubenskodex als Richtschnur ihrer Entscheidung dient, dieser ihnen aber eine Entscheidung zugunsten einer "christlichen" oder einer von der Kirche privilegierten Partei vorschreibt, wären sie im Falle abweichenden politischen Verhaltens ähnlichen Sanktionen des Überichs ausgesetzt, denen sie auch im Falle eines "sündigen" Verhaltens unterliegen würden¹⁰. Konformes Verhalten vermeidet derartige Spannungen und Dissonanzen¹¹.

Tabelle 20

Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen

Anzahl der Personen, die die Wahl- entscheidung kennen	Katholiken	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
O	10	14	13
1 - 5	46	38	40
6 und mehr	41	38	39
Keine Angaben	3	10	8
Total	100	100	100
N =	105	265	370

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

9) vgl.: Parsons, Talcott, "The Social System", Glencoe 1951, S. 42

10) vgl.: Scheuch, Erwin K., "Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen" in: Scheuch Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Herausgeber), "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, 1965, S. 170

11) vgl.: Festinger, Leon, "A Theory of Cognitive Dissonance", Evanston - New York 1957, S. 260

Die formelle Garantie des Wahlgeheimnisses schließt jedoch nicht aus, daß auch noch weitere soziale Kontrollen wirksam werden können. Wenn nur 10 Prozent der Katholiken angaben, niemand kenne ihre Wahlentscheidung, 46 Prozent hingegen meinten bis zu 5 Personen und 41 Prozent mehr als 5 Personen wüßten um ihre politische Einstellung, dann liegt es nahe, auch andere Aspekte der primären Umwelt als Instanzen der sozialen Kontrolle zu sehen.

Hierbei ist vor allem an die Kirchengemeinde zu denken, die besonders in kleinen, konfessionell homogenen Ortschaften nahezu alle Nachbarn und Mitbürger einschließt. Es zeigt sich, daß gerade in diesen Wohngemeinden die vermutete Öffentlichkeit der Wahlentscheidung besonders groß war.

Tabelle 21

Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen, aufgegliedert nach der Ortsgröße (Katholiken)

Anzahl der Personen, die die Wahlent- scheidung kennen	Katholiken in Gemeinden von		Total
	bis zu 2000 Einwohnern	über 2000 Einwohnern	
	%	%	%
O	12	10	10
1 - 5	23	50	46
6 und mehr	59	38	41
Keine Angabe	6	2	3
Total	100	100	100
N =	17	88	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Akzeptiert man (da sonst keine Informationen über die Verbundenheit der Befragten mit ihrer örtlichen Kirchengemeinde vorliegen) die Wohndauer als Indikator für die Stärke der sozialen Kontrolle dieser Institution, so ergibt sich, daß mit der Dauer des Wohnens in einer Gemeinde bei den Katholiken die Entscheidung für die CDU zunimmt.

Tabelle 22
Wohndauer und Wahlentscheidung bei Katholiken

Wahlent- scheidung 1961	Wohndauer		
	vor 1947 ansässig	nach 1947 ansässig	Total
	%	%	%
SPD	19	35	25
CDU	69	50	61
FDP	3	6	5
Sonstige Parteien	-	9	4
Nichtwähler	7	-	4
Keine Angabe	2	-	-
Total	100	100	100
N =	59	46	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Kirchengemeinde unter diesem Aspekt gesehen, bedeutet aber strukturelle Vorgegebenheit für mögliche Interaktionen und Schnittpunkt vielfältiger Interaktionssysteme, deren Mitglieder - wie oben gezeigt - nahezu alle ein bestimmtes politisches Verhalten erwarten. Ein abweichendes Verhalten könnte Konsequenzen für die Teilnahme an bestimmten, von Ego geschätzten sozialen Kreisen haben. Eine Strategie des Ausweichens vor derartigen, erwarteten Spannungen im Verkehr mit Personen solcher sozialer Kreise würde Ego nahelegen, entweder das Verhältnis zu seiner politischen Partei oder aber das Verhältnis zu seinen Verkehrskreisen zu revidieren. Die Möglichkeit, die Parteipräferenz zu verschweigen oder einer "situationsspezifischen Wahrhaftigkeit" den Vorzug zu geben, ist zwar vorhanden. Ein solches Verhalten - auf die Dauer betrieben - setzt jedoch vor allem in Zeiten, in denen verstärkt über Politik gesprochen wird, recht konsistente Aussagen in den jeweiligen Situationen voraus, wenn die Glaubwürdigkeit erhalten bleiben und der soziale Status nicht in Mitleidenschaft gezogen werden soll.

Nach dem bisherigen Befund besteht Grund zu der Annahme, es handele sich beim Wahlverhalten der Katholiken um weitgehend vom konfessionellen Bereich abhängiges, normativ geregeltes Verhalten. Diese Annahme gewinnt auch deshalb weitere Wahrscheinlichkeit, weil zwischen den konkurrierenden politischen Parteien ausgesprochen konfessionell betonte Streitfragen im Wahlkampf 1961, ebenso wie in den vorhergehenden, nicht im Vordergrund standen, die etwa Anlaß für ein besonderes Engagement der katholischen Wähler für die CDU hätten sein können. Mit einem Regress auf die Bismarcksche Kulturkampfzeit kann man jedenfalls die Motive für das Wählerverhalten der Katholiken im Jahre 1961 nicht unmittelbar erklären. Darüber hinaus gibt es auch keine sich offiziell als Partei der Katholiken bezeichnende politische Organisation in der Art etwa des Zentrums.

Es kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, nach den Ursprüngen der dargestellten Normen für Wahlverhalten generell zu forschen. Doch soll ein Versuch gemacht werden, am Beispiel des Wahlkreises auf einige Faktoren hinzuweisen, die das Problem etwas aufhellen könnten.

Die Genesis sollte sicherlich in erster Linie im Verhalten der katholischen Kirche und ihrer Führung als einer mediatisierenden Instanz gesucht werden. Wie bereits ausgeführt, ergibt sich für die Führung von Interessenorganisationen im Falle einer Wahl, immer auch der Bezugsrahmen Wahlkreis als einer institutionell vorgegebenen, regional begrenzten Einheit, die den legitimen Erwerb und die Kontrolle politischer Macht ermöglicht. Bezogen auf den Heilbronner Wahlkreis - und bis 1945 galt Gleiches für das Reich - vertritt die katholische Kirche eine konfessionelle Minorität. Eine Minorität zudem, deren Stärke hier unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt. Eine der Strategien aber, um die Interessen der Minorität politisch erfolgreich zur Geltung zu bringen, liegt in der eindeutigen, wirksamen Unterstützung einer speziellen politischen Partei, von der man andererseits die Wahrung von Anliegen der eigenen Organisation erwartet.

Der Erfolg einer solchen Strategie der Organisation hängt jedoch, unter anderem, entscheidend davon ab, ob sich die Unterstützung auch für die politische Partei, gemessen an der Zahl der dadurch gewonnenen Stimmen, bei Wahlen bezahlt macht. Damit ist zumal dann leicht zu argumentieren, wenn sich das Zurechnungsproblem (auch ohne intensive Sozialforschung) bei konfessionell homogener Siedlungsweise, verhältnismäßig leicht lösen läßt.

Unter diesem Aspekt muß der Führung der Kirche daran gelegen sein, die Bevorzugung einer Partei für die Mitglieder der Konfession deutlich zu machen und die Befolgung dieses Willens durch adäquate Mittel dringend anzuempfehlen und zu kontrollieren.

Die Beobachtung des Verhaltens der katholischen Kirche im Wahlkreis-Wahlkampf läßt keinen Zweifel darüber, daß der Wille des Kle-

rus, ihre Gemeindemitglieder möchten die CDU unterstützen, auch im Wahlkampf 1961 sichtbar gewesen ist¹². Wo es nicht direkte Stellungnahmen der Priesterschaft waren, übernahmen katholische Presseorgane die Funktion, diesen Willen auszudrücken. Da für solche Feststellungen häufig eine Dokumentation fehlt, soll hier ein im katholischen Kirchenblatt für das Dekanat Neckarsulm und die angeschlossenen Pfarreien erschienener Artikel im Wortlaut wiedergegeben werden, der die Technik der Beeinflussung besonders gut demonstriert: 1. spezielle Ansprache der Frau und Mutter als Ansatzpunkt, 2. Verketzerung des politischen Gegners, 3. Empfehlung der "christlichen" Partei und ihrer Männer und Frauen und 4. der Verweis auf Sanktionen bzw. die Ermahnung, "... daß wir auch darüber einmal vom Richter zur Rechenenschaft gezogen werden"¹³.

"Für Frau und Mutter, Wichtiges, aber das Wichtigste. Letzt-hin war ich bei einer Wahlversammlung, CDU-Versammlung. Der Redner sprach von der CDU-Arbeit, vom CDU-Programm. Hinterher die Debatte. Interessant, was die Zuhörer alles wissen wollten. Vom grünen Plan, wieviel sie da kriegen, von der Krankenkasse, Invalidenkasse; die Beiträge sind zu hoch, die Renten und dergl. zu nieder. Jeder Stand glaubt sich benachteiligt und möchte mehr von der Partei oder vielmehr vom Staat herausholen. Egoismus, Ichsucht heißt man das. Dabei können weder der Staat noch die Kassen mehr auszahlen, als sie vorher in der Form von Beiträgen oder Steuern hereingeholt haben. - Dabei nennt sich die Partei CDU, christliche demokratische Union. Aber niemand dachte oder sprach vom C, vom Christlichen, vom Christentum. Auch um das, oder vielmehr zuerst um das geht der Wahlkampf oder vielmehr der Weltkampf; heute mehr als je. Soll in unserem Vaterland, soll in der Welt das Christentum zum Siege kommen oder die Gottlosigkeit, genannt Kommunismus oder Bolschewismus. Gerade die Frauen, das "fromme Geschlecht", sollten diese Überlegungen anstellen, wenn die Männer das vergessen.

Manche von uns erinnern sich noch des Spanischen Bürgerkriegs 1936/38. Kaum hatten die Sozialisten und Kommunisten unter größter Fälschung des Wahlergebnisses und Ermordung der christlichen Führer die Macht an sich gerissen, setzte sofort der Kampf gegen die Kirche, gegen die Religion ein. 1951 hat die spanische Regierung (!) eine Sammlung von Dokumenten über das Schreckensregiment des Bürgerkrieges herausgegeben, der mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt wurde. Hier lesen wir: Vom Juli 1936 bis zum Frühjahr 1939 wurden mehr als 7 300 Priester und Ordensleute ermordet. Darunter 14 Bischöfe,

12) Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 121 f. und 132 f.

13) Katholisches Kirchenblatt für das Dekanat Neckarsulm und die angeschlossenen Pfarreien, Nr. 32, 13. 8. 1961, S. 2

4 266 Weltgeistliche, 2 489 Ordensleute, 283 Nonnen, 249 Theologiestudenten; sogar Ministranten wurden an Felswände hingekreuzigt, weil sie sich weigerten "Heil Moskau" zu rufen.

Im einzelnen wurden gemartet 216 Franziskaner, 93 Kapuziner, 105 Karmeliten, 109 Jesuiten, 110 Salesianer, 108 Marianisten, 133 Dominikaner. In Madrid allein wurden während der Roten Herrschaft 349 Geistliche niedergemetzelt, in Barcelona 292, in der Diözese Lerida 270 Priester. Nebenbei, wir ziemlich selbstbewußten Deutschen haben manchmal auf die wissenschaftliche Bildung u. die moralische Haltung der spanischen Geistlichkeit etwas geringschätzig herabgeschaut - Tatsache bleibt, daß kein einziger spanischer Priester das lebensrettende "Heil Moskau" gerufen, sondern alle samt und sonders den Martertod vorgezogen haben, und das unter Qualen, wie sie kein Nero hätte ausdenken können. Vor allem wurden die armen Schwestern mißhandelt und geschändet und umgebracht in einer Weise, die sich hier nicht niederschreiben läßt.

Das nannte ein gewisser Willy Brandt, damals noch Zeitungsschreiber, heute Bundeskanzlerkandidat, "einen reinigenden Sturm, der die Kirchen und Klöster gesäubert und die Macht der Kirche (in Spanien) gebrochen hat. "Oder ein andermal: "Die Brechung der Macht der Kirche oder eine Entscheidung zugunsten des Fortschritts der Freiheit, des Sozialismus". Während auf Seiten Francos, des christlichen Freiheitshelden (1), Tausende von Deutschen für die menschliche und christliche Freiheit kämpften und starben, stand Willy Brandt auf seiten der Kommunisten u. Anarchisten, nicht als Soldat, - das ist immer eine etwas riskante Sache - sondern als Berichterstatter für die roten Zeitungen. Er war damals freilich noch ziemlich jung, aber ich habe nie gesehen oder gehört, daß er seine damalige Einstellung geändert oder bedauert oder zurückgenommen hätte.

Christliche Frauen und Mütter, christliche Wählerinnen! Es geht bei den Wahlen nicht bloß, und nicht in erster Linie, um ein paar Batzen mehr oder weniger oder um ähnliche vergängliche Dinge, es geht um unseren christlichen Glauben, um die Freiheit der christlichen Kirche, die heute mehr bedroht ist als zu irgend einer Zeit vor uns. Und darum gebietet unser Gewissen, nur jenen Männern und Frauen die Stimme zu geben, die tatkräftig und unerschrocken für die Freiheit der Religionsausübung und der christlichen Kirche eintreten. Auch darüber werden wir einmal vom Richter zur Rechenschaft gezogen. Auch daran wollen wir denken und reden bei Wahlversammlungen oder Wahlbesprechungen - - und am Wahltag¹⁴.

14) Katholisches Kirchenblatt für das Dekanat Neckarsulm und die angeschlossenen Pfarrefen, Nr. 32, 13. 8. 1961, S. 2, verantwortlich für den Inhalt; Katholisches Dekanatsamt Neckarsulm.

Daß diese Art der Beeinflussung nicht ohne Wirkung blieb, zeigten die Beobachtungen des Verhaltens der Wähler in ausgewählten Situationen. Es wird von einem informellen Gespräch in einem Neckarsulmer Industriebetrieb berichtet, in dem sich während der Arbeitspause vier Angestellte über den zitierten Artikel unterhielten. Auch dies Beobachtungsprotokoll sei hier, um die Art der Reaktion festzuhalten, wiedergegeben¹⁵.

A zeigt ein Mitteilungsblatt der katholischen Kirche vor und verweist auf einen Artikel über Brandt mit der Bemerkung daraufhin:

A: So, darauf habe ich gewartet, jetzt gehts wieder los.

B: Zeigen Sie mal her!

A: (Liest unter Betonung der ihm wichtig dünkenden Stellen vor und sagt zum Abschluß:)

Jetzt fängt die Kanzelhetze wieder an, selbst wenn alles wahr wäre, läge es außerhalb der kirchlichen Pflichten und ist in dieser Darstellung nur ein übles Pamphlet.

B: Es stimmt aber doch, daß Brandt Frahm hieß und in Spanien kommunistischer Reporter war.

A: Selbstverständlich, aber muß er deswegen von den Greuelthaten gewußt haben und wie vereinbart sich die Glorifizierung Francos mit den Ansichten der westlichen Welt über diesen Diktator? Zudem hat die SPD in ihren Gesetzen die Rechte der Kirche genauso wie die CDU verankert.

C: Ach, so schlimm ist dies nicht.

D: Na, wie schlimm muß es denn werden. Dies grenzt schon an üble Hetze.

B: Also ich könnte solch einem Manne aber niemals mein Vertrauen schenken der so oft wechselt.

A: Was heißt hier wechseln Adenauer war doch auch einmal Separatist und will heute nichts mehr davon wissen.

B: Ach, das war was anderes.

A: So? Wieso?

B: Ach ich mag nicht darüber diskutieren, das Geschehen beweist alleine alles.

C: Adenauer ist schon in Ordnung.

¹⁵ Beobachtungsprotokoll EWI, IG, 3, Beobachteranweisung nach Merkblatt 3, 14. 8. 1961. Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 23 ff.

D: Es ist schon gehetzt, aber die alten Weiber, denen geht so was ein wie Zucker. Was der Herr Pfarrer sagt muß wahr sein. Und das sind die Stimmen, die den Ausschlag geben.

A: Ich bin auch von der SPD nicht hundertprozentig überzeugt, aber was wollen wir denn mit der FDP? Die CDU ist für mich auf jeden Fall undiskutabel.

C: Vielleicht wäre es doch am besten die dritte Kraft stark zu machen.

D: Ja, mir fällt die Entscheidung auch sehr schwer.

B: Mit der CDU wissen wir auf jeden Fall was wir haben, es kommt selten etwas Besseres nach.

A gibt die Diskussion auf.

Ein weiteres informelles Gespräch, ebenfalls in einem Neckarsulmer Industriebetrieb aufgezeichnet, enthält Reaktionen, die in die gleiche Richtung weisen¹⁶.

Gespräch während der Arbeitspause zwischen einem Techniker und einer Hilfsarbeiterin.

A: Na Fräulein, welche deutschen Politiker kennen Sie eigentlich?

B: (Längere Überlegung) Keinen, ich interessiere mich überhaupt nicht für Politik.

A: Sie müssen doch aber welche kennen, Sie wählen doch auch.

B: Ja, den Adenauer kenn ich. Das ist ein prima Mann, wegen dem gehts uns so gut.

A: So ganz wie es aussieht, scheint er aber doch nicht zu sein, sonst hätte er nicht solche Sachen gemacht, wie zum Beispiel mit Brandt oder Scharley und Roth.

B: Ach der Brandt, dem traue ich nicht, der hat doch schwer Dreck am Stecken.

A: So, was denn?

B: Das weiß ich nicht so genau, aber das wird doch erzählt.

A: Dann will ich Ihnen auch mal was erzählen von der CDU. Bei der ist auch nicht alles Gold was glänzt, die hat auch schon genug schöne Sachen gedreht.

B: Ha! Sie sind ja ein Kommunist!

A: beendet das Gespräch

¹⁶ Beobachtungsprotokoll EWI, IG, 6, Beobachteranweisung nach Merkblatt 3, 15. 8. 1961. Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 27

Selbstverständlich dürfen aus dem mitgeteilten Material keine verallgemeinernden Schlüsse gezogen werden. Doch, so scheint es, zeigt sich hier einerseits die Fruchtbarkeit der Beobachtung informeller Gespräche zur Erfassung von Interdependenzen und andererseits der Wert des regionalen Bezugs für die Analyse intermediärer Institutionen und ihrer meinungsbildenden Funktion.

Diese Überlegungen (unter Berücksichtigung der zum Problem der sozialen Kontrolle des politischen Verhaltens gemachten Ausführungen) können zum Teil die Aufrechterhaltung der Normen für Wahlverhalten erklären. Die Frage nach der Genesis der Normen ist aus Beobachtungen eines auf sechs Monate beschränkten Zeitraums kaum zu beantworten. Es spricht jedoch viel für die Hypothese, daß man sich bei Katholiken das Entstehen von Wahlnormen und ihren Übergang zu weitgehend habitualisiertem, "traditionellem" Wahlverhalten, als Auswirkung eines sich bei Wahlen ständig wiederholenden ähnlichen Prozesses der Einflußnahme der kirchlichen Institutionen oder ihrer Laienorganisationen vorstellen kann; hierbei bleiben die strukturellen Voraussetzungen - und hierin liegt ein regionaler Aspekt - weitgehend konstant. Durch Kumulation verstärkt, erhält sich so das soziale Wissen um adäquates Rollenverhalten.

Die politische Geschichte zeigt, daß diese Erklärung angemessen ist. Die Strategie der Privilegierung einer einzelnen Partei ist gerade im Falle der katholischen Kirche weder neu, noch auf den Bezirk beschränkt. Dabei bot sich unter den veränderten konfessionellen Verhältnissen im Bund nach 1945 eine, zum Teil schon in den Ansätzen erkennbare, neue Strategie der Einflußnahme auf mehrere politische Parteien an. Die Situation im Wahlkreis hat sich bisher aber faktisch nur wenig geändert. War es bis 1933 das Zentrum, das sich der Unterstützung der katholischen Kirche sicher sein konnte, so ist die Gründung der CDU im Wahlkreis durch einen ehemaligen Sekretär der katholischen Arbeitervereine (einem Zentrumsmann) nur ein Indiz dafür, daß die traditionelle Affinität zwischen der katholischen Kirche und dem Zentrum weitgehend auf die CDU übergegangen ist¹⁷.

Als Verstärkereffekt im Wechselprozeß der Beziehung zwischen sozialen Gruppen und Politik kommt hinzu, daß für den Wahlkreispolitiker, welcher der von der Institution privilegierten Partei angehört, ein besonderer Anreiz besteht, die hier auch ökologisch abgetrennte Minorität speziell anzusprechen. Er weiß einerseits um die Interessengleichheit mit der Führung der Kirche und verzeichnet andererseits den Erfolg bei der katholischen Bevölkerungsgruppe gern als persönliches, politisches Verdienst. Das hat häufig zur Folge, daß der Schwerpunkt

17) vgl. : Materialband "Interviews und Berichte", S. 44

der Wahlkampf­führung in solchen Gebieten liegt, die der Partei ohnehin sicher sind.

Die Politiker der anderen Parteien, durch die Erfahrung vorhergehender Wahlkämpfe entmutigt, betrachten ihre Bemühungen um die einer speziellen Partei fest verhafteten Wähler häufig nur als eine Art Routineübung, die ihnen von der Parteiorganisation auferlegt wird. Das trägt natürlich auch nicht dazu bei, etwa durch Erhöhung des politischen Interesses und der politischen Information die Wahlnormen von Gruppen aufzuweichen. Daß hier eine Chance liegt, deuten die Ergebnisse der Umfrage an. Der Anteil interessierter Katholiken ist unter den SPD- und FDP-Wählern relativ größer als unter den CDU-Wählern.

Tabelle 23

Politisches Interesse und Wahlentscheidung bei Katholiken
(Indikator: letzte Unterhaltung über Politik)

Wahlent- scheidung 1961	letzte Unterhaltung über Politik		
	in den ver- gangenen 6 Tagen	zu einem Zeitpunkt davor	Total
	%	%	%
SPD	33	20	25
CDU	48	71	61
FDP	6	4	5
Sonstige Parteien	9	-	4
Nichtwähler	2	5	4
Keine Angabe	2	-	1
Total	100	100	100
N =	46	59	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Je intensiver also die Beziehung Egos zum Politischen ist, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß er von den Normen seiner Gruppe abweichen kann. Allerdings werden, je nach der Effizienz von Instanzen sozialer Kontrolle, Konsequenzen für die Beziehung Egos zur Institution Kirche, bzw. zu seiner Rolle als Katholik, nicht ausbleiben.

Der Umfang der Abweichungen von der Norm kann jedoch nicht allein im Grad des Interesses oder der Information begründet sein, da diese ihrerseits wieder von einer Reihe von strukturellen Bestimmungsfaktoren abhängen. Vielmehr sollte sie sich auch mit unterschiedlichen Konstellationen der primären Umwelt verändern.

Wie oben angeführt, befinden sich die Katholiken bzw. die katholischen Kirchengemeinden - nimmt man den Gesamtwahlkreis als Bezug - in einer Minderheitensituation. Das bedeutet jedoch nicht, daß jeder Katholik oder jede örtliche katholische Kirchengemeinde in einer Umwelt existiert, die von konfessionell Andersdenkenden dominiert wird. Für die Familie und für den Kreis der Freunde, Kollegen und Bekannten ist zu vermuten, daß weitgehende konfessionelle Homogenität vorherrscht, daß also eine Minderheitenlage in diesen Mikrobezügen kaum gegeben ist. Da aus den Umfragen keine Daten über die konfessionelle Struktur der Primärgruppen vorliegen, ist es nicht möglich, Aussagen über unterschiedliche Auswirkungen unterschiedlicher konfessioneller Kontexte dieser Ebene auf die Wahlentscheidung zu machen.

Ein Umweltbereich hingegen, der sowohl für die Lage des einzelnen Gemeindeglieds als auch der örtlichen kirchlichen Führung gleichermaßen relevant ist, die Wohngemeinde, kann durch die Ergebnisse der Volkszählung mit genügender Sicherheit in seiner konfessionellen Struktur gekennzeichnet werden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Ego die Majorität oder Minorität seiner Konfession in der Regel weniger im Verhältnis zum Vorkommen des Merkmals in seinen Primärgruppen, als vielmehr im Verhältnis der Konfessionen auf Gemeindeebene definiert.

Weiter oben wurde bereits auf die Tendenz zur konfessionellen Homogenität insbesondere der kleinen Gemeinden hingewiesen. Diese kleinen Gemeinden eignen sich vorzüglich zur Prüfung unserer Konzeption einer Definition der eigenen Situation relativ zu den Verhältnissen in einer "sichtbaren" Umwelt. Das Verhalten der Katholiken kann unter den gegebenen Verhältnissen sowohl in einer - auf die Wohngemeinde bezogenen - Majoritätensituation, einer gemischt-konfessionellen Situation und einer Minderheitensituation empirisch nachgeprüft werden, wobei die Minderheitensituation noch in zwei unterschiedlichen Lagen gesehen werden soll¹⁸.

18) Gemeinden mit katholischer Majorität = Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung 75 Prozent und mehr (87,4 %)

In den 72 Gemeinden, in denen der Anteil der Katholiken 25 Prozent und weniger beträgt, ist bei 22 Gemeinden der Fall gegeben, daß die Zahl der katholischen Einwohner unter 50 Personen sinkt - eine Zahl, die etwa die Grenze kennzeichnet, bis zu der es eine voll "sichtbare" katholische Kirchengemeinde gibt.

Die Volkszählung erlaubt also eine Spezifikation der Gemeindetypen (Kontext). Jetzt soll aufgrund der Umfrage die Bedeutung des jeweiligen Kontextes für individuelles Verhalten betrachtet werden.

Unsere allgemeine Hypothese über die Wirkung der konfessionellen Struktur der Wohngemeinde auf die Befolgung der Wahlnorm durch Katholiken lautet: je homogener die konfessionelle Zusammensetzung der Gemeinde ist, je eindeutiger also das soziale Milieu, umso wahrscheinlicher wird die Befolgung der Norm - das heißt desto wahrscheinlicher ist es, daß ein Katholik eine Wahlentscheidung zugunsten der CDU fällt. Dabei gilt für die Minoritätensituation, also für den Fall der Gemeinden mit protestantischer Majorität, die Vermutung einer höheren Konformitätsrate als dies in Gemeinden mit katholischer Majorität wahrscheinlich ist; das folgt daraus, daß die Erfüllung der Norm in einer "feindlichen" Umwelt als für den Bestand der Gruppe zentraler angesehen werden kann. Auch viele ein Sich-Zurückziehen von der Gruppe eher auf, als das in den Majoritäten-Kontexten der eigenen Konfession der Fall wäre.

Tabelle 24

Die Wahlentscheidung von Katholiken in Gemeinden mit unterschiedlicher konfessioneller Struktur

Wahlentscheidung 1961	Gemeinden mit katholischer Majorität	Gemeinden mit gemischt-kon- fessioneller Struktur	Gemeinden mit katholischer Minorität	Total
	%	%	%	%
SPD	14	33	20	25
CDU	82	49	65	61
FDP	-	7	5	5
Sonstige Parteien	-	4	10	4
Nichtwähler	-	7	-	4
Keine Angabe	4	-	-	1
Total	100	100	100	100
N =	28	57	20	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die generelle Hypothese, daß Katholiken in konfessionell homogenen Gemeinden eher CDU wählen als in konfessionell heterogenen, wird durch die Ergebnisse der Umfrage bestätigt. Allerdings erscheint der Zusatz, daß gerade in der Minoritätensituation die Befolgung der Gruppierungsnorm besonders scharf überwacht werde, vorerst nicht gerechtfertigt. Geht man jedoch von der formellen Konfessionszugehörigkeit ab und wählt als Kriterium für die Verbundenheit Egos mit der Rolle Katholik die Häufigkeit des Kirchgangs, so zeigt sich, daß der relativ hohe Prozentsatz abweichenden Verhaltens in Gemeinden mit katholischer Minorität durch solche Katholiken hervorgerufen wird, deren Bindung an die Kirche nur schwach ist; diejenigen mit engerer Bindung an die Institution verhalten sich (wie in der Majoritätensituation) weitgehend rollenkonform¹⁹.

Obgleich eine empirische Überprüfung durch Ergebnisse der Umfrage angesichts der kleinen Zahlen nicht wirklich gerechtfertigt ist, soll noch darauf eingegangen werden, daß nicht nur die konfessionelle Struktur der Wohngemeinde, sondern auch die konfessionelle Struktur der Nachbargemeinde das Wahlverhalten der Katholiken mit beeinflussen kann - und nach unserer Konzeption sogar sollte. Das gilt insbesondere für die Bewohner der kleinen Landgemeinden.

Dabei ist als Folge der konfessionellen Struktur der Nachbargemeinden einmal an eine Verschärfung des Minderheitenbewußtseins der Katholiken zu denken. Wenn nicht nur in der Wohngemeinde sondern auch in den Nachbargemeinden die eigene Konfession stark unterrepräsentiert ist, kann das zu einer noch stärkeren Befolgung der Gruppierungsnormen führen, da der Bestand einer Kirchengemeinde, die in solchen Situationen weitgehend Primärgruppencharakter annimmt, in "feindlicher" Umwelt zu sichern ist.

Sinkt die Zahl der Gruppenmitglieder aber unter die Grenze, die eine Ausübung der religiösen Aktivitäten in der eigenen Wohngemeinde zuläßt und ist in den Nachbargemeinden ebenfalls kaum eine Möglichkeit vorhanden, sich einer größeren Kirchengemeinde anzuschließen, dann könnte das eine geringere Befolgung der Gruppierungsnormen zur Folge haben. Dies deshalb, weil einerseits die Wohngemeinde als zentrales Rekrutierungsfeld für Verkehrskreise fast ausschließlich solche mit hoher

Gemeinden mit gemischt-konfessioneller Struktur = Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung 25 bis unter 75 Prozent (31, 2 %)

Gemeinden mit katholischer Minorität = Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung bis 25 Prozent (14, 0 %)

19) Dieses Feststellen muß jedoch noch Gegenstand weiterer Überprüfung sein, da die Fallzahlen der Befragten sehr gering sind. Es ergab sich (a) für Gemeinden mit katholischer Majorität: CDU = 95 %; (b) für Gemeinden mit gemischt-konfessioneller Struktur: CDU = 71 %; (c) für Gemeinden mit katholischer Minorität: CDU = 100 %.

protestantischer Dominanz anbietet, andererseits der Aufbau, die Erhaltung und die Kontrolle der katholischen Wahlnorm der Familie nahezu allein überlassen bleibt. Der Konformitätsdruck einer Kirchengemeinde fällt in diesem Falle weg.

Gliedert man kleine Gemeinden nach der relativen Häufigkeit des Vorkommens der Eigenschaften: Prozentsatz der Katholiken und Anteil der CDU-Wähler, so beobachten wir einen Hinweis auf die tatsächliche Bedeutung dieses Mechanismus.

Tabelle 25

Der Anteil von Katholiken und CDU-Wählern in Gemeinden mit katholischer Minorität, bei unterschiedlicher konfessioneller Struktur der Nachbargemeinden¹

konfessionelle Struktur der Wohngemeinde	Nachbargemeinden			Prozentpunkt Differenz
	gemischt-konfessionell (Heterogenität)	protestantische Majorität (Homogenität)		
Gemeinden mit sichtbarer katholischer Minorität ²	Katholiken: 61 CDU-Wähler: 77 (8 Gemeinden)	Katholiken: 50 CDU-Wähler: 70 (42 Gemeinden)		11 7
Gemeinden mit nicht-sichtbarer katholischer Minorität ²	Katholiken: 17 CDU-Wähler: 122 (2 Gemeinden)	Katholiken: 20 CDU-Wähler: 72 (42 Gemeinden)		3 50
alle Gemeinden mit katholischer Minorität	Katholiken: 59 CDU-Wähler: 79 (10 Gemeinden)	Katholiken: 46 CDU-Wähler: 70 (62 Gemeinden)		13 9

1) Der Aussage über Katholiken und CDU-Wähler liegt als Basis die Verteilung der Merkmale im Gesamtwahlkreis zugrunde, (1961)

(Katholiken: 29,0 % = 100)

(CDU-Wähler: 31,1 % = 100)

2) "Sichtbar" sei eine katholische Minorität, wenn in einer Gemeinde mehr als 50 Personen der katholischen Konfession angehören "nicht-sichtbar", wenn die Zahl 50 Personen oder weniger beträgt.

Betrachtet man die Gemeinden, die von Katholiken dominiert werden, so ergeben sich in bezug auf die konfessionelle Struktur der weiteren, regionalen Umwelt folgende Fälle: Die Gemeinden mit katholischer Majorität können (1.) ausschließlich Nachbargemeinden mit gleichfalls katholischer Majorität haben; sie können (2.) in einem gemischt-konfessionellen regionalen Kontext liegen oder (3.) als isolierte katholische Gemeinden ausschließlich von protestantisch dominierten Nachbargemeinden umgeben sein.

Dieser letzte Fall erinnert an die bisherige Diskussion der Minoritätenlage allgemein. Nur ist es hier nicht die Gruppierung in einer Gemeinde (= Anteil an Katholiken), die sich von einer anderen Gruppierung in der gleichen Gemeinde in bezug auf ein soziales Merkmal unterscheidet; in diesem Fall ist es die ganze Gemeinde, die sich durch andersartige konfessionelle Homogenität sichtbar von ihren Nachbargemeinden abhebt. Ein Katholik, der bei einer derartigen Umwelt seiner Wahlnorm folgt, bekennt sich mit der politischen Entscheidung nun nicht nur zu den Interessen seiner Kirche, sondern auch zu seiner Wohngemeinde und deren politischer Tradition. Zwei Faktoren wirken also zusammen, um eine CDU-Entscheidung herbeizuführen.

Wenn jedoch in solchen Konstellationen (katholische Gemeinde, die in einem evangelischen Gebiet liegt) ein Abrücken von der Majoritätspartei der Wohngemeinde zugleich als eine Entscheidung gegen die Wohngemeinde selbst verstanden werden kann, so müßten nicht nur die Katholiken, auf deren Wahlnorm die politische Homogenität in erster Linie zurückgeht, sondern auch die übrigen Gemeindebewohner - freilich aus anderen Motiven - ebenfalls häufiger CDU wählen als in anderen Gemeinden.

Diese Bedingungskonstellation trifft auf vier Gemeinden zu und hier erhält tatsächlich die CDU ungewöhnliche Majoritäten. Dennoch bedarf die Hypothese der weiteren Spezifizierung, da die Bewohner dieser Gemeinden, die Minderheitsstatus haben, vom Wahlverhalten der Majorität um durchschnittlich 23 Prozent abweichen. Es könnte sein, daß sich unter denen, die der "Gemeinde-Partei" nicht folgen, vor allem solche Personen befinden, die sich mit ihrer Wohngemeinde garnicht oder nur sehr schwach identifizieren also auch kaum Sanktionen der Gemeindeglieder fürchten. Weitere gegenläufige Kräfte aus anderen sozialen Bezügen Egos können hinzukommen, so etwa bei Auspendlern oder es könnten Wirkungen der regionalen politischen Subsysteme wirksam werden, die in der Regel bei dieser Konstellation von einer anderen als der "Gemeindepartei" beherrscht werden. Trotzdem ist der relativ hohe Anteil der CDU in diesen Gemeinden erstaunlich, insbesondere dann, wenn man sie mit dem Anteil der CDU-Stimmen in Gemeinden des katholischen Kerngebietes vergleicht.

Der Prozentsatz der für die CDU abgegebenen Stimmen ist mit durchschnittlich 74 Prozent in den Gemeinden des katholischen Kerngebietes etwas geringer als in den isolierten katholischen Gemeinden. Vergleicht man auch hier wieder den Anteil der Katholiken und den Anteil der CDU-Wähler, so ergibt sich für die beiden unterschiedlichen Kontexte eine Prozentpunktdifferenz, die der Hypothese von einer, zusätzlich zu der CDU-Wahlnorm der Katholiken wirkenden gemeindebezogenen Wahlnorm in den isolierten Ortschaften, weitere Wahrscheinlichkeit verleiht.

Tabelle 26

Die Anteile von Katholiken und CDU-Wählern in Gemeinden mit katholischer Majorität, bei unterschiedlicher, konfessioneller Struktur der Nachbargemeinden¹

	Nachbargemeinden		
	Katholische Majorität	Protestantische Majorität	Prozentpunkt Differenz
Gemeinden mit katholischer Majorität	Katholiken: 313 CDU-Wähler: 239	Katholiken: 314 CDU-Wähler: 246	1 7

1) Der Aussage über Katholiken und CDU-Wähler liegt als Basis die Verteilung der Merkmale im Gesamtwahlkreis zugrunde. (1961)
(Katholiken: 29,0 % = 100)
CDU-Wähler: 31,1 % = 100)

Für die katholisch-dominierten Gemeinden in gemischtkonfessionellem regionalen Kontext lassen sich aus der Gegenüberstellung der Anteile keine auffälligen Besonderheiten erkennen. Das entspricht der Umkehrung unserer Hypothese. Die Umfrageergebnisse zeigen auch tendenziell eine Abschwächung des Anteils der abweichend handelnden Katholiken in den Gemeinden katholischer Majorität mit gemischt-konfessionellem regionalen Kontext²⁰. Eine analoge Feststellung traf für das

20) von den in Gemeinden mit katholischer Majorität lebenden Katholiken entschieden sich für die CDU: (1.) bei katholisch-dominantem regionalen Kontext: 87 Prozent (n=8); bei (2.) gemischt-konfessionellem regionalen Kontext: 78 Prozent (n=9) und (3.) bei protestantisch-dominantem regionalen Kontext: 90 Prozent (n=10)

Verhalten von Katholiken, die in gemischt-konfessionellen Gemeinden leben, ebenfalls zu.

Es wird durch diese Konzeption der relevanten Umwelten möglich, ein durchgehendes Erklärungsschema für den Einfluß der Konfession auf das Wahlverhalten zu entwickeln.

Ein Merkmal, das in der Diskussion des Wahlverhaltens stets eine große Rolle spielt, die Schichtzugehörigkeit, ist bis hierhin noch nicht berücksichtigt worden. Das deshalb, weil wir eine entscheidende Beeinflussung des Wahlverhaltens von Katholiken aufgrund der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten nicht erwarten; denn die bisher hier beschriebene Wahlnorm entspringt in erster Linie konfessionellen, nicht ökonomischen Bezügen. Zwar unterschieden sich auch im Heilbronner Wahlkreis die Wähler der verschiedenen Parteien nach ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Schichten, doch sind es vor allem protestantische Wähler, durch die diese Differenzen hervorgerufen werden. Sieht man einmal von der geringen Zahl der Katholiken ab, die FDP wählen, so gibt es keine Anzeichen dafür, daß dieser Faktor auf Katholiken einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hätte.

Tabelle 27

Der Einfluß der sozialen Schichtzugehörigkeit der Katholiken auf die Wahlentscheidung (Index¹)

Wahlent- scheidung 1961	Ober- schicht	Mittel- schicht	Unter- schicht	nicht einge- stuft	Total
	%	%	%	%	%
SPD	-	26	25	(29)	25
CDU	-	58	66	(43)	61
FDP	(100)	8	-	(14)	5
Sonstige Parteien	--	5	2	(14)	4
Nichtwähler	-	3	5	-	4
Keine Angabe	-	-	2	(100)	1
Total	(100)	100	100	(100)	100
N =	1	38	59	7	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. : Anhang IV

Anzumerken bleibt, daß sich katholische Frauen mehr an die Norm ihrer Kirche hielten als katholische Männer. Wenn Abweichungen vorkommen, dann in der Regel bei Männern. Dies entspricht den bisherigen Ergebnissen der empirischen Wahlforschung in Deutschland, die stets dahin gedeutet werden konnten, daß Frauen, insbesondere aber solche im Einflußbereich der katholischen Kirche, sich weitgehend durch diese statt durch andere Gruppentendenzen leiten ließen.

Tabelle 28

Die Wahlentscheidung der Katholiken, aufgegliedert nach dem Geschlecht

Wahlentscheidung 1961	Männer %	Frauen %	Total %
SPD	42	16	25
CDU	42	71	61
FDP	8	3	5
Sonstige Parteien	8	2	4
Nichtwähler	-	6	4
Keine Angabe	-	2	1
Total	100	100	100
N =	38	67	105

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

2. Die Wahlentscheidung der Protestanten

Im Gegensatz zu den Katholiken waren bei den Protestanten weder im Bund noch im Distrikt eindeutige Zusammenhänge zwischen Konfessionszugehörigkeit und Wahlentscheidung zu erkennen. Wie die Umfrage zeigt, gab es keinen ausgesprochenen Schwerpunkt der Bevorzugung bestimmter politischer Parteien aufgrund dieses Merkmals.

Tabelle 29

Die Wahlentscheidung der Protestanten im Bund und im Wahlkreis
am 17. September 1961

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland %	Wahlkreis Heilbronn %
SPD	37	35
CDU	30	20
FDP	11	30
Sonstige Parteien	2	3
Nichtwähler	10	8
Keine Angabe	10	4
Total	100	100
N =	835	233

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

Man kann dies Ergebnis dahingehend deuten, daß die Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche von den Wählern nicht als Zurechnung zu einer bestimmten Subkultur empfunden wird. Entsprechend ist die Wirkung der übrigen Gruppenbezüge stärker.

Beim Vergleich der Ergebnisse im Bund und im Wahlkreis fällt auf, daß die FDP im Wahlkreis wesentlich mehr protestantische Stimmen gewinnen konnte als im Bund. Sie muß, betrachtet man die konfessionelle Zusammensetzung der Wählerschaft, als die "protestantischste" Partei des Bezirks gelten.

Tabelle 30

Die konfessionelle Zusammensetzung der Parteiwählerschaften
im Wahlkreis

Konfession	Wahlentscheidung 1961				Total
	SPD	CDU	FDP	...	
	%	%	%		%
Protestanten	72	41	85		64
Katholiken	24	56	6		29
Andere/keine Konfession	4	3	9		7
Total	100	100	100		100
N =	113	114	82		362

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Es wäre jedoch vorschnell, aus der Tatsache, daß 85 Prozent aller FDP-Wähler Protestanten sind, ohne weiteres den Schluß zu ziehen, daß konfessionelle Ursachen diesen Befund erklären könnten - obwohl die Schlußfolgerung naheläge, daß engagierte Protestanten eben eine andere konservative Partei als die vielleicht "zu katholische" CDU vorziehen würden. Zwar überwiegen die FDP-Präferenzen unter den protestantischen Kirchenbesuchern leicht, doch sind die Unterschiede zu den anderen Parteien zu gering, als daß man generell bei Protestanten eine "Wahlnorm" in Analogie zur Wahlnorm der katholischen Minderheit vermuten könnte.

Tabelle 31

Der Einfluß der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung der Protestanten

Wahlent- scheidung 1961	Kirchgangshäufigkeit			
	mindestens einmal im Monat	mehrmals im Jahr	einmal im Jahr, selten oder nie	Total
	%	%	%	%
SPD	25	39	45	35
CDU	29	14	14	20
FDP	33	33	18	30
Sonstige Parteien	6	2	2	3
Nichtwähler	6	6	16	8
Keine Angabe	1	6	5	4
Total	100	100	100	100
N =	91	98	44	233

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Vieles deutet darauf hin, daß dritte Faktoren, vor allem sozialökonomische, das Verhalten der Protestanten determinieren.

Daß sich bei Protestanten aus konfessionellen Bezügen keine dezidierte Wahlnorm herleiten läßt, liegt vor allem daran, daß eine eindeutige, als verbindlich vorgetragene politische Stellungnahme der Führung der protestantischen Kirche oder ihrer Laienorganisationen nicht zu beobachten war. Es kennzeichnet die Sachlage gut, daß weder von der Landeskirche noch von den Dekanaten irgendwelche Direktiven für das Verhalten der Pfarrer gegeben wurden, außer einer Empfehlung, daß ein Eintreten für eine bestimmte politische Partei ohne Bezug auf die Pfarrereigenschaft geschehen sollte²¹. Es hätte dieser Empfehlung jedoch kaum bedurft, da das Argument, ein Pfarrer müsse sich das Vertrauen und den Zugang zu allen Gemeindemitgliedern erhalten, und er könne das am besten durch parteipolitische Neutralität, gerade unter den pro-

21) vgl.: Materialband "Beobachtungen", S. 194

Tabelle 32

Die Wahlentscheidung der Protestanten, aufgegliedert nach der sozialen Schichtzugehörigkeit (Index¹)

Wahlent- scheidung 1961	Ober- schicht	Mittel- schicht	Unter- schicht	nicht ein- gestuft	Total
	%	%	%	%	%
SPD	17	25	50	13	35
CDU	33	21	18	22	20
FDP	42	44	12	52	30
Sonstige Parteien	8	2	4	4	3
Nichtwähler	-	3	14	-	8
Keine Angabe	-	5	3	9	4
Total	100	100	100	100	100
N =	12	91	107	23	233

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. : Anhang IV

testantischen Pfarrern weit verbreitet ist²². Eine Stichprobe von 15 unter 22 Pfarrern eines Dekanats ergab denn auch, daß lediglich von zweien eine Bemerkung gemacht wurde, die als Empfehlung für die Wahl verstanden werden konnte. Während ein Geistlicher in der Predigt darauf hinwies, daß der Christ verpflichtet sei, für den Frieden in der Welt zu wirken, forderte ein anderer in der Abkündigung dazu auf, solche Männer und Frauen zu wählen, die durch das Evangelium gebunden sind. Die übrigen Pfarrer verhielten sich neutral. Es wurde an das Wahlrecht erinnert und in das Gebet der Wunsch eingeschlossen, das Ergebnis der Wahl möge dem Wohle des Volkes dienen. In einem Falle wurde überhaupt nicht auf die Wahl bezug genommen²³.

Die bereits diskutierte Struktur der Konfessionsverteilung im Wahlkreis gibt der regionalen Kirchenführung auch kaum Anlaß, Einfluß nur

22) vgl. : Materialband "Beobachtungen", S. 194

23) vgl. : Materialband "Beobachtungen", S. 194, vgl. auch S. 117, 119, 127, 133

in einer Partei zu suchen, um eventuelle Anliegen der Organisation durchzusetzen. Auch hier herrschte die Meinung vor, daß die Pfarrer sich parteipolitisch nicht festlegen sollten²⁴.

Tatsächlich sind aktive Protestanten in allen drei großen Parteien vertreten, und es wäre sicher eine schlechte Strategie, sich durch einseitige parteipolitische Stellungnahme um die Unterstützung durch die anderen Parteien zu bringen. Die Majoritätensituation gestattet hier eben eine andere Form der Einflußnahme.

So war der Kandidat der CDU, Simpfendörfer, die wohl profilierteste, konfessionell an den Protestantismus gebundene Persönlichkeit unter den Bewerbern um ein Bundestagsmandat. Aus einer Familie mit alter pietistischer Tradition stammend, Kirchengemeinderat, Synodaler und Organist, mag er wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Eindruck vorherrschte, die "evangelische Kirche" stünde vor allem auf Seiten der CDU.

Tabelle 33

Vermutete parteipolitische Unterstützung im Wahlkampf durch die evangelische Kirche

Wahlhilfe für	Wahlkreis Heilbronn	
	Juli 1961	September 1961
	%	%
SPD	5	4
CDU	55	52
FDP	3	4
Neutral	27	28
Keine Angaben	10	12
Total	100	100
N =	309	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Doch waren auch der SPD- und der FDP-Kandidat Protestanten, die sich den Anliegen der Kirche sicher nicht verschließen würden.

24) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 199 ff

Abschließend ist festzustellen, daß die Eigenschaft Protestant im Heilbronner Bezirk nicht mit einer ausgesprochenen Wahlnorm verbunden ist. Es gibt auch keine historische Vorformung (sieht man von dem Versuch des Christlich Sozialen Volksdienstes gegen Ende der Weimarer Republik ab), die für traditionelle Affinitäten verantwortlich gemacht werden könnte.

Damit hat das Merkmal "Protestant" in funktionaler Betrachtung - bezogen auf den Kontext des Wahlkreises - eine andere inhaltliche Bedeutung als das Merkmal "Katholik". Katholisch zu sein bedeutet funktional diffus gebunden zu sein, während Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche eher funktional spezifisch empfunden wird, also als Zugehörigkeit zur religiösen Gruppe im eigentlichen Sinne.

§ 5 BERUF UND WAHLENTSCHEIDUNG

In der Literatur - und vor allem in den angelsächsischen Publikationen - hat die Diskussion von Wechselbeziehungen zwischen sozialökonomischem Status und politischer Einstellung eine wesentlich größere Bedeutung als die Erörterung der Zusammenhänge von Konfession und Wahlentscheidung¹. Der empirische Befund läßt sich grob vereinfacht in der Formel zusammenfassen: Personen mit niedrigem sozialökonomischen Status bevorzugen vorwiegend reformistische ("linke") Parteien, solche mit hohem sozialökonomischen Status in der Regel konservative Parteien².

Auch im Wahlkreis Heilbronn konnte diese allgemeine Beziehung im Jahr 1961 erneut beobachtet werden.

Wie schon bei der Untersuchung der Beziehung zwischen Konfession und Wahlentscheidung ist auch hier die statistische Dokumentation einfacher als die soziologische Erklärung. Es ist einer der Vorteile der Beschränkung des Untersuchungsgebiets auf nur einen Wahlkreis, daß den sozialökonomischen Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung unter Einbeziehung vieler Detailinformationen über die wirtschaftliche und politische Struktur nachgegangen werden kann.

Aus mehreren Gründen scheint es sinnvoll zu sein, bei der Darstellung der Beziehung von einem der bestimmenden Kriterien für soziale Schichtzugehörigkeit, dem Beruf, auszugehen³. Da sozialstrukturelle

1) vgl. u. a.: Lipset, Seymour M., "Political Man. The Social Bases of Politics", New York 1960, S. 61 ff.

Key, Vladimir O., "Public Opinion and American Democracy", New York 1961, S. 121 ff.

Lipset, Seymour M., Paul F. Lazarsfeld, Allen H. Barton, and Juan Linz, "The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior", in: Lindzey, Gardner (ed.), Handbook of Social Psychology, 2. Auflage, Cambridge/Mass. 1956, S. 1134 ff.

Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld, and William N. McPhee, "Voting", 4. Auflage, Chicago - London 1963, S. 54 ff.

Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, and Donald E. Stokes, "The American Voter", New York - London 1960, S. 333 ff.

2) vgl. für die Bundesrepublik u. a.: Linz, Juan, "The Social Bases of German Politics", Diss., Columbia University 1958, S. 206 ff und 462 ff.

Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz, "Wähler und Gewählte", Berlin und Frankfurt a. M. 1957, S. 240 ff.

Reigrotzki, Erich, "Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik", Tübingen 1956, S. 128 ff.

Faul, Erwin (Hrsg.), "Wahlen und Wähler in Westdeutschland", Villingen/Schwarzw. 1960, S. 209 ff.

3) Zum Problem der Schichtung allgemein vgl.: Scheuch, Erwin K. und Dietrich Rüschemeyer, "Scaling Social Status in Western Germany", in: British Journal of Sociology, vol. XI, No. 2, June 1960, S. 151 ff.

Tabelle 34
Soziale Schicht und Wahlentscheidung (Index¹⁾)

Wahlentscheidung 1961	Ober- schicht	Obere Mittel- schicht	Mittlere Mittel- schicht	Untere Mittel- schicht	Obere Unter- schicht	Untere Unter- schicht	nicht einge- stuft	Total
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	20	15	22	28	40	43	16	31
CDU	27	35	29	30	33	36	24	31
FDP	47	50	42	25	11	2	40	23
Sonstige Parteien	6	-	5	4	3	2	6	4
Nicht- wähler	-	-	-	5	11	13	6	7
Keine Angabe	-	-	2	8	2	4	8	4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	15	26	41	76	121	53	37	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. : Anhang IV

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung von Hausfrauen in einem eigenen Kapitel behandelt werden, soll im Folgenden nur der Teil der Bevölkerung mit Berufserfahrung betrachtet werden; daher wird jeweils vom Beruf des Befragten selbst ausgegangen. Hierdurch wird am ehesten ein direkter Bezug zur konkreten Situation des Befragten in der Arbeitswelt hergestellt, so daß deren Implikationen für die Wahlentscheidung am besten gefaßt werden können.

Beruf und berufliche Tüchtigkeit sind nicht nur abstrakte Kategorien soziologischer Analyse. Beides wird auch von den Befragten als wichtigste Information angesehen, die man kennen sollte, wenn unbekannte Personen nach ihrer sozialökonomischen Position einzuordnen sind. Somit erweist sich diese Kategorie auch im alltäglichen Gebrauch als Orientierungsmittel.

Tabelle 35

**Wichtigste Kriterien zur Einstufung fremder Personen nach ihrer
sozialen Schichtzugehörigkeit (subjektive Einschätzung durch
die Befragten)**

Schichtkriterien	Anteil der Nennungen
Man sollte vom anderen wissen:	%
Welchen Beruf er hat	74
Wie tüchtig er in seinem Beruf ist	64
Welches Ansehen die Personen haben, mit denen er gesellschaftlichen Umgang hat	62
Welche Schulbildung er hat	53
Welches Ansehen die Familie seiner Eltern hatte	44
Wie er wohnt	33
Wie hoch sein Einkommen ist	27
Ob er Vermögen hat	19
Welche Zeitungen und Zeitschriften er liest	12
Wieviel Geld seine Eltern hatten	8
Welche Partei er bevorzugt	7
Ob er ein Auto hat	3
Keine Angabe	3
Total ¹	409
N =	370

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Die Kenntnis des Berufs ist also - das zeigt der empirische Befund - besonders gut geeignet, anderen Personen bestimmte gesellschaftliche Positionen, Interessen und Verpflichtungen zuzuschreiben. Beruf kennzeichnet allgemein eine soziale Rolle von besonderer Bedeutung. Daß allein die Information über den Beruf des Anderen schon genügt, um eine gewisse Vorstellung auch über seine Parteipräferenz zu implizieren, zeigt die Tatsache, daß die Befragten, mit nur geringen Ausnahmen, in der Lage waren, Berufskategorien und Parteien aufeinander zu beziehen.

Tabelle 36

Vermutete Parteivorliebe von Angehörigen ausgewählter Berufe

Vermutete Partei- vorliebe	Vorgegebene Berufe							
	Groß- unter- nehmer	Be- sitzer einer mitt- leren Fabrik	Prak- tischer Arzt	Volks- schul- lehrer	Lebens- mittel- einzel- händler mit kleinem Ge- schäft	Werk- meister in ei- nem In- dustrie- betrieb	Dre- her in ei- ner Ma- schinen- fabrik	Strek- kenar- beiter bei der Bundes- bahn
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	2	3	7	16	16	48	84	87
CDU	73	56	49	63	47	37	11	7
FDP	22	33	35	17	32	8	1	1
Keine Angabe	8	10	13	9	9	11	7	8
Total ¹	105	102	104	105	104	104	103	103
N =	312	312	312	312	312	312	312	312

Umfrage vom September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Interessant bei diesen Zuordnungen ist, daß für bestimmte Berufe je eine Parteivorliebe allgemein besonders häufig vermutet wurde. Je geringer die durch den Beruf indizierte sozialökonomische Position zu bewerten war, umso eher waren die Befragten bereit, eine Präferenz für Sozialdemokraten anzunehmen. Umgekehrt stieg bei Berufen mit höherem sozialökonomischen Status die Vermutung von CDU- und FDP-Präferenzen.

Diese Einschätzung der Parteipräferenzen einzelner Berufe nach der Alltagserfahrung stimmte mit dem tatsächlichen Wahlverhalten, betrachtet man die Schwerpunkte der Stimmenverteilung, recht gut überein. Arbeiter und Facharbeiter gaben ihre Stimmen in der Mehr-

Tabelle 37

Beruf und Wahlentscheidung am 17. September 1961 in der Bundesrepublik Deutschland
und im Wahlkreis Heilbronn

Wahlent- scheidung ständige 1961	Bauern		Beamte		Angestellte		Fach- arbeiter		Arbeiter		Haus- frauen		Total			
	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%	Bund Wahl- kreis	%		
SPD	13	14	5	4	30	13	21	36	48	50	38	54	26	29	31	
CDU	38	34	71	20	42	27	38	25	27	32	32	29	45	36	31	
FDP	24	43	11	56	9	33	16	30	5	5	3	5	6	21	9	23
Sonstige Parteien	2	-	1	-	3	20	1	2	3	2	1	2	2	5	2	4
Nicht- wähler	6	3	3	12	3	-	14	4	10	7	15	7	11	9	10	7
Keine Angabe	17	6	9	8	13	7	10	2	7	4	11	3	10	3	10	4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	127	35	96	25	74	15	228	47	275	56	232	41	681	149	1713	368

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

heit für die SPD ab, kleinere Selbständige bevorzugten die FDP, größere Selbständige wählten vorwiegend die CDU⁴.

Ein Vergleich der tatsächlichen Wahlentscheidung von Angehörigen unterschiedlicher Berufsgruppen in der Bundesrepublik und im Wahlkreis Heilbronn zeigt, daß die FDP im Distrikt in allen Berufskategorien einen über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil erhielt. Die CDU hingegen schnitt, außer bei Facharbeitern, stets schlechter ab. Der Anteil der SPD-Wähler entsprach bei allen Berufen etwa dem Bundesdurchschnitt. Er war im Wahlkreis jedoch bei an- und ungelernten Arbeitern um 16 Prozentpunkte höher. Die auffälligste Abweichung ergab sich bei den Landwirten. Während im Bund 71 Prozent der Bauern CDU wählten, gaben sie im Distrikt zu 56 Prozent der FDP die Stimme.

Im Folgenden soll nun versucht werden, Inhalt und Bedeutung "kategorialer Zugehörigkeit" zu einzelnen Berufen und deren Implikationen für die Wahlentscheidung Egos näher zu umreißen.

Bei der Analyse der Wahlentscheidung der Arbeiter und der Bauern ist es möglich, den Einfluß der beruflichen Organisationen in dem Erklärungsprozeß einzubeziehen. Auswirkungen unterschiedlicher Gemeindekontexte konnten bei der Untersuchung von Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung der Bauern geprüft werden. Bei Beamten, Angestellten und Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs war eine ähnlich intensive Analyse auf Wahlkreisebene nicht möglich. Einerseits war der Anteil dieser Berufe an der Bevölkerung der einzelnen Ortschaften zu gering, um eine verlässliche ökologische Analyse auf Gemeindebasis zu gestatten. Andererseits war die Rolle der wirtschaftlichen Organisationen dieser Berufe lokal zu wenig sichtbar, um eine Analyse des Einflusses auf ihre Mitglieder möglich werden zu lassen.

1. Die Wahlentscheidung der Arbeiter⁵

Die Diskussion um die Bestimmungsgründe des politischen Verhaltens der Arbeiter wurde seit der von Marx begonnenen Analyse der Beziehungen zwischen sozialen Klassen und politischen Parteien nicht mehr abgebrochen⁶.

Dabei konnte in nahezu allen Industriestaaten ein Zusammenhang zwischen Arbeitern und sozialistischen Parteien nachgewiesen werden⁷.

4) Größere Selbständige: CDU 66 %, kleinere Selbständige: FDP 48 %. Zu den Ergebnissen vgl. Tabelle 38

5) Für die Auswertung der Umfragen im Wahlkreis Heilbronn wurden qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter zusammengefaßt, da sich keine wesentlichen Differenzen in ihrer Wahlentscheidung ergaben.

6) vgl.: Duverger, Maurice, "Partis politiques et classes sociales", in: Duverger, Maurice (ed.), "Partis politiques et classes sociales en France", Paris 1955, S. 15

7) vgl.: Lipset, Seymour M., "Political Man", New York 1960, S. 232 ff.

Tabelle 38

Die Wahlentscheidung qualifizierter und unqualifizierter Arbeiter

Wahlent- scheidung 1961	qualifizierte Arbeiter	unquali- fizierte Arbeiter	Total
	%	%	%
SPD	50	54	52
CDU	32	29	31
FDP	5	5	5
Sonstige Parteien	2	2	2
Nichtwähler	7	7	7
Keine Angabe	4	3	3
Total	100	100	100
N =	56	41	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Zur Erklärung des Wahlverhaltens der Arbeiter wurden bisher, vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion des Einflusses der sozialen Schichtzugehörigkeit, zahlreiche theoretische Ansätze entwickelt⁸. Hier soll versucht werden, das Wahlverhalten von Arbeitern in einem genau spezifizierbaren Kontext, dem Wahlkreis Heilbronn, zu beschreiben und Erklärungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

8) Vgl. u. a.: Kornhauser, Arthur, Mayer, A. J., and H. L. Sheppard, "When Labor Votes", New York 1956

Anderson, Dewey, and Percy Davidson, "Ballots and Democratic Class Struggle", Stanford 1943

McRae, Duncan, "Occupations and the Congressional Vote 1940-1950", in: American Sociological Review, vol. 20, Nr. 3, June 1955, S. 332-340

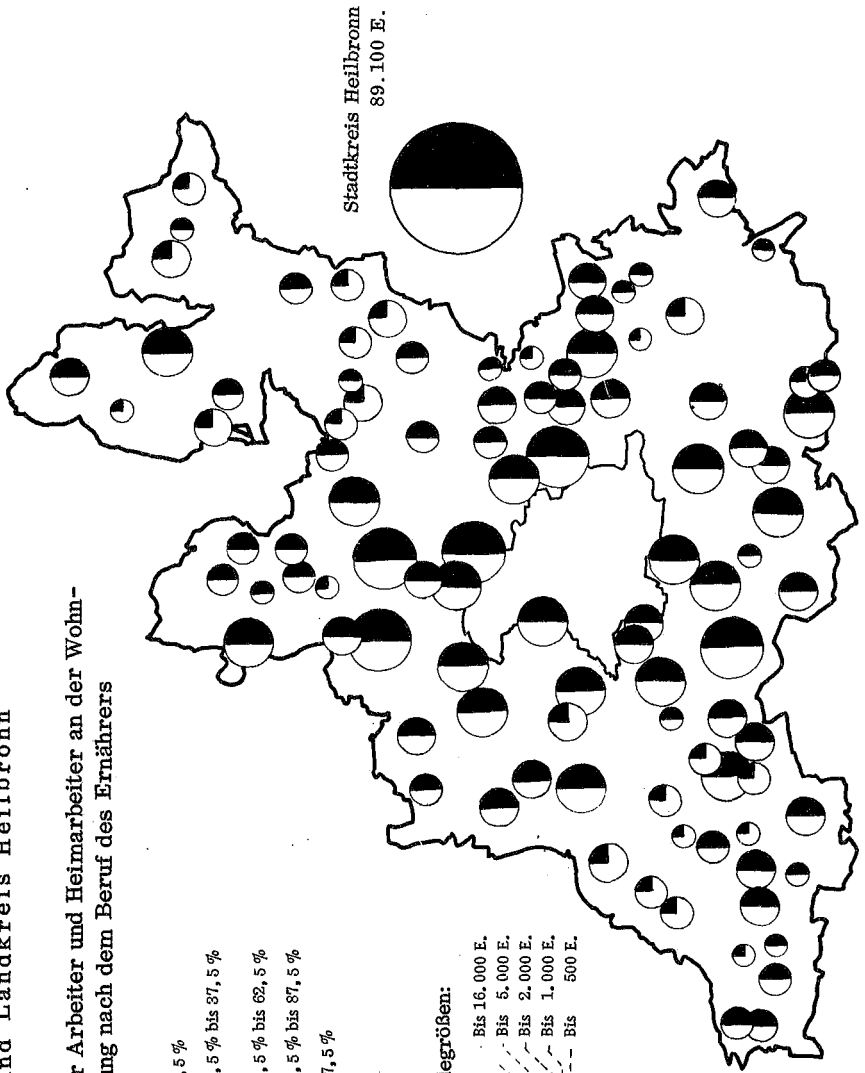
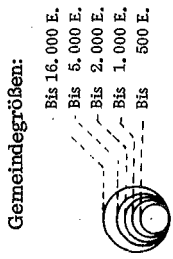
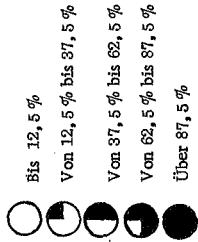
Murphy, Rymond J., "Occupational Situs, Subjective Class Identification and Political Affiliation", in: American Sociological Review, vol. 26, Nr. 3, June 1961, S. 383-392

Eulau, Heinz, "Identification with Class and Political Role Behavior", in: The Public Opinion Quarterly, vol. XX, Nr. 3, 1956, S. 515-529

Benney, M., and P. Geiss, "Social Class and Politics in Greenwich", in: British Journal of Sociology, vol. 1, Nr. 4, december 1950, S. 310-327

Schaubild 18:
Stadt- und Landkreis Heilbronn

Anteil der Arbeiter und Heimarbeiter an der Wohnbevölkerung nach dem Beruf des Ernährers



Die Arbeiter stellen, wie überall, so auch im Wahlkreis den weit-aus größten Teil der Erwerbspersonen. Nach der Berufszählung des Jahres 1961 entfielen 50,1 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung auf diese Kategorie. Die Arbeiter des Distrikts waren vorwiegend im produzierenden Gewerbe, und hier vor allem im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau beschäftigt. Alle anderen Wirtschaftsbereiche treten in ihrer Bedeutung hinter dieser Branche weit zurück. Mittel- und Kleinbetriebe beherrschen das Bild. Nur ein Unternehmen, die NSU-Automobilwerke in Neckarsulm, beschäftigte mehr als 5 000 Mitarbeiter.

Der Anteil dieser Arbeiterbevölkerung an der Einwohnerschaft der Städte und Dörfer des Wahlkreises schwankte zwischen 17 Prozent in den kleinen Bauerngemeinden und 58 Prozent in den Pendlergemeinden nördlich und östlich der Industriestädte Neckarsulm und Heilbronn⁹. Aber nur in den größeren Städten, vor allem in Heilbronn, ließ sich eine stärkere Konzentration der Arbeiterwohnbevölkerung auf bestimmte, ökologisch abgrenzbare Bezirke feststellen¹⁰.

Vergleicht man den Anteil der Arbeiter an der Wohnbevölkerung der Gemeinden mit dem Anteil der SPD-Stimmen, so kann man feststellen, daß - ausgenommen die kleinen, katholisch-homogenen Gemeinden - der SPD-Stimmenanteil tendenziell mit der Höhe des Arbeiteranteils variiert. Je größer der Anteil der Arbeiter an der Wohnbevölkerung ist, desto höher ist auch der SPD-Stimmenanteil und umgekehrt¹¹.

Dies ist, wie im Falle der Beziehung von Katholiken und CDU, eine "bekannte" Relation, und zwar sowohl was die Ergebnisse ähnlicher Untersuchungen in der Bundesrepublik angeht, als auch was die allgemeine Erwartung der Bevölkerung in Bezug auf die Stimmabgabe der Arbeiter betrifft¹².

Wie die Umfragen zeigen, wird mit der Rolle und dem beruflichen Status der Arbeiter eine ganz bestimmte Vorstellung über Wahlverhalten verknüpft. Es scheint, unabhängig vom Zeitpunkt der Befragung, kein Zweifel darüber zu bestehen, daß Angehörige typischer Arbeiterberufe in erster Linie SPD wählen.

9) Zur wirtschaftlichen Struktur des Wahlkreises vgl. auch: Materialband; "Soziale und politische Struktur", S. 24-40 und die Tabellen T 29-33

10) Dieser Umstand beeinträchtigt die Möglichkeiten einer Aggregatdaten-Analyse, da der Homogenitätsgrad in bezug auf statistisch abgrenzbare ökologische Einheiten zu gering ist.

11) siehe auch Schaubilder 1 und 18

12) Insgesamt korrelierte der Anteil der Arbeiter an der Erwerbsbevölkerung der Gemeinden mit den Anteilen von SPD, CDU und FDP wie folgt; SPD; $r = +0,61$, CDU; $r = +0,03$, FDP; $r = -0,53$.

Tabelle 39

Erwartetes politisches Verhalten von Angehörigen typischer Arbeiterberufe

Zugeordnete Partei	typische Arbeiterberufe			
	Streckenarbeiter bei der Bundesbahn		Dreher in einer Maschinenfabrik	
	Sept. 1961	Nov. 1961	Sept. 1961	Nov. 1961
	%	%	%	%
SPD	87	81	84	79
CDU	7	9	11	12
FDP	1	4	1	2
Keine Angabe	8	12	7	12
Total ¹	103	103	103	103
N =	312	370	312	370

Umfragen vom September und November 1961 im Wahlkreis

1) Mehrfachnennungen

Tatsächlich lag der Anteil der Arbeiter, die ihre Stimme in der Bundestagswahl 1961 der SPD gaben, im Wahlkreis Heilbronn bei 52 Prozent und damit um 9 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt. Von den anderen Parteien erhielt die CDU knapp ein Drittel der Arbeiterstimmen, während sich nur eine kleine Minderheit der Arbeiter für die FDP oder eine der wenigen Splitterparteien entschied.

Tabelle 40

Die Wahlentscheidung der Arbeiter am 17. September 1961 im Bund
und im Wahlkreis

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
	%	%
SPD	43	52
CDU	29	31
FDP	4	5
Sonstige Parteien	2	2
Nichtwähler	13	7
Keine Angabe	9	3
Total	100	100
N =	507	97

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis
Heilbronn

Unter den Arbeitern, welche die CDU der SPD vorgezogen hatten, befanden sich vor allem Kirchenbesucher; Personen also, die den bereits dargelegten konfessionellen Einflußgrößen auf das Wahlverhalten besonders ausgesetzt waren.

Tabelle 41

Die Wahlentscheidung der Arbeiter, aufgegliedert nach
Konfession und Kirchgangshäufigkeit

Wahlent- scheidung 1961	Kirchgang regel- mäßig ¹		Kirchgang unregel- mäßig ²		Keine An- gabe zum Kirchgang		Total	
	Kath.	Nicht- Kath.	Kath.	Nicht- Kath.	Kath.	Nicht- Kath.	Kath.	Nicht- Kath.
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	22	36	72	55	(67)	71	46	55
CDU	78	36	28	16	-	12	51	19
FDP	-	-	-	10	-	12	-	8
Sonstige Parteien	-	7	-	-	(33)	-	3	2
Nicht- wähler	-	14	-	13	-	5	-	11
Keine Angabe	-	7	-	6	-	-	-	5
Total	100	100	100	100	(100)	100	100	100
N =	18	14	14	31	3	17	35	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Katholiken; mindestens einmal in der Woche, Protestanten mindestens einmal im Monat

2) Katholiken und Protestanten weniger als unter 1) angegeben

Bezogen auf die gesamten Arbeiterwähler der CDU betrug der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger 63 Prozent, gegenüber nur 18 Prozent bei der SPD.

Wenn auch der zu geringen Fallzahl wegen keine gesicherten Aussagen über die Arbeiterwähler sonstiger Parteien und die Nichtwähler gemacht werden können, so fällt doch bei der anschließend aufgeführten Tabelle auf, daß unter den Arbeitern, die die FDP oder eine Splitterpartei wählten, der Grad des politischen Interesses besonders hoch war.

Unter denen, die nicht wählten oder keine Angabe machten, war er besonders gering. Ein derartiger Tatbestand begünstigte schon bei den Katholiken, wie oben gezeigt werden konnte, ein von Gruppierungsnormen weitgehend unabhängiges Wahlverhalten.

Tabelle 42

Politisches Interesse bei den Arbeiterwählern, aufgegliedert nach der Wahlentscheidung 1961 (Indikator: Letzte Unterhaltung über Politik)

Letzte Unterhaltung über Politik	Wahlentscheidung 1961				
	SPD	CDU	FDP/sonstige Parteien	Nichtwähler keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Letzte Unterhaltung in den vergangenen 6 Tagen	48	37	(71)	(20)	43
Letzte Unterhaltung zu einem Zeitpunkt davor	52	63	(29)	(80)	57
Total	100	100	(100)	(100)	100
N =	50	30	7	10	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Während aber den Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung solcher Arbeiter, die ihre Stimme nicht der SPD gaben, an anderer Stelle weiter nachgegangen werden soll, bleibt hier in erster Linie die Aufgabe, nach einer Erklärung für den hohen Anteil der SPD-Wähler unter den Arbeitern zu suchen.

Wie schon erwähnt, wird von der Bevölkerung allgemein eine Entscheidung der Arbeiter für die SPD erwartet. Diese Verhaltenserwartung deutet auf das Vorhandensein einer Wahlnorm unter den Arbeitern hin. Dies aber wirft eine Reihe von Fragen auf, einmal die Frage nach der Genesis der Norm und dem Personenkreis, der ein Interesse an ihrer Aufrechterhaltung haben könnte, zum anderen die Frage nach den Kontrollmöglichkeiten und Sanktionsmechanismen, die ein normenkonformes Verhalten garantieren können.

Betrachtet man die Wechselbeziehungen zwischen Arbeiterschaft und politischen Parteien in der historischen Perspektive, so wird die Genesis des Inhalts der Wahlnorm evident. Die Sozialistische Arbeiterpartei, in deren Tradition die Sozialdemokratie noch heute bewußt steht, verfolgte seit ihrer Gründung das Ziel, vor allem die Interessen der Arbeiter politisch zu vertreten. Wenn sich auf Befragung 24 Prozent aller Arbeiter als überzeugte Anhänger der Sozialdemokratischen Partei bezeichneten, so spiegelt sich darin sicher auch eine Wirkung der langen Bemühungen dieser Partei um die Durchsetzung der Belange dieser speziellen Berufsgruppe.

Tabelle 43

Die Wahlentscheidung überzeugter Parteianhänger unter den Arbeitern

Wahlent- scheidung 1961	Arbeiter	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
SPD	60	32	41
CDU	37	43	41
FDP	3	24	17
Sonstige Parteien	-	1	1
Nichtwähler	-	-	-
Keine Angabe	-	-	-
Total	100	100	100
N =	38	85	123
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn			

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die Partei selbst, lokal, regional oder im Bund, wohl auch das größte Interesse an einer Aufrechterhaltung dieser Wahlnorm haben dürfte. Das sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie die Einflußmöglichkeiten auf das Wahlverhalten der Arbeiter von dieser Seite aus tatsächlich einzuschätzen sind.

Der Hinweis auf die politischen Verdienste der SPD um die Berufsgruppe allein, reicht zur Erklärung vor allem der Mechanismen, die eine Aufrechterhaltung der SPD-Norm bewirken, nicht aus, Daß gerade solche Mechanismen eine große Rolle gespielt haben müssen, ergibt sich einmal aus der Beobachtung, daß für 87 Prozent aller Arbeiter schon vor dem Wahlkampf feststand, welche Partei am Wahltag die Stimme bekommen sollte.

Tabelle 44

Zeitpunkt der Entscheidung der Arbeiter für die gewählte Partei

Zeitpunkt der Entscheidung	Arbeiter	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
Während des Wahlkampfes, im Jahre 1961	13	17	16
Zu einem Zeitpunkt davor	56	56	56
Keine, Angabe, Nichtwähler	31	27	28
Total	100	100	100
N =	97	272	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Der Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf war ebenfalls nicht sehr groß. Dies legt nahe anzunehmen, daß für den größeren Teil der Befragten die Bestimmungsgründe für die Wahlentscheidung nicht aus unmittelbaren Wahlkampfbezügen abgeleitet werden können.

Tabelle 45

Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf (Index¹⁾)

Informations- grad	Arbeiter	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
Hoch (5-6)	16	22	20
Mittel (3-4)	43	35	38
Gering (1-2)	41	43	42
Total	100	100	100
N =	97	272	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn			

1) zur Indexbildung vgl. Anhang IV

Weiterhin sahen es 63 Prozent der befragten Arbeiter als eine "so übliche" Pflicht an, wenn sie zum Wählen gingen. Nur ein knappes Drittel meinte, durch die Stimmabgabe eine politische Entscheidung mitbeeinflussen zu können.

Tabelle 46
Einstellung zum Wählen bei Arbeitern

Motive	Arbeiter	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
An politischer Entscheidung mitwirken	31	36	34
Pflicht als Staatsbürger, so üblich, Zeitver- schwendung	63	59	60
Keine Angabe, Nichtwähler	6	5	6
Total	100	100	100
N =	97	272	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn			

Wenn also Vieles dafür spricht, daß die Wahlentscheidung nicht lediglich als eine direkte Folge politischen Handelns der Parteien angesehen werden kann - sei es aus mangelndem Interesse oder aus geringem Informationsgrad der Wähler über die Vorgänge in der Politik - so bleibt doch, besonders im Falle der SPD, die mehr als die konservativen Parteien stets auch eine Mitgliederpartei gewesen ist, die Frage offen, ob nicht die Partei als soziale Institution Einfluß auf die Wahlentscheidung gerade der Arbeiter haben könnte. Unter dem historischen Aspekt ließe sich über derartige Effekte der Organisation auf ihre Mitglieder sicherlich manches zusammentragen. Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß sich unter den befragten Arbeitern im Heilbronner Distrikt im Jahre 1961 nur einer befand, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war. Auch im Hinblick auf die soziale Kontrolle ist also die Wirksamkeit der Partei selbst für die Aufrechterhaltung einer Wahlnorm unter den Arbeitern nur auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt.

Umso mehr Möglichkeiten scheinen die Organisationen und Vereine zu besitzen, die, ihre Mitgliedschaft vorwiegend aus Arbeiterkrei-

sen rekrutierend, den Weg der Sozialdemokratie von Anfang an begleitet haben: Gewerkschaften, Arbeiter-, Turn-, Sport- und Gesangvereine, Natur-, Wandervereine und sonstige Organisationen, die sich neben den betont bürgerlichen, gesellschaftlichen Zusammenschlüssen um die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse gerade der Arbeiterbevölkerung bemüht haben. Wenn sich die Verhältnisse heute auch weitgehend geändert haben, so stößt man doch in nahezu allen größeren Gemeinden auf eine Struktur der Organisation geselliger Aktivitäten, die auf diese Entstehungsursache im Kern hinweist.

Die Organisation, die mehr als jede andere den Arbeiter in seinen alltäglichen Bezügen erfaßt, die Gewerkschaft, ist mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie auf die vielfältigste Weise verbunden. Häufig, so auch in Heilbronn, gingen aus ihren Vorläufern die Ortsvereine der Partei direkt hervor¹³.

Im Jahre 1961 gehörten 36 Prozent aller Arbeiter einer Gewerkschaft an. Unter den Einzelgewerkschaften nach Mitgliedern die weitaus stärkste, entsprechend der wirtschaftlichen Struktur des Distrikts, war die Industriegewerkschaft Metall mit nicht ganz 14.000 Mitgliedern, gefolgt von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die rund 4.000 Mitglieder organisierte. Wie die Übersicht zeigt, waren in den Ortsausschüssen Heilbronn und Neckarsulm, deren Organisationsbereich sich mit dem Wahlkreis genau deckt, knapp 35.000 Arbeitnehmer organisiert.

Wie die Umfrage ergab, rekrutierten sich 72 Prozent der gesamten Gewerkschaftsmitglieder aus der Arbeiterschaft. Mehr als ein Drittel aller Arbeiter sind also, zumindest formal, Mitglieder von Gewerkschaften. Damit sind die Gewerkschaften, was die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft betrifft, die Organisation mit dem größten Arbeiteranteil im Distrikt überhaupt. Es scheint, daß, von allen Organisationen, die Gewerkschaften entscheidend mit dazu beitragen, die SPD-Norm unter ihren Mitgliedern, in erster Linie also unter den Arbeitern, aufrechtzuerhalten und zu kontrollieren.

Ähnlich eindeutig, wie das bei der Beurteilung des Wahlverhaltens der Arbeiter der Fall war, wird die politische Einstellung der Gewerkschaften von mehr als zwei Dritteln der Wahlkreiswählerschaft als SPD-freundlich eingestuft.

13) Aus dem "Arbeiterbildungsverein" (1865), später "Arbeiterbund", ging 1872 der Ortsverein der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Heilbronn hervor.

Tabelle 47

Stand der Gewerkschaftsmitglieder am 30. September 1960 in den
Ortsausschüssen Heilbronn und Neckarsulm

Einzelgewerk- schaften	Zahl der Mitglieder		Insgesamt
	Ortsausschuß Heilbronn	Ortsausschuß Neckarsulm	
IG-Metall	6 167	7 185	13 352
ÖTV	4 235	-	4 235
G. Nahrung Genuß, Gaststätten	3 368	-	3 368
G. der Eisenbahner	2 708	-	2 708
IG-Chemie	1 780	-	1 780
G. Textil	1 741	628	2 375
IG-Bau	1 707	-	1 707
IG-Druck	1 328	-	1 328
IG-Bergbau	462	ca.700	1 162
Postgewerkschaft	921	-	921
G. Leder	760	-	760
G. Holz	659	-	659
G. Erziehung	350	-	350
G. Handel, Banken Versicherungen	90	-	90
G. Gartenbau	-	-	-
G. Kunst	-	-	-
Mitglieder insgesamt	26 282	8 513	34 795

Tabelle 48

Die politische Einstellung der Gewerkschaften in der Perzeption der Wahlkreiswählerschaft

Die Gewerkschaften stehen auf Seiten der:	Juli 1961	September 1961
	%	%
SPD	78	77
CDU	3	2
FDP	0	-
Sonstige Parteien	9	11
Keine Angabe	10	10
Total	100	100
N =	309	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Daß diese Einschätzung der Gewerkschaften einen sehr realen Kern besitzt, zeigen zwei Tatsachen: die sozialdemokratische Einstellung sowohl der Gewerkschaftsführer als auch der Gewerkschaftsmitglieder.

Nahezu alle Untersuchungen ergeben, daß führende Gewerkschaftler in ihrer großen Mehrheit die sozialdemokratische Partei unterstützt haben und politischen Einfluß oder ein politisches Mandat vorwiegend durch diese Partei zu erlangen hofften. Auch die Wahlkampfbeobachtung im Heilbronner Distrikt ergab, daß 1961 fast alle einflußreichen Führer der 14 Einzelgewerkschaften des Ortsausschusses Heilbronn und der 3 Einzelgewerkschaften des Ortsausschusses Neckarsulm für die SPD eintraten.

Am sichtbarsten wurde diese Einstellung der Gewerkschaftsführung im Distrikt zur Zeit des Wahlkreiswahlkampfes bei einem Forumsgegespräch der Kandidaten im Gewerkschaftshaus. Auf dieser, gutbesuchten, repräsentativen Veranstaltung zeigte sich unmißverständlich, daß die SPD auch 1961 der Favorit der Gewerkschaftsführung blieb. Die im einleitenden Referat von der Gewerkschaft gestellten Fragen und die Stellungnahmen der Politiker dazu machten deutlich, daß sich zwischen den

Forderungen der Gewerkschaften und den politischen Ansichten des SPD-Kandidaten weitgehende Übereinstimmung ergab¹⁴.

Diese politische Übereinstimmung, wie sie sich 1961 zeigte, war im Distrikt nicht immer vorhanden. Vor allem im katholischen Gebiets-
teil um die Industriestadt Neckarsulm, dominierten zur Zeit der Weimarer Republik die christlichen Gewerkschaften mit ihrer starken Beziehung zum Zentrum. Nach 1945 hatten jedoch Versuche, den Gedanken der christlichen Gewerkschaften neu zu beleben, nie eine echte Chance. Es kennzeichnet die gewandelte Situation, wenn heute der Vorsitzende des Betriebsrates eines der größten Unternehmen in Neckarsulm, der NSU-Werke, aktiver Katholik und SPD-Stadtrat ist. Umgekehrt finden sich unter den wenigen, mit der CDU sympathisierenden Arbeitervertretern, kaum solche, die nicht der Einheitsgewerkschaft angehören¹⁵. Die organisatorische Einheit, und die darin liegenden Möglichkeiten des Einflusses der dominierenden Gruppe, ist heute nicht infrage gestellt.

Eine ernsthafte Gefahr für diese Einheit hatte es noch einmal in den ersten Nachkriegsjahren gegeben. Die amerikanischen Besatzungsbehörden betrauten nach 1945 vor allem Kommunisten mit den führenden Ämtern der Gewerkschaften in Heilbronn. Bis zum Verbot der KPD setzten sich diese Männer unter den Mitgliedern ihrer Gewerkschaften intensiv für die Ziele der Kommunistischen Partei ein. Um ihrem Einfluß zu entgehen, konstituierten sich die Arbeiter Neckarsulms unter vorwiegend sozialdemokratisch eingestellter Führung in einem selbständigen Ortsausschuß. Die Kommunisten besaßen 1961, wenn sie auch zum Teil noch offiziell ihre Ämter innehatten, kaum noch einen Anteil an der organisatorischen Führung der Gewerkschaften. Ihr politischer Einfluß ist nur noch gering, wie das schlechte Abschneiden eines ihrer Exponenten, der 1961 für die DFU kandidierte, bewies.

Somit waren auch die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit der beiden Ortsausschüsse in den letzten Jahren günstig, und es besteht kein Zweifel, daß die Anstrengungen der antikommunistisch eingestellten Gewerkschaftler, was die Stärkung der eigenen Position angeht, zu einem vollen Erfolg geführt haben. Am sichersten zeigt sich die direkte Beziehung führender Gewerkschaftler zur SPD im Heilbronner Raum bisher vor allem in den Gemeindevertretungen.

Aber wenn es auch sonst nicht an weitgehender programmatischer Harmonie zwischen den Zielen der Gewerkschaften und denen der SPD fehlt, so bleibt doch die Frage weitgehend unbeantwortet, warum sich die Gewerkschaftsführer, vor allem auch die lokalen, für die Sozialdemokratische Partei engagieren. Eine Antwort auf diese Frage wäre aber

14) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 193 ff.

15) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 190 ff.

gleichzeitig auch eine Antwort auf die Frage nach den Interessen, die den Anreiz für die Aufrechterhaltung der Gruppierungsnorm durch die Gewerkschaftsführung darstellen.

Geht man davon aus, daß die Gewerkschaftsführung ein Interesse an einer direkten politischen Vertretung ihrer Anliegen hat, daß sie also auch Einfluß über politische Mandate in Parlamenten und Gemeindevertretungen sucht, so ergibt sich zwangsläufig die Frage danach, was die Organisation den politischen Parteien für die Nominierung ihrer Kandidaten "anbieten" könnte. Das bei Wahlen zweifellos wichtigste Angebot bestünde dabei wohl in der Zusicherung, daß die Mitglieder der Organisation dann auch ihre Stimme für diese Partei abgeben würden.

Nun ist es aber glaubwürdiger, der SPD Arbeiterstimmen zu versprechen, als etwa der CDU oder gar der FDP. Das Unterstützungsargument wäre vor allem in Gegenden mit ohnehin bekannter, traditioneller Bindung der Arbeiter an die SPD für die Führung der bürgerlichen Parteien ohne große Wirkung. Diese Situation macht es verständlich, daß auch heute für die Gewerkschaftsführung der Hauptansatzpunkt zur Gewinnung politischen Einflusses in der Sozialdemokratischen Partei gesehen wird. Aber nicht nur die Kalkulation der wahrscheinlichen Richtung der Wahlentscheidung der Mitglieder und deren Berücksichtigung im Verhandlungsprozeß mit den Parteien seitens der Organisation spielt eine Rolle, auch umgekehrt wird die Partei, die politischen Einfluß in irgendeiner Form einräumt, darauf bestehen, daß es nicht nur bei der Versicherung bleibt, die Mitglieder der betreffenden Organisation würden ihr am Wahltag schon die Stimme geben. Der präsentierte Kandidat oder diejenigen, denen politisch etwas zugestanden wird, können sich der sicherlich vorgetragenen Forderung nach sichtbarem, aktiven Eintreten für die Partei in ihrer Organisation nicht entziehen. Bis heute werden, da gerade regional wenig exakte Informationen über die Zurechenbarkeit politischer Erfolge oder Mißerfolge vorliegen, Verdienste an einem positiven und Schuld an einem negativen Ergebnis bei Wahlen weitgehend nach dem traditionell gebräuchlichen Schlüssel aufgeteilt. Wer sich - im Sinne der Parteiführung - am meisten bei der Stimmenwerbung hervorgetan hat, darf sich auch einen hervorragenden Anteil an einem positiven Ergebnis zuschreiben und umgekehrt.

Beides zusammen, der Schwerpunkt des Ansatzes der führenden Gewerkschaftler bei der SPD, sei es lokal, regional oder auf Bundesebene, und der Zwang zu aktiver Stimmenwerbung um die Glaubwürdigkeit des "Stimmenangebotes" zu erhalten und bei der Erfolgs- oder Mißerfolgsrechnung günstig abzuschneiden, erklärt einen Großteil der Aktivität der Gewerkschaftsführung im Sinne der Sozialdemokratie. Nimmt man hinzu, daß die Organisation, insbesondere für ihre Funktionäre, eine Reihe von "Belohnungen" bereithält, etwa Aufstiegsmöglichkeiten im Apparat, die sie für eine Mitarbeit in ihrem Sinne einsetzen kann, dann

wird verständlich, daß diese Aussicht auf Gegenleistung manchen, der selbst keine politischen Ambitionen hat, dazu bewegen kann, den eigenen Einfluß für die Kollegen geltend zu machen.

Die hier versuchte Erklärung schließt den Fall des politisch engagierten Idealisten nicht aus sondern geht davon aus, daß auch er die Befriedigung von Eigeninteressen als "Nebenprodukt" wohl gerne in Kauf nimmt.

Eine einfache Fortsetzung dieses Erklärungsmodells "nach unten" ist nicht möglich, da "Interessen" im oben beschriebenen Sinne die einfachen Mitglieder wenig betreffen. Weder suchen diese in der Regel direkten politischen Einfluß, noch erhoffen sie sich, als Nicht-Funktionäre, Aufstiegschancen in der gewerkschaftlichen Organisation. Sicherlich wird es Effekte der ständigen Bemühungen der Gewerkschaftsführung um eine möglichst große Konformität ihrer Mitglieder in der Frage der Wahlentscheidung geben. Die Propaganda allein erklärt jedoch noch nicht mögliche Sanktionen im Falle einer abweichenden Ansicht. Tatsache aber ist, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die von der Gewerkschaftsführung vertretene und aufrechterhaltene Norm häufiger befolgten, als das andere Arbeiter taten.

Tabelle 49

Die Wahlentscheidung der gewerkschaftlich organisierten und der gewerkschaftlich nichtorganisierten Arbeiter

Wahlent- scheidung 1961	gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	gewerkschaftlich nichtorganisierte Arbeiter	Total
	%	%	%
SPD	74	39	53
CDU	20	37	31
FDP	3	8	5
Sonstige Parteien	3	2	2
Nichtwähler	-	8	7
Keine Angabe	-	3	3
Total	100	100	100
N =	35	62	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Es spricht Vieles dafür, daß Mitglieder der Gewerkschaften, neben allen von der Führung betonten wirtschaftlichen Interessensgesichtspunkten, in ihrer Organisation auch, und nicht zuletzt, den Ort geselliger Aktivitäten sehen. Gewerkschaft unter diesem Aspekt bedeutet nicht nur Interessenvertretung in Lohnverhandlungen; Gewerkschaft so betrachtet heißt auch: Arbeitskollegen, Filmvorführungen, Tanzabende, Zusammensein mit guten Bekannten, Weiterbildung. Und es ist sehr die Frage, ob in Zeiten wirtschaftlichen Aufstiegs, von dem die Arbeiter-schaft auch ohne eine gewerkschaftlich gestützte SPD-Regierung profitiert hat, die sozialökonomische Interessenvertretung oder die geselligen Funktionen letzten Endes, zumindest für die "einfachen" Mitglieder, im Vordergrund standen.

Vor allem in größeren Betrieben, auf die sich, wie die Interviews mit den Gewerkschaftsführern ergaben, die Bemühungen der Organisation besonders konzentrierten und in denen Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitskollegen auch häufiger anzutreffen waren, stieg der Anteil der SPD-Wähler unter den Arbeitern stark an¹⁶.

Tabelle 50

Betriebsgröße und Wahlentscheidung bei Arbeitern

Wahlent- scheidung 1961	Anzahl der Beschäftigten				Total
	bis 50	50 bis 1000	1000 und mehr	Keine Angabe ¹	
	%	%	%	%	
SPD- Wähler	42	53	67	44	52
Nicht- SPD-Wähler	58	47	33	56	48
Total	100	100	100	100	100
N =	19	32	21	25	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) in dieser Kategorie sind auch Erstbefragte der 2. Welle enthalten (September 1961), die zu diesem Punkt in der 3. Welle (November 1961) nicht nachbefragt wurden.

16) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 190 ff.

Die teilnehmende Beobachtung an Gewerkschaftsabenden und an Veranstaltungen anderer Organisationen und Vereine zeigte ebenfalls, daß nahezu jede dieser Institutionen ein spezielles politisches Klima aufwies. Und in den meisten Fällen deckte sich das politische Klima, wie in den Gewerkschaften, mit der Parteipräferenz ihrer Führung.

Als strukturelle Voraussetzung einer Fülle von Verkehrskreisen der Arbeiter, von denen von Innen wie von Außen eine bestimmte politische Einstellung der Teilnehmer erwartet wird, bedeutet nun aber eine Erfüllung dieser Erwartung Konformität, Harmonie mit den anderen Teilnehmern und in Bezug auf die allgemeine Norm, ein Abweichen jedoch Inkonformität und Dissonanz. Ist ein Mitglied solcher Kommunikationssysteme im wesentlichen auf diese hin orientiert, so wird es in der Regel die Teilnahme an diesen Verkehrskreisen durch eine Störung des allgemeinen politischen Klimas, das ja viele der Äußerungen der Partizipanten färbt, nicht durch ein abweichendes Verhalten infrage stellen wollen.

Die Tatsache, daß dieser Effekt auch in solchen Vereinen, Clubs und Organisationen zu beobachten ist, die keinen politischen Einfluß, wie etwa die Gewerkschaften, anstreben, spricht für diese Hypothese. In der Regel werden auch hier, und gerade in Zeiten von Wahlen, politische Meinungen geäußert; und in der Regel herrschen bestimmte, mit speziellen Parteiauffassungen gleichzusetzende Argumentationsweisen vor, die dann das politische Klima bestimmen.

Diese Klimata sind durchaus bekannt und haben selektive Wirkungen. Ein Bewerber um die Mitgliedschaft im "Singkranz" weiß, daß er künftig "bürgerlich-konservativ" singen wird, während er vom "Volkschor" etwa annehmen darf, daß hier ein vorwiegend mit der Sozialdemokratie sympathisierender Kreis zusammenkommt. Wenn es auch für das Fußballspiel nicht viel ausmachen wird, ob man der "Union" oder dem "Verein für Rasenspiele" angehört, so ist doch die Kontakthäufigkeit mit Personen bestimmter politischer Einstellung jeweils anders. Die Reihe ähnlicher Beispiele könnte beliebig fortgesetzt werden. Nun ist es einsichtig, daß derartige, dominierende Grundeinstellungen nicht ohne Einfluß auf die Selektion und die politische Haltung der Führung solcher Vereine, die von ihrer Zielsetzung her gänzlich unpolitisch sind, bleiben wird. Da diese Führung und ihre Äußerungen jedoch einen, zumindest für die Interessenten an einer Mitgliedschaft, hohen Sichtbarkeitsgrad besitzt, verstärkt das wiederum den Trend zu parteipolitischer Konformität, womit der Ansatz für eine Tradition des Vereinsklimas gegeben ist.

Bedenkt man weiterhin, daß solche Arbeiter, die Mitglieder "bürgerlicher" Organisationen oder Vereine waren, in der Regel weit häufiger CDU oder FDP wählten, als das bei Arbeitern der Fall war, die Vereinen mit überwiegend sozialdemokratischem Klima angehörten, so

scheint es doch, daß hier wesentliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen der beschriebenen Art wirksam sein müssen.

Läßt man die Wahrnehmung überzeugter Anhänger bestimmter politischer Parteien als Indikator für das in den Verkehrskreisen Egos vorherrschende politische Klima gelten, so zeigt sich, daß dies die Richtung der Wahlentscheidung stark beeinflusst.

Tabelle 51

"Der Einfluß der Wahrnehmung überzeugter Parteianhänger auf die Wahlentscheidung der Arbeiter"

Wahlent- scheidung 1961	Befragter kennt:			
	überzeugte SPD-An- hänger	überzeugte CDU-An- hänger	überzeugte FDP-An- hänger	keine über- zeugten Parteian- hänger
	%	%	%	%
SPD	70	38	(67)	52
CDU	18	54	-	25
FDP	6	-	-	7
Sonstige Parteien	-	-	-	2
Nichtwähler	6	8	(33)	9
Keine Angabe	-	-	-	5
Total	100	100	100	(100)
N =	33	26	3	44
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Die gleiche Tendenz ergibt sich auch, wenn man die perzipierte Parteipräferenz von Personen und Gruppen, die zur Primärwelt Egos gehören, mit der Wahlentscheidung Egos vergleicht.

Dabei scheint mit der Intensität der Beziehung der Gruppenmitglieder untereinander auch die Konformität des Wahlverhaltens zuzunehmen. Besonders deutlich zeigt sich das in dem hohen Grad an Übereinstimmung unter den Ehegatten.

Tabelle 52

"Die perzipierte Parteipräferenz in Primärgruppen und die Wahlentscheidung der Arbeiter"

Wahlent- scheidung 1961	Familie		Ehegatte		Vater		Freunde, Kollegen, Bekante	
	SPD andere/ keine		SPD andere/ keine		SPD andere/ keine		SPD andere/ keine	
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	84	36	97	25	75	44	66	40
CDU	10	41	-	56	17	36	20	40
FDP	-	8	3	8	4	5	2	8
Sonstige Parteien	3	2	-	-	-	3	4	-
Nicht- wähler	3	9	-	11	4	8	5	9
Keine Angabe	-	4	-	-	-	4	2	4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	31	66	35	48	24	73	44	53

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Gleichzeitig deutet sich hiermit jedoch eine weitere interessante Tatsache an, auf die später noch ausführlich eingegangen werden soll. So konnte unter Arbeitern eine vorherrschende politische Norm festgestellt werden, deren Genesis aus traditionellen Ursachen erklärbar ist. Es gelang auch einen Kreis von Personen zu umreißen, die hauptsächlich an der Aufrechterhaltung der traditionellen Norm interessiert sind. Dieser Personenkreis ist in der Regel wiederum für das politische Klima in den verschiedensten Verkehrskreisen der Arbeiter verantwortlich, und es scheint, daß der Mechanismus zur Produktion normenkonformen Wahlverhaltens auch der politisch nicht Interessierten darin liegt, daß ein Abweichen von der generellen, sich in vielen Äußerungen und Urteilen zum Tagesgeschehen niederschlagenden, politischen Einstellung die Harmonie der Beziehungen in diesen Verkehrskreisen

stören könnte. Daß es auf diese Beziehungen zu und in bestimmten sozialen Kreisen und auf den Charakter der Sanktion ankommt, die in einer direkten oder indirekten Erschwerung der Teilnahme an solchen Verkehrskreisen besteht, zeigt vor allem, daß solche Arbeiter, die Verkehrskreisen angehören, die kein sozialdemokratisch dominiertes Klima besitzen, sich zum größten Teil, ohne Rücksicht auf die traditionelle Beziehung von Arbeiterschaft und SPD, der politischen Norm anschließen, die in den von ihnen geschätzten Verkehrskreisen vorherrscht.

Das Argument, daß die Mitglieder bestimmter Verkehrskreise solchen Spannungen oder Dissonanzen im Falle der Normeninkonformität nicht ausgesetzt seien, da ihre politische Einstellung aufgrund des Wahlgeheimnisses ja garnicht bekannt sein könne, trifft nur in ganz wenigen Fällen zu, und auch hier könnte man - ähnlich wie im Falle der CDU-Normerfüllung bei engagierten Katholiken - im Über-Ich noch eine wirk-same Kontrollinstanz vermuten.

Tabelle 53

"Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen"

Anzahl der Personen, die die Wahlent- scheidung kennen	Arbeiter	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
O	14	13	13
1 - 5	39	44	43
6 und mehr	41	35	36
Keine Angabe	6	8	8
Total	100	100	100
N =	97	272	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Daß man diese Wege der Meinungsbildung auch von Seiten der Partei genutzt hat, ergibt sich schon aus der Strategie des SPD-Kandida-

ten, die dahin ging, das Gespräch mit "Multiplikatoren", d. h. Meinungsführern vor allem der Arbeiter, bewußt zu suchen. Es ist wahrscheinlich, daß interessante Argumentationsweisen zu aktuellen politischen Problemen, die in der Regel auch kompetenzsteigernden Charakter haben, von Wortführern, sei es am Stammtisch, im Verein, im Kreis der Bekannten, Freunde oder in der Familie, gern reproduziert werden. Passen sie in das dort vorherrschende politische Klima, so können sie die bereits bestehende Parteipräferenz weiter festigen. Setzen sich Personen, welche die politische Ansicht des werbenden Politikers nicht teilen, neuartigen, persönlich vorgetragenen, vielleicht auch ihnen plausiblen Argumenten aus, so kann diese Konfrontation einen Prozeß auslösen, an dessen Ende eine Änderung der ursprünglichen politischen Einstellung steht. Handelt es sich dabei um die Änderung der Ansichten von Meinungsführern, so ist es wahrscheinlich, daß dies im Zeitverlauf das politische Klima in solchen Verkehrskreisen, an denen sie weiterhin

Tabelle 54

Politisches Interesse (Selbsteinschätzung) und Wahlentscheidung bei Arbeitern

Wahlentscheidung 1961	starkes politisches Interesse	mittleres politisches Interesse	geringes politisches Interesse	Total
	%	%	%	%
SPD	45	58	49	52
CDU	45	28	27	31
FDP	5	8	2	5
Sonstige Parteien	5	-	2	2
Nichtwähler	-	3	15	7
Keine Angabe	-	3	5	3
Total	100	100	100	100
N =	20	36	41	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

teilnehmen, ebenfalls umgestaltet. Auch hier ergeben sich also Ansatzpunkte, die zur Erklärung des Abweichens von etablierten Verhaltensnormen und ihrer Veränderung beitragen können.

Als ein Indikator für solche Prozesse kann erhöhtes politisches Interesse gewertet werden. Die Daten der Umfrage zeigen, daß eine dadurch angedeutete engere Beziehung zur Ebene des Politischen - wie im Falle der von der CDU-Norm abweichenden Katholiken - die Möglichkeit zu einer anderen politischen Entscheidung, als die Gruppierungsnorm vorschreibt, eröffnet.

2. Die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten

Während knapp dreiviertel der abhängigen Erwerbspersonen zur Kategorie der Arbeiter gehörten, betrug der Anteil der Beamten und

Tabelle 55

Die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten im
Wahlkreis Heilbronn am 17. September 1961

Wahlent- scheidung 1961	Beamte	Angestellte	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%	%
SPD	13	36	31	31
CDU	27	26	33	32
FDP	33	30	21	23
Sonstige Parteien	20	2	3	3
Nichtwähler	-	4	8	7
Keine Angabe	7	2	4	4
Total	100	100	100	100
N =	15	47	307	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Angestellten im Jahre 1961 lediglich 5,1 bzw. 15,1 Prozent¹⁷. Vorwiegend administrative Funktionen im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe ausübend, waren sie zum größten Teil im urbanen Zentrum des Wahlkreises ansässig.

Die Stimmenverteilung zeigt keinen ausgesprochenen Schwerpunkt der Parteipräferenzen. Auffällig ist der relativ große Anteil von Beamten, die eine der sonstigen kleinen Parteien bevorzugten.

Das im Distrikt ermittelte Ergebnis stimmte mit dem im Bund festgestellten nur im Hinblick auf seine Heterogenität überein. SPD und FDP schnitten im Bundesdurchschnitt, das kennzeichnet den Unterschied, schlechter ab als im Wahlkreis.

Tabelle 56

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten im Bund und im Wahlkreis am 17. September 1961

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
	%	%
SPD	23	31
CDU	39	26
FDP	14	31
Sonstige Parteien	2	6
Nichtwähler	11	3
Keine Angabe	11	3
Total	100	100
N =	302	62

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

17) vgl. : Materialband "Soziale und politische Struktur", s. 33 ff.

Ging es im Falle der Kategorie der Arbeiter oder der Katholiken mehr um die Erklärung der vorgefundenen politischen Homogenität, so steht in diesem Falle eher die Frage nach den Ursachen der Heterogenität der Stimmabgabe im Vordergrund.

Wenn auch der Anteil der CDU-Wähler mit steigender Kirchgangshäufigkeit wächst und der der SPD-Wähler abnimmt, so ist doch, gegenüber den für die sonstigen Befragten festgestellten Relationen, auch bei Konstanz dieses Faktors keine irgendwie geartete politische Homogenität festzustellen.

Tabelle 57

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Kirchgangshäufigkeit

Wahlentscheidung 1961	Kirchgangshäufigkeit			Total
	regelmäßig	ab und zu	nie	
	%	%	%	%
SPD	13	37	46	31
CDU	50	15	8	26
FDP	27	37	23	31
Sonstige Parteien	5	7	8	6
Nichtwähler	-	-	15	3
Keine Angabe	5	4	-	3
Total	100	100	100	100
N =	22	27	13	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Auch aus der Einstufung der Befragten nach der sozialen Schichtzugehörigkeit ergeben sich keine eindeutigen Schwerpunkte. Das Ergebnis bestätigt insofern den allgemeinen Trend, als der Anteil der SPD-Wähler in den unteren Schichten steigt, der der FDP-Wähler dagegen sinkt.

Wenn auch sicherlich ein großer Teil der politischen Heterogenität der Kategorie "Beamte und Angestellte" darauf zurückgeführt wer-

Tabelle 58

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der sozialen Schicht (Index¹)

Wahlent- scheidung 1961	Untere Ober- schicht	Mittlere/ Obere Mittel- schicht	Untere Mittel- schicht, Unter- schicht	Nicht ein- stuf- bar	Total
	%	%	%	%	%
SPD	(22)	31	32	(40)	31
CDU	(22)	26	28	(20)	26
FDP	(45)	35	24	(20)	31
Sonstige Parteien	(11)	4	4	(20)	6
Nichtwähler	-	-	8	-	4
Total	(100)	100	100	(100)	100
N =	9	23	25	5	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. Anahng IV

den muß, daß hier Berufe vom Lagerbuchhalter bis zum Direktor, vom Postschaffner bis zum Postrat zusammengefaßt werden, so bleibt dennoch ein gemeinsames Phänomen: konservative Parteien wie FDP und CDU werden mehr geschätzt als die SPD.

Tabelle 59

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, verglichen mit der Wahlentscheidung der Arbeiter

Wahlentscheidung 1961	Beamte und Angestellte	Arbeiter
	%	%
SPD	31	52
CDU/FDP	57	36
Sonstige Parteien	6	2
Nichtwähler	3	7
Keine Angabe	3	3
Total	100	100
N =	62	97

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Diese Beobachtung, daß Beamte und Angestellte, sofern sie nicht leitende Positionen innehaben, sowohl in ihrer beruflichen Abhängigkeit als auch in ihrer materiellen Lage den qualifizierten Arbeitern weitgehend gleichgestellt sind, trotzdem wesentlich stärker als diese konservative Parteien bevorzugen, wird durch die Ergebnisse der empirischen Wahlforschung weitgehend bestätigt¹⁸.

Eine Erklärung dieses Phänomens wird bisher weitgehend darin gesehen, daß Beamte und Angestellte einen höheren Status in der sozialen Hierarchie innehaben und deshalb in der Regel solche Parteien, die diese bestehende soziale Ordnung bewahren wollen, unterstützen¹⁹.

Eine solche Erklärungsmöglichkeit wird auch durch die im Heilbronner Bezirk ermittelten Ergebnisse gestützt. Verglichen mit den Arbeitern stufen sich Beamte und Angestellte, bei gleichem Einkommen, subjektiv höher ein.

18) Lipset, Seymour M., Lazarsfeld, Paul F., Barton, Allen H., and Juan Linz, "The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior", in: Lindzey, Gardner (Ed.), "Handbook of Social Psychology", Vol. II, Cambridge/Mass. 1956, S. 1139 ff.

19) Lipset, Seymour M., Lazarsfeld, Paul F., Barton, Allen H., and Juan Linz, "The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior", in: Lindzey, Gardner (Ed.), "Handbook of Social Psychology", Vol. II, Cambridge/Mass. 1956, S. 1139

Tabelle 60

Die Selbsteinstufung von Beamten/Angestellten (1) und Arbeitern
(2) nach der sozialen Schicht, aufgegliedert nach dem Einkommen

Soziale Schicht-einstufung	Einkommen										Total	
	- 499 DM		500-799DM		800 DM +		Keine Angabe		Total			
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ober-schicht (7-10)	-	9	11	7	60	-	(40)	(33)	28	8		
Mittel-schicht (4-6)	90	57	81	75	40	(86)	(40)	(67)	66	67		
Unter-schicht (0-3)	10	32	7	15	-	(14)	(20)	-	6	23		
Keine Angabe	-	2	-	3	-	-	-	-	-	2		
Total	100	100	100	100	100	(100)	(100)	(100)	100	100	100	100
N =	10	47	27	40	20	7	5	3	62	97		

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Gerade diejenigen der Beamten und Angestellten, die sich bei gleichem Einkommen nach der sozialen Schicht höher einstufen als andere, schienen häufiger eine konservative Partei zu wählen²⁰.

Nun ist anzunehmen, daß ein Gefühl der Statusüberlegenheit von Angestellten und Beamten gegenüber Arbeitern in der jüngeren Generation nicht mehr so ausgeprägt vorhanden ist, zumal die Zahl der Angestellten in der Zeit von 1950 bis 1961 stärker gestiegen ist, als die jeder anderen Berufsgruppe²¹. Entsprechend zeigten die Ergebnisse der Umfrage, daß die Tendenz, konservativ zu wählen bei älteren Personen zu, bei jüngeren abnahm.

Tabelle 61

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten,
aufgegliedert nach dem Alter

Wahlent- scheidung 1961	Altersgruppen			Total
	21 bis 29 Jahre	30 bis 49 Jahre	50 Jahre und älter	
	%	%	%	
SPD	44	31	17	31
CDU/FDP	50	54	66	57
Sonstige Parteien	-	7	11	6
Nicht- wähler	6	4	-	3
Keine Angabe	-	4	6	3
Total	100	100	100	100
N =	18	26	18	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

20) Die Felderbesetzung ist hier wiederum zu klein, um zu gesicherten Aussagen zu kommen. In den anderen untersuchten Distrikten (Dortmund, Arnsberg-Soest, München-Land) zeigte sich jedoch die gleiche Tendenz.

21) Der Zuwachs betrug im Wahlkreis Heilbronn von 1950 bis 1961 78,1 Prozent.

Neben den Statusproblemen kann aber auch die berufliche Funktion, die Angestellte oder Beamte oft in eine mittlere Position zwischen Arbeitgeber auf der einen und den Arbeitern auf der anderen Seite der Betriebe stellt, die Entscheidung für konservativere Parteien verständlicher machen. Vor allem in kleineren Betrieben haben Personen in einer solchen Stellung häufig unmittelbaren Kontakt zu den Unternehmern selbst. Da dieser Kreis in der Regel die FDP oder die CDU der SPD vorzieht, bleibt es nicht aus, daß gerade die engeren Mitarbeiter, etwa bei Argumentationen über politische und wirtschaftliche Tagesfragen, deren politischen Grundhaltungen besonders ausgesetzt sind. Das Ergebnis der Umfrage scheint dies zu bestätigen. Je kleiner der Betrieb, d. h. je wahrscheinlicher ein enger Kontakt und eine Identifizierung mit dem Inhaber ist, desto eher wurde eine Entscheidung zugunsten der CDU oder FDP gefällt.

Tabelle 62

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten,
aufgegliedert nach der Größe des Betriebes

Wahlent- scheidung 1961	bis 19	20-199	200 und	Keine	Total
	Beschäf- tigte	Beschäf- tigte	mehr Be- schäftigte	Angabe ¹	
	%	%	%	%	%
SPD	25	33	36	29	31
CDU/FDP	75	47	50	57	57
Sonstige Parteien	-	13	-	9	6
Nicht- wähler	-	7	7	-	3
Keine Angabe	-	-	7	5	3
Total	100	100	100	100	100
N =	12	15	14	21	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) In dieser Kategorie sind auch Erstbefragte der 2. Welle enthalten (September 1961), die zu diesem Punkt in der 3. Welle (November 1961) nicht nachbefragt wurden.

Da gerade in kleineren Betrieben politische Einstellungen auf die Dauer besonders sichtbar werden, würde hier ein permanenter Gegensatz in der Bewertung politischer Tagesfragen stets Spannungen mit sich bringen. Konsequenterweise neigten darum auch solche Beamte und Angestellte, die sich für die SPD entscheiden, eher dazu, ihre politische Einstellung mehr zurückzuhalten.

Tabelle 63

Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen

Wahlent- scheidung 1961	Vermutete Anzahl der Personen			Total
	bis 5 Personen	6 Personen und mehr	keine Angabe	
	%	%	%	
SPD	37	24		31
CDU/FDP	43	76	(50)	57
Sonstige Parteien	12	-		6
Nichtwähler	3	-	(50)	3
Keine Angabe	6	-		3
Total	100	100	(100)	100
N =	35	25	2	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Analog kann es eine Folge größerer Sichtbarkeit der politischen Einstellung und des beruflichen Status sein, daß Beamte und Angestellte in kleineren Gemeinden häufiger für FDP und CDU stimmten als in den größeren Ortschaften.

Tabelle 64

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten,
aufgegliedert nach der Größe des Wohnorts

Wahlent- scheidung 1961	Einwohnerzahl des Wohnorts		
	bis 4999 Einwohner	5000 Einwohner und mehr	Total
	%	%	%
SPD	26	34	31
CDU/FDP	74	46	57
Sonstige Parteien	-	10	6
Nichtwähler	-	5	3
Keine Angabe	-	5	3
Total	100	100	100
N =	23	39	62

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Daß für Beamte und Angestellte als Kategorie zwar eine konservative Tendenz, jedoch kein eindeutiger Schwerpunkt einer bestimmten Parteipräferenz festzustellen war, bedeutet nicht, daß Wahlnormen fehlen. Diese Tatsache weist vielmehr darauf hin, daß nicht so sehr die kategoriale Mitgliedschaft, sondern eher Faktoren der Primärumwelt oder der Bezug zum politischen Geschehen für die Wahlentscheidung bedeutsam sind.

Betrachtet man einzelne Verkehrskreise der primären Umwelt Egos näher, so kann man feststellen, daß die Befragten insbesondere in der eigenen Familie weitgehende Unterstützung ihrer politischen Ansichten erwarten konnten.

Tabelle 65

Perzipierte Parteipräferenzen in Verkehrskreisen der primären Umwelt
und die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten

Wahlent- scheidung 1961	Fami- lie	Be- kannte	Fami- lie	Be- kannte	Fami- lie	Be- kannte	Fami- lie	Be- kannte	Fami- lie	Be- kannte
	SPD	SPD	CDU	CDU	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	46	30	18	19	23	27	31	44		
CDU	18	27	46	37	-	9	19	25		
FDP	27	30	18	30	69	64	38	19		
Sonstige Parteien	-	7	9	7	-	-	6	6		
Nicht- wähler	9	3	9	7	-	-	-	-		
Keine Angabe	-	3	-	-	8	-	6	6		
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	11	30	22	27	13	11	16	16		

Umfrage vom September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Der höchste Grad an Übereinstimmung war dabei zwischen den Ehegatten zu beobachten. Dagegen fällt auf, betrachtet man die Beziehung zum Vater, daß die SPD-Wähler nur zu einem geringen Prozentsatz in der Tradition der väterlichen Familie standen. Es liegt nahe, eine Erklärung hierfür in Gründen zu suchen, die sich aus beruflicher Mobilität und den damit verbundenen Erwartungen als Angestellter oder Beamter konservativer zu wählen, ergeben.

Tabelle 66

Parteipräferenzen von Vätern und Ehegatten der Beamten
und Angestellten

Wahlentscheidung 1961	Vater	Ehegatte	Vater	Ehegatte	Vater	Ehegatte
	SPD	SPD	CDU	CDU	FDP	FDP
	%	%	%	%	%	%
SPD	18	91	7	17	25	-
CDU	46	-	65	83	33	-
FDP	27	9	14	-	42	(100)
Sonstige Parteien	-	-	7	-	-	-
Nicht- wähler	9	-	7	-	-	-
Keine Angabe	-	-	-	-	-	-
Total	100	100	100	100	100	(100)
N =	14	11	14	12	12	8

Umfragen vom Juli und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Geht man allerdings über den Bereich der Familie hinaus und betrachtet die Beziehung zwischen Organisationszugehörigkeit und Wahlentscheidung, so bietet sich wiederum das Bild politischer Heterogenität.

Mit einem Organisationsgrad von 53 Prozent, nach den Hausfrauen die am schwächsten organisierte Berufskategorie, lag der Schwerpunkt nicht, wie bei den Arbeitern oder Selbständigen, auf wirtschaftlich orientierten Organisationen, sondern mehr auf anderen, geselligen Zielen dienenden Vereinen.

Der größte Teil der Beamten und Angestellten, die einer wirtschaftlichen Zwecke verfolgenden Organisation angehörten, waren Mitglieder von Gewerkschaften. Verglichen mit den Arbeitern waren sie allerdings wesentlich schwächer gewerkschaftlich organisiert²². Auch zeigte sich

Tabelle 67

Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in wirtschaftlich und gesellschaftlich orientierten Organisationen und Vereinen

Wahlent- scheidung 1961	Organisationen und Vereine mit vorwiegend:	
	wirtschaft- licher Orien- tierung	gesell- schaftlicher Orientierung
	%	%
SPD	23	37
CDU	8	23
FDP	54	27
Sonstige Parteien	5	10
Nicht- wähler	5	-
Keine Angabe	5	3
Total	100	100
N =	22	30

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

22) Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitern; 40 %; Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Beamten und Angestellten; 23 %.

hier nicht, wie im Falle der Beziehung zwischen Arbeitern und Industriegewerkschaft, ein verstärkender Effekt in Richtung auf eine SPD-Wahlentscheidung ihrer Mitglieder. Nur 29 Prozent der Beamten und Angestellten, die einer Gewerkschaft angehörten, entschieden sich für die Sozialdemokraten. Der größere Teil zog eine Entscheidung zugunsten der FDP vor.

Bei den gesellige Aktivitäten organisierenden Vereinen gab es keine eindeutige Beziehung zugunsten einer speziellen Partei.

Vergleicht man die sozialen Kräfte, die wirksam werden können, um politische Homogenität etwa bei "Arbeitern" oder "Katholiken" zu garantieren, mit denen der hier zu diskutierenden Kategorie, so können schwerlich Parallelen aufgezeigt werden.

Vieles deutet gerade bei Beamten und Angestellten darauf hin, daß ein großer Teil der Determinanten der Wahlentscheidung im Bereich des Politischen selbst gesucht werden müssen.

Für diese Annahme spricht, daß der Grad des politischen Interesses bei Angestellten und Beamten höher war als durchschnittlich bei den Befragten sonst.

Tabelle 68

Politisches Interesse bei Beamten und Angestellten (gemessen am Zeitpunkt der letzten Unterhaltung über Politik)

Letzte Unter- haltung über Politik	Beamte und Angestellte	Angehörige sonstiger Berufe	Total
	%	%	%
innerhalb der vergangenen 6 Tage	45	39	40
zu einem Zeitpunkt davor	55	61	60
Total	100	100	100
N =	62	307	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Aber nicht nur der Grad des Interesses war überdurchschnittlich groß. Auch der Grad der tatsächlichen Information über den Wahlkampf lag beachtlich über dem anderer Berufskategorien.

Tabelle 69
Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf bei
Beamten und Angestellten (Index¹)

Informations- grad über den Wahlkreiswahl- kampf	Beamte und Angestellte	Angehörige sonstiger Berufe	Total
	%	%	%
hoher Informa- tionsgrad	31	19	21
mittlerer In- formationsgrad	40	37	38
geringer Infor- mationsgrad	29	44	41
Total	100	100	100
N =	62	307	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. Anhang IV

Hinzu kommt, daß der Anteil derer, die ihre Entscheidung erst im Laufe des Wahljahres gefällt hatten, um 29 Prozentpunkte größer war, als bei den übrigen Befragten.

Tabelle 70

Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei Beamten und Angestellten

Zeitpunkt der Wahlentscheidung	Beamte und Angestellte	Angehörige sonstiger Berufe	Total
	%	%	%
schon immer	23	31	30
zu einem Zeit- punkt vor 1961	18	28	26
im Verlauf des Jahres 1961	40	11	16
Keine Angabe/ Nichtwähler	19	30	28
Total	100	100	100
N =	62	307	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Annahme, daß Beamte und Angestellte überwiegend unter Berücksichtigung politischer Kriterien ihre Wahlentscheidung getroffen haben, wird weiter dadurch erhärtet, daß bei ihnen das Gefühl, durch den Wahlakt an einer politischen Entscheidung mitzuwirken, weit ausgeprägter, als sonst vorhanden war.

Tabelle 71
Motive für das Wählen bei Beamten und Angestellten

Motive	Beamte und Angestellte	Angehörige sonstiger Berufe	Total
	%	%	%
Ich wirke an einer politischen Entscheidung mit	48	31	34
Ich tue meine Bürger- pflicht	47	61	58
Sonstiges/ Keine Angabe	5	8	7
Total	100	100	100
N =	62	307	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Unter den Aspekten der politischen Prozesse im Wahlkampf und ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten, wird auf die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten noch einmal zurückzukommen sein.

3. Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches

Auch unter den Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches besaß die FDP im Heilbronner Wahlkreis eine größere Anhängerschaft als die CDU. Verglichen mit den Parteipräferenzen der Selbständigen im Bund war die CDU um 4 Prozentpunkte, die SPD um einen Prozentpunkt schwächer vertreten. Die FDP hingegen konnte bei Angehörigen dieser Berufskategorie im Distrikt 19 Prozentpunkte mehr erreichen als im Bundesdurchschnitt.

Tabelle 72

Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches im Bund und im Wahlkreis am 17. September 1961

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
	%	%
SPD	13	14
CDU	38	34
FDP	24	43
Sonstige Parteien	2	-
Nichtwähler	6	3
Keine Angabe	17	6
Total	100	100
N =	127	35

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

Die Kategorie der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs, die Einzelhändler, Handwerker, Großunternehmer und Angehörige freier Berufe u. a. zusammenfaßt, ist in sich wie die der Beamten und Angestellten, sehr heterogen. Die geringe Zahl der Befragten erlaubt hier jedoch keine differenziertere Analyse.

Es spricht Vieles dafür, daß die spezifische Konstellation der Verteilung der Parteipräferenzen unter den Selbständigen im Wahlkreis auf das Verhalten der im Landkreis ansässigen kleinen und mittleren Selbständigen, vor allem der Handwerker und Einzelhändler, zurückgeführt werden kann, deren traditionelle politische Vertretung die Demokratische Volkspartei gewesen ist. Eine Aufgliederung der befragten Selbständigen deutet an, daß der Schwerpunkt der FDP-Wähler tatsächlich in den Mittelschichten zu suchen ist, während die CDU unter den zur Oberschicht gehörenden Selbständigen stärker vertreten war²³.

23) Hier soll noch einmal auf die Vorbehalte hingewiesen werden, die wegen der geringen Fallzahl gemacht werden müssen. Die Aussage deckt sich jedoch mit den sonstigen Beobachtungen des Verfassers.

Tabelle 73

Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgliedert nach der sozialen Schicht (Index¹)

Wahlent- scheidung 1961	Ober- schicht	Mittel- schicht	Unter- schicht	Keine Ein- stufung	Total
	%	%	%	%	%
SPD	(25)	12	(20)	(11)	14
CDU	(50)	29	(20)	(45)	34
FDP	(25)	53	(40)	(33)	43
Sonstige Parteien	-	-	-	-	-
Nichtwähler	-	6	-	-	3
Keine Angabe	-	-	(20)	(11)	6
Total	(100)	100	(100)	(100)	100
N =	4	17	5	9	35

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. Anhang IV

Die Aufgliederung nach der Ortsgröße zeigt den Einfluß des Stadt-Landgegensatzes auf die Wahlentscheidung. Die CDU konnte vor allem in Heilbronn und Neckarsulm, den beiden Städten mit über 10 000 Einwohnern, die Stimmen der Selbständigen für sich gewinnen, während die FDP in den kleinen Orten des Landkreises erfolgreicher war.

Tabelle 74

Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach der Ortsgröße des Wohnorts

Wahlent- scheidung 1961	Ortsgröße		Total
	bis 9 999 Einwohner	10 000 Ein- wohner und mehr	
	%	%	%
SPD	12	18	14
CDU	21	64	34
FDP	54	18	43
Sonstige Parteien	-	-	-
Nichtwähler	4	-	3
Keine Angabe	8	-	6
Total	100	100	100
N =	24	11	35
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn			

Wie bei allen anderen bisher untersuchten Berufskategorien, so haben sich auch bei den Selbständigen die Kirchgänger unter den Befragten häufiger für die CDU als für andere Parteien entschieden.

Tabelle 75

Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach Konfession und Kirchgangshäufigkeit

Wahlent- scheidung 1961	Kirchgänger ¹		Sonstige		Total	
	Kath.	Prot.	Kath.	Prot.	Kath.	Prot.
	%	%	%	%	%	%
SPD	-	20	(33)	11	(14)	14
CDU	(75)	40	(33)	22	(58)	28
FDP	-	40	(33)	55	(14)	50
Sonstige Parteien	-	-	-	-	-	-
Nicht- wähler	-	-	-	6		4
Keine Angabe	(25)	-	-	6	(14)	4
Total	(100)	100	(100)	100	(100)	100
N =	4	10	3	18	7	28

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Katholiken; mindestens 1x in der Woche,
Protestanten; mindestens 1x im Monat.

Eine für den gesamten Distrikt eindeutige Verhaltenserwartung in Bezug auf die Wahlentscheidung der Selbständigen war nicht festzustellen. CDU und FDP wurden für Angehörige der Kategorie der Selbständigen gleichermaßen für wählbar gehalten. Dabei wurde für Großunternehmer eher eine CDU-Präferenz unterstellt; bei den kleineren Unternehmern stieg für die Befragten die Wahrscheinlichkeit der Annahme einer FDP-Norm, ein Tatbestand, der in den anderen untersuchten Distrikten²⁴ nicht in gleicher Weise auftrat.

Während die Verteilung der Mehrfachnennungen auf eine gewisse Unsicherheit in der Zuordnung von CDU- oder FDP-Präferenzen hin-

24) vgl. die Wahlkreisumfragen in Arnberg-Soest, München-Land und Dortmund

Tabelle 76

Erwartetes Wahlverhalten von Angehörigen typischer Berufe der
Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches

Erwartete Wahlent- scheidung	Lebens- mittel- einzel- händler		Prak- ti- scher Arzt		Mittlerer Fabrik- besitzer		Groß- unter- nehmer	
	Sept.	Nov.	Sept.	Nov.	Sept.	Nov.	Sept.	Nov.
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	16	17	7	7	3	1	2	2
CDU	47	42	49	47	56	56	73	64
FDP	32	41	35	43	33	41	22	32
Keine Angabe	9	12	13	18	10	12	8	11
Total	104	112	104	115	102	110	105	109
N =	312	370	312	370	312	370	312	370

Umfragen vom September und November im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

weist, bestand in der Bestimmtheit des Ausschließens einer SPD-Wahlentscheidung bei Fabrikbesitzern oder Großunternehmern ziemliche Sicherheit. Im Falle der Lebensmitteleinzelhändler mit einem kleinen Geschäft wurde jedoch, das zeigen die Ergebnisse deutlich, schon bis zu einem gewissen Maße mit einer Sympathie für die Sozialdemokraten gerechnet. Im Ganzen wird die konservative Verhaltenseinschätzung der tatsächlichen Wahlentscheidung der Selbständigen gerecht, bedenkt man, daß auf CDU und FDP knapp dreiviertel aller Stimmen entfielen.

Der Anteil der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches betrug im Jahre 1961 knapp 8 Prozent. Das bedeutet strukturell gesehen, für die wirksame Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen dieser Bevölkerungskreise, den Zwang zur Konzentration der Kräfte. Allerdings, und das ist vor allem bei den wirtschaftlichen Organisationen der Fall, geht die Tendenz dahin, grö-

ßere Einheiten als es der Stadt- und Landkreis Heilbronn sind, zusammenzufassen.

Als wirtschaftliche Dachorganisation der selbständigen Unternehmer des Heilbronner Gebiets besteht seit 1949 der Arbeitgeberverband für Heilbronn und Umgebung e. V. Der Verband versucht, neben der Industrie- und Handelskammer, eine Zusammenfassung der Interessen des Unternehmertums zu fördern. In ihm sind Firmen aus Handel, Handwerk und Industrie überfachlich zusammengeschlossen. Stärkste Gruppe der 320 Mitgliedsfirmen, die insgesamt etwa 40 000 Arbeitnehmer beschäftigen, sind die Unternehmen der Metallindustrie mit 70 Betrieben und 21 000 Beschäftigten²⁵. Die Tätigkeit des Verbandes liegt insbesondere auf den Gebieten der arbeitsrechtlichen Betreuung der Mitgliedsfirmen, Federführung und Beratung bei der Berufung von Arbeitgebern in die Organe der Selbstverwaltung und der Sozialversicherung sowie der Durchführung einer planmäßigen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Eine besondere parteipolitische Aktivität hat der Verband im Jahre 1961 nicht entfaltet. Die offene Bevorzugung einer bestimmten Partei war bei der Parteienkonstellation des Distrikts auch kaum zu erwarten. Die Verteilung der Sympathien der Mitglieder auf sowohl die CDU als auch die FDP, nötigen die Verbandsführung, will sie Spannungen vermeiden, die ihre eigentliche Arbeit in der Folge nur behindern würden, zur Vorsicht bei politischen Stellungnahmen²⁶.

Politisch eindeutiger als die Dachorganisation der Arbeitgeberverbände mit vorwiegend industrieller Mitgliederstruktur, kann man die Parteivorliebe der Handwerker und ihrer Verbände im Distrikt beurteilen. Neben den Landwirten waren es vor allem diese Kreise, die 1952 den jetzigen Kandidaten der FDP nominierten. Auch im Wahlkampf des Jahres 1961 konnte die FDP auf technische Hilfen durch die Organisationen des Handwerks zählen. Die Freien Demokraten ihrerseits griffen im Wahlkampf, mehr als die Redner anderer Parteien, Probleme des Mittelstands auf und machten sich weitgehend zum Vertreter seiner Forderungen²⁷. Allerdings bemühte sich auch die CDU stark um die mittelständischen Wähler²⁸. Traditionelle Bindungen dieser Kreise im Distrikt an die FDP setzten diesen Anstrengungen jedoch enge Grenzen.

Die repräsentative Veranstaltung der Handwerker, auf der Wünsche und Forderungen dieser Berufe vorgetragen wurden, ließ Sprecher aller drei Parteien zu Wort kommen.

Durch die Umfrage wurde die FDP-Tendenz der Mitglieder von Organisationen und Vereinen der Selbständigen bestätigt. 71 Prozent der

25) Die Zahlenangaben beziehen sich auf das Jahr 1960

26) vgl. Materialband "Interviews und Berichte", S. 205 ff.

27) vgl. Materialband "Interviews und Berichte", S. 107, 111 ff.

28) vgl. Materialband "Interviews und Berichte", S. 83

Befragten gehörten einer wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Organisation an. Unter den Nichtmitgliedern war der Anteil der CDU-Wähler besonders hoch²⁹.

Tabelle 77

Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen

Wahlentscheidung 1961	Mitglieder	Nicht- mitglieder	Total
	%	%	%
SPD	16	10	14
CDU	28	50	34
FDP	48	30	43
Sonstige Parteien	-	-	-
Nichtwähler	4	-	3
Keine Angabe	4	10	6
Total	100	100	100
N =	25	10	35

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Das Ergebnis spricht für die Vermutung, daß Vereine und Organisationen auch bei den Selbständigen mediatisierende Wirkungen für ihre Wahlentscheidung besitzen. Allerdings, und das schränkt Mediatisierungsmöglichkeiten generell ein, war das politische Interesse gerade bei den Selbständigen höher als im Durchschnitt bei den sonstigen Befragten.

²⁹⁾ Die geringen Fallzahlen verbieten eine weitere Aufgliederung nach verschiedenen Typen von Organisationen und Vereinen.

Tabelle 78

Politisches Interesse (Selbsteinschätzung) bei den Selbständigen
des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches

Politisches Interesse	Selbständige	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
Starkes Interesse	28	13	15
Mittleres Interesse	43	42	42
Geringes, gar kein Interesse	26	44	42
Keine Angabe	3	1	1
Total	100	100	100
N =	35	334	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Dazu kommt, daß nicht nur das geäußerte Interesse an Politik, sondern auch der objektiv gemessene Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf relativ groß war.

Tabelle 79

Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf (Index¹⁾ bei den Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches

Information	Selbständige	Sonstige Befragte	Total
	%	%	%
Groß (5-6)	23	20	20
Mittel (3-4)	43	37	38
Gering (1-2)	34	43	42
Total	100	100	100
N =	35	334	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. Anhang IV

Dieser Sachverhalt legt nahe anzunehmen, daß sich ein Teil der Selbständigen nach solchen Bestimmungsgründen entschieden haben, die im Bereich des Politischen selbst liegen, also nicht primär sozial determiniert sind.

4. Die Wahlentscheidung der Bauern

Von allen erfassten Berufskategorien wies die Wahlentscheidung der Bauern sowohl im Bund als auch im Wahlkreis den höchsten Grad an Konformität auf, mit dem Unterschied, daß im Bund die CDU, im Distrikt jedoch die FDP von den Landwirten bevorzugt wurde. Die SPD und die CDU konnten hier nur ein Viertel der bäuerlichen Stimmen für sich gewinnen.

Während im Distrikt die wenigen bäuerlichen Stimmen für die SPD im wesentlichen von Arbeiter-Bauern stammen dürften, waren es vorwiegend die katholischen Landwirte, die, zum größten Teil in konfessionell homogenen Gemeinden lebend und katholisch-konfessionellen Bezü-

Tabelle 80

Die Wahlentscheidung der Bauern am 17. September 1961
im Bund und im Wahlkreis

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland	Wahlkreis Heilbronn
	%	%
SPD	5	4
CDU	71	20
FDP	11	56
Sonstige Parteien	1	-
Nichtwähler	3	12
Keine Angabe	9	8
Total	100	100
N =	74	25
Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn		

gen folgend, die CDU auch hier allen anderen Parteien vorzogen³⁰. So bezieht sich die folgende Analyse vor allem auf die protestantischen Landwirte, die mehr als zwei Drittel der gesamten bäuerlichen Wohnbevölkerung des Landkreises stellen.

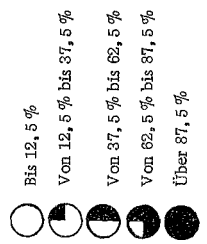
Der eindeutige Schwerpunkt der protestantischen bäuerlichen Stimmen deutet daraufhin, daß die FDP im Distrikt eine spezielle, ländliche, politische Kultur fortführt, die in der Tradition des Bauern- und Weigärtnerbundes begründet ist, der zur Zeit der Weimarer-Republik im Heilbronner Gebiet eine ausgesprochene Hochburg besaß. Manches

30) Alle befragten katholischen Landwirte entschieden sich für die CDU. Die Zahl der bäuerlichen Befragten ist jedoch zu gering, um zu gesicherten Aussagen zu kommen, deshalb soll speziell bei der Analyse des Wahlverhaltens der Bauern auf die Wahlstatistik und die Volkszählungsergebnisse zurückgegriffen werden. Insgesamt korrelierte der Anteil der bäuerlichen Wohnbevölkerung der Gemeinden mit den Anteilen von FDP, CDU und SPD wie folgt: FDP: $r = +0,46$, CDU: $r = +0,05$, SPD: $r = -0,64$.

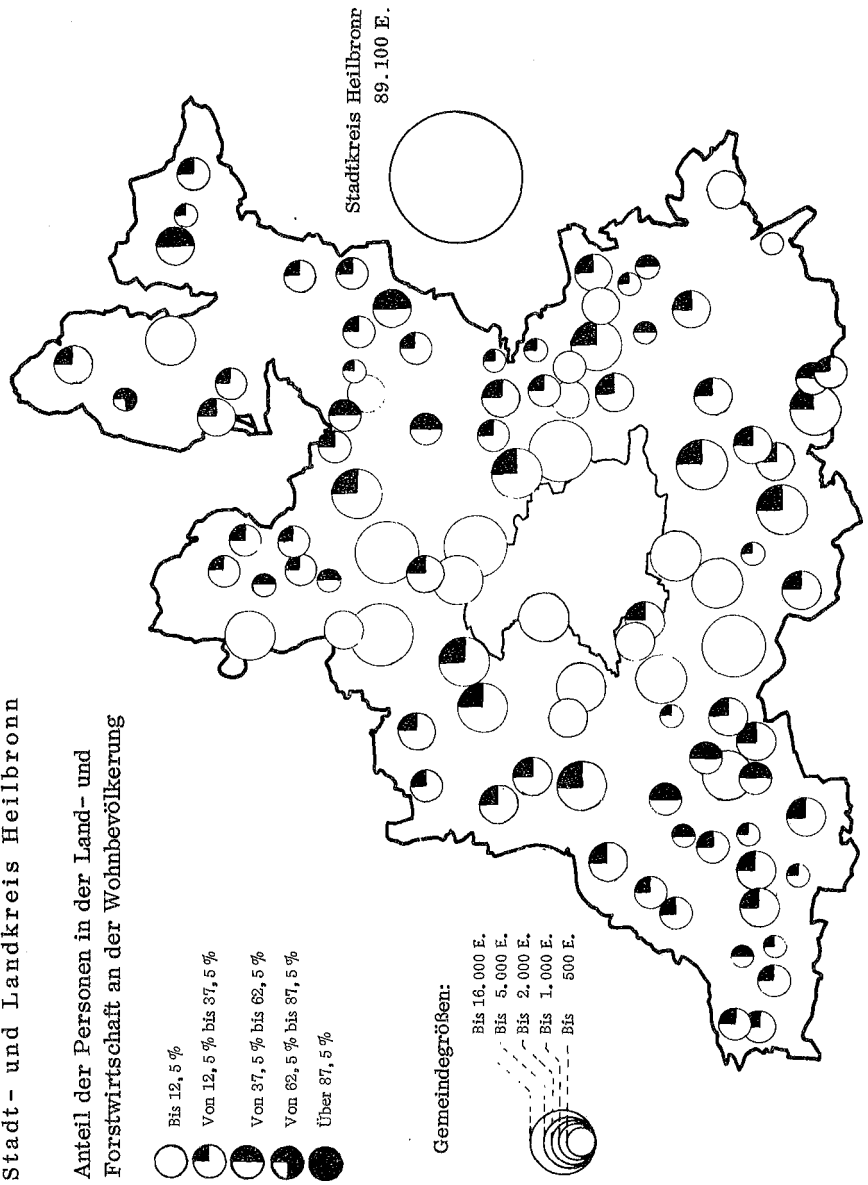
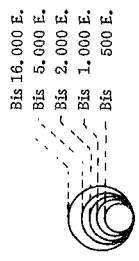
Schaubild 19:

Stadt- und Landkreis Heilbronn

Anteil der Personen in der Land- und Forstwirtschaft an der Wohnbevölkerung



Gemeindegrößen:



Stadtkreis Heilbronn
89. 100 E.

spricht aber auch dafür, daß die Effizienz des politischen Personals der FDP auf Wahlkreisebene für die Durchsetzung gerade der bäuerlichen Interessen besonders groß ist und eine sozialökonomischen Motiven folgende Attitude der Landwirte gegenüber den politischen Parteien, aufgrund der sich insbesondere aus den europäischen Integrationsprozessen ergebenden, für den Berufsstand besonders sichtbaren Konsequenzen politischen Handelns, erwartet werden darf.

Der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung des Wahlkreises betrug im Jahre 1961 10,5 Prozent, verglichen mit den anderen Wirtschaftsgruppen, ein geringer Anteil.

Tabelle 81

Die Zugehörigkeit der Wahlkreisbevölkerung zu den
Hauptwirtschaftsabteilungen am 6. Juni 1961

Hauptwirtschafts- abteilungen	in v. H. der Gesamtbevölkerung
Produzierendes Gewerbe	48,4
Handel und Verkehr	13,5
Dienstleistungs- gewerbe	11,7
Land- und Forstwirtschaft	10,5
Quelle: Volks und Berufszählung 1961	

Vergleicht man dagegen den Anteil der Erwerbbspersonen des land- und forstwirtschaftlichen Bereichs mit den Erwerbbspersonen der anderen Wirtschaftsgruppen, so verschiebt sich das Verhältnis.

Tabelle 82

Die Zugehörigkeit der Erwerbspersonen des Wahlkreises zu den
Hauptwirtschaftsabteilungen am 6. Juni 1961

Hauptwirtschafts- abteilungen	in v. H. der gesamten Erwerbspersonen
Produzierendes Gewerbe	52,8
Land- und Forstwirtschaft	18,5
Dienstleistungs- gewerbe	15,2
Handel und Verkehr	14,0

Quelle: Volks- und Berufszählung 1961

Die auffällige Veränderung der Relation weist darauf hin, daß die im Distrikt gezählten 12 891 bäuerlichen Betriebe nahezu ausschließlich Familienbetriebe sind, in denen die Ehefrau als mithelfendes Familienmitglied zu den Erwerbspersonen rechnet. Unterstrichen wird diese Feststellung noch durch die vorherrschenden Betriebsgrößen, die in der Regel die Erwirtschaftung des Unterhalts nur einer Familie zulassen und die Tatsache, daß lediglich 6,8 Prozent der Erwerbspersonen in diesem Sektor abhängige Landarbeiter sind.

Tabelle 83
Die landwirtschaftlichen Betriebe im Wahlkreis,
aufgegliedert nach Grössenklassen

Betriebsgröße in ha	Anzahl der Betriebe	Anteil der Betriebe in v.H. der gesamten Betriebe
	abs.	%
0, 01 bis unter 2	5 996	46,5
2 bis unter 5	2 902	22,5
5 bis unter 7,5	1 907	14,8
7,5 bis unter 10	976	7,6
10 bis unter 15	799	6,2
15 bis unter 20	211	1,6
20 bis unter 30	49	0,4
30 bis unter 50	20	0,2
50 bis unter 100	15	0,1
100 und mehr	16	0,1

Quelle: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1960

Diese kleinen Betriebe, eine typische Erscheinung der württembergischen Realteilungsgebiete, sind meist nur dann rentabel, wenn Sonderkulturen wie Obst, Gemüse oder Wein angebaut werden können. Boden und Klima ermöglichen aber gerade das im Heilbronner Distrikt in großem Maße. Der Strukturwandel zu bäuerlichen Betrieben mit solchen Sonderkulturen und angeschlossenen Verarbeitungs- oder Vermarktungs-

genossenschaften ist in vollem Gange. Vor einem solchen Hintergrund kann es nicht verwundern, daß gerade auch Probleme der Landwirtschaft im Wahlkreiswahlkampf 1961 aufkamen. Eine solche Frage ergab sich 1961 zum Beispiel durch eine Rekordernte an Zwetschgen. Die Steinobsterzeuger fürchteten einen Preisverfall und forderten Maßnahmen der Regierung und Aktivität von den Abgeordneten, damit weitere Importe möglichst gedrosselt würden. Da auch die lokale Presse darüber berichtete, war die Bevölkerung des Wahlkreises, nicht nur die Bauern die es in erster Linie anging, gut im Bilde. Um zu erfahren, welchem Kandidaten der drei grossen Parteien man die Lösung einer solchen landwirtschaftlichen Frage wohl am ehesten zutraue, welche Partei also in der Perzeption mit einer Vertretung lokaler, bäuerlicher Interessen verknüpft würde, wurde die Bevölkerung einige Zeit später gefragt: "Dieses Jahr gab es eine überdurchschnittliche Zwetschgenernte. Welcher der drei Kandidaten hat sich wohl am besten dafür eingesetzt, daß dieses Problem gelöst wird?" Das Ergebnis zeigte, daß dem Kandidaten der FDP dabei die weitaus meisten Stimmen gegeben wurden.

Tabelle 84

Einschätzung der Kandidaten nach der Fähigkeit zur Lösung eines lokalen landwirtschaftlichen Problems ("die Zwetschgenfrage")

beste Lösung durch:	alle	darunter
	Befragten	Landwirte
	%	%
Bazille (SPD)	0	-
Simpfendörfer (CDU)	10	4
Mauk (FDP)	52	68
Keine Antwort	38	28
Total	100	100
N =	370	25

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Der Tatbestand, daß einerseits eine bestimmte Partei mit der Interessenvertretung der Landwirte identifiziert wurde und andererseits

sich die Bauern bei der Bundestagswahl 1961 zu zwei Dritteln für diese Partei entschieden, legt die Vermutung nahe, daß es sich weitgehend um eine Orientierung an der eigenen Berufsgruppe mit ihren speziellen ökonomischen Problemen als Bezugsgruppe handelt. Das regional interessante dieser Feststellung liegt jedoch darin, daß die Bauern nicht, wie überwiegend im Bundesgebiet, die CDU sondern die FDP wählten, obwohl prominente CDU-Bauernführer in den Wahlkreiswahlkampf zugunsten des CDU Kandidaten eingriffen³¹.

Die Tatsache, daß die Bundes- und die Regionalnorm auseinanderfielen, beeinflusste die Möglichkeit des Bauernverbandes und sonstiger bäuerlicher Organisationen offiziell, eindeutig zugunsten einer speziellen politischen Partei Stellung zu nehmen. Damit wurde die Ausbildung einer Wahlnorm durch einen deklarierten Willen der Verbandsführung abgeschwächt. So wahrte man auf der im Februar 1961 in Heilbronn stattfindenden Großkundgebung des Bauernverbandes, die insbeson-

Tabelle 85

Die Wahlentscheidung der Bauern, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in bäuerlichen Berufsorganisationen

Wahlent- scheidung 1961	Mitglieder	Nicht-	Total
	bäuerlicher Organisationen	mitglieder	
	%	%	%
SPD	-	9	4
CDU	21	18	20
FDP	79	28	56
Sonstige Parteien	-	-	-
Nichtwähler	-	27	12
Keine Angabe	-	18	8
Total	100	100	100
N =	14	11	25

31) so zum Beispiel; Bauknecht, Leibfried, Stooß

dere für "kreiseigene" Landwirte gedacht war, streng den parteipolitischen Proporz zwischen CDU und FDP. Auch schien es die offizielle Politik des Bauernverbandes im Wahlkreis zu sein, beiden "Bauern", Mauk und Simpfendörfer, zu einem Sitz im Parlament zu verhelfen, wobei Mauk die Zweitstimmen und Simpfendörfer die Erststimmen zugeordnet waren³². Diese für den Wähler reichlich komplizierte Arithmetik ging jedoch nicht auf, obwohl der CDU-Kandidat das Rezept aufgriff und durch die lokale Tageszeitung verbreitete. Trotz dieser offiziellen Haltung des Verbandes stieg der FDP-Anteil unter den organisierten Landwirten bis auf 79 Prozent.

Eine Erklärung dieses Tatbestandes muß vor allem die Verknüpfung der Person des Abgeordneten und Kandidaten der FDP mit den bäuerlichen Organisationen berücksichtigen, die Struktur seiner persönlichen Anhängerschaft und die sich daraus ergebende spezielle Art der Mobilisierung der bäuerlichen Stimmen bei Wahlen.

Die Identifikation der Wahrnehmung regionaler bäuerlicher Interessen mit der Person des FDP-Kandidaten, worauf oben bereits hingewiesen wurde, hat einen sehr realen Kern. Einer alten, nachweislich seit 1525 im Wahlkreis ansässigen Familie von Bauern, Weingärtnern und Gärtnern entstammend, genoß er selbst eine gründliche landwirtschaftliche Ausbildung und verschaffte sich bald einen Namen als erfolgreicher landwirtschaftlicher Unternehmer³³. Fachliche Tüchtigkeit, Geschick im Umgang mit Berufskollegen und persönliche Integrität machten ihn schon früh zu einem begehrten Mitarbeiter in berufsständischen Organisationen, denen er eine Mitarbeit in den meisten Fällen auch nicht versagte. Heute kann er die von ihm bekleideten Ämter und Ehrenämter nur mit Mühe übersehen³⁴. Wichtig dabei bleibt, daß sein Ausgangspunkt nicht der eines Funktionärs auf überregionaler Ebene war, sondern der eines mittelständischen Honoratioren, der lokal begann und

32) Mauk hatte einen sicheren Platz auf der Landesliste, Simpfendörfer war auf der Landesliste nicht abgesichert.

33) Die Baumschule und Gärtnerei des Kandidaten besitzt im württembergischen Unterland einen ausgezeichneten Ruf.

34) ab 1882 in regionalen Berufsorganisationen des Obst- und Gartenbaus; 1937 kommissarischer Leiter des Gartenbauwirtschaftsverbandes Württemberg; nach 1945 Kreisvorsitzender des Obstbauernvereins; Präsident des Landesobstbauverbandes von Baden-Württemberg; Vizepräsident des Bauernverbandes Nordwürttemberg-Nordbaden; Vorsitzender der württembergischen Gärtnereigenossenschaft; Vizepräsident des Zentralverbandes des deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus; 1. Vorsitzender des Bundesausschusses Obst und Gemüse, in dieser Eigenschaft Präsidialmitglied des Deutschen Bauernverbandes; Vizepräsident der Gruppe Obst und Gemüse im europäischen Landwirtschaftsverband (CEA); stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Obst und Gemüse der EWG; darüber hinaus Mitgründer zahlreicher regionaler bäuerlicher Selbsthilfeorganisationen (z. B.: Obst- und Gemüseverwertung Unterland A. G., Naturella Süd-Saft A. G., Ländliche Genossenschaften) vgl. dazu auch; Materialband "Interviews und Berichte", S. 107 ff.

im Laufe der Zeit bis in die Spitzen europäischer landwirtschaftlicher Organisationen vorrückte. Obwohl so sein Bekannten- und Freundeskreis die Grenzen des Wahldistrikts bei weitem übersteigt, liegt doch hier ein natürlicher Schwerpunkt. Die Arbeit in den berufsständischen Organisationen, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Durchsetzung bestimmter, auch regionaler bäuerlicher Interessen, die sich einstellenden Erfolge einer langen Tätigkeit für die Berufskollegen, sicherten ihm Achtung und Sympathie der Bauern auch im Bereich des Wahlkreises und ließen ihn zu einem Faktor werden, der bei anstehenden Problemen der Landwirtschaft berücksichtigt werden mußte. So überrascht es nicht mehr, daß die Beobachtung des Wahlkreiswahlkampfes ergab, daß dieser Kandidat in nahezu allen Dörfern, die er im Wahlkampf aufsuchte, von den örtlichen bäuerlichen Honoratioren mit Handschlag begrüßt wurde³⁶.

Von diesen Bauern vor allem zu einer Kandidatur für den Bundestag bewegt, stellte er sich der FDP 1952 anlässlich einer Nachwahl "zur Verfügung" und brachte sein Netzwerk persönlicher Verbindungen damit in die Partei ein.

Wie er, so fanden der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes, der Vorsitzende der Landjugend, die Vorsitzende der Landfrauen, in der FDP ihre politische Heimat und machten das durch Kandidaturen für den Landtag oder kommunale Institutionen sichtbar. Auch sie verfügen über ein ähnliches Netz persönlichen Anhangs unter der Bauernschaft, ein Anhang, der seinerseits in der Regel meinungsbildend für eine nähere Umgebung ist. Die Mobilisierung bäuerlicher Stimmen bietet ein Musterbeispiel für mehrstufige Kommunikationssysteme, deren Mitglieder weitgehend gleichgerichtete ökonomische Interessen besitzen. Auf diese Weise verquickt sich bäuerliches Interesse mit persönlichen Loyalitäten, so verbindet sich mit den bäuerlichen Organisationen die allgemeine Perzeption der FDP-freundlichkeit.

Die Entscheidung der Bauernführer für die FDP, die nun ihrerseits erklärungsbedürftig wird, ist unter Berücksichtigung der Parteienkonstellation des Distrikts relativ leicht zu begründen. Für eine wirksame politische Arbeit kamen nach 1946 nur drei Parteien in Betracht: die SPD, die CDU und die FDP. Die SPD als Vertretung vor allem der Arbeiter schied für die selbständigen Bauern von vornherein aus.

Eine eigene bäuerliche Partei, wie zur Zeit der Weimarer Republik, hatte unter den Besatzungsmächten keine Startchance und war später, nach dem politischen Engagement der ehemaligen Führungsschicht der Bauern- und Weingärtner, auch nicht mehr im Gespräch. So blieben als Alternative nur die CDU und die FDP. Abgesehen davon, daß vor allem die protestantischen Bauern, die mehr als zwei Drittel der

35) vgl.: Materialband; "Beobachtungen", S. 145

gesamten Bauernschaft des Wahlkreises ausmachen, in der "katholischen" CDU kaum eine angemessene Vertretung erblickt hätten, war in den ersten Jahren nach 1945 der Einfluß ehemaliger katholischer Arbeiterfunktionäre in der lokalen CDU-Führung noch relativ groß³⁶. Die Entscheidung für die FDP war somit strukturell bereits weitgehend vorgegeben. Diese Feststellung bedarf jedoch der Einschränkung.

Im Laufe der Zeit stieg auch in der CDU der Einfluß bäuerlicher Kreise vor allem des nordöstlichen Teils des Wahlkreises, in welchem die CDU, bei überwiegend katholischer Bevölkerung, nicht nur das Landtagsmandat erringen konnte, sondern auch vielfach in den Gemeinderäten die Mehrheit bildete. So stellte sich in diesem Teil des Wahlkreises auf Landes- und kommunaler Ebene die Frage der Durchsetzbarkeit lokaler bäuerlicher Interessen anders. Und es ist kein Zufall, daß von hier aus versucht wurde, eine CDU-Alternative zum FDP-Kandidaten aufzubauen.

Simpfendörfer, CDU-Kandidat seit 1953, der 1957 im Sog der Adenauer-Wahl das Mandat direkt gewinnen konnte, war ebenfalls protestantischer Landwirt, auch er angesehen und nicht ohne Anhang unter den Bauern seines Wohnorts und einiger Nachbargemeinden, die er schon im Kreistag vertrat.

Entscheidend aber war, daß er sich weder in bezug auf das Netzwerk an Verbindungen in der Bauernschaft des Distrikts, noch im Hinblick auf sichtbare Erfolge bei der Durchsetzung bäuerlicher Interessen, mit seinem FDP-Gegenspieler ernstlich messen konnte³⁷.

Allerdings besaß er als Vorstandsvorsitzender der Molkerei Kochertal einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Milchwirtschaft im nordöstlichen Teil des Wahlkreises. Die erfolgreiche und geschickte Betriebsführung sicherten ihm Achtung und Vertrauen der Bauern im Einzugsgebiet seiner Genossenschaft.

Eine derartige Stellung bietet viele Möglichkeiten für persönliche Gespräche mit Landwirten über berufsständische Probleme, die, wenn sie politische Fragen berühren, dem Kandidaten ganz zwanglos die Gelegenheit geben seine Ansichten dazu darzulegen. So ist hier der Kern eines, wenn auch nur einen relativ kleinen Teil des Distrikts umfassenden Kommunikationssystems zu suchen, das politischer Einflußnahme gerade auf die Bauern sehr entgegenkommt.

Diese im Ganzen schlechtere Situation des CDU-Kandidaten konnte durch den Einsatz distriktfremder Bauernprominenz nicht aufgewogen werden. Das abgeleitete Prestige ersetzte das soziale Geflecht der Vertrauensleute des FDP-Kandidaten nicht. Wo sich aber, wie im Einzugsgebiet der Molkerei Kochertal, ein solches, auf den persönlichen Loy-

36) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 44

37) vgl.: Materialband "Interviews und Berichte", S. 57 ff. und 107 ff.

Tabelle 86

Soziale Merkmale zweier protestantischer Bauerngebiete im
Südwesten und Nordosten des Wahlkreises

Soziale Merkmale	Nord-Osten	Süd-Westen
Durchschnittliche Gemeindegröße (Einwohner)	749	685
bäuerliche Wohnbevölkerung in v. H. der gesamten Wohnbevölkerung	31,0	32,0
Größe der bäuerlichen Betriebe in v. H. der gesamten bäuerlichen Betriebe		
0,1 - unter 2 ha	36,0	36,4
2 - " 5 "	22,8	34,5
5 - " 7,5 "	22,2	22,1
7,5 - " 10 "	11,3	5,0
10 - " 15 "	6,0	1,9
15 ha und mehr	1,4	0,1
Arbeiter in v. H. der Erwerbspersonen	36,3	33,5
Auspendler in v. H. der Erwerbspersonen	26,8	30,9
Protestanten in v. H. der Wohnbevölkerung	89,2	90,9
Katholiken in v. H. der Wohnbevölkerung	8,9	7,8

Quelle: Volks- und Berufszählung 1961

alitäten des täglichen Lebens beruhendes Geflecht von Vertrauensleuten auch für den CDU-Kandidaten entwickelt hatte, dort blieben auch für ihn Erfolge unter den protestantischen Bauern nicht aus. Dies zeigt eindringlich die Gegenüberstellung zweier ökologischer Schwerpunkte der bäuerlichen Bevölkerung.

Die eine Gemeindegruppe, im Südwesten des Wahlkreises nahe der Heimatstadt des FDP-Kandidaten gelegen, umfaßt 12 kleine Gemeinden des Zabergäus und des Leintals mit einem bäuerlichen Bevölkerungsanteil von durchschnittlich 32 Prozent.

Die andere Gemeindegruppe, östlich Neuenstadt, besteht aus 6 Ortschaften und schließt auch die Wohngemeinde des CDU-Kandidaten ein. Der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung beträgt hier 31 Prozent. Doch nicht nur im Hinblick auf den Anteil der bäuerlichen Wohnbevölkerung, auch konfessionell unterschieden sich beide Gebietsteile nicht. Während es im Südwesten 90,9 Prozent Protestanten und 7,8 Prozent Katholiken waren, betrug die Relation im Nordosten 89,2 Prozent Protestanten zu 8,9 Prozent Katholiken. Auch für die übrigen kontrollierten Merkmale der Gemeinden ergaben sich keine bedeutenden Differenzen.

In diesen sozial weitgehend übereinstimmenden Subdistrikten erzielte der FDP-Kandidat im Südwesten 57,6 Prozent, im Nordosten 27,6 Prozent der abgegebenen gültigen Erststimmen. Umgekehrt konnte der CDU-Kandidat in seinem nordöstlichen Heimatgebiet 50,8 Prozent, im südwestlichen Teil hingegen nur 16,2 Prozent der Erststimmen gewinnen. Auch in den Zweitstimmen drücken sich die Unterschiede, wenn auch nicht so krass, aus.

Tabelle 87

Das Wahlergebnis 1961 in den protestantischen Bauerngebieten
im Südwesten und Nordosten des Wahlkreises

Wahlergebnis 1961	Nord-Osten	Süd-Westen
Wahlbeteiligung	79,8	73,3
CDU 1. -Stimmen	50,8	16,2
CDU 2. -Stimmen	41,6	16,1
FDP 1. -Stimmen	27,6	57,6
FDP 2. -Stimmen	31,5	55,8
SPD 1. -Stimmen	17,4	20,4
SPD 2. -Stimmen	18,8	18,9
Sonstige Parteien		
1. -Stimmen	4,3	5,7
2. -Stimmen	8,1	9,2

Dies Ergebnis kann, wenn auch andere Faktoren, etwa die Struktur politischer Subsysteme des Wahlkreises, mitbestimmend sein können, als Indikator für die Wahrscheinlichkeit der Art der Mobilisierung

bäuerlicher Stimmen durch persönlichen Einfluß gewertet werden. In diesem Zusammenhang wird darüberhinaus eine soziale Funktion des Systems von Erst- und Zweitstimmen deutlich: es kann als sehr wahrscheinlich gelten, daß Bauern, die Loyalitäten sowohl zum FDP- als auch zum CDU-Kandidaten zu erfüllen hatten, diesen Druck durch unterschiedliche Erst- und Zweitstimmenabgabe gelöst haben. Eindringlich zeigt dies die Stimmenverteilung in der Heimatgemeinde des CDU-Kandidaten.

Tabelle 88
Das Wahlergebnis 1961 in der Heimatgemeinde des
CDU-Kandidaten

Parteien	Erststimmen in v. H. der gül- tigen Stimmen	Zweitstimmen in v. H. der gül- tigen Stimmen
CDU	82,3	67,7
FDP	9,8	20,4
SPD	6,2	9,3
Sonstige Parteien	1,7	2,6

Die FDP bekam aber auch in den anderen Gemeinden des nordöstlichen Gebietsteils stets etwa doppelt soviel Zweit- wie Erststimmen. Der Einfluß des CDU-Kandidaten hingegen reichte nicht bis in die Gemeinden des südwestlichen Bauerngebiets.

Für die katholischen Bauern ist dieser Effekt an Hand der gemeindebezogenen Wahlergebnisse nicht nachzuweisen. Eine geschlossene Gruppe katholischer Bauerngemeinden, die den protestantischen vergleichbar ist, findet sich einmal in der "Krummen Ebene", nördlich von Offenau, zum anderen westlich von Neuenstadt. Bei einem durchschnittlichen Anteil bäuerlicher Wohnbevölkerung von 36,7 Prozent betrug der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen für die FDP nur 0,8 Prozentpunkte. Konfessionelle Bezüge erweisen sich hier - wie schon mehrfach betont - als stärker als berufständische Interessen und persönliche Loyalitäten gegenüber lokalen Bauernführern, zumal sich für eine interessengerechte Rationalisierung der politischen Entscheidung in diesen

Fällen die Argumente der CDU-Landes- und Bundesprominenz des Bauernverbandes anbieten. Dies wird noch einmal bestätigt durch folgende Übersicht:

Tabelle 89

FDP-Stimmen in protestantischen und katholischen Gemeinden, aufgliedert nach dem Anteil der bäuerlichen Wohnbevölkerung in v. H. der gesamten Wohnbevölkerung der Gemeinden im Jahre 1961

Bäuerliche Wohnbevölkerung in v. H. der gesamten Wohnbevölkerung	FDP-Zweitstimmen 1961 in v. H. der abgegebenen, gültigen Zweitstimmen in protestantischen Gemeinden	FDP-Zweitstimmen 1961 in v. H. der abgegebenen, gültigen Zweitstimmen in katholischen Gemeinden	Anzahl der Gemeinden
0 bis unter 10	23,9	9,9	15
10 bis unter 20	35,4	8,5	28
20 bis unter 30	43,3	4,6	23
30 bis unter 40	43,6	7,2	23
40 bis unter 50	58,4	6,8	7
50 bis unter 60	61,6	-	3
60 und mehr	55,6	-	1
Anzahl der Gemeinden	82	18	100

Wie schon mehrfach angedeutet, besitzt der Distrikt eine besondere politische Tradition der Bauern durch den Bauern- und Weingärtnerbund, der von 1919 bis 1933 bei jeder Wahl meist zwei, mindestens jedoch einen Abgeordneten aus dem Heilbronner Gebiet in den Reichstag schicken konnte. Betrachtet man die Wahlen dieser Periode genauer, so zeigen sich auffällige Parallelen zur Art und Weise der Mobilisierung der bäuerlichen Stimmen. Männer zweier alter Bauernfamilien, der Familie Vogt, Gochsen, und der Familie Haag, Heilbronn, angesehen

wie heute die Familie Mauk, mit ähnlichen fachlichen Qualitäten und einem gleichartigen Netz von Vertrauensleuten unter der Bauernschaft des Distrikts, stellten sich "zur Verfügung" und wirkten im Interesse ihrer Berufskollegen. Auch hier zeigt sich die Verquickung von bäuerlichem Interesse und persönlichen Loyalitäten. Bäuerliche, politische Tradition so gesehen, besteht also in bei Wahlen ähnlich ablaufenden Prozessen der Stimmenmobilisierung. In der Regel wurde durch Fürsprache anerkannter Berufskollegen geworben, eine soziale Erscheinung, die bei den Bauern des Distrikts heute als etwas Bestehendes, als die angemessene Art der Bewerbung um ein politisches Amt angesehen wird.

Wohl kaum ein Kommentar könnte die einzelnen Argumente bäuerlicher FDP-Wähler besser zusammenfassen, als die Begründung, die ein junger Bauer aus dem Distrikt für seine Wahlentscheidung gab: "Wer FDP wählt, wählt das Bestehende und sorgt dafür, daß die CDU nicht selbstherrlich wird. Mauk (der FDP-Kandidat) vertritt unsere Interessen, denn er ist Gärtner, er hat einen guten Betrieb, er ist in einem Ausschuß und dort werden die Entscheidungen gefällt"³⁸.

5. Die Wahlentscheidung der Hausfrauen³⁹

Sowohl in der Bundesrepublik als auch im Wahlkreis Heilbronn wählten Hausfrauen, im Gegensatz zu den sonstigen Befragten, mehr CDU als SPD oder FDP.

38) vgl.: Materialband "Beobachtungen", S. 190

39) Zum Wahlverhalten der Frauen vgl.: Bremme, Gabriele, "Die politische Rolle der Frau in Deutschland", Göttingen 1956

Tabelle 90

Die Wahlentscheidung der Hausfrauen im Bund und im
Wahlkreis Heilbronn am 17. September 1961

Wahlent- scheidung 1961	Bundesrepublik Deutschland		Wahlkreis Heilbronn	
	Hausfrauen	Sonstige Befragte	Hausfrauen	Sonstige Befragte
	%	%	%	%
SPD	26	30	26	34
CDU	45	37	36	29
FDP	6	10	21	24
Sonstige Parteien	2	2	5	3
Nichtwähler	11	11	9	6
Keine Angabe	10	10	3	4
Total	100	100	100	100
N =	681	1042	149	220

Umfragen vom November 1961 im Bund und im Wahlkreis Heilbronn

Die zu beobachtenden Differenzen sind nicht lediglich mit den Unterschieden gleichzusetzen, die sich bei einer Aufgliederung der Befragten nach dem Geschlecht allgemein ergeben. Zwar war auch bei Frauen mit Beruf der Anteil der CDU-Wählerinnen größer als bei Männern, doch gab es im Gegensatz zu den Hausfrauen hier einen stärkeren SPD-Anteil.

Tabelle 91

Die Wahlentscheidung der Hausfrauen, verglichen mit der
Wahlentscheidung der Frauen mit Beruf und der
Wahlentscheidung der Männer

Wahlent- scheidung 1961	Haus- frauen	Frauen mit Beruf	Männer	Total
	%	%	%	%
SPD	26	32	35	31
CDU	36	34	26	31
FDP	21	18	27	23
Sonstige Parteien	5	3	3	4
Nicht- wähler	9	8	5	7
Keine Angabe	3	5	4	4
Total	100	100	100	100
N =	149	73	147	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Obwohl die Hausfrauen als Zielgruppe der Parteipropaganda definiert wurden, zu Kaffee, Kuchen und Modenschauen eingeladen wurden⁴⁰, und wenn sich auch die Hausfrauenverbände bemühten, sie auf ihre politischen Möglichkeiten hinzuweisen⁴¹, so zeigt die Stimmenverteilung doch letzten Endes keinen ausgesprochenen Schwerpunkt der Parteivorliebe von Hausfrauen, vergleichbar etwa mit dem der Arbeiter oder der Bauern.

40) Die FDP organisierte in Zusammenarbeit mit Heilbronner Modenhäusern eine Modenschau mit Kaffee und Kuchen, auf der ihre Kandidaten (Frau Dr. Diemer-Nikolaus, Stuttgart, Adolf Mauk, Lauffen a. N.) kleine Ansprachen hielten. Die CDU veranstaltete 3 Hausfrauennachmittage bei Kaffee und Kuchen.

41) Forumdiskussion der Kandidaten auf Einladung der Heilbronner Frauen, am 12. 9. 1961 im Heilbronner Ratskeller.

Trotzdem gibt es einige Tatbestände, die, was das politische Verhalten betrifft, die Hausfrauen von den übrigen Befragten deutlich abheben.

So war im Gegensatz zu den Männern und auch zu Frauen mit Beruf das für Politik empfundene Interesse bei Hausfrauen geringer.

Tabelle 92

Das politische Interesse bei Hausfrauen (Selbsteinstufung)

Politisches	Haus-	Frauen	Männer	Total
	frauen	mit Beruf		
	%	%	%	%
Stark	7	6	27	15
Mittel	37	49	43	42
Gering	55	44	29	44
Keine Angabe	1	1	1	1
Total	100	100	100	100
N =	149	73	147	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Auch Gespräche mit politischem Inhalt wurden von Hausfrauen weniger häufig geführt als von anderen Befragten.

Tabelle 93
Unterhaltung über Politik bei Hausfrauen

Zeitpunkt der letzten Unterhaltung über Politik	Haus- frauen	Frauen mit Beruf	Männer	Total
	%	%	%	%
In den ver- gangenen 6 Tagen	30	34	53	40
Zu einem Zeitpunkt davor	70	66	47	60
Total	100	100	100	100
N =	149	73	147	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Motive zur Wahl bei Hausfrauen

Motive	Haus- frauen	Frauen mit Beruf	Männer	Total
	%	%	%	%
Ich wirke an einer poli- tischen Ent- scheidung mit	24	30	45	34
Es ist meine Pflicht; es ist so üblich; es ist eigentlich Zeitverschwendung	70	64	50	60
Ich ging nicht zum Wählen; keine Angabe	6	6	5	6
Total	100	100	100	100
N =	149	73	147	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Auch hatten Hausfrauen, wenn sie zur Wahl gingen, ganz überwiegend das Gefühl eine "so übliche Pflicht" zu absolvieren.

Bei diesem Sachverhalt scheint es sinnvoll zu sein nach solchen Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidung zu suchen, die sich aus der spezifischen Situation der Hausfrauenrolle ergeben. Dabei sind in diesem Zusammenhang zwei Bereiche besonders interessant: die primäre Umwelt der Familie und solche Institutionen oder Organisationen mit spezifischen Wahlnormen, zu denen auch Hausfrauen in einer direkten Beziehung stehen. Im Primärbereich der Familie soll hier besonders der Einfluß des Ehemanns auf die Wahlentscheidung der Hausfrau untersucht werden. Als Institution, zu der auch Hausfrauen eine besondere Beziehung haben können, soll besonders auf die katholische Kirche eingegangen werden.

Die Kenntnis der Wahlentscheidung des Ehegatten war insgesamt sehr groß. Hausfrauen kannten die politische Präferenz ihrer Männer am besten.

Tabelle 95

Die Kenntnis der Wahlentscheidung des Ehegatten bei Hausfrauen

Kenntnis der Wahlentscheidung	Haus- frauen	Frauen mit Beruf	Männer	Total
	%	%	%	%
Befragter kennt die Wahlent- scheidung des Ehegatten	87	73	83	83
Befragter kennt die Wahlent- scheidung des Ehegatten nicht	13	27	17	17
Total	100	100	100	100
N =	136	37	130	303

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Schon dieser Umstand könnte als ein Hinweis darauf gewertet werden, daß für die Frau die Kenntnis der politischen Einstellung ihres

Ehegatten wichtiger ist als umgekehrt. Es zeigt sich nun weiterhin, betrachtet man den Grad an Übereinstimmung der Wahlentscheidung bei der Ehegatten, daß Hausfrauen sowohl den höchsten Grad an Konformität, als auch den relativ größten Grad an Inkonformität aufweisen.

Tabelle 96

Übereinstimmung der Wahlentscheidung der Hausfrau mit der des Ehegatten (nur SPD-, CDU- und FDP-Wähler)

Übereinstimmung/ Nichtübereinstimmung	Haus- frauen	Frauen mit Beruf	Männer	Total
	%	%	%	%
Übereinstimmung	90	87	76	83
Nichtübereinstimmung	8	3	6	7
Ehegatte hat nicht gewählt	-	-	5	2
Keine Angabe zur Wahl- entscheidung des Ehegatten	2	10	13	8
Total	100	100	100	100
N =	111	30	118	259

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Tabelle unterstreicht noch einmal, daß Hausfrauen die Parteiliebe ihrer Ehemänner gut kennen. Zum anderen deutet der hohe Grad an Konformität darauf hin, daß der Ehemann für die Richtung der politischen Entscheidung der Hausfrau ganz besonders wichtig ist. Wohl ist sie in der Regel den gleichen konfessionellen und schichtspezifischen Einflüssen ausgesetzt wie der Ehemann selbst mit dem Unterschied al-

lerdings, daß die Hausfrau nur indirekt, über den Ehemann, mit den Auswirkungen der Arbeitswelt verbunden ist. Es spricht viel dafür, daß der Ehemann für die Hausfrau auf einem Gebiet, für das er als besonders kompetent angesehen wird, als Interpret der politischen Normenimplikationen kategorialer Mitgliedschaften der Familie fungiert.

Daß diese Interpretationen nicht immer benötigt oder übernommen werden, und daß offensichtlich auch kein allzu großer sozialer Druck vom Ehemann auf seine Frau ausgeübt wird, wenn es nur um eine Wahlentscheidung geht, zeigt der Grad an Inkonformität, den Hausfrauen sowohl Frauen mit Beruf als auch Männern gegenüber aufweisen. Es liegt nahe anzunehmen, daß Inkonformität dann am wahrscheinlichsten ist, wenn die Frau selbst direkten Kontakt zu Organisationen mit ausgeprägt eigener Wahlnorm besitzt.

Der Konformitätsgrad war bei den SPD, CDU oder FDP wählenden Hausfrauen unterschiedlich. Wenn SPD gewählt wurde, so wählte in al-

Tabelle 97

Die Wahlentscheidung der Ehemänner von SPD, CDU und FDP wählenden Hausfrauen

Wahlentscheidung 1961 des Ehemannes	Hausfrauen die SPD wählten	Hausfrauen die CDU wählten	Hausfrauen die FDP wählten
	%	%	%
SPD	100	8	3
CDU	-	88	11
FDP	-	2	82
Nicht- wähler	-	-	-
Keine Angabe	-	2	4
Total	100	100	100
N =	35	48	28

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

len Fällen auch der Ehemann SPD. Hausfrauen, die die CDU vorzogen, nahmen bei ihren Ehegatten Abweichungen von der eigenen Wahlentscheidung in Höhe von 10 Prozent wahr. Entschieden sich Hausfrauen für die FDP, so ergab sich in 14 Prozent der Fälle eine andere Wahlentscheidung des Mannes. Die Richtung der wahrgenommenen Abweichung von der eigenen Wahlentscheidung ging bei den Männern der CDU wählenden Hausfrauen zur SPD, bei den FDP wählenden Hausfrauen hauptsächlich zur CDU.

Es liegt nahe, die Abweichungen der Wahlentscheidung von CDU wählenden Hausfrauen mit einem direkten Kontakt dieses Personenkreises zur katholischen Kirche in Verbindung zu bringen. Dieser Institution ist die katholische Hausfrau, bei relativer Isolation von anderen Einflüssen, unmittelbar ausgesetzt. Es bedarf einer Interpretation der kategorialen Implikationen für die Wahlentscheidung durch den Ehegatten kaum.

Im Gegensatz zu den katholischen Hausfrauen, deren Wahlentscheidung, wie Tabelle 98 zeigt, deutlich von der Kirche bestimmt ist, trennte die soziale Schichtzugehörigkeit klar zwischen den SPD und FDP wählenden Hausfrauen. Hier war es also weitgehend der aus der sozialökonomischen Position des Haushaltsvorstands abgeleitete Bezug, der die adäquate Partei determinierte.

Kontrolliert man politisches Interesse und seinen Einfluß auf unterschiedliche Wahlentscheidungen der Ehegatten, so ergibt sich bei mittlerem Interesse der höchste Grad an Konformität, während bei starkem und geringem politischen Interesse der Konformitätsgrad sinkt.

Für solche Hausfrauen, die selbst FDP wählten, deren Ehegatten jedoch eine andere Entscheidung trafen, ergab sich nun tendenziell ein höherer Grad der politischen Interesseeseinschätzung als bei den CDU wählenden Hausfrauen, deren Ehemänner eine von ihrer Entscheidung abweichende Wahl getroffen hatten⁴².

Zunehmende Information über politische Sachverhalte und daraus folgend die größere Chance, die Wahlentscheidung von politischen Um-

42) Die Zahl der Fälle ist hier wiederum sehr gering. Sie verteilten sich wie folgt (absolute Zahlen):

	FDP wählende Hausfrauen/ Ehemann andere Wahl- entscheidung	CDU wählende Hausfrauen/ Ehemann andere Wahl- entscheidung
Starkes Interesse	1	1
Mittleres Interesse	2	-
Geringes Interesse	1	4

Im Falle der SPD wählenden Hausfrauen ergaben sich, wie gezeigt, keine Abweichungen zur Wahlentscheidung des Ehegatten.

ständen abhängig zu machen, könnte also in den Fällen, in denen die Hausfrau zur FDP hin von der Entscheidung des Mannes abweicht, als Erklärungsmöglichkeit angesehen werden.

Tabelle 98

Die Wahlentscheidung katholischer Hausfrauen, aufgliedert nach der Kirchengangshäufigkeit

Wahl- ent- schei- dung 1961	Hausfrauen		Frauen mit Beruf		Männer		Total	
	Kirch- gang minde- stens einmal in der Woche	%	Kirch- gang minde- stens einmal in der Woche	%	Kirch- gang minde- stens einmal in der Woche	%	Kirch- gang minde- stens einmal in der Woche	%
SPD	3	30	14	(56)	14	59	8	51
CDU	88	60	79	(11)	72	25	82	30
FDP	-	10	-	(11)	7	8	2	9
Sonstige Parteien	-	-	-	(11)	7	8	2	7
Nicht- wähler	9	-	-	(11)	-	-	4	3
Keine Angabe	-	-	7	-	-	-	2	-
Total	100	100	100	(100)	100	100	100	100
N =	34	10	14	9	14	24	62	43

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Wahlentscheidung katholischer und nicht-katholischer Hausfrauen,
aufgegliedert nach der sozialen Schicht (Index¹)

Wahl- ent- schei- dung 1961	Mittelschicht ²		Unterschicht		nicht eingestuft		Total	
	katho- lisch	nicht katho- lisch	katho- lisch	nicht katho- lisch	katho- lisch	nicht katho- lisch	katho- lisch	nicht katho- lisch
	%	%	%	%	%	%	%	%
SPD	13	17	7	52	-	-	9	34
CDU	75	17	86	15	(100)	10	82	15
FDP	6	53	-	7	-	60	2	30
Sonstige Parteien	-	8	-	6	-	10	-	7
Nicht- wähler	6	-	7	18	-	-	7	9
Keine Angabe	-	5	-	2	-	20	-	5
Total	100	100	100	100	(100)	100	100	100
N =	16	40	28	34	1	10	45	104

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) zur Indexbildung vgl. Anhang IV

2) In dieser Kategorie sind 2 als Oberschicht klassifizierte Fälle enthalten

Tabelle 100

Der Einfluß politischen Interesses auf Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung der Wahlentscheidung von Hausfrauen (SPD-, CDU- und FDP-Wähler)

Wahlent- scheidung des Ehe- gatten	Starkes Interesse			Mittleres Interesse			Geringes Interesse			Total		
	Haus- frauen mit Beruf	Frauen mit Beruf	Männer mit Beruf	Haus- frauen mit Beruf	Frauen mit Beruf	Männer mit Beruf	Haus- frauen mit Beruf	Frauen mit Beruf	Männer mit Beruf	Haus- frauen mit Beruf	Frauen mit Beruf	Männer mit Beruf
%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Überein- stimmung	80	-	63	95	100	85	88	80	82	90	87	78
Nichtüber- ein- stimmung	20	(100)	14	5	-	4	8	-	-	8	3	6
Ehegatte hat nicht gewählt	-	-	9	-	-	2	-	-	7	-	-	5
Keine Angabe zur Wahl- entschei- dung des Ehegatten	-	-	14	-	-	9	4	20	11	2	10	11
Total	100	(100)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	10	1	35	42	14	53	59	15	28	111	30	116

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

§ 6 WAHLKAMPF UND WAHLENTSCHEIDUNG¹

Die letzte Phase des Wahlkampfes, die für die Wähler am sichtbarsten war, wurde im Heilbronner Wahlkreis mit aller Intensität ausgetragen. Er war, was die Nachfolgefrage im Falle der CDU, das Godesberger Programm und die Kanzlerkandidatur Brandts im Falle der SPD, sowie den Kampf der FDP gegen die absolute Mehrheit einer der beiden großen Parteien anbetraf, Teil des Wahlkampfes, wie er sich im Bundesgebiet allgemein darstellte². Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 und die Reaktionen von Politikern und Parteien auf dieses Ereignis berührten die Wähler in Heilbronn kaum weniger als irgendwo anders in der Bundesrepublik. Der Wahlkampf im einzelnen Wahlkreis ist heute beim Stand der Entwicklung der Kommunikationsmedien und der starken Zentralisierung von Planung und Durchführung der Wahlkämpfe in den Parteizentralen vom Kontext "Bundesrepublik" nicht mehr abzutrennen.

Dennoch bleibt auch im Wahlkampf noch Raum für regionalbezogene Faktoren. Hierzu gehören vor allem die Wahlkreiskandidaten, die Aktivitäten der lokalen Parteiorganisationen, regionale politische Streitfragen und unter Umständen eine spezielle Ausprägung regionaler politischer Kultur, ein von den Akteuren im Zeitverlauf herausgebildeter Stil einen Wahlkampf auszutragen und der Wähler, darauf zu reagieren.

Im Folgenden sollen insbesondere diese regionalen Faktoren des Wahlkampfes und der Versuch einer Analyse ihrer Auswirkungen auf die Wahlentscheidung im Vordergrund stehen.

1. Die Aktivitäten der Kandidaten und der regionalen Parteiorganisationen³

Die Frage der Wahlkreiskandidatur für den 4. Deutschen Bundestag war weder bei der SPD noch bei der CDU oder der FDP umstritten. Die Kandidaten Helmut Bazille (SPD), Karl Simpfendorfer (CDU) und

1) Zur Deskription des Wahlkampfes 1961 im Wahlkreis Heilbronn vgl. auch; Pulzer, Peter, "Die Bundestagswahlen 1961 in Heilbronn", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 294 ff.

2) Vgl. dazu die systematische Interpretation des Bundestagswahlkampfes 1961 von: Wildenmann, Rudolf und Erwin K. Scheuch, "Der Wahlkampf 1961 im Rückblick", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 39 ff.

3) Die Kandidaten der DFU, GDP und DRP spielten im Wahlkampf keine Rolle. Eine regionale Parteiorganisation gab es kaum. Sie werden in die weitere Analyse hier nicht mit einbezogen. Vgl. dazu; Materialband: "Interviews und Berichte", S. 158 ff.

Adolf Mauk (FDP), die sich bereits aus den Wahlkämpfen der Jahre 1953 und 1957 kannten, hatten sich ihren Platz schon früher erobert.

Der im Jahre 1920 in Stuttgart geborene Helmut Bazille, Sohn des nationalliberalen Staatspräsidenten von Württemberg, kandidierte für die Sozialdemokraten. Nach einer Mechanikerlehre bei der Firma Bosch wurde der angehende Ingenieur bei Kriegsausbruch Offizier der Panzerwaffe. In Rußland schwer verwundet, fand er durch die Lektüre sozialistischer Autoren den Weg zur Sozialdemokratie. Im Jahre 1947 trat er der SPD als Mitglied bei. Die Arbeit in den Kriegsoferverbänden wurde die Basis seiner politischen Karriere. Gefördert wurde der Politiker Bazille durch den damaligen württembergischen Innenminister, den Heilbronner Landtagsabgeordneten Fritz Ulrich (SPD), der maßgeblich am Zustandekommen der Kandidatur Bazilles für die SPD in Heilbronn zum ersten Deutschen Bundestag beteiligt war. Im Jahre 1949 erreichte Bazille über den sechsten, 1953 über den siebten und 1957 über den elften Platz der Landesliste einen Sitz im Parlament. Die immer geringere Einschätzung der Rolle der Kriegsofer für den Ausgang von Wahlen, die sich für Bazille schon 1957 im nur elften Rang auf der SPD-Liste niederschlug, führte 1961 dazu, daß man ihm auf der Reutlinger Bezirkskonferenz, die die Landesliste aufzustellen hatte, nur den zweiundzwanzigsten Platz anbot. Bazille, der zwölf Jahre Experte seiner Partei auf dem Gebiet der Kriegsoferversorgung gewesen war, verzichtete daraufhin ganz auf eine Listennominierung. Die Wahl des Jahres 1961 mußte also für den SPD-Kandidaten erstmalig ganz im Wahlkreis entschieden werden, und Bazille meinte nach dem Wahlkampf, daß er sich mit einem gewissen selbstprüferischen Aspekt den Wählern gestellt, und daß es ihn hart getroffen hätte, wenn das Mandat für ihn verloren gewesen wäre⁴. In einem Wählerbrief drückte er das so aus: " ... Diesmal habe ich meine Partei gebeten von meiner Nominierung auf der Landesliste Abstand zu nehmen. Denn ich bin der Meinung, daß politische Mandate keine "Erbhöfe" werden dürfen, sondern daß der Bewerber ehrlich um das Vertrauen der Bevölkerung ringen muß. Nur so kann das Parlament seine Funktion als echte Volksvertretung zurückgewinnen⁵.

Für die CDU kandidierte der Obstbauer Karl Simpfendörfer. Im Jahre 1906 geboren, entstammt er einer Familie pietistischer Pfarrer und Bauern, die seit 1600 in Brettach, einem kleinen Dörfchen des Landkreises Heilbronn, ansässig waren⁶. Auf seine verschiedenen Tätigkeiten in der evangelischen Kirche als Synodaler, Kirchengemeinderat, Leiter des Kirchenchors, Dirigent und Bläser des Posaunenchores, wur-

4) Vgl. Materialband: "Interviews und Berichte", S. 28

5) Wählerbrief der SPD im Wahlkreis Heilbronn: "Es geht um Deutschlands Zukunft"

6) Diese Tatsache wurde wiederholt als Zeichen besonderer regionaler Verbundenheit herausgestellt.

de an anderer Stelle bereits hingewiesen. Vor dem Krieg gehörte Simpfendörfer zunächst der Deutschnationalen Partei an und trat später dem Christlich Sozialen Volksdienst bei. Seine eigentliche politische Laufbahn begann jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg. Im Jahre 1946 in den Kreistag gewählt, bewarb er sich schon 1949 um die Kandidatur zum Bundestag bei der CDU. Auf der Delegiertenversammlung unterlag er seinem Gegenkandidaten, dem Bürgermeister Josef Lang aus Kochertürn und, was die CDU-Landesliste anbetrifft, dem Arbeiter Karl Kern aus Kirchhausen. Für die Bundestagswahl 1953 wurde Simpfendörfer nach einer Kampfabstimmung, Gegenkandidat war wiederum J. Lang, nominiert. Er unterlag im Wahlkampf dem Kandidaten der FDP. Auch 1957 gab es auf der Delegiertenversammlung der CDU eine Kampfabstimmung. Diesmal war der Heilbronner Stadtrat Sailer Simpfendörfers Konkurrent. Simpfendörfer wurde mit Mehrheit nominiert und konnte im Sog der Adenauer-Wahl von 1957 den Wahlkreis direkt gewinnen. Nach diesem Erfolg gab es gegen seine Kandidatur 1961 keine Opposition mehr.

Trotz mancher Funktionen in bauerlichen Organisationen, insbesondere der Milchwirtschaft, konnte man Simpfendörfer nicht als den eigentlichen Vertreter der Bauern im Wahlkreis betrachten. Diese Rolle fiel Adolf Mauk, Gärtnermeister aus Lauffen a. N., wie Simpfendörfer 55 Jahre alt, betrachtet man seine berufsständischen Aktivitäten, unangefochten zu. Auch in Mauks Wählerbriefen fehlte der stolze Hinweis nicht, daß er einer nachweislich seit 1525 in Lauffen a. N. ansässigen Familie von Bauern, Weingärtnern und Handwerkern entstamme⁷. In der deutschdemokratischen Familie des Vaters verkehrten Friedrich Naumann und Theodor Heuss. Mauk selbst trat 1928 den Jungdemokraten bei. Vor die Alternative gestellt, entweder von allen berufsständischen Ämtern und Ehrenämtern zurückzutreten oder Mitglied der NSDAP zu werden, wählte Mauk das Letztere. Aber auch Mauks politische Karriere begann erst nach 1945. Vom "Mittelstandsblock", einem Bündnis von Gewerbe und Landwirtschaft, der FDP als Kandidat für die Nachwahl des Jahres 1952⁸ vorgeschlagen, trat er, nachdem seine Kandidatur so gut wie sicher war, dieser Partei offiziell bei. In der Abstimmung über diese Kandidatur setzte er sich gegen Rebmann, Weinsberg, sicher durch. Sowohl in der Nachwahl 1952, zu der die CDU keinen eigenen Kandidaten aufstellte⁹, als auch 1953, konnte Mauk das Direktmandat für die FDP erringen. Im Jahre 1957 kam er, obwohl im Kampf um das

7) Wählerbrief der FDP im Wahlkreis Heilbronn; "Ein Wort zum Sonntag"

8) Im Jahre 1952 war eine Nachwahl durch den Tod des FDP-Abgeordneten G. Kohl, Brackenheim, der den Heilbronner Wahlkreis 1949 direkt gewonnen hatte, notwendig geworden.

9) Hier lag eine Absprache der FDP mit der CDU vor. Die FDP verzichtete dafür auf die Aufstellung eigener Kandidaten in zwei niedersächsischen Wahlkreisen.

Direktmandat geschlagen, an fünfter Stelle auf der FDP-Landesliste placiert, doch sicher in den Bundestag. Auch für die Wahl des Jahres 1961 war Mauk, anders als Simpfendörfer und Bazille, auf der Landesliste seiner Partei abgesichert. Sein zweiter Platz dort unterstreicht die Bedeutung, die ihm seine Partei auch überregional zumaß.

Während also Bazille und Simpfendörfer die Determinanten eines politischen Erfolgs oder Mißerfolgs im Wahlkreis allein suchen mußten, konnte Mauk, sich des Mandats praktisch schon vor der Wahl sicher was den Wahlkreis betraf, auch andere Ziele als den Mandatsgewinn setzen. Zunächst einmal wollte er im Wahlkreis "seine Pflicht tun"; dann hätte er es gern gesehen, wenn er, gemessen am Erststimmenanteil, den CDU-Kandidaten Simpfendörfer schlagen könnte. Schließlich wurde auch von ihm die Chance, noch einmal ein Direktmandat für die FDP zu erringen, nicht völlig ausgeschlossen.

Tabelle 101

Der Bekanntheitsgrad der Wahlkreiskandidaten von SPD, CDU und FDP im Juli 1961 in den Distrikten Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land

Nennung von Kandidaten	Heilbronn	Dortmund	Arnsberg- Soest	München- Land
	%	%	%	%
Einen oder mehrere Kandidaten genannt	21	5	16	6
Keine Kandidaten genannt	79	95	84	94
Total	100	100	100	100
N =	309	291	328	295

Umfragen vom Juli 1961 in den Distrikten Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land

Der Umstand, daß die Kandidaten der SPD, CDU und FDP die politische Bühne des Heilbronner Wahlkreises schon so lange beherrschten, trug sicher dazu bei, daß ihre Kandidatur auch für die Wahl von 1961 schon im Juli des Jahres mit 21 Prozent einem Fünftel der Wahlkreisbevölkerung bekannt war (spontane Nennung!). In allen anderen untersuchten Distrikten lag der Bekanntheitsgrad der Kandidaten unter dem in Heilbronn erreichten Wert.

Von den einzelnen Kandidaten im Heilbronner Wahlkreis lag Simpfendorfer (CDU) mit 17 Prozent der Nennungen leicht vor Bazille (SPD) und Mauk (FDP). Auch hier spiegelt sich im Bekanntheitsgrad der Kandidaten die typische Dreiparteienkonstellation. Diese Besonderheit hebt den Heilbronner Distrikt deutlich von den übrigen ab.

Tabelle 102

Der Bekanntheitsgrad der einzelnen SPD-, CDU- und FDP-Kandidaten im Juli 1961 in den Wahlkreisen Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land

Kandidaten (Partei)	Heilbronn		Dortmund			Arnsberg- Soest	München- Land
	%	I %	II %	III %	%	%	
SPD- Kandidat	15	2	2	1	4	2	
CDU- Kandidat	17	0	0	0	16	5	
FDP- Kandidat	14	-	-	-	1	0	
N =	309		291		328	295	

Umfragen vom Juli 1961 in den Distrikten Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land

Während sich zwischen Beginn und Ende des Wahlkampfes bei den Spitzenpolitikern des Bundes, was ihre Bekanntheit anging, kaum etwas änderte, Mende vielleicht ausgenommen, bewirkte der Wahlkreiswahlkampf eine Steigerung des Bekanntheitsgrades der Wahlkreis Kandidaten um bis zu 45 Prozentpunkte. Und auch hier hebt sich wieder die Dreiparteienkonstellation Heilbronns von den anderen Wahlkreisen ab.

Tabelle 103

Der Bekanntheitsgrad der einzelnen SPD-, CDU- und FDP-Kandidaten im September 1961 in den Wahlkreisen Heilbronn, Dortmund Arnsberg-Soest und München Land

Kandidaten (Partei)	Heilbronn	Dortmund			Arnsberg- Soest	München- Land
	%	I %	II %	III %	%	%
SPD- Kandidat	55	7	9	6	26	3
CDU- Kandidat	60	6	-	0	48	36
FDP- Kandidat	59	1	-	0	23	1
N =	312	241			332	294

Umfragen vom September 1961 in den Distrikten Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land

Schon der Umstand, daß die Steigerung des Bekanntheitsgrades jedes einzelnen Heilbronner Kandidaten über der jedes anderen Wahlkreispolitikers der untersuchten Distrikte lag, deutet an, wie intensiv in der Zeit zwischen Juli und September 1961 im Heilbronner Wahlkreis um das Mandat gekämpft wurde.

Die Hauptlast dieses Wahlkampfes trugen dabei eindeutig die Kandidaten. In der letzten Phase des lokalen Wahlkampfes, die bei der SPD gegen Anfang August, bei der CDU etwa Mitte bis Ende Juli und bei der FDP gegen Ende August 1961 angesetzt werden muß, sprachen der SPD-Kandidat etwa ein- bis zweimal, der CDU-Kandidat einmal und der FDP-Kandidat zweimal pro Tag auf einer Wahlversammlung im Distrikt. Jeder der drei Kandidaten hatte sich eine eigene Strategie der Wahlkampf-führung zurechtgelegt.

Bazilles Überlegungen maßen den von ihm so genannten "Multiplikatoren" in den Betrieben besondere Bedeutung zu. Bei ihnen wollte er einmal erfahren, was die Leute interessierte, wie sie über die Politik dachten; zum anderen wollte er sie für sich gewinnen, damit sie in ihren Verkehrskreisen für ihn sprächen. Er bevorzugte die Ansprache von Gruppenvertretern wie Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und führenden Persönlichkeiten sonstiger Verbände und Organisationen.

Hervorzuheben ist, daß der SPD-Kandidat bei etwa 30 Unternehmern Hausbesuche machte, um sie mit dem Gedankengut einer modernen Sozialdemokratie, insbesondere mit dem Godesberger Programm, bekanntzumachen.

Simpfendörfer hatte seine Hoffnungen vor allem auf ein Preisrätsel gesetzt, mit dem er die Unpolitischen in der Bevölkerung zu erreichen suchte. Die Lösung des einfachen Silbenrätsels ergab den Namen des Kandidaten der CDU. Als ersten Preis konnte man ein NSU-Automobil gewinnen. Dieser Wagen wurde vom 12. 8. bis zum 8. 9. 1961 mit einem großen Propagandaaufwand in den Städten und Dörfern des Wahlkreises gezeigt. Täglich verteilten Helfer 500 bis 1000 Handzettel mit der Aufgabe¹⁰. Aufgrund der eingegangenen richtigen Antworten wurden zur abschließenden Verlosung rund 5500 Einladungen verschickt. Da man die Zahl der Teilnehmer an der Veranstaltung hoffnungslos unterschätzt hatte, schlug der werbende Effekt der Kampagne am Ende noch fast in das Gegenteil um. Etwa 500 Personen, die eine Eintrittskarte besaßen, konnten auch in einem zweiten, eilig besorgten Saal keinen Platz mehr finden. Der auch von der lokalen Presse herausgestellten Werbeaktion fehlte so der gelungene Abschluß. Beobachtungen über die Wirkung der Aktion in der Bevölkerung haben ergeben, daß die meisten Personen, die mit der Aktion Preisrätsel in Berührung kamen, zunächst glaubten, es handele sich um eine Werbemaßnahme der NSU-Automobilwerke. Viele bemerkten den politisch gemeinten Sinn auch dann noch nicht, als sie die Lösung herausbekommen hatten. Ein weiterer Teil stellte fest, daß man hier wohl für Zwei Reklame mache: für die NSU und die CDU. Allgemein war das Interesse jedoch groß. Die Aktion war kostenlos und man konnte ein Auto gewinnen¹¹.

Daneben versuchte Simpfendörfer durch Stammtischgespräche, Informationsfahrten, Einladungen zu geselligem Beisammensein und Kaffeekränzchen noch weitere Kreise der unpolitischen Bevölkerung anzusprechen und bei ihnen Sympathiewerbung zu betreiben.

Die Strategie Mauks war, wie die Bazilles, wieder ungleich politischer angelegt. In den zwanzig Tagen, die ihm für den Wahlkreiswahlkampf zur Verfügung standen, hielt er in 83 Gemeinden auf dem Markt- oder Dorfplatz Kurzansprachen über die politische Lage. Der FDP-Kandidat benutzte dazu einen Lautsprecherwagen. Obzwar es ihm nicht so recht behagte, sich mit dem Mikrophon in der Hand auf öffentliche Plätze zu stellen und zu reden, zeigte ihm doch die Beteiligung der Bevölkerung, je nach Größe des Ortes zwischen 30 und 120 Personen, daß sein Vorgehen Erfolg hatte¹².

10) In Neckarsulm wurden um die Mittagszeit sogar bis zu 5000 Zettel verteilt.

11) Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 177 ff.

12) Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 144

Alle drei Kandidaten wurden von ihren lokalen Parteiorganisationen unterstützt.

Ein Teil der Planung und Organisation des SPD-Wahlkampfes wurde von Unterbezirkssekretär H. Großhans, Heilbronn, durchgeführt, der daneben jedoch auch noch die Wahlkreise Backnang (172) und Crailsheim (173) zu betreuen hatte. Zwischen der regionalen Parteiorganisation der SPD und ihrem Kandidaten kam es zu Reibungen, so daß Bazille seinen Wahlkreiswahlkampf bis zu einem gewissen Grade an der lokalen Parteiorganisation vorbei führen mußte¹³. Die Spannungen waren einerseits dem Kurswechsel der SPD nach dem Godesberger Programm zuzurechnen, das Bazille voll, viele Genossen des lokalen Bereichs aber nur mit halbem Herzen unterstützten. Zum anderen waren sie auf die schlechte Placierung Bazilles auf der Landesliste zurückzuführen, die Bazille zum Teil dem mangelnden Einsatz des Unterbezirkssekretärs zuschrieb. Dennoch setzte die Partei auf den etwa 100 Versammlungen der letzten Phase des Wahlkampfes im Wahlkreis 16 lokale Redner ein, vor allem die drei SPD-Landtagsabgeordneten Ulrich, Köhler und Groß. Außer dem Kandidatenbrief: "Es geht um Deutschlands Zukunft", Kandidatenplakaten und Anzeigen in den regionalen Tageszeitungen gab es keine von der lokalen Organisation in eigener Regie hergestellte und gestreute Werbekünder der SPD mehr. Unter den fünf Bundesrednern der SPD, die im Wahlkreis auftraten, befand sich Willi Brandt. Er sprach am 6. September in Heilbronn, Neckarsulm, Bad Wimpfen und Bad Friedrichshall. Etwa 20000 Menschen hörten seine Ansprachen. Die Fahrt des Kanzlerkandidaten der SPD durch das Neckartal wurde von der Partei als großer Erfolg gewertet. Die Brandt-Versammlung war zunächst für den 28. August geplant und angekündigt worden. Sie sollte im Rahmen des SPD-Kabarets "Leute von Heute" stattfinden. Wegen der Berlin-Krise hatte Brandt jedoch kurzfristig absagen müssen. Der SPD in Heilbronn blieb keine Möglichkeit mehr, diese Absage vor Beginn der Veranstaltung bekanntzugeben. Trotzdem hatte das Publikum für das Fehlen des "Stars" der Kundgebung Verständnis. Die Vorstellung des SPD-Wahlkabarets wurde auch so ein voller Erfolg.

Bei einem Vergleich der Unterstützung der Kandidaten durch die Organisation ihrer Parteien mußten man sagen, daß der CDU-Kandidat Simpfendorfer die wohl wirksamste Hilfe erhielt. Der Kreisgeschäftsführer der CDU war in jeder Hinsicht sehr aktiv. Er organisierte mit der geringsten Zahl lokaler Redner etwa 60 Versammlungen. Es gelang ihm elf Bundesredner der CDU, darunter Erhard, Gerstenmaier, von Hassel und Lücke für Versammlungen im Wahlkreis zu gewinnen. Der Werbeaufwand für diese Veranstaltungen schlug sich in hohen Besucherzahlen nieder. Auch im Falle der CDU wurden, neben den zen-

13) Vgl. Materialband "Interviews und Berichte" S. 32-33

tral entworfenen und gestreuten Plakaten der Bundespartei, lediglich Kandidatenplakate selbst hergestellt. Dazu kamen Kandidatenbriefe und Inserate, die von der lokalen Parteiorganisation in Auftrag gegeben wurden. Für die Versammlungsankündigungen stand der Partei ein Lautsprecherwagen zur Verfügung. CDU-Werbefilme wurden zwei Wochen lang in den Dörfern des Wahlkreises vorgeführt¹⁴.

Auch Mauk wurde von seiner Kreisgeschäftsstelle gut unterstützt. Hier wurden Kandidatenbriefe, Kandidatenplakate, Handzettel zur Versammlungsankündigung und Inserate für die regionale Presse entworfen. Als einzige der Parteien entwarf und druckte die Heilbronner FDP auch ein Plakat, das nicht den Kandidaten zeigte. Um besonders die Wählerinnen zu erfassen veranstaltete die FDP, wie schon erwähnt, eine große Modenschau in Zusammenarbeit mit sieben Heilbronner Modehäusern. Die Veranstaltung war mit 250 Personen gut besucht. Als besonderen Anreiz hatte man die Verlosung von 50 Paar Damenstrümpfen vorgesehen. An dieser Verlosung waren alle Frauen teilnahmeberechtigt, die aus sieben Zahlen die "richtige", die Ziffer 3 als Kennzeichnung der FDP auf dem Wahlzettel, herausgefunden hatten, Diese Aktion wurde nicht von allen FDP-Anhängern gern gesehen, man tolerierte sie, denn: " ... Man muß ja was bieten, sonst kommt überhaupt keiner mehr"¹⁵. Wie die SPD, so konnte auch die FDP ein großes Aufgebot lokaler Redner mit in den Wahlkampf schicken, die in einem Zeitraum von 20 Tagen auf rund 40 Versammlungen sprachen. Von Bund und Land griffen acht Redner für die FDP in den Heilbronner Wahlkampf ein. Dazu hielt die Partei im Juli 1961 ein "Liberales Kulturforum", an dem alle prominenten Kulturpolitiker der FDP teilnahmen, in Heilbronn ab. Prominentester Gast war Erich Mende, der am 4. Juli auf einer großen Kundgebung sprach. Verglichen mit den beiden anderen Parteien führte die FDP den Wahlkampf jedoch im Wesentlichen mit lokaler Unterstützung.

Genauere Angaben über die Höhe der Geldmittel, die von den Parteien im Wahlkreis aufgewendet wurden, waren nicht zu erfahren. Eine Überschlagsrechnung ergab, daß pro Partei etwa ein Betrag in der Größenordnung von 30 000 bis 40 000 DM angesetzt werden kann. Aus laufenden Mitgliederbeiträgen konnten diese Ausgaben, insbesondere im Falle der FDP und der CDU, nicht bestritten werden. Man war, neben den Beträgen, die von den Kandidaten aufgebracht wurden, auf Spenden angewiesen. Über die Zusammensetzung der Spenderkreise konnten ebenfalls keine genauen Angaben ermittelt werden. Es ist zu vermuten, daß CDU und FDP insbesondere von Kreisen der Industrie und des Gewerbes unterstützt wurden.

14) Vgl. Materialband "Beobachtungen" S. 147 ff.

15) Vgl. Materialband "Interviews und Berichte" S. 123

Abschließend soll noch auf eine Besonderheit des Heilbronner Wahlkampfes hingewiesen werden. Im Gegensatz zum Bund, wo man es besonders von Seiten der CDU vermied, sich in öffentliche Streitgespräche auf gemeinsamen Veranstaltungen einzulassen¹⁶, waren im Distrikt Forumsgespräche, von den verschiedensten Organisationen angeregt und ausgerichtet, ausgesprochen häufig¹⁷. Diese Veranstaltungen waren durchweg gut besucht. Sie ermöglichten nicht nur einen Vergleich der Ansichten und der rednerischen Qualitäten der Kandidaten, sie gaben den Organisationen auch eine sofortige Chance, bei der Meinungsbildung ihrer Mitglieder mitzuwirken.

Tabelle 104

Der Rednereinsatz der Kandidaten, von sonstigen Wahlkreispolitikern und prominenten Bundes- oder Landespolitikern der Parteien im Heilbronner Wahlkreis in der letzten Phase des Wahlkampfes 1961

Rednereinsatz
der Kandidaten

Bazille (SPD)	ca. 50	Versammlungen
Simpfendörfer (CDU)	" 60	"
Mauk (FDP)	" 40	"

Rednereinsatz
sonstiger Wahl-
kreispolitiker

SPD 15 Redner	ca. 100	"
CDU 10 "	" 60	"
FDP 15 "	" 37	"

Einsatz von pro-
minenten Bundes-
und Landesrednern

SPD 5 Redner	ca. 9	"
CDU 11 "	" 12	"
FDP 8 "	" 9	"

dazu das "Liberale Kulturforum"

2. Regionale Themen des Wahlkampfes

Die inhaltliche Aussage der Kandidaten deckte sich weitgehend mit der allgemeinen Linie der Bundesparteien.

Bazille war bemüht, die Leitsätze des Godesberger Programms und den Kanzlerkandidaten Willy Brandt in den Mittelpunkt zu stellen. Ersteres war nicht immer leicht; vor allem auf Wahlversammlungen in kleineren Gemeinden, die jedoch in der Regel nur von überzeugten Parteianhängern besucht wurden, vermisste man den kämpferischen Tonfall und meinte, der Redner spräche diesmal: "... wie zu lauter Lämmern"¹⁸. Dennoch fanden insbesondere in den Städten die Gedanken des Godesberger Programms Anklang¹⁹. Die gegen Brandt vorgebrachten schmutzigen Angriffe von Seiten der CDU²⁰ waren hingegen leicht in positive Reaktionen für die SPD umzusetzen. Bazille versäumte kaum eine Gelegenheit darauf einzugehen und sie zu widerlegen.

Simpfendörfer hatte allgemein den schwersten Stand. Er wies vor allem auf die Erfolge der CDU in der Vergangenheit hin. Sie habe durch ihre Politik den Wohlstand ermöglicht und durch den Aufbau der Bundeswehr die Bedrohung aus dem Osten abgewehrt. Die Kanzlerfrage wurde von ihm kaum behandelt. Simpfendörfer, der schon während der Adenauerschen Manipulationen um das Amt des Bundespräsidenten ein Telegramm nach Bonn geschickt hatte, in dem es hieß: "... daß es so doch nun auch nicht ginge", wollte und konnte eine weitere Kanzlerschaft Adenauers nicht unterstützen.

Mauks Ausführungen waren, wenn er sich nicht in Details der Agrar- oder Mittelstandspolitik verlor, klar und eindeutig. Er war gegen das Wohlstandsdenken, gegen ein schlechtes Benehmen im Wahlkampf, gegen die absolute Mehrheit einer Partei, für eine Intensivierung der parlamentarischen Arbeit, für eine "positive" Agrarpolitik und für eine große Steuerreform zugunsten der mittelständischen Wirtschaft. In der Diskussion um die Kanzlerschaft Adenauers legte sich Mauk nicht fest.

16) Wildenmann, Rudolf und Erwin K. Scheuch, "Der Wahlkampf 1961 im Rückblick", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 57

17) So u. a.: Heimatverein Möckmühl (26. 5. 1961), Handwerker Heilbronn (23. 6. 1961), Forum Neuenstadt (17. 7. 1961), Gewerkschaften Heilbronn (25. 8. 1961), Forum Weinsberg (4. 9. 1961), Forum der Evangelischen Aktionsgemeinschaft Bad Boll für Arbeitnehmerfragen in Lauffen a.N. (15. 9. 1961)

18) Vgl. Materialband "Interviews und Berichte" S. 9

19) Vgl. Materialband "Interviews und Berichte" S. 16 ff.

20) Wildenmann, Rudolf und Erwin K. Scheuch, "Der Wahlkampf 1961 im Rückblick", in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 60

Nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurde der Wahlkampf im Distrikt noch intensiver geführt als vorher. Das besonnene Verhalten Willy Brandts in Berlin brachte den Sozialdemokraten weitere gute Argumente. Die Äußerungen Adenauers in Regensburg und die von ihm zu spät erkannte geänderte Lage, gereichten weder seiner Partei noch dem Kandidaten der CDU zum Vorteil. Dennoch erfaßte Simpfendörfer den Werbewert der Situation intuitiv am besten. Er flog, begleitet von einem Mitglied der Redaktion der Heilbronner Stimme, sofort nach Berlin, hatte eine gute Presse und konnte in seinen Wahlversammlungen davon berichten. Die Freien Demokraten und ihr Kandidat Mauk wiesen darauf hin, daß ihre Wahlkampfführung von vornherein den Ernst der deutschen Lage am besten erkannt und am angemessensten ausgedrückt habe. Dabei wurde mit Vorliebe der Wahlauf Ruf vom

Tabelle 105

Die Häufigkeit der Unterhaltung über Politik zu Beginn, während und nach dem Wahlkampf

Unterhaltung über Politik	Juli 1961 Zu Beginn des Wahl- kampfes	September 1961 Gegen Ende des Wahlkampfes	November 1961 Nach dem Wahlkampf
	%	%	%
In den ver- gangenen 6 Tagen	40	62	32
Zu einem Zeit- punkt davor	25	18	33
Keine Unter- haltung über Politik, keine Angabe	35	20	35
Total	100	100	100
N =	309	312	370

Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Tabelle 106

Die Beurteilung der Bedeutung der Bundestagswahl 1961 für die Bundesrepublik zu Beginn, während und nach dem Wahlkampf

Bedeutung der Bundes- tagswahl	Juli 1961	September 1961	November 1961
	Zu Beginn des Wahl- kampfes	Gegen Ende des Wahlkampfes	Nach dem Wahlkampf
	%	%	%
Sehr groß	25	50	19
Groß	36	34	50
Mittel	18	7	21
Wenig	3	4	5
Sehr wenig	5	3	1
Keine Angabe	13	2	4
Total	100	100	100
N =	309	312	370

Umfragen von Juli, bis September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

März 1961 zitiert, in dem es hieß: "... Unser Vaterland ist geteilt. Der Gegensatz Ost-West kann jeden Tag zu einer Katastrophe führen. Der Wohlstand in der Bundesrepublik verschleiern die Bedrohung unserer nationalen Existenz. Unser Volk ist auf ernste Belastungsproben nicht vorbereitet. ..."

Es mag mit eine Folge nicht nur der intensiven Wahlkampfführung, sondern auch der Ereignisse um Berlin gewesen sein, daß das Interesse an Politik und das Gefühl der Bedeutung der Wahl für die Bundesrepublik, wie für die einzelnen Befragten persönlich, von Mitte Juli bis Mitte September so stark stieg.

Tabelle 107

Die Beurteilung der Bedeutung der Bundestagswahl 1961 für die Befragten persönlich im Juli und im September

Bedeutung der Bundes- tagswahl	Juli 1961	September 1961
	Zu Beginn des Wahl- kampfes	Gegen Ende des Wahlkampfes
	%	%
Sehr groß	7	22
Groß	13	24
Mittel	25	26
Wenig	15	13
Sehr wenig	33	13
Keine Angabe	7	2
Total	100	100
N =	309	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Neben der Interpretation und Kommentierung von Themen des Wahlkampfes, die wesentlich vom Bund bestimmt wurden, gab es drei ausgesprochen wahlkreisbezogene Streitfragen:

1. den "Beschäftigungsboykott" Bazilles,
2. die "Zwetschgenfrage",
3. den Bruch des "Möckmühler Abkommens".

Wie bereits erwähnt, gehörte es zur Wahlkampfstrategie Bazilles, vor allem die Arbeiter und Angestellten der Mittel- und Großbetriebe im Wahlkreis direkt anzusprechen. Aus diesem Grunde bat er im Juni und Juli 1961 verschiedene Industrielle um eine zeitweilige Beschäftigung in ihren Unternehmen: "... nicht nur um der eigenen Fortbildung willen, sondern vor allem auch zum Zwecke der unmittelbaren Einsicht in die vielfältige Problematik, vor die sich der Parlamentarier heute und hier gestellt sieht"²¹. Bazilles Bemühungen hatten keinen Erfolg. Nicht ein Betrieb wollte den Abgeordneten vor der Wahl beschäftigen.

21) Neckar Echo, 19. 7. 1961, Nr. 163, S. 4

Durch diesen Umstand erbost, brachte Bazille die Angelegenheit auf einer Pressekonferenz der Heilbronner SPD am 17. Juli 1961 in die Öffentlichkeit. Er nannte das Verhalten der Unternehmer einen Boykott, der gegen das Schwerbeschädigtengesetz und das Grundgesetz verstoße²². Simpfendörfer, der die Sache in einen Lacherfolg zu seinen Gunsten umsetzen wollte, bot Bazille in einem Brief, den er sogleich der Presse übergab, eine Beschäftigung in der von ihm geleiteten Molkeerei Kochertal an. Bazille, der Simpfendörfers Absicht nicht übersehen konnte, schrieb daraufhin einen ablehnenden Antwortbrief, in dem er seine Motive noch einmal klarstellte und übergab ihn ebenfalls der Presse. Dieser Briefwechsel, von allen regionalen Tageszeitungen veröffentlicht, wurde von niemanden, bis auf die Kontrahenten, so recht ernst genommen. Bis zu einem gewissen Grad trug er sogar eine ungewollt heitere Note in die Wahlkampfauseinandersetzungen. Die "Neckar-Rundschau", Lauffen, schrieb dazu: "... nein, lieber Leser, nicht von Lorient, diesmal von Simpfendörfer an Bazille und von Bazille an Simpfendörfer! Eine recht amüsante Geschichte, die sich da die beiden Heilbronner Abgeordneten einfallen ließen"²³.. Bazille, der die Angelegenheit mit Vertretern des Unternehmerverbandes weiterverhandelte, war am 28 Juli in der Lage zu schreiben, daß die Meinungsverschiedenheiten geklärt und eine für alle Teile befriedigende Lösung herbeigeführt worden sei²⁴. Allerdings war nun die Zeit bis zum Ende des Wahlkampfes so knapp, daß er die gebotenen Möglichkeiten nicht mehr ausnutzen konnte.

Die zweite und dritte Wahlkampffrage wurde zwischen Mauk und Simpfendörfer ausgetragen.

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit gibt es für die Steinobsterzeuger, je nach der Wetterlage im Sommer und Herbst, das Problem, ob für das Brennen der Zwetschgen vom Bundesfinanzminister Steuerermäßigungen gewährt werden. Diese Lage war auch im Wahljahr 1961 wieder gegeben. Mauk, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesausschusses Obst und Gemüse auch mit diesem Problem konfrontiert wurde, wies in einer Pressekonferenz am 31. August 1961 darauf hin, daß auf seine Initiative diese Steuerermäßigung demnächst gewährt würde. Simpfendörfer seinerseits behauptete nun in einer Gegenerklärung, Mauk sei über diese Angelegenheit nicht im Bilde. Er, Simpfendörfer, habe sich zum Fürsprecher der Zwetschgenerzeuger gemacht. Es sei seinen Bemühungen und denen seiner Freunde von der CDU zuzuschreiben, daß der Finanzminister aktiv geworden sei²⁵. Mauk gab daraufhin

22) Neckar Echo, 19. 7. 1961, Nr. 163, S. 4

23) Neckar-Rundschau Lauffen, 26. 7. 1961

24) Veröffentlicht im Neckar Echo, 31. 7. 1961, Nr. 173, S. 5

25) Heilbronner Stimme, 8. 9. 1961, Nr. 207, S. 8

bekannt, er habe es nicht nötig, sich in Obstanlagen mit fremden Federn zu schmücken. Nach den ersten Anzeichen für eine Rekorderte an Zwetschgen habe er sich durch den Bundesausschuß Obst und Gemüse und durch den Deutschen Bauernverband an die Bundesregierung gewendet. Auch über diese Kontroverse, die dadurch beigelegt wurde, daß Mauk dem CDU-Abgeordneten im Namen der Steinobsterzeuger - etwas ironisch - seinen Dank für die Unterstützung aussprach, berichtete die regionale Presse ausführlich. Immerhin erinnerten sich noch im November 1961 62 Prozent der Befragten an dieses Wahlkampfthema und äußerten dazu eine Meinung. Simpfendörfers Bemühungen um die Zwetschgenbauern wurden dabei selbst von seinen eigenen Wählern geringer eingeschätzt als die seines FDP-Kollegen, der von der überwiegenden Mehrheit aller Wähler als kompetenter Vertreter der Agrarinteressen angesehen wurde.

Tabelle 108

Regionale Wahlkampfthemen: Wer hat die Zwetschgenfrage gelöst?

Kandidaten	Wähler				
	SPD	CDU	FDP	Sonstige	Total
	%	%	%	%	%
Simpfen- dörfer (CDU)	7	15	10	9	10
Mauk (FDP)	51	39	72	41	52
Bazille (SPD)	2	-	-	-	-
Keine Angabe	40	46	18	50	38
Total	100	100	100	100	100
N =	114	116	85	54	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Vorgeschichte des dritten, wahlkreisbezogenen, Wahlkampfthemas begann am 26. Mai 1961 auf einer Forumsveranstaltung des Heimatvereins Möckmühl, auf der alle drei Kandidaten zu den politischen Problemen Stellung nahmen. Angeregt durch Ausführungen Simpfendör-

fers hatte man sich dort in der noch relativ ruhigen Zeit gegenseitig versprochen, einen sachlichen und fairen Wahlkampf im Wahlkreis zu führen. Mauk warf nun Simpfendörfer auf einer Pressekonferenz am 31. August 1961 vor, er habe dieses "Möckmühler Abkommen" verletzt, da er " . . . mehrfach Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt . . ." habe²⁶. Simpfendörfer wies die Beschuldigungen zurück. Auch diese Angelegenheit kam unter Überschriften wie: "Mauk: CDU hat Möckmühler Abkommen verletzt" oder: "Simpfendörfer weist Anschuldigungen zurück: CDU-Abgeordneter bestreitet Vorwurf Mauks, das Möckmühler Abkommen verletzt zu haben" in die Presse. Der Bevölkerung war dieses Wahlkampfthema im November 1961 nicht mehr so gut bekannt wie etwa die Zwetschgenfrage. Immerhin erinnerten sich 16 Prozent der Befragten an den Vorfall, insbesondere die FDP-Wähler.

Tabelle 109

Regionale Wahlkampfthemen: Das Möckmühler Abkommen

Informa- tion	Wähler				Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige	
	%	%	%	%	%
Habe davon gehört	16	9	30	9	16
Habe nicht davon gehört	78	85	65	85	79
Keine Angabe	6	6	5	6	5
Total	100	100	100	100	100
N =	114	116	85	54	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Auf eine Nachfrage, in welcher der Inhalt des Abkommens dargestellt wurde, waren 29 Prozent der Befragten bereit eine Meinung darüber zu äußern, wer denn von den Kandidaten diese Vereinbarung gebrochen habe. Über den vermeintlichen Täter war man sich, besonders bei den SPD- und FDP-Wählern, ziemlich einig.

26) Heilbronner Stimme, 1. 9. 1961, Nr. 201, S. 11

Tabelle 110

Regionale Wahlkampfthemen: Wer hat das Möckmühler Abkommen gebrochen?

Kandidaten	Wähler				Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige	
	%	%	%	%	%
Simpfen- dörfer (CDU)	20	9	26	9	16
Mauk (FDP)	10	7	2	4	6
Bazille (SPD)	2	11	7	2	6
Keine Angabe	68	73	65	85	72
Total	100	100	100	100	100
N =	114	116	85	54	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

3. Der Informationsgrad über das regionale Wahlkampfgeschehen

Kenntnis und Beurteilung der Kandidaten, Wissen um die direkt und über die Landesliste gewählten Abgeordneten, Information über und Stellungnahme zu Wahlkampfthemen von regionaler Bedeutung, dies alles sind auch Indikatoren für das, was in der Wahlrechtstheorie, insbesondere von Verfechtern der Mehrheitswahlssysteme, als Funktionen relativ kleiner, überschaubarer Wahlkreise in bezug auf die Wählerschaft herausgestellt wurde: bessere Beziehung der Wähler zu Kandidaten und Parteien, besseres Verständnis von Politik und der Wirkweise demokratischer Systeme²⁷.

Aus den in der Umfrage vom November 1961 enthaltenen Fragen über Fakten des Wahlkreiswahlkampfes und solchen, die eine Bereit-

27) Eine Zusammenfassung gibt: Unkelbach, Helmut, "Grundlagen der Wahlsystematik", Göttingen 1956, S. 109 ff. insbesondere S. 120 ff.

Zu diesem Themenkreis hat sich von den Mitgliedern der Wahlrechtskommission vor allem Hans Luther geäußert.

schaft der Befragten zur Beurteilung regionaler Angelegenheiten messen sollten, wurde ein Index: Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf gebildet, der auch als Indikator für regionalen Bezug verwendet werden soll. Der Index faßt die Antworten auf fünf wahlkreisbezogene Fragen zusammen. Zwei Fragen messen das Wissen um die 1961 im Heilbronner Distrikt gewählten Abgeordneten. Auf die erste Frage mußte mit Namen und Partei des direkt gewählten Abgeordneten, auf die zweite mit Namen und Partei des über die Landesliste in den Bundestag gewählten Abgeordneten geantwortet werden. Zwei weitere Fragen bezogen sich auf das Möckmühler Abkommen. Die erste der beiden Fragen ging dahin, ob der Befragte von diesem Abkommen gehört hatte oder nicht, die zweite, ob er eine Meinung darüber äußern wollte, wer diese Vereinbarung gebrochen habe. Als fünfte Frage wurde in den Index einbezogen, ob die Befragten eine Meinung darüber äußern wollten, welche zwei der drei Kandidaten sich untereinander wohl am besten verstanden. Für jede beantwortete Frage (im Falle der Meinungsfragen) und jede korrekt beantwortete Frage (im Falle der Wissensfragen) wurde ein Punkt gegeben, so daß 0 Punkte den geringsten, 5 Punkte den höchsten Grad an regionaler Information kennzeichnen. Es ergab sich folgende Verteilung:

Tabelle 111
Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf¹

	%
+ 5	9
+ 4	11
+ 3	18
+ 2	20
+ 1	21
0	21
Total	100
N =	367
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn	

1) Zur Indexbildung siehe auch Anhang IV

Für die folgende Analyse werden: +5/+4, +3/+2 und +1/0 zusammengefaßt und als hoher, mittlerer und geringer Informationsgrad bezeichnet.

Der Informationsgrad war generell überraschend hoch, wenn man bedenkt, daß sich die Befragten, insbesondere was die Wahlkampfthemen angeht, immerhin an Ereignisse zurückerinnern mußten, die zwei bis drei Monate zurücklagen und, wie etwa die Fragen nach dem Möckmühler Abkommen, doch zum Teil sehr speziell waren.

Zunächst stellt sich die Frage, wie der Bezug zum regionalen politischen Geschehen mit allgemeineren Indikatoren für politisches Interesse und politische Involvierung zusammenhängt²⁸.

Betrachtet man den Index im Zusammenhang mit der Selbsteinschätzung des politischen Interesses, so kann man eine hohe Übereinstimmung zwischen dem Grad des allgemeinen Interesses an Politik und dem Grad des regionalen politischen Bezugs feststellen: je interessierter die Befragten sich allgemein einschätzten, umso größer war auch ihr regionaler Informationsgrad.

Tabelle 112

Selbsteinschätzung des politischen Interesses und Information über den Wahlkreiswahlkampf

Informationsgrad	Politisches Interesse (subj.)					Total
	sehr stark	stark	mittel	gering	kein Interesse, keine Angabe	
	%	%	%	%	%	%
Hoch	67	46	24	10	4	21
Mittel	25	35	43	41	29	38
Gering	8	19	33	49	67	41
Total	100	100	100	100	100	100
N =	12	43	154	81	77	367

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

28) Zu einer Diskussion dieser Indikatoren vgl.: Pappi, Franz, "Das Wahlverhalten im Bezugsrahmen der politischen Kultur", unveröffentlichtes Manuskript, 1966

Eine ähnliche Beziehung ergibt sich, wenn auch nicht so ausgeprägt, bei Verwendung der Häufigkeit der Unterhaltung über Politik als Indikator.

Tabelle 113

Unterhaltung über Politik und Information über den Wahlkreiswahlkampf

Informationsgrad	Unterhaltung über Politik			Total
	in den vergangenen 6 Tagen	zu einem Zeitpunkt davor	Keine Angabe	
	%	%	%	
Hoch	28	24	10	21
Mittel	42	37	32	37
Gering	30	49	58	42
Total	100	100	100	100
N =	115	119	124	358

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Aus diesen Ergebnissen ergibt sich, daß die Teilnahme am politischen Geschehen im regionalen Kontext als Komponente eines generelleren Interesses aufgefaßt werden kann. Inwieweit dieses generellere Interesse durch die Beobachtung regionaler politischer Gegebenheiten seinerseits verstärkt und angeregt wird, kann hier nicht entschieden werden. Es ist jedoch zu vermuten, daß Interdependenzen vorhanden sind.

Regionaler Wahlkampfbezug und die Information über Einrichtungen des politischen Gesamtsystems stehen ebenfalls in einem positiven Zusammenhang. Fragt man, ob Personen mit einem hohen Grad an Wahlkampfinformation auch über die institutionellen Regeln des politischen Systems besser unterrichtet sind, so ergibt sich auch hier eine hohe, gegenseitige Beziehung.

Tabelle 114

Information über den Wahlkreiswahlkampf und Information über institutionelle Regeln des politischen Systems¹

Informa- tion über institutio- nelle Regeln	Information über Wahlkreiswahlkampf			
	Hoch	Mittel	Gering	Total
	%	%	%	%
Hoch	54	37	16	31
Mittel	38	43	40	40
Gering	8	20	44	29
Total	100	100	100	100
N =	74	131	153	358

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Der Index wurde übernommen von; Pappi, Franz, "Das Wahlverhalten im Bezugsrahmen der politischen Kultur" unveröffentlichtes Manuskript, 1966. Er kombiniert die Fragen um das Wissen um den Zweck der Erst- und Zweitstimme und das Wissen um die Regeln der Wahl des Bundeskanzlers. Zur Indexbildung siehe auch Anhang IV

Mit dem höheren Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf, der gleichzeitig auch ein höheres Wissen um die institutionellen Möglichkeiten des Systems impliziert, stieg auch der Anteil derer, die dieses Wissen in Form einer gespaltenen Erst- und Zweitstimme anwandten.

Tabelle 115

Information über den Wahlkreiswahlkampf und gespaltene
Abgabe von Erst- und Zweitstimme

Erst- und Zweit- stimme	Information über Wahlkreiswahlkampf			
	Hoch	Mittel	Gering	Total
	%	%	%	%
Verschiedene Parteien	11	11	5	8
Gleiche Partei	85	81	78	80
Nichtwähler, Keine Angabe	4	8	17	12
Total	100	100	100	100
N =	74	131	153	358

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Ergebnisse der bisherigen Analyse zeigen, daß politisches Interesse, politische Information und regionaler politischer Bezug im positiven Sinne zusammenhängen. Es kann jedoch hier nicht entschieden werden ob, wie von der Wahlrechtstheorie herausgestellt wird, Personen, die gut informiert sind, dies deshalb sind, weil sie entscheidende Stimuli für das Interesse an Politik durch die Beobachtung und die Teilnahme am regionalen politischen Geschehen erhalten, oder weil sie ein ganz allgemeines Interesse am Funktionieren ihrer Umwelt haben. Beide Aussagen stehen sich indes nicht entgegen und es spricht manches dafür, daß sich eine Konkretisierung politischer Prozesse im Bereich der näheren Umwelt positiv auf das Interesse an Politik auswirken kann.

Als weiteres Problem ergibt sich die Frage nach einem Zusammenhang des regionalen Bezugs zum politischen Geschehen und der Einstellung zum demokratischen System. Stehen diejenigen, die die politischen Prozesse in ihrem Wahlkreis verfolgen den demokratischen Institutionen positiver gegenüber als diejenigen, die das nicht tun?

Betrachtet man die Einstellung der Befragten unter diesem Gesichtspunkt gegenüber der zentralen Institution demokratischer Systeme, der

Wahl, so ergibt sich, daß der Anteil derer, die Wahlkampf für überflüssig und schädlich halten, mit höherer regionaler Information abnimmt.

Tabelle 116

Information über den Wahlkreiswahlkampf und die Einstellung zum Wahlkampf

Einstellung zum Wahl- kampf	Information über Wahlkreiswahlkampf			
	Hoch	Mittel	Gering	Total
	%	%	%	%
Notwendig	27	24	17	22
Nützlich	50	47	50	49
Überflüssig	21	23	33	27
Schädlich	2	6	0	2
Total	100	100	100	100
N =	74	131	153	358
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Auch waren Befragte mit hoher regionaler Information eher bereit am Wahlkampf, wie er sich 1961 zeigte, positive Züge zu sehen, als solche mit einem geringen Grad regionaler Information.

Tabelle 117

Information über den Wahlkreiswahlkampf und die Bewertung
des Bundestagswahlkampfes 1961

Bewertung des Wahl- kampfes	Information über Wahlkreiswahlkampf			
	Hoch	Mittel	Gering	Total
	%	%	%	%
Positive Bewertung	47	32	26	33
Negative Bewertung	47	50	44	47
Keine Angabe	6	18	30	20
Total	100	100	100	100
N =	74	131	153	358

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Motivation der Befragten, beim Wählen an einer politischen Entscheidung mitzuwirken, nahm mit steigendem regionalen Bezug ebenfalls zu.

Tabelle 118

Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf und Motive
der Wahl

Motive der Wahl	Information über Wahlkreiswahlkampf			
	Hoch	Mittel	Gering	Total
	%	%	%	%
An politischer Entscheidung mitwirken	53	36	25	35
Pflicht tun	42	56	60	54
Überflüssig, Zeitver- schwendung, keine Angabe	5	8	15	11
Total	100	100	100	100
N =	74	131	153	358
<i>Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn</i>				

Zu der Feststellung, daß Interesse an und Information über Politik eine regionale Komponente haben, kommt nach den zuletzt dargestellten Beziehungen die weitere Feststellung, daß diese regionale Komponente des Bezugs zum Politischen sich auch in einer positiveren Einstellung gegenüber dem demokratischen System und seinen Institutionen niederschlägt.

Den Implikationen klassischer, politisch-wissenschaftlicher Theorie soziologisch weiter nachzugehen und generell zu prüfen, inwieweit die Beobachtung von politischen Prozessen in der näheren Umwelt das Verständnis für das demokratische System fördert, muß vergleichenden Wahlkreisstudien mit speziellerem Ansatz vorbehalten bleiben.

4. Die Bedeutung der regionalen Tageszeitungen

Daß der Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf im Heilbronner Distrikt relativ hoch war, hängt eng mit der Rolle der regio-

nen Tageszeitungen, der Art ihrer Berichterstattung und Kommentierung zusammen.

Neben allen Varianten in der Wahlkampfstrategie von Kandidaten und Parteien war man sich über die Bedeutung eines Mediums gleichermaßen einig: die regionale Tagespresse. Wenn es den Parteien gelang, einen prominenten Bundes- oder Landespolitiker für eine Kundgebung zu gewinnen, wenn es galt, ein wahlkreisbezogenes Wahlkampfthema zu lancieren, stets wurde als erstes eine Pressekonferenz einberufen. Simpfendörfer und Mauk luden die Presse regelmäßig zu sich. Bazille, dem im Neckar Echo stets ein seiner Partei entgegenkommendes Presseorgan offenstand, versäumte während des Wahlkampfes ebenfalls nicht, Pressekonferenzen unter Einladung aller Vertreter der regionalen Tageszeitungen abzuhalten.

Der Kreis, der sich auf solchen "Unterländer Pressekonferenzen" traf, bestand in der Regel aus den Lokalredakteuren der Heilbronner Stimme, des Neckar Echo, der Unterländer Volkszeitung, der Neckar-rundschau Lauffen und, wenn der Anlaß sehr wichtig war, auch aus einem Vertreter der Stuttgarter Zeitung. Die intensive Unterrichtung der regionalen Presse zeigte deutlich, daß Kandidaten und Parteien der Meinung waren, regionaler Wahlkampf ohne Berichterstattung in den Zeitungen wäre ein Wahlkampf quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Diese Ansicht der Politiker wird durch die Ergebnisse der Umfragen im Distrikt voll bestätigt. Die Tageszeitung wird unter allen Informationsquellen über Politik als diejenige bezeichnet, durch die man sich am meisten über das politische Geschehen unterrichtet. Durch sie kamen 70 Prozent der Befragten mit dem Wahlkampf in Berührung. Nur das Plakat übertraf darin die Tageszeitung noch um 3 Prozentpunkte.

Bezogen auf die Situation der Presse im Heilbronner Wahlkreis heißt das: über die Vorgänge in der Politik unterrichtet man sich durch die regionale Tageszeitung, sie vermittelt den Kontakt zum Wahlkampfgeschehen.

65 Prozent aller Befragten lasen die Heilbronner Stimme, 7 Prozent das Neckar Echo und 4 Prozent die Unterländer Volkszeitung. Von den überregionalen Tageszeitungen wurde die Bild-Zeitung mit 14 Prozent am meisten genannt; es folgten die Stuttgarter Zeitung mit 5 und die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit 3 Prozent. 17 Prozent der Befragten lasen irgendeine andere Zeitung, 11 Prozent gaben an, keine Zeitung zu lesen.

Tabelle 119

Informationsquellen über Politik: Wieviel erfahren Sie persönlich aus ...
über Politik?

Informationsquellen	Erfahre:				
	Sehr viel	Viel	Einiges	Wenig	Nichts
	%	%	%	%	%
Tageszeitungen	13	27	27	14	18
Radio	6	26	35	19	13
Gespräche mit Freunden, Kollegen und Bekannten	4	7	25	24	38
Diskussion mit Leu- ten die an Politik in- teressiert sind	6	11	13	9	59
Unterhaltung im Fami- lienkreis und mit Ver- wandten	3	6	20	26	44
Fernsehen	7	8	13	14	58
Illustrierte	1	3	13	27	54
Zeitschriften und Wochenzeitungen	1	3	13	15	66
Mitteilungen von Ver- bänden, Organisationen und Parteien	3	5	4	4	85
Parteierversammlungen und Kundgebungen	4	4	3	6	82
Kino und Wochenschau	-	2	7	18	71
Keine Angabe	71	41	29	25	3
Total ¹	119	151	202	201	587
N =	309				
Umfrage vom Juli 1961 im Wahlkreis Heilbronn					

1) Mehrfachnennungen

Tabelle 120

Informationsquellen über den Wahlkampf: Haben Sie auf diese Weise in letzter Zeit etwas vom Wahlkampf bemerkt?

Informationsquellen	Habe auf diese Weise etwas vom Wahlkampf bemerkt	Habe auf diese Weise nichts vom Wahlkampf bemerkt	Habe überhaupt nichts vom Wahlkampf bemerkt	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Plakate	73	21	5	1	100
Tageszeitungen	70	25	5	0	100
Radio	66	28	5	1	100
Werbematerial wie Flugblätter und Rundbriefe	43	52	5	-	100
Gespräch mit Freunden, Kollegen und Bekannten	38	57	5	-	100
Unterhaltung im Familienkreis und mit Verwandten	35	59	5	1	100
Fernsehen	33	62	5	-	100
Parteierversammlungen und Wahlkundgebungen	26	69	5	-	100
Diskussion mit Leuten, die an Politik interessiert sind	24	71	5	-	100
Illustrierte	24	71	5	-	100
Zeitschriften und Wochenzeitungen	10	84	5	1	100
Mitteilungen von Verbänden und Organisationen	6	89	5	-	100
Kino und Wochenschau	6	89	5	-	100
N =					312

Umfrage vom September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Tabelle 121

Das Lesen regionaler und überregionaler Tageszeitungen
im Wahlkreis Heilbronn

Name und Typ der Zeitung	%
Regionale Zeitungen	
Heilbronner Stimme	65
Neckar Echo	7
Unterländer Volkszeitung	4
Überregionale Zeitungen	
Bild Zeitung	14
Stuttgarter Zeitung	5
Frankfurter Allgemeine Zeitung	3
Sonstige Zeitungen	
Lese keine Zeitung	11
Total	126
N =	312

Umfrage vom September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Die beherrschende Zeitung des Heilbronner Distrikts war die Heilbronner Stimme, eine Tageszeitung mit "liberaler und christlicher Tendenz"²⁹. Die Auflage betrug im Jahre 1961 ca. 60 000 Exemplare, einschließlich der zwei regionalen Sonderaufmachungen, der "Hohenloher Zeitung", für das Kocher- und Jagstgebiet, und der "Zaber - Neckar Post", für das Zabergäu und das mittlere Neckargebiet³⁰. Die beiden Sonderausgaben unterschieden sich nur im lokalen Teil von der Hauptausgabe für den Heilbronner Raum.

Das Neckar Echo, 1908 als SPD-Organ gegründet und im März 1933 von den Nationalsozialisten zwangsweise geschlossen, konnte erst 1949 wiedergegründet werden, da von den Besatzungsmächten bis dahin keine Parteiblätter lizenziert wurden. Das Neckar Echo gehörte im Jahre

29) Vgl. Materialband "Interviews und Berichte" S. 175

30) Zur Abgrenzung der Landschaften vgl. Anhang III

1961 zur Schwäbischen Tagwart GmbH, Stuttgart, die auch die drei anderen sozialistischen Zeitungen in Baden-Württemberg betreute. Es wurde von den Mitarbeitern als "Tendenzblatt" bezeichnet. In Heilbronn wurde lediglich der Lokal- und Sportteil redigiert und gesetzt. Überregionale Tagesnachrichten und Kommentare unterstanden der Verantwortung eines Mannheimer Chefredakteurs. Druck und Verlag befanden sich, wie bereits erwähnt, in Stuttgart. Die Auflage betrug 1961 ca. 6 000 Exemplare.

Als dritte regionale Tageszeitung, mit ca. 3 000 Abonnenten, sie war nicht im öffentlichen Tagesverkauf, ist die Unterländer Volkszeitung zu nennen. Im Jahre 1907 gegründet um die damalige Kulturkampfpolitik der württembergischen Regierung zu bekämpfen, wurde auch sie, drei Jahre später als das Neckar Echo, von den Nationalsozialisten verboten. Im Jahre 1949 wurde sie wiedergegründet. Die Unterländer Volkszeitung wurde als eine Zeitung auf christlicher Grundlage bezeichnet³¹. Wegen ihrer katholischen Grundtendenz hat sie von der Bevölkerung des Heilbronner Distrikts den Namen "die schwarze Katrin" bekommen³². Die Zeitung gehört zum Süddeutschen Zeitungsverlag mit Zentralredaktion in Stuttgart. In Neckarsulm, dem Sitz der Zeitung im Distrikt, wurden nur die Lokalnachrichten redigiert. Hauptverbreitungsgebiet war das Kocher- und Jagsttal, insbesondere die "Krumme Ebene"³³.

Eine weitere Zeitung, von ausschließlich lokaler Bedeutung im Raume Lauffen a.N., besaß der Distrikt in der Neckar Rundschau. Mit nur 2 000 Abonnenten war sie die kleinste regionale Zeitung im Jahre 1961. Auch sie wurde, wie die Unterländer Volkszeitung, nur an feste Besteller geliefert. Die Neckar Rundschau erschien viermal wöchentlich. Sie war der Zentralredaktion süddeutscher Heimatzeitungen angeschlossen, von der sie, bis auf den Lokalteil, alles an Nachrichten und Artikeln übernahm. Verlag, Druck und Lokalredaktion befanden sich in Lauffen a.N.³⁴ Die Lokalberichterstattung beschränkte sich hauptsächlich auf das Leben der 44 Vereine Lauffens, die Tätigkeit des Gemeinderats und, zu Wahlzeiten, auf die Darstellung der Aktionen und Aussagen regionaler Politiker und Parteien. Als überparteilich bezeichnet, tendierte die Zeitung zu den bürgerlichen Parteien³⁵.

Die politische Richtung der Tageszeitungen des Distrikts, die Tendenz ihrer Kommentare, wurde von den Befragten eindeutig erkannt und als solche gekennzeichnet.

31) Materialband "Interviews und Berichte" S. 181

32) Materialband "Interviews und Berichte" S. 13

33) Mit "Krummer Ebene" wird das katholische Siedlungsgebiet im Norden des Wahlkreises bezeichnet. Vgl. auch Schaubild 17

34) Buchdruckerei und Verlag Carl Pfund, Lauffen a.N.

35) Materialband "Interviews und Berichte" S. 179 - 180

Tabelle 122
Die politische Richtung der regionalen Tageszeitungen

Politische Richtung	Befragte, die keine andere Zeitung lesen als:		
	HEILBRONNER STIMME	NECKAR ECHO	UNTERLÄNDER VOLKSZEITUNG
	%	%	%
Neutral, Überparteilich	-	-	-
Bürgerlich	100	10	-
Regierungsfreundlich	-	-	-
CDU-nahestehend	-	-	-
CDU	-	-	(100)
FDP-nahestehend	-	-	-
FDP	-	-	-
Regierungskritisch	-	-	-
SPD-nahestehend	-	-	-
SPD	-	90	-
Keine Angabe	-	-	-
Total	100	100	(100)
N =	141	11	4

Umfrage vom September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Das weitgehend "bürgerliche" Image war im Falle der Heilbronner Stimme verglichen mit der SPD-Tendenz des Neckar-Echo durchaus berechtigt. Die Zeitung bemühte sich, ihre Leser im Wahlkampf eingehend und objektiv zu unterrichten. So gab sie den Kandidaten der SPD, der CDU, der FDP und der GDP Gelegenheit, sich in Lebensläufen ihren Wählern vorzustellen³⁶. Unter der Überschrift: "Die Stimme fragt,

36) Heilbronner Stimme, Nr. 211, 13. 9. 1961, S. 3

die Kandidaten der großen Parteien antworten³⁷⁾, wurde in drei aufeinanderfolgenden Nummern eine Serie von Interviews mit den Kandidaten zu den Problemen von (a) Luftverunreinigung, Lärm, Verseuchung der Gewässer, (b) Stabilität der Währung und (c) der Wiedervereinigung Deutschlands abgedruckt³⁷⁾. Darüberhinaus wurden wahltechnische Bestimmungen, insbesondere der Gebrauch von Erst- und Zweitstimme, eingehend dargestellt und erläutert³⁸⁾. Die Berichterstattung über die Aktionen der Kandidaten war fair und sachlich, ein Umstand, zu dem schon die Tatsache erheblich beitrug, daß die politische Einstellung der mit der Lokalberichterstattung befaßten Redakteure unterschiedlich war. Außerdem inserierten alle großen Parteien, SPD, CDU und FDP, in der Heilbronner Stimme.

Die kleineren regionalen Tageszeitungen konnten das Prädikat der Überparteilichkeit, bis auf die Neckar Rundschau Lauffen, kaum in Anspruch nehmen. Die Tendenz des Neckar Echo zur SPD und die Bevorzugung der CDU durch die Unterländer Volkszeitung war eindeutig.

Einen Hinweis auf die Intensität der Berichterstattung der Zeitungen über den Wahlkreiswahlkampf erhält man, wenn man bedenkt, daß allein im Lokalteil der Heilbronner Stimme in der Zeit vom 1. bis 16. September 1961 38 Berichte, 4 Bildberichte und 8 Kommentare erschienen sind, die sich mit Wahlkampf und Wahlkampfthemen, meist regionalen Bezugs, befaßten. Dazu kamen im Anzeigenteil 23 Anzeigen der CDU, 17 der FDP und 11 der SPD. Daneben wurden drei allgemeine Wahlaufrufe und 24 Versammlungsankündigungen veröffentlicht.

Bedenkt man, daß der Lokalteil mit zu den am meisten gelesenen Teilen einer Tageszeitung gehört, dann wird deutlich, welche kaum zu ersetzende Funktion der regionalen Tageszeitung im Heilbronner Distrikt für die Information über den Wahlkampf im Wahlkreis zukommt, da Radio und Fernsehen etwa, mit ihrem überregionalen Anspruch, derartige, lokale Ereignisse³⁹⁾ garnicht in dieser Ausführlichkeit verbreiten können. Das Verständnis der Rolle regionaler Tageszeitungen als Hauptträger der Berichterstattung und Kommentierung lokaler Aspekte des Wahlkampfes, läßt die Nützlichkeit von regionalbezogenen Aktionen der Kandidaten und Parteien in einem neuen Licht erscheinen. Wenn auch Versammlungen oder Kundgebungen schlecht besucht sein mögen, wenn auch kaum jemand etwas aus den Mitteilungen der Parteien über Politik erfährt, wichtig ist in erster Linie, ob die im Distrikt gelesene Zeitung auch darüber berichtet.

37) Heilbronner Stimme, Nr. 211, 13.9. 1961, S. 3; Nr. 212, 14.9. 1961, S. 3; Nr. 213, 15.9. 1961, S. 3

38) Heilbronner Stimme, Nr. 214, 16.9. 1961, S. 4

39) Zu den allgemeinen Problemen der Massenmedien im Wahlkampf vgl.: Wernerus, Theodor, "Die Rolle der Massenmedien und die Bundestagswahl 1961", Kölner Dissertation, 1965

Der regionalen Presse fällt hier also, ähnlich wie der urbanen Presse, eine zentrale Funktion für die Information, Kommunikation und Integration auch für den Bereich des Regionalpolitischen zu. Darüberhinaus kann sie, insbesondere im Hinblick auf die Kandidaten, als ein mögliches Instrument der sozialen Kontrolle wirksam werden⁴⁰.

5. Die Funktion des Wahlkampfes für die Wahlentscheidung

Die Beschreibung des Wahlkampfesgeschehens und die Feststellung, daß Akteure und Themen bis zu einem gewissen Grade bekannt waren, läßt nun die Frage zu, welchen Einfluß diese Faktoren auf die Wahlentscheidung selbst gehabt haben.

Die Auswirkung von Wahlkämpfen auf die Wahlentscheidung wird sehr unterschiedlich beurteilt. Während manche Kommentatoren Wahlergebnisse kausal durch ganz bestimmte Wahlkampfergebnisse erklären möchten, sprechen andere dem Wahlkampf nur eine sehr geringe Wirkung auf die Wahlentscheidung des Einzelnen zu und verweisen in diesem Zusammenhang besonders gern auf die Stabilität regionaler, politischer Grundkonstellationen.

Es wäre sicher falsch, wollte man den Bereich der Gründe für eine bestimmte Wahlentscheidung auf den begrenzten Satz von Faktoren zurückführen, den ein spezieller Wahlkampf bietet. Es wäre aber sicher ebenso falsch, wollte man versuchen, alles aus den Bezügen zur Sozialstruktur zu erklären. Gerade in dieser Untersuchung wurde immer wieder versucht, die Interdependenz von sozialer und politischer Struktur, von sozialem und politischem Prozeß aufzuzeigen und eine Verbindung der Ergebnisse über die soziale Bedingtheit politischen Handelns mit Faktoren aus dem Bereich des Politischen herzustellen. Bezogen auf die Analyse des Einflusses von Wahlkampfergebnissen auf die Wahlentscheidung heißt dies, daß es hier nicht um die Frage gehen soll: soziale Prädisposition versus politischer Prozeß, sondern: wie wirken beide Variablenätze zusammen und wie ist ihr Verhältnis zueinander einzuschätzen.

Die Beobachtung der Aktivitäten der Politiker und die Beschreibung der Wahlkampfthemen läßt noch keinen eindeutigen Schluß darüber zu, worum es den Wählern im Wahlkampf 1961 vorwiegend ging. Die Umfrage zeigte, daß die Wähler die generelle Bedeutung von Wahlen überhaupt hervorhoben. Einmal standen Feststellungen im Vordergrund wie: es geht darum, einen neuen Bundestag, eine neue Regierung, eine neue Mehrheitspartei zu wählen. Zum anderen wurde angeführt: es geht um den Bundeskanzler, um einen jüngeren Bundeskanzler, um die Frage:

40) Vgl.: Rink, Jürgen, "Zeitung und Gemeinde", Düsseldorf 1963

Adenauer oder Brandt. Viel weniger wurde auf spezielle Themen der Innen- oder Außenpolitik bezuggenommen.

Tabelle 123

Was würden Sie sagen: worum ging es vor allem bei der letzten Bundestagswahl?

Ausgewählte Antworten	%
Um die Neuwahl des Bundestages, wer die neue Regierung bildet, um einen Regierungswechsel, um die Festigung der Regierung, um die Besetzung der Ministerposten, welche Partei an die Macht kommt, um die Regierungspartei, um die Verteilung der Sitze, daß die CDU an die Macht kommt, daß die CDU nicht wieder die absolute Mehrheit bekommt, um die Machtstellung zwischen SPD und CDU, daß die SPD nicht an die Regierung kommt ...	48
Um den Bundeskanzler, um einen neuen Bundeskanzler, um einen frischen Bundeskanzler, daß Adenauer nicht wieder Bundeskanzler wird, um Neu- oder Abwahl Adenauers, daß Adenauer wieder Kanzler wird, daß Adenauer seinen Posten behält, um einen jüngeren Kanzler, entweder Adenauer oder Brandt als Kanzler ...	47
Um die Außenpolitik, um die Weiterführung der Wirtschaftspolitik; um die Berlin-Frage, um die Wiedervereinigung, um die Sicherheit, um die Sozialpolitik, um den Frieden ...	12
Sonstige Antworten	4
Keine Angabe	6
Total	117 ¹
N =	370
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn	

1) Mehrfachnennungen

Auch die Antworten auf die Frage nach den Gründen für die Wahl der Partei des Befragten ließen erkennen, daß nur ein kleinerer Teil Wahlkampfereignisse in die Argumentation mit einbezog.

Tabelle 124

Die Art der Begründung der Wahlentscheidung (Zweitstimme)

Art der Argumentation	%
Wahlkampfbezogene Argumente	35
Allgemeine Argumente, nicht wahlkampfbezogen	70
Sonstige Antworten	1
Keine Angabe	1
Total	107 ¹
N =	320
	87% = 100

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Beide Ergebnisse, sowohl die allgemein gehaltenen Antworten auf die Frage, um was es bei dem Bundestagswahlkampf von 1961 vor allem ging und die relativ geringe Zahl der Befragten, die ihre Wahlentscheidung mit wahlkampfbezogenen Argumenten begründeten, deuten darauf hin, daß für einen beachtlichen Teil der Wählerschaft spezielle Ereignisse des Wahlkampfes - zumindest kognitiv - kaum Einfluß auf die Wahlentscheidung hatten. Zieht man die Frage nach dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung mit heran, so erhärtet dies die Annahme noch weiter. 56 Prozent der Heilbronner Wählerschaft hatte sich nach ihren eigenen Angaben bereits vor dem Wahlkampf für die Partei, die sie wählen wollte, festgelegt, 28 Prozent konnte den Zeitpunkt der Entscheidung nicht bestimmen und nur 16 Prozent meinten, sie hätten sich im Verlauf des Wahlkampfes entschieden. Unter den Befragten, die sich erst im Verlauf des Wahlkampfes für eine bestimmte Partei entschieden hatten, befanden sich besonders viele FDP- und besonders wenige CDU-Wähler. Es ist zu vermuten, daß sich vor allem bei ihnen Veränderungen der Parteipräferenz manifestiert haben, sagt aber noch nichts Genaues darüber aus, welche Wirkung die Wahlkampfergebnisse auf Wechsel und Konstanz der Wahlentscheidung ausüben.

Während Wechsel und Konstanz von Parteipräferenzen später untersucht werden, soll hier zunächst einmal die Wahlentscheidung als abhängige Variable der politischen Grundeinstellung betrachtet werden.

Tabelle 125
Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Wahlent- scheidung 1961	Entscheidung vor dem Wahlkampf %	Entscheidung im Wahlkampf %	Keine Angabe %	Total %
SPD	36	30	22	31
CDU	34	27	29	31
FDP	27	33	8	23
Sonstige Parteien	2	8	3	4
Nicht- wähler	-	-	26	7
Keine Angabe	1	2	12	4
Total	100	100	100	100
N =	207	60	102	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Untersucht man die Einstellung zum Regierungswechsel, eine Frage, die die Wähler besonders häufig als die genannt hatten, um die es im Wahlkampf ginge, im Zusammenhang mit der Wahlentscheidung, so zeigt sich folgendes Bild: unter den Befragten, die die Chance von Verbesserungen der Lage durch einen Regierungswechsel hoch einschätzten, war der Anteil von SPD-Wählern besonders groß, während umgekehrt unter denen, die einen Regierungswechsel nicht für nötig hielten oder sich von ihm keine Verbesserungen erhofften, der Anteil der CDU-Wähler am größten war. Die FDP-Wähler stellten unter den Befragten, die auf die Frage keine Antwort gaben und die nur vielleicht einige Verbesserungen für möglich hielten, gemessen an ihrer allgemeinen Verteilung, den größten Teil. Diese Verteilung der Antworten entsprach den Erwartungen.

Tabelle 126

Die Einstellung der Befragten zum Regierungswechsel, aufgegliedert nach der Wahlentscheidung

Wahlent- scheidung 1961	Keine Ver- besse- rungen möglich oder nötig	Verbes- serungen vielleicht möglich	Verbes- serungen möglich	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
SPD	16	37	65	22	31
CDU	52	22	6	20	31
FDP	19	30	8	33	23
Sonstige Parteien	2	3	4	13	4
Nicht- wähler	7	4	17	7	7
Keine Angabe	4	4	-	5	4
Total	100	100	100	100	100
N =	143	138	48	40	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Es wäre jedoch nicht zulässig zu behaupten, daß die Einstellung gegenüber dem Regierungswechsel der bestimmende Grund der Wahlentscheidung für alle gewesen wäre, die SPD gewählt haben. Bezogen auf die SPD-Wähler betrug der Prozentsatz derer, die Verbesserungen durch einen Regierungswechsel für möglich hielten, lediglich 27 Prozent, d. h. 73 Prozent bevorzugten eine andere Antwortalternative. Im Falle der CDU-Wähler war die Situation gerade umgekehrt. Zwar stellten sie mit 52 Prozent den Hauptteil der Befragten, die keine Verbesserungen durch Regierungswechsel erwarteten. Im Verhältnis zu den gesamten CDU-Wählern betrug der Anteil derer, die einen Regierungs-

wechsel nicht wünschen, jedoch 64 Prozent. Das deutet aber darauf hin, daß das Stabilitätsdenken eher ein besonderes Charakteristikum der CDU-Wähler zu sein scheint, das ihrer politischen Grundeinstellung entspricht, als ein Faktor, der die Wahlentscheidung als Teil des Wahlkampfgeschehens entscheidend beeinflußt hätte.

Tabelle 127

Die Wählerschaft, aufgegliedert nach ihrer Einstellung gegenüber dem Regierungswechsel

Einstellung gegenüber dem Re- gierungs- wechsel	SPD	CDU	FDP	Son- stige Par- teien	Nicht- wähler	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%	%	%
Keine Ver- besserungen möglich oder nötig	20	64	32	15	37	43	39
Verbesse- rungen vielleicht möglich	45	26	48	32	22	43	37
Verbesse- rungen möglich	27	3	5	15	30	-	13
Keine Angabe	8	7	15	38	11	14	11
Total	100	100	100	100	100	100	100
N =	114	116	85	13	27	14	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die andere große Frage, die nach Aussage der Wähler zur Entscheidung anstand, war die nach den Politikern, die künftig an der Spitze stehen sollten. Vergleicht man die Einschätzung von Adenauer, Brandt und Mende mit der Wahlentscheidung der Befragten, so ergibt sich, daß diejenigen, die einen dieser drei Politiker als besonders sympathisch einstufen (+5), in der Regel auch die entsprechende Partei bevorzugten und umgekehrt. Die stärkste Beziehung ergab sich, betrachtet man die Unterschiede, zwischen den Befragten, die Brandt besonders schätzten (+5) und einer SPD-Wahlentscheidung. Im Falle Adenauers und insbesondere Mendes war der Zusammenhang mit einer CDU- bzw. FDP-Wahlentscheidung nicht so stark. Unter denen, die Adenauer und Mende am meisten ablehnten (-4/-5), stellten die SPD-Wähler die Majorität. Brandt besaß unter den FDP-Wählern die wenigsten Sympathien (-4/-5). In den mittleren Stufen der Präferenzskala (+4- -3) war jedoch keine entsprechend klare Beziehung zwischen der Einschätzung der Spitzenpolitiker und der Wahlentscheidung festzustellen. Auch in diesem Falle ist also die Einstellung gegenüber führenden Persönlichkeiten der Parteien nur für einen Teil der Wähler zu einem Entscheidungsmoment geworden, denn der Anteil der Personen, die einen der drei genannten Politiker hoch einstufen (+5), betrug im Falle Adenauers 16, Brandts 15 und Mendes lediglich 3 Prozent der gesamten Befragten.

Betrachtet man wahlkreisbezogene Wahlkampfergebnisse im gleichen Zusammenhang, so zeigt sich wieder die begrenzte Reichweite und die unterschiedliche Bedeutung der Themen für die Wähler.

71 Prozent der Befragten konnte zu der Frage, wer das Abkommen einen fairen Wahlkampf im Wahlkreis zu führen, verletzt hatte, nichts sagen. Bei denen, die eine Antwort gaben, war die Tendenz festzustellen, dem Kandidaten der eigenen Partei Positives, denen der anderen Parteien Negatives zuzuschreiben.

Tabelle 128

Sympathiegrad für Adenauer, Brandt und Mende und Wahlentscheidung (I)¹

Wahlent- scheidung 1961	+5			+4			-			+2			+1			-			0			-1			-			-3			-4			-			-5			unbekannt			Keine Angabe			Total
	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.										
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%										
SPD	8	88	33	28	32	20	42	13	31	58	6	37	42	-	57	(33)	9	17	17	10	18	31																								
CDU	70	2	8	38	30	36	19	49	35	10	55	37	4	32	17	-	37	40	17	21	18	31																								
FDP	10	5	59	22	25	35	37	29	26	19	22	11	30	42	12	-	18	17	11	16	9	23																								
Sonstige Parteien	-	2	-	3	3	2	-	3	4	7	3	3	4	-	3	(33)	9	-	22	16	18	4																								
Nichtwähler	7	2	-	5	6	2	-	2	3	3	13	11	18	21	7	(33)	18	17	22	26	23	7																								
Keine Angabe	5	1	-	4	4	5	2	4	1	3	-	-	2	5	4	-	9	9	11	11	14	4																								
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	(100)	100	100	100	100	100	100																								
N =	60	58	12	141	149	92	59	79	85	31	31	62	54	19	58	3	11	35	18	19	22	366																								

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Anmerkung: A. = Adenauer, B. = Brandt, M. = Mende

Tabelle 129

Sympathiegrad für Adenauer, Brandt und Mende und Wahlentscheidung (II)¹

Sympathie- einstufung	SPD			CDU			FDP			Sonstige Parteien			Nicht- wähler			Keine Angabe			Total		
	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.	A.	B.	M.
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
+5	4	45	4	37	1	1	7	4	8	-	8	-	15	4	-	22	7	-	16	15	3
+4 - +2	34	42	16	47	38	29	38	44	39	31	38	16	26	33	7	43	43	36	38	38	25
+1 - 0	22	8	23	9	34	26	27	28	27	-	15	23	-	7	11	7	21	7	16	21	23
-1 - -3	16	2	20	3	15	20	7	8	8	15	8	15	4	15	26	7	-	-	9	9	17
-4 - -5	20	-	29	2	5	9	19	10	8	15	-	15	37	15	15	7	7	14	15	5	16
unbekannt	1	1	5	-	3	12	-	2	7	8	8	-	3	7	22	-	7	21	1	3	10
Keine Angabe	3	2	3	3	4	3	2	4	3	31	23	31	15	19	19	14	14	22	5	9	6
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	114			115			83			13			27			14			366		

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Anmerkung: A. = Adenauer, B. = Brandt, M. = Mende

Tabelle 130

Kandidatenbeurteilung und Wahlentscheidung: Die drei Kandidaten Simpfendörfer, Mauk und Bazille versprachen sich einen fairen Wahlkampf zu führen. Wer von ihnen hat wohl das Abkommen zuerst gebrochen?

Wahlent- scheidung 1961	Simpfen- dörfer	Mauk	Bazille	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
SPD	38	50	9	29	31
CDU	16	33	59	32	31
FDP	37	8	27	21	23
Sonstige Parteien	2	4	-	4	4
Nichtwähler	7	4	5	8	7
Keine Angabe	-	-	-	6	4
Total	100	100	100	100	100
N =	60	24	22	263	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Das Gleiche ergab sich, wenn auch weniger ausgeprägt, bei der Frage, welcher der Kandidaten sich wohl am besten für die Lösung des Problems einer überdurchschnittlichen Zwetschgenernte eingesetzt hätte. Hierbei war der Informationsgrad wesentlich höher, als im Falle der Frage nach dem Bruch des Abkommens über einen fairen Wahlkampf. Nur 38 Prozent nahmen zum Zwetschgenproblem keine Stellung. Die Ergebnisse zeigen, daß dem FDP-Kandidaten die Lösung der Zwetschgenfrage von der Mehrheit der Wähler aller Parteien zugeschrieben wurde. Solche Befragte, die angaben, Simpfendörfer oder Bazille hätten die Lösung der Zwetschgenfrage herbeigeführt, waren vorwiegend Wähler der CDU bzw. SPD. Ein direkter Einfluß dieses Wahlkampfthemas auf die Wahlentscheidung ist nicht zu vermuten. Entweder man kannte das bäuerliche Engagement Mauks, und das war bei größeren Teilen sowohl der CDU- als auch der SPD-Wähler der Fall, insbesondere natürlich auch bei den FDP-Wählern, und rechnete diesem Kandidaten die

Lösung der Zwetschgenfrage zu, ohne, was die CDU- und die SPD-Wähler anbetrifft, daraus Konsequenzen für die Wahlentscheidung gezogen zu haben, oder man sprach sich entsprechend der politischen Grundhaltung, für den Kandidaten der eigenen Partei aus.

Tabelle 131

Kandidatenbeurteilung und Wahlentscheidung: Dieses Jahr gab es eine überdurchschnittliche Zwetschgenernte. Welcher der drei Kandidaten hat sich wohl am besten dafür eingesetzt, daß dieses Problem gelöst wird?

Wahlent- scheidung 1961	Simpfen- dörfer	Mauk	Bazille	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
SPD	21 (7)	31 (51)	100 (2)	32 (40)	31 (100)
CDU	44 (15)	24 (39)	- (-)	38 (46)	31 (100)
FDP	23 (11)	33 (72)	- (-)	11 (17)	23 (100)
Sonstige Parteien	2 (8)	2 (31)	- (-)	6 (61)	4 (100)
Nichtwähler	10 (15)	5 (33)	- (-)	9 (52)	7 (100)
Keine Angabe	- (-)	5 (64)	- (-)	4 (36)	4 (100)
Total	100 (10)	100 (51)	100 (1)	100 (38)	100 (100)
N =	39	186	2	142	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Die Verteilung der Antworten auf diese Fragen macht deutlich, daß Teile der Wählerschaft Ereignisse des Wahlkampfes so interpretieren und perzipieren, wie es ihrer politischen Grundeinstellung entspricht⁴¹. Die Frage nach den Gründen für die Wahl des Wahlkreiskandidaten zeigt noch einmal die Vielfalt, aber auch die Schwerpunkte der Argumentation

41) Ähnliches berichtet auch; Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard and Hazel Gaudet, "The People's Choice", 5. Auflage, New York 1960, S. 80

bei SPD-, CDU- und FDP-Wählern. So waren die CDU-Wähler unter den Personen, die einen Kandidaten seiner Persönlichkeit wegen gewählt hatten, am häufigsten vertreten. Unter den Befragten, die die Partei des Kandidaten als ausschlaggebenden Grund angaben, waren die SPD-Wähler in der Mehrheit, während die FDP-Wähler den Hauptteil derer stellten, die gruppenbezogene Argumente⁴² anführten.

Tabelle 132

Gründe für die Wahl des Wahlkreiskandidaten und Wahlentscheidung

Wahlent- scheidung 1961	Persön- lichkeits- bezogene Argumente	Partei- bezogene Argumente	Gruppen- bezogene Argumente	Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
SPD	33 (21)	44 (48)	28 (20)	14 (11)	31 (100)
CDU	29 (24)	35 (38)	26 (17)	25 (21)	31 (100)
FDP	28 (24)	20 (29)	42 (39)	7 (8)	23 (100)
Sonstige Parteien	- (-)	1 (8)	4 (23)	10 (69)	4 (100)
Nichtwähler	- (-)	- (-)	- (-)	29 (100)	7 (100)
Keine Angabe	- (-)	- (-)	- (-)	15 (100)	4 (100)
Total	100 (20)	100 (34)	100 (21)	100 (25)	100 (100)
N =	72	125	78	94	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Man kann zusammenfassend feststellen, daß die politischen Begründungen für die Wahlentscheidung der Befragten vielfältig waren, daß sie in der Regel im Einklang mit den von den Parteien im Wahlkampf vorgebrachten Argumenten standen, daß sie, insbesondere bei weniger sichtbaren, regionalen Wahlkampfergebnissen, selektiv wahrgenommen

42) z. B.: er vertritt meine Interessen, er setzt sich für die Bauern ein, er gehört meinem Berufsstand an, er kommt aus Arbeiterkreisen, er ist katholisch etc.

und so interpretiert wurden, wie das nach der politischen Grundhaltung des Befragten zu erwarten war.

Man kann jedoch, über die Bedeutung einzelner Personen und Ereignisse des Wahlkampfes hinaus, die Funktion des Wahlkampfes für die Wahlentscheidung unter einem anderen Aspekt betrachten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Gefühl der Bedeutung der Wahl und das Interesse an Politik, gemessen an der Häufigkeit der Unterhaltung über politische Dinge, stark anstieg. Gleichzeitig erhöhte sich im Verlauf des Wahlkampfes der Informationsgrad über Politik. Man wußte gegen Ende des Wahlkampfes über die Ziele der Parteien besser Bescheid als zu Anfang. Man kannte, wie bereits angeführt, die Wahlkreiskandidaten im September, gegen Ende des Wahlkampfes, wesentlich besser als im Juli, zu Beginn der Wahlkampfaktivitäten.

Tabelle 133

Der Informationsgrad über politische Ziele der Parteien im Juli und September 1961

Nennung von politischen Zielen der Parteien	Gegen Anfang des Wahlkampfes (Juli 1961)		Gegen Ende des Wahlkampfes (September 1961)	
	Ziele der CDU %	Ziele der SPD %	Ziele der CDU %	Ziele der SPD %
Nennung von Zielen	63	64	81	77
Keine Nennung von Zielen	37	36	19	23
Total	100	100	100	100
N =	309	309	312	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Auch subjektiv stuften sich die Befragten gegen Ende des Wahlkampfes als besser informiert ein.

Tabelle 134

Die Einschätzung des Unterrichtseins über: "das, um was es bei der Bundestagswahl geht", im Juli und September 1961

Selbstein- stufung	Gegen Anfang des Wahlkampfes (Juli 1961)	Gegen Ende des Wahlkampfes (September 1961)
	%	%
Ich weiß recht genau Bescheid	8	15
Ich weiß einigermaßen Bescheid	24	34
Ich weiß nur so eben über die wichtigsten Dinge Bescheid	15	23
Ich bin nicht gut unter- richtet	26	14
Ich bin nicht interessiert	26	14
Keine Angabe	1	-
Total	100	100
N =	309	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Zusammengenommen kann man hier von einem Aktivierungseffekt des Wahlkampfes in bezug auf die Wählerschaft und ihre Aufnahmebereitschaft für Politik sprechen⁴³.

Neben diesem Aktivierungseffekt war festzustellen, daß die Zahl der Personen im Verlauf des Wahlkampfes anstieg, die Verkehrskreise ihrer primären Umwelt und Kategorien der sekundären Umwelt parteipolitisch zuordnen konnten.

43) Vgl. auch: Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, and Hazel Gaudet, "The People's Choice", 5. Auflage, New York 1960, S. 73 ff.

Der politische Aspekt der Umwelt Egos wird sichtbarer. Wenn aber die soziale Umwelt politische Konturen annimmt, dann kann es für den Einzelnen wesentlich leichter sein, sich selbst adäquat einzuordnen, es sei denn, daß die Umwelt in politischer Hinsicht so heterogen wird, daß die Schwierigkeiten einer Zuordnung zunehmen.

Tabelle 135

Die Wahrnehmung von Parteipräferenzen in Verkehrskreisen der Primärumswelt zu Beginn und gegen Ende des Wahlkampfes

Politischer Aspekt der Primärums- welt	Gegen Anfang des Wahlkampfes (Juli 1961)		Gegen Ende des Wahlkampfes (September 1961)	
	Familien- angehöri- ge und Verwandte	Freunde, Kollegen und Bekannte	Familien- angehöri- ge und Verwandte	Freunde, Kollegen und Bekannte
	%	%	%	%
Wahrneh- mung von Partei- präferenzen	63	72	80	85
Wahr- nehmung von Neutralität	33	30	26	23
Keine Angabe	11	10	8	10
Total ¹	107	112	114	118
N =	309	309	312	312

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Betrachtet man zunächst Verkehrskreise der primären Umwelt, so ist festzustellen, daß im Juli 1961, zu Beginn des Wahlkampfes, 58 Prozent der Befragten dem Bereich der Familienangehörigen und

Tabelle 136

Die Perception von Parteipräferenzen bei verschiedenen Berufskategorien nach dem Wahlkampf und auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes 1961

Berufs- kategorien	Nach dem Wahlkampf (November 1961)	Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes (September 1961)
	%	%
Streckenarbeiter	88	92
Dreher	88	93
Werkmeister	85	89
Lebensmittel- einzelhändler	89	91
Volksschul- lehrer	88	91
Praktischer Arzt	82	88
Fabrikbesitzer	88	90
Großunter- nehmer	89	92
N =	370	312

Umfragen vom September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Bekanntem, eine eindeutige Parteipräferenz zurechneten. Etwa ein Viertel hielt die beiden angeführten Verkehrskreise für neutral, lediglich 9 Prozent berichteten von unterschiedlichen politischen Einstellungen. Im Verlauf des Wahlkampfes änderte sich das Bild. Die Zahl der Mehrfachnennungen von Parteivorlieben stieg bis zum September 1961, gegen Ende des Wahlkampfes, um 8 bzw. 7 Prozentpunkte an. Gleichzeitig erhöhte sich auch der Anteil der Befragten, die den Bereich der Familie parteipolitisch eindeutig klassifizierten. Für den Bereich der Freunde, Kollegen und Bekannten blieb er nahezu gleich. Die Nennung von Neutralität ging ebenso wie der Prozentsatz derer zurück, die die Frage nach der politischen Einstellung der primären Umwelt nicht beantworteten.

Tabelle 137

Die politische Einstellung von Verkehrskreisen der Primärumwelt

Art der politischen Einstellung	Familienangehörige und Verwandte		Freunde, Kollegen und Bekannte	
	Juli	September	Juli	September
	%	%	%	%
eine eindeutige Parteipräferenz	58	62	58	57
neutral	26	20	24	21
mehrere Parteipräferenzen	5	13	9	16
Keine Angabe	11	5	9	6
Total	100	100	100	100
N =	198	198	198	198

Heilbronn-Panel (dreifach Befragte) Umfragen von Juli, September und November 1961

Damit zeigt sich für den Bereich der primären Umwelt auch empirisch, daß beide Annahmen zutrafen, sowohl was die Erleichterung, als auch was die Erschwerung der politischen Orientierung durch das sichtbare Hervortreten des politischen Aspekts der sozialen Umwelt, als Folge der Wahlkampfaktivitäten, anbetrifft.

Im Falle der eindeutigen parteipolitischen Klassifizierung war ein hoher Grad an Homogenität zwischen primärem Umweltsbereich und Wahlentscheidung festzustellen, der im Verlauf des Wahlkampfes anstieg. Er war, was die Unterschiede zwischen SPD-, CDU- und FDP-dominanten Umwelten anbetrifft, bei CDU-Umwelten am schwächsten ausgeprägt.

Der Grad an Neutralität nahm für die SPD- und CDU-Wähler ab. Lediglich die FDP-Wähler glaubten steigende Neutralität der Umwelt verzeichnen zu müssen. Der wachsende Anteil an Mehrfachnennungen von Parteipräferenzen betraf vor allem die FDP- und die CDU-Anhänger. Dies kann als weiterer Hinweis darauf gewertet werden, daß sich ge-

Tabelle 138

Primärumwelt und Wahlentscheidung (I): Politische Einstellung der Familienangehörigen und Verwandten

Wahlentscheidung 1961	Familienangehörige und Verwandte neigen eher zu:												Total
	SPD		CDU		sonstigen Parteien		neutral		mehrere Nennungen		keine Angabe		
	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %		
SPD	75	82	13	15	13	17	31	25	(34)	19	19	18	32
CDU	8	7	55	61	6	5	23	18	(22)	31	43	27	30
FDP	5	2	22	16	75	72	31	36	(11)	34	28	27	25
Sonstige Parteien	-	2	2	-	6	-	-	3	(11)	4	-	-	2
Nicht- wähler	10	7	5	6	-	6	8	10	(22)	4	5	10	7
Keine Angabe	2	-	3	2	-	-	7	8	-	8	5	18	4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	(100)	100	100	100	100
N =	40	42	60	62	16	18	52	39	9	26	21	11	198

Heilbronn-Panel (alle dreifach Befragten) Umfragen von Juli, September und November 1961

Tabelle 139

Primärwelt und Wahlentscheidung (II): Politische Einstellung der Freunde, Kollegen und Bekannten

Wahlent- scheidung 1961	Freunde, Kollegen und Bekannte neigen eher zu:												keine Angabe Juli	keine Angabe Sept.	Total
	SPD		CDU		sonstigen Parteien		neutral		mehrere Nennungen		Total				
	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %			
SPD	59	68	12	12	15	5	40	35	23	31	22	8	32		
CDU	15	13	57	64	8	5	19	15	23	31	39	46	30		
FDP	13	4	21	18	69	80	25	35	40	25	22	23	25		
Sonstige Parteien	2	2	-	-	8	5	-	-	6	3	-	-	2		
Nicht- wähler	9	13	4	4	-	5	10	7	6	3	11	8	7		
Keine Angabe	2	-	6	2	-	-	6	8	-	7	6	15	4		
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100		
N =	46	46	56	49	13	18	48	40	17	32	18	13	198		

Heilbronn-Panel (alle dreifach Befragten) Umfragen von Juli, September und November 1961

Tabelle 140
Wahlentscheidung und Primärwelt (I): Politische Einstellung der Familienangehörigen und Verwandten

Familien- angehörige und Ver- wandte neigen eher zu:	Wahlentscheidung												Total	
	SPD		CDU		FDP		Sonstige Parteien		Nicht- wähler		Keine Angabe			
	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %		
SPD	48	54	5	5	4	2	-	(33)	29	21	(12)	-	20	21
CDU	13	14	55	63	26	20	(33)	-	21	29	(25)	(12)	30	31
Sonstige Parteien	3	5	2	2	24	26	(33)	-	-	7	-	-	8	9
Neutral	25	16	20	12	32	28	-	(33)	29	29	(50)	(38)	26	20
Mehrere Nennungen	5	8	3	13	2	18	(33)	(33)	14	7	-	(25)	5	13
Keine Angabe	6	3	15	5	12	6	-	-	7	7	(13)	(25)	11	6
Total	100	100	100	100	100	100	(100)	(100)	100	100	(100)	(100)	100	100
N =	63	60	50	3	14	8	198							

Heilbronn-Panel (alle dreifach Befragten) Umfragen von Juli, September und November 1961

Tabelle 141
 Wahlentscheidung und Primärwelt (II): Politische Einstellung der Freunde, Kollegen und Bekannten

Freunde, Kollegen und Be- kannte neigen eher zu:	Wahlentscheidung													
	SPD		CDU		FDP		Sonstige Parteien		Nicht- wähler		Keine Angabe		Total	
	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %	Juli %	Sept. %
SPD	43	49	12	10	4	4	(33)	(33)	29	43	(12)	-	23	23
CDU	11	9	53	52	18	18	-	-	14	14	(38)	(12)	28	25
Sonstige Parteien	3	2	2	2	18	28	(33)	(33)	-	7	-	-	7	9
Neutral	31	22	15	10	24	28	-	-	36	22	(38)	(38)	24	20
Mehrere Nennungen	6	16	6	16	14	16	(33)	(33)	7	7	-	(25)	9	16
Keine Angabe	6	2	12	10	8	6	-	-	14	7	(12)	(25)	9	7
Total	100	100	100	100	100	100	(100)	(100)	100	100	(100)	(100)	100	100
N =	63	60	50	50	3	14	8	198						

Heilbronn-Panel (alle dreifach Befragten) Umfragen vom Juli, September und November 1961

rade in der Zusammensetzung der Wählerschaften dieser Parteien Veränderungen vollzogen haben, da mit einer politischen Umorientierung Egos nicht notwendig auch eine solche der primären Umwelt verbunden sein muß und somit das Verhältnis der Parteipräferenzen heterogener wird.

Betrachtet man umgekehrt den Homogenitätsgrad der Wählerschaften von SPD, CDU und FDP unter dem Aspekt des allgemein positiveren Verlaufs des Wahlkampfes für die SPD und FDP, im Gegensatz zum negativeren Verlauf für die CDU, so kann man feststellen, daß eine CDU-Wahlentscheidung durch die Primärumwelt stärker gestützt werden mußte als eine Entscheidung für die SPD oder die FDP. Der ungünstigere Wahlkampf der CDU wurde also teilweise durch sozialstrukturelle Faktoren, inbezug auf eine noch weitergehendere Abwanderung ihrer Wähler, bei der endgültigen Wahlentscheidung noch abgefangen. SPD- und FDP-Anhänger brauchten, bei positivem Wahlkampfverlauf, weniger Unterstützung aus dem Bereich der primären Umwelt.

Faßt man den Ansatz für eine Erklärung der Auswirkungen des Wahlkampfes auf die Wahlentscheidung noch einmal zusammen, so konnten, für einen begrenzten Teil der Wähler, direkte Wirkungen zentraler Wahlkampfthemen festgestellt werden. Es wurde weiterhin nachgewiesen, daß, als Folge des Wahlkampfes, der politische Aspekt der Umwelt, so wie Ego sie perzipierte, stärker hervortrat und daß Egos Wahlentscheidung von der politischen Dominanz seiner primären Umwelt stark beeinflusst wurde.

Nun wirkt der Wahlkampf aber nicht nur direkt durch die Aktionen der Politiker und die Art der Stellungnahme zu Wahlkampfthemen oder indirekt, über die Politisierung der Umwelt in der Perzeption Egos, sondern eben auch auf diese Umwelt in ihrer politischen Einstellung selbst ein. Ehe weitere Hypothesen über die komplexen Zusammenhänge von Wahlkampf und Wahlentscheidung formuliert werden können, scheint die Frage wichtig zu sein, ob Ego die objektiven Veränderungen in den Umweltbereichen zeitlich gleich oder verzögert perzipiert. Betrachtet man die Verteilung der Parteipräferenzen und die Angaben der Befragten über die politische Einstellung der primären Umwelt, so muß festgestellt werden, daß die Verschiebungen zugunsten der SPD und der FDP, die sich im Wahlkampfverlauf vollzogen haben, und vor allem die Veränderungen zuungunsten der CDU, in der Einschätzung der Umwelt durch Ego, nicht zum Ausdruck gekommen sind. So wurde insbesondere die CDU-Einstellung in den sozialen Kreisen der Primärumwelt stark überschätzt.

Tabelle 142

Die Verteilung der Parteipräferenzen und die Perzeption der politischen Einstellungen der Familienangehörigen und Verwandten und der Freunde, Kollegen und Bekannten im Juli, September und November 1961

Politische Einstellung	Familienangehörige und Verwandte		Freunde, Kollegen und Bekannte		Parteipräferenzen bzw. Wahlentscheidung der Befragten			
	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Nov.	
	%	%	%	%	%	%	%	
SPD	23	29	31	35	SPD	29	35	31
CDU	33	40	34	40	CDU	38	29	32
Sonstige Parteien	7	11	7	23	FDP	12	18	23
Neutral	33	26	30	10	Sonstige Parteien	2	2	2
					Nichtwähler	4	7	5
Keine Angabe	11	8	10	10	Keine Angabe	15	9	7
Total ¹	107	114	112	118	Total	100	100	100
N =	309	312	309	312		309	312	370

Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

1) Mehrfachnennungen

Bezogen auf die Wahlkampf Wirkung könnte man, unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses, folgende Hypothese formulieren: Verläuft ein Wahlkampf, insgesamt gesehen, für eine Partei positiv oder negativ, so wird die positive oder negative Auswirkung auf die Wahlentscheidung Egos durch den Einfluß der Primärumschwelt modifiziert und zwar in Richtung auf eine Verzögerung der Veränderungen, da die Perzeption der politischen Einstellungen der Umweltschwelt durch Ego die tatsächlichen Wirkungen nicht sofort erfaßt und widerspiegelt. Ego orientiert sich also, pointiert ausgedrückt, an den politischen Konturen einer Umweltschwelt von gestern.

§ 7 KONSTANZ UND WECHSEL DER WAHLENTSCHEIDUNG

Um die tatsächlichen Veränderungen der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes zu messen, bietet sich die Technik der Panelanalyse an¹. Wenn auch, wie noch zu zeigen ist, Konstanz und Wechsel der politischen Einstellung im Zeitraum des Wahlkampfes nicht mit dem Einfluß des Wahlkampfes auf die politische Einstellung gleichgesetzt werden kann, so ergibt sich hier doch eine weitere Möglichkeit die Richtung der Veränderungen der Parteipräferenzen mit einem positiven oder negativen Wahlkampfverlauf zu vergleichen.

1. Die Veränderungen der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes 1961

Ein im Juli 1961 gezeichnetes Profil des Wahlkreises hätte anders ausgesehen als das, welches aufgrund des Ergebnisses der Wahl im September zu beschreiben war. Zwar zeigte sich auch zu diesem Zeitpunkt die typische Dreiparteienkonstellation deutlich, doch boten die Wahlabsichten der Wahlberechtigten im Juli, insbesondere für die CDU, ein günstigeres Bild. Die CDU lag hier mit 38 Prozent der Nennungen 9 Prozentpunkte vor dem Hauptkonkurrenten, der SPD. Die FDP folgte ihr erst in einem Abstand von 26 Prozentpunkten. Für die kleinen Parteien hatten sich nur 2 Prozent der Befragten entschieden. Keine Meinung hatten und nicht wählen wollten 19 Prozent.

Dieses Bild änderte sich im Verlauf der drei Monate bis kurz vor der Wahl im September. Die CDU verlor per Saldo 9, die SPD gewann 3, die FDP 7 Prozentpunkte gegenüber der Juli-Befragung. Der Anteil der Befragten mit einer Vorliebe für die kleinen Parteien blieb gleich, die Zahl derer, die unentschlossen waren oder nicht wählen wollten, ging nur leicht zurück.

1) Bei einer Panel-Mortalität von etwa 40 Prozent stehen für die Analyse 198 Fälle zur Verfügung, die im Juli, September und November 1961 befragt wurden.

Zur Anwendung der Paneltechnik auf die Analyse des Wählerverhaltens siehe vor allem: Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, and Hazel Gaudet, "The People's Choice", New York 1944; Berelson, Bernard, Lazarsfeld, Paul F., and William N. McPhee, "Voting", Chicago 1954

Tabelle 143
Die Parteipräferenzen im Juli und September 1961
im Wahlkreis Heilbronn

Partei- präferenz	Juli 1961		September 1961	
	alle Befragten	dreimal Befragte	alle Befragten	dreimal Befragte
	%	%	%	%
SPD	29	31	32	33
CDU	38	36	29	31
FDP	12	16	19	21
Sonstige Parteien	2	2	2	2
Nichtwähler, keine Angabe	19	15	18	13
Total	100	100	100	100
N =	309	198	312	198
Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn				

Die sich per Saldo darstellenden Veränderungen wurden durch den Wechsel der politischen Einstellung eines Viertels der Wählerschaft verursacht, während Dreiviertel bei der im Juli geäußerten Wahlabsicht auch im September, kurz vor der Wahl, blieben.

Am leichtesten fiel es offenbar den Befragten, die im Juli eine Vorliebe für die FDP geäußert hatten, ihre Entscheidung beizubehalten. Der Anteil von Personen mit konstanter Präferenz betrug im Falle der FDP 87, der SPD 84 Prozent, während nur 74 Prozent der Juli-Anhänger der CDU auch im September bei ihrer drei Monate früher angegebenen Meinung blieben.

Die Wähler, die sich von der SPD abwandten, äußerten im September zum größten Teil keine Meinung mehr zur Wahlabsicht oder wollten nicht mehr wählen. Zu einem nahezu gleich großen Prozentsatz war ihnen die FDP sympathischer geworden. Zuwachs bekamen die Sozialdemokraten vor allem von der CDU und aus dem Lager derer, die sich im Juli noch nicht entschieden hatten. Die CDU verlor, außer an die SPD, auch beträchtlich an die FDP. Ein anderer Teil ihrer Juli-An-

hänger wollte sich jetzt nicht mehr zur Wahlabsicht äußern. Nennenswerten Zuzug konnte die Union lediglich von denen verzeichnen, die im Juli meynungslos waren. Gewinne von allen Seiten hatte die FDP. Dem stand als Passivposten lediglich eine geringe Abgabe an die CDU, eine etwas größere an die Gruppe der im September noch nicht ganz schlüssigen Wähler gegenüber.

Tabelle 144

Die Richtung der Veränderungen der Parteipräferenzen von Juli bis September 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Parteipräferenz im September 1961	Parteipräferenz im Juli 1961					Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien	Nichtwähler, keine Angabe	
	%	%	%	%	%	%
SPD	84	11	-	(33)	17	33
CDU	-	74	3	(33)	20	31
FDP	6	8	87	-	10	21
Sonstige Parteien	2	1	-	(33)	3	2
Nichtwähler, keine Angabe	8	6	10	-	50	13
Total	100	100	100	(100)	100	100
N =	61	72	32	3	30	198

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Die Richtung der Veränderungen von Juli bis September entsprach durchaus dem positiven Wahlkampfverlauf für FDP und SPD und dem negativen für die CDU.

Man hätte erwarten können, daß die Wählerbewegung nun, kurz vor der Wahl, im wesentlichen abgeschlossen gewesen wäre. Ein Vergleich der Wahlabsichten vom September mit der tatsächlichen Wahlentscheidung scheint diese Annahme zu bestätigen.

Tabelle 145

Konstanz und Wechsel: Juli bis September 1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen

Wählertyp	%	Spezifikation	%		
Konstante	75	davon:			
		SPD	34		
		CDU	36		
		FDP	19		
		Sonstige Parteien	1		
		Nichtwähler, keine Angabe	10		
			<u>100</u>		
			N=148		
		Wechsler	25	davon:	
				SPD-CDU	-
SPD-FDP	8				
SPD-S	2				
SPD-NWKA	10				
CDU-SPD	16				
CDU-FDP	12				
CDU-S	2				
CDU-NWKA	8				
FDP-SPD	-				
FDP-CDU	2				
FDP-S	-				
FDP-NWKA	6				
S-SPD	2				
S-CDU	2				
S-FDP	-				
S-NWKA	-				
NWKA-SPD	10				
NWKA-CDU	12				
NWKA-FDP	6				
NWKA-S	2				
	<u>100</u>	<u>100</u>			
	N=198	N= 50			

Umfragen vom Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Anmerkung: S = Sonstige Parteien; NWKA = Nichtwähler, keine Angabe

Tabelle 146

Die Parteipräferenzen im September und die Wahlentscheidung
1961 im Wahlkreis Heilbronn

Partei- präferenz	September 1961		Wahlentscheidung 1961	
	alle Befragten	dreimal Befragte	alle Befragten	dreimal Befragte
	%	%	%	%
SPD	32	33	31	32
CDU	29	31	32	30
FDP	19	21	23	25
Sonstige Parteien	2	2	1	2
Nichtwähler, keine Angabe	18	13	13	11
Total	100	100	100	100
N =	312	198	370	198

Umfragen vom September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Tatsächlich ergaben sich jedoch in den wenigen Tagen bis zur Wahl nochmals Bewegungen von insgesamt gleicher Größenordnung wie im vorher beobachteten Zeitraum.

Per Saldo betrachtet waren die Veränderungen gering. Die SPD verlor 2, die CDU gewann 3, die FDP 4 Prozentpunkte. Während die Zahl der Anhänger der kleinen Parteien konstant blieb, verminderte sich die Zahl der Befragten ohne Stellungnahme um 5 Prozentpunkte.

Aber auch hier verdeckt die Saldierung den eigentlichen Sachverhalt. So verlor die SPD nicht 2, sondern 18 Prozentpunkte, gewann aber gleichzeitig wieder 16 hinzu. Der größte Teil der Abwanderer von der SPD wählte nicht oder wich einer Antwort auf die Frage nach der Wahlentscheidung aus. Die Wählergewinne der SPD kamen auch in der zweiten Phase der gemessenen Veränderungen vor allem aus dem Lager der Unentschiedenen, doch mußte auch die FDP einen größeren Teil ihrer potentiellen Wähler vom September vor der Wahl an die SPD abgeben. Verlust und Zuwachs hielten sich bei der CDU mit 17 bzw. 18 Prozentpunkten in etwa die Waage. Die FDP profitierte noch einmal stark von den Abwanderern der CDU. Doppelt soviel wie sie an die Nicht-

wähler und diejenigen, die keine Antwort gaben verloren, gewannen die Christlichen Demokraten von dieser Gruppe bis zur Wahl hinzu. Außer von der CDU, kam ein etwa gleich großer Teil des FDP Zuwachses von den Befragten, die sich bei der vorhergehenden Umfrage nicht äußerten. Von denen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt von der FDP einer anderen Partei zugewandt hatten, wählten, wie bereits erwähnt, die meisten die SPD, nur ein geringer Prozentsatz die CDU. Eine kleine Gruppe vormaliger FDP-Anhänger äußerte sich zur Frage nach der Wahlentscheidung nicht.

Tabelle 147

Die Richtung der Veränderungen der Parteipräferenzen von September (kurz vor der Wahl) bis zur Wahl 1961

Wahlent- scheidung 1961	Parteipräferenz im September 1961					
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Parteien	Nichtwähler, keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%	%
SPD	82	2	8	(25)	19	32
CDU	5	82	2	-	22	30
FDP	1	11	86	-	26	25
Sonstige Parteien	1	-	-	(50)	-	2
Nichtwähler, keine Angabe	11	5	4	(25)	33	27
Total	100	100	100	(100)	100	100
N =	65	61	41	4	27	198

Umfragen vom September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Die Veränderungen der Parteipräferenzen im Zeitraum von September bis zur Wahl zeigen einmal eine Fortsetzung des sich schon aus den Wählerbewegungen von Juli bis September andeutenden Trends, der eine Erklärung aus dem Wahlkampfgeschehen, zumindest teilweise, finden könnte. Zum anderen war festzustellen, daß alle Parteien noch einmal Reserven aus dem Bereich derer aktivieren konnten, die im

Tabelle 148

Konstanz und Wechsel: September (kurz vor der Wahl) bis zur Wahl
1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen

Wählertyp	%	Spezifikation	%
Konstante	75	davon:	
		SPD	36
		CDU	34
		FDP	23
		Sonstige Parteien	1
		Nichtwähler, keine Angabe	6
			100
			N=149
Wechsler	25	davon:	
		SPD-CDU	6
		SPD-FDP	2
		SPD-S	2
		SPD-NWKA	14
		CDU-SPD	2
		CDU-FDP	14
		CDU-S	-
		CDU-NWKA	6
		FDP-SPD	6
		FDP-CDU	2
		FDP-S	-
		FDP-NWKA	4
		S-SPD	2
		S-CDU	-
		S-FDP	-
		S-NWKA	2
		NWKA-SPD	10
		NWKA-CDU	12
		NWKA-FDP	14
		NWKA-S	-
	100		100
	N=198		N=49

Umfragen vom September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn
(Panel)

Anmerkung: S = Sonstige Parteien; NWKA = Nichtwähler, keine Angabe

September meinungslos waren oder keine Angabe zur Parteipräferenz machten. Auffällig ist weiterhin die hohe Rate von Befragten mit einer SPD-Wahlintention aus der September-Befragung, die diese Absicht nicht in eine Wahlentscheidung umsetzten. Hier deuten sich schon Entscheidungs Momente an, die dem Wahlkampfverlauf, inhaltlich interpretiert, nicht mehr unmittelbar zugerechnet werden können.

Die weitere Analyse des Verhaltens der Juli-September Konstanten ergab, gegenüber den Juli-September Wechslern, interessante Unterschiede. Befragte, die sich im Juli und im September gleich äußerten, setzten ihre Absicht zu 82 Prozent auch in eine entsprechende Wahlentscheidung um. Dagegen blieben nur 56 Prozent der Juli-September Wechsler bei ihrem im September neu gefaßten Entschluß. 22 Prozent kehrten zu der im Juli bevorzugten Partei zurück, weitere 22 Prozent entschieden sich nochmals für eine andere Lösung.

Tabelle 149

Das Verhalten der Juli-September Konstanten und Juli-September Wechsler bei der Wahl

	%
Von den Konstanten setzten ihren Entschluß in eine entsprechende Wahlentscheidung um	82
Von den Konstanten änderten die Wahlabsicht	18
	100
	N=148
Von den Wechslern blieben bei ihrem Entschluß vom September	56
Von den Wechslern kehrten zum Juli Entschluß zurück	22
Von den Wechslern faßten erneut einen anderen Entschluß	22
	100
	N= 50

Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Das Ergebnis zeigt deutlich, daß Befragte mit einer konstanten Wahlintention diese Absicht mit größerer Wahrscheinlichkeit auch bis zur eigentlichen Wahlentscheidung durchhielten als solche, die ihre Meinung bereits einmal revidiert hatten.

Faßt man die Informationen über die Wahlabsichten der an allen drei Befragungen teilnehmenden Personen unter dem Aspekt von intendierter Konstanz und intendiertem Wechsel noch einmal zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: 58 Prozent der Befragten veränderten ihre Wahlabsichten während aller drei Befragungstermine nicht. Die rest-

Tabelle 150

Konstantes und verändertes Wählerverhalten im Zeitraum von Juli 1961 bis zur Wahlentscheidung 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Wählertypen	Wahlentscheidung 1961						Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Nicht- Parteienwähler	Keine Angabe		
	%	%	%	%	%	%	
Konstante Wähler	73	73	50	(33)	-	-	58
Wieder- wähler	9	13	12	(33)	-	-	13
Wander- wähler	2	7	6	-	-	-	2
Wechsel- wähler	16	7	32	(33)	-	-	16
Nichtmehr- wähler	-	-	-	-	100	-	7
Keine Angabe	-	-	-	-	-	(100)	4
Total	100	100	100	(100)	100	(100)	100
N =	63	60	50	3	14	8	198
Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)							

lichen 42 Prozent änderten ihre Einstellung zu der Frage, welche Partei sie im September 1961 wählen wollten. Darunter befanden sich 13 Prozent, die über eine Periode der Unentschlossenheit zu einer Entscheidung für eine bestimmte Partei kamen (Wiederwähler), 2 Prozent, die sich zunächst für eine Partei entschieden hatten, diese Entscheidung jedoch revidierten, schließlich aber doch die erstgenannte Partei wählten (Wanderwähler), 16 Prozent, die bei der ersten Befragung nicht die gleiche Parteipräferenz angaben wie beim späteren Wahlentscheid, die also einen Wechsel vornahmen (Wechselwähler) und weitere 7 Prozent, die sich zunächst für eine Partei entschieden hatten, dann aber doch nicht wählten (Nichtmehrwähler)². 8 Prozent der Befragten konnten nicht klassifiziert werden.

Betrachtet man die Verteilung der Wählertypen noch einmal unter dem Aspekt der Wahlkampfwirkungen auf die Wahlentscheidung, so kann man sagen, daß der Wahlkampf in erster Linie der Aufrechterhaltung und Verstärkung von Parteipräferenzen bei solchen Personen gedient hat, die sich bereits über die Richtung ihrer Entscheidung klar waren³. Der Anteil der Wechsler war, insgesamt gesehen gering. Hier hatte der Wahlkampf offenbar die entgegengesetzte Wirkung. Es wäre jedoch zu einfach, wollte man die Ursachen von Konstanz und Wechsel global dem Wahlkampf zurechnen. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung ergab zwar, daß sich Konstante und Wechsler dem Schwerpunkt nach deutlich unterscheiden: Konstante hatten sich, nach ihrer subjektiven Einschätzung, zu 72 Prozent schon vor, Wechsler zu 48 Prozent erst im Verlauf des Wahlkampfes eine endgültige Meinung über die zu treffende Wahl gebildet. Der Anteil von 13 Prozent der Konstanten, die sich erst im Verlauf des Wahlkampfes entschieden haben und der Anteil von 32 Prozent der Wechsler, die sich, nach ihren Angaben, schon vor dem Wahlkampf über ihre Entscheidung klar waren, machen die gebotenen Einschränkungen deutlich.

2) Die Terminologie wurde übernommen von: Kaase, Max, "Die Wechselwähler", Kölner Dissertation, 1964 S. 148 ff

3) Dies entspricht dem reinforcement bzw. dem conversion effect. Vgl. Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, and Hazel Gaudet, "The People's Choice", 5. Auflage, New York 1960, S. 87 ff. und 94 ff.

Tabelle 151
Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei den Wählertypen

Zeitpunkt der Ent- scheidung	Konstante	Wieder-, Wander- wähler	Wechsler	Nicht- wähler, keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
vor dem Wahlkampf	72	59	32	14	57
im Verlauf des Wahlkampfes	13	17	48	9	19
Keine Angabe	15	24	20	78	24
Total	100	100	100	100	100
N =	116	29	31	22	198

Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis
Heilbronn (Panel)

2. Die Veränderung der Wahlentscheidung von der Bundestagswahl 1957 bis zur Bundestagswahl 1961

Die Verteilung von Konstanz und Wechsel, bezogen auf die Wahlentscheidung 1957 und 1961, ergab nahezu das gleiche Bild wie die Verteilung von intendierter Konstanz und intendiertem Wechsel.

Die FDP hatte auch hier die wenigsten Abwanderungen zu verzeichnen. 7 Prozent ihrer Anhänger von 1957 entschieden sich 1961 für die SPD, 5 Prozent für die CDU. Dagegen wechselten 15 Prozent von der CDU, 9 Prozent von der SPD zu den Freien Demokraten. Von den Befragten, die 1957 die CDU gewählt hatten, wählten 70 Prozent diese Partei auch 1961 wieder. Dies war, verglichen mit der SPD und der FDP der geringste Grad an Konstanz zwischen 1957 und 1961. Zur CDU stießen 1961 7 Prozent der SPD- und 5 Prozent der FDP-Wähler des Jahres 1957.

Der SPD blieben 73 Prozent ihrer Wähler des Jahres 1957 auch 1961 treu. CDU und FDP mußten, wie erwähnt, 9 bzw. 7 Prozent ihrer 1957-er Wähler an die Sozialdemokraten abgeben.

Der stärkste Zuwachs für alle drei Parteien kam aus dem Bereich derer, die 1957 noch nicht wahlberechtigt waren, nicht gewählt hatten oder keine Angabe zur Wahlentscheidung machen wollten. Aus diesem Reservoir schöpfte vor allem die CDU, gefolgt von der SPD und der FDP.

Tabelle 152
Konstanz und Wechsel: 1957 - 1961

Wahlentscheidung 1961	Wahlentscheidung 1957						Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Nicht- Parteienwähler	Keine Angabe		
	%	%	%	%	%	%	
SPD	73	9	7	(56)	25	26	31
CDU	7	70	5	(11)	31	26	31
FDP	9	15	88	-	20	16	23
Sonstige Parteien	4	2	-	(33)	-	13	4
Nicht- wähler	6	2	-	-	18	6	7
Keine Angabe	1	2	-	-	6	13	4
Total	100	100	100	(100)	100	100	100
N =	84	93	41	9	94	38	369

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Auch die Verteilung der Wählertypen entsprach, bis auf den höheren Anteil derer, die 1957 noch nicht wählen durften, nicht gewählt oder keine Angabe zur Frage der Wahlentscheidung gemacht hatten, der Verteilung bei intendierter Konstanz oder intendiertem Wechsel im Wahlkampfverlauf.

Tabelle 153

Konstantes und verändertes Wählerverhalten im Zeitraum von der Bundestagswahl 1957 bis zur Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Wähler- typen	Wahlentscheidung 1961						Total
	SPD	CDU	FDP	Sonstige Nicht- Parteien wähler	Keine Angabe		
	%	%	%	%	%	%	
Konstante Wähler	54	56	42	22	-	-	45
Wieder-, Neuwähler	20	25	22	-	-	-	20
Wechsler	14	8	26	39	-	-	13
Nichtmehr- wähler	-	-	-	-	26	21	3
Nichtwähler	-	-	-	-	63	43	6
Keine Angabe	12	11	10	39	11	36	13
Total	100	100	100	100	100	100	100
N =	114	116	85	13	27	14	369
Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn							

Betrachtet man Konstanz und Wechsel der Wahlentscheidung zwischen der Wahl zum 3. und der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit Konstanz und Wechsel der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes 1961, so kann man sagen, daß aus den rückerrinnerten Angaben über die Wahlentscheidung 1957, sofern die Befragten die gleiche Partei angaben wie die, die sie auch 1961 wählten, mit hoher Wahrscheinlichkeit auf konstante Parteipräferenzen auch während des Wahlkampfes geschlossen werden kann. Von den Wechslern zwischen 1957 und 1961 erschienen jedoch schon ein Viertel, bezogen auf den Zeitraum des Wahlkampfes, als Personen mit intendierter Konstanz der Wahlentscheidung. Bei diesen Personen muß der Entschluß eine neue Partei zu wählen, schon vor dem Juli 1961 lokalisiert werden. Er

Tabelle 154

Konstanz und Wechsel: 1957 - 1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen

Wählertyp		Spezifikation	
	%		%
Konstante	53	davon:	
		SPD	31
		CDU	33
		FDP	18
		Sonstige Parteien	2
		Nichtwähler, keine Angabe	16
			<u>100</u>
			N=196
Wechsler	47	davon:	
		SPD-CDU	3
		SPD-FDP	5
		SPD-S	2
		SPD-NWKA	3
		CDU-SPD	5
		CDU-FDP	8
		CDU-S	1
		CDU-NWKA	2
		FDP-SPD	2
		FDP-CDU	1
		FDP-S	-
		FDP-NWKA	-
		S-SPD	3
		S-CDU	1
		S-FDP	-
		S-NWKA	-
		NWKA-SPD	21
		NWKA-CDU	24
		NWKA-FDP	16
		NWKA-S	3
	<u>100</u>		<u>100</u>
	N=369		N=173

Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn

Anmerkung: S = Sonstige Parteien; NWKA = Nichtwähler, keine Angabe

kann sich in den vorhergehenden Landtags- oder Kommunalwahlkämpfen gebildet und manifestiert haben. Man erfaßt also nur einen Teil der 1957-1961 - Wechsler, wenn man die Veränderungen der Parteipräferenzen im Wahlkampf als Indikator für den Wechsel von Wahl zu Wahl betrachtet.

Tabelle 155

Konstanz und Wechsel zwischen den Wahlen und Konstanz und Wechsel im Wahlkampf

Wähler- typen 1961	Wählertypen 1957-1961					Total
	konstante Wähler	Wechsel- wähler	Wieder- wähler	Neu- wähler	Nicht- wähler, k. A.	
	%	%	%	%	%	
Konstante Wähler	91	24	43	67	-	58
Wechsel- wähler	1	73	9	13	-	16
Wieder-, Wander- wähler	8	3	48	20	-	15
Nicht- wähler, Keine Angabe	-	-	-	-	100	11
Total	100	100	100	100	100	100
N =	89	33	23	15	38	198

Umfragen vom Juli, September und November 1961 im Wahlkreis
Heilbronn (Panel)

Faßt man den Charakter der Wahlentscheidung als ein direktes oder mitgeteiltes Produkt der kumulierten, sozialen und politischen Erfahrung auf, so kann man sagen, daß Ego die Auseinandersetzung um eine Veränderung der Wahlentscheidung, wenn sie auch schon vorher angelegt sein mag, in den meisten Fällen bewußt erst im Wahlkampf führt, in einer Zeit, in der die allgemeine Bedeutung der Politik als groß em-

pfunden wird und in der man sich, weit häufiger als sonst, über politische Dinge unterhält. Jetzt müssen, zumindest bei den politisch Interessierten, Konsequenzen aus den Erfahrungen gezogen werden, die, sind sie positiv zur Konstanz, sind sie negativ, zum Wechsel der politischen Einstellung führen können.

3. Politisches Interesse, politische Information und die Struktur der Primärums welt bei Konstanten und Wechsler⁴

Die bisher mitgeteilten Ergebnisse der Analysen von Wechselwählern sind unterschiedlich, was die Aussagen über ihr politisches Interesse im weiteren Sinne (political involvement) anbelangt, sie konvergieren bis zu einem gewissen Grade, wenn allgemeinere soziale Zusammenhänge betrachtet werden⁵.

Während sich vor allem in den amerikanischen Studien Wechselwähler als die politisch Uninteressierten erwiesen haben, hat die Analyse der Wechsler bei den Bundestagswahlen von 1961 keinen wesentlichen Unterschied der Wechsler gegenüber anderen Wählertypen ergeben⁶. Diese Aussage hat auch für den Heilbronner Distrikt Gültigkeit. Dennoch scheint sich eine interessante Modifikation des Ergebnisses anzudeuten, wenn man die Selbsteinschätzung des politischen Interesses und die Häufigkeit der Unterhaltung über Politik als zwar eng zusammenhängende, jedoch zum Teil auch unterschiedliche Dimensionen politischen Verhaltens messende Indikatoren ansieht⁷. Vergleicht man den Anteil der Befragten, die von sich sagen, sehr stark oder stark an Politik interessiert über Politik unterhalten haben, bei Wechsler und Konstanten, so ergibt sich im Falle der Selbsteinschätzung ein höherer Interessesgrad bei den Konstanten, im Falle der Unterhaltung über Politik jedoch ein höherer Grad an Unterhaltung bei den Wechsler. Nimmt man an, daß Wechsler stärker um kognitive Konsonanz⁸ in bezug auf ihre politische Einstellung besorgt sein müssen als Konstante, dann kann man die Hypothese formulieren, daß Wechsler die Tendenz haben, sich im Zeitraum der Änderung ihrer Präferenzen etwas häufiger über Politik zu unterhalten, als das in einer Selbsteinschätzung des politischen Inter-

4) Konstanz und Wechsel bezieht sich in der Folge auf die Veränderungen während des Wahlkampfzeitraums.

5) Vgl. die Diskussion bei: Kaase, Max, "Die Wechselwähler", Kölner Dissertation, 1964 und Daudt, Harry, "Floating Voters and the Floating Vote", Leiden 1961

6) Kaase, Max, "Die Wechselwähler", Kölner Dissertation 1964, S. 200 ff.

7) Vgl. die Diskussion beider Variablen bei: Pappi, Franz, "Das Wahlverhalten im Bezugsrahmen der politischen Kultur", unveröffentlichtes Manuskript, 1966

8) Zur theoretischen Konzeption vgl.: Festinger, Leon, "A Theory of Cognitive Dissonance", Evanstown-New York 1957

esses zum Ausdruck kommen muß. Für diese Annahme spricht der Vergleich der Selbsteinschätzung des politischen Interesses und die Angaben über die Häufigkeit der Unterhaltung über Politik aus der November-Umfrage. Ein weiterer Hinweis, der diese Hypothese stützen könnte, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Angaben zur Häufigkeit der Unterhaltung über Politik bei Konstanten und Wechslern, im Juli, September und November 1961. Im Juli, zu Beginn des Wahlkampfes, lag der Wert der Häufigkeit der Unterhaltung über Politik bei Wechslern 5 Prozentpunkte unter dem der Konstanten. Im September, zu einem Zeitpunkt, in dem eine Umsetzung der Intention zu Wechseln kurz bevorstand, war der Anteil der sich häufig unterhaltenden Personen bei den Wechslern um 2 Prozentpunkte größer als bei den Konstanten. Nach der Wahl, im November 1961, unterschieden sich beide Wählertypen um nicht mehr als 1 Prozentpunkt.

Politisches Interesse und die Häufigkeit der politischen Unterhaltung hängen eng mit dem Informationsgrad über Politik zusammen. Wenn man

Tabelle 156

Die Selbsteinschätzung des politischen Interesses bei verschiedenen Wählertypen

Politisches Interesse	Konstante Wähler	Wieder-, Wanderwähler	Wechselwähler	Nichtwähler, Keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Sehr stark, stark	17	14	14	4	15
Mittel	48	24	55	32	46
Wenig, überhaupt nicht	34	59	29	60	37
Keine Angabe	1	-	-	4	2
Total	100	100	100	100	100
N =	116	29	31	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Tabelle 157

Die Unterhaltung über Politik bei verschiedenen Wählertypen im Juli, September und November 1961

Unterhaltung über Politik	Juli						September						November					
	K.		W.		NWKA		T.		K.		WW.		W.		NWKA		T.	
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
In den letzten 6 Tagen	47	41	42	18	42	69	69	71	45	67	38	21	39	18	33			
Zu einem Zeitpunkt davor	25	28	32	14	25	21	14	26	14	20	34	27	35	27	32			
Keine Angabe	28	31	26	68	33	10	17	3	41	13	28	52	26	55	35			
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	116	29	31	22	198	116	29	31	22	198	116	29	31	22	198			

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Anmerkung: K = Konstante Wähler, WW = Wieder-, Wanderwähler, W = Wechselwähler, NWKA = Nichtwähler, keine Angabe, T = Total

zwischen Konstanten und Wechslern nur geringe Unterschiede in bezug auf das politische Interesse feststellen konnte, so muß es überraschen, im Falle der Selbsteinschätzung des Informationsgrades über Politik, eine beachtliche Differenz zuungunsten der Konstanten zu finden. Vergleicht man allerdings die Selbsteinschätzung mit dem Informationsgrad-Index über den Wahlkreiswahlkampf, so ergibt sich umgekehrt ein größerer Prozentsatz hoch Informierter unter den Konstanten. Dies kann als ein weiterer Hinweis darauf aufgefaßt werden, daß sich die Wechsler stärker auf Informationssuche befinden als die Konstanten und, als Folge davon, ihre tatsächliche Information über Politik überschätzen.

Tabelle 158

Der Informationsgrad über Politik (subjektive Einschätzung der Befragten) bei verschiedenen Wählertypen

Informations- grad (subj.) Weiß ... Bescheid	Konstante	Wechsel-	Wieder-,	Nicht-	Total
	Wähler	wähler	Wander- wähler	wähler, keine Angabe	
	%	%	%	%	%
Recht genau	9	19	4	-	9
Einigermaßen	28	29	38	14	28
Nur so eben	20	33	-	9	16
Nicht gut	30	13	17	32	26
Kein Interesse	13	16	41	45	21
Total	100	100	100	100	100
N =	116	31	29	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Tabelle 159

Der Informationsgrad über Politik (Index Informationsgrad-Wahlkreiswahlkampf) bei verschiedenen Wählertypen

Informationsgrad (obj.)	Konstante Wähler	Wechsel- wähler	Wieder-, Wander- wähler	Nicht- wähler, keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Hoch	26	23	18	14	23
Mittel	37	48	38	23	37
Gering	37	29	41	59	39
Nicht eingestuft	-	-	3	4	1
Total	100	100	100	100	100
N =	116	31	29	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis
Heilbronn (Panel)

Bei der Diskussion der Zusammenhänge von Wahlentscheidung und politischer Einstellung von Verkehrskreisen der primären Umwelt, war der allgemein hohe Grad an Übereinstimmung aufgefallen. Vergleicht man nun Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung der Wahlentscheidung von Konstanten und Wechslern in bezug auf die Parteipräferenzen der Familienangehörigen und Verwandten sowie der Freunde, Kollegen und Bekannten, so ergibt sich bei Befragten mit konstanter Parteipräferenz ein hoher, bei den Wechslern ein sehr niedriger Grad an Übereinstimmung. Zwar nimmt sowohl für Konstante, als auch für Wechsler der Homogenitätsgrad von Juli bis September zu, ein Hinweis darauf, daß die Wechsler die Tendenz haben in ihrer primären Umwelt wieder zu mehr Harmonie zu kommen, die relativen Unterschiede zwischen Konstanten und Wechslern bleiben jedoch weitgehend bestehen.

Wechsler leben also in einer politisch weit heterogeneren primären Umwelt als die Konstanten. Sie sind, sowohl in der Familie als auch im Freundeskreis, starken Gegeneinflüssen ausgesetzt. Eine der Ursachen des insgesamt geringen Anteils der Wechsler und des hohen An-

Tabelle 160

Wählertypen und Primärumwelt: Familienangehörige und Verwandte und Freunde, Kollegen und Bekannte

Parteiprä- ferenzen in den Be- reichen der Primär- umwelt	Konstante Wähler				Wechsel- wähler				Wander- und Wiederwähler				Total			
	Familie ..		Freunde ...		Familie ..		Freunde ...		Familie ..		Freunde ...		Familie ..	Freunde ...		
	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.		
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%		
Homogen ¹	63	66	57	58	3	10	3	10	14	21	7	24	43	49	39	43
Neutral	16	12	19	16	26	35	26	32	52	21	35	17	16	18	23	19
Mehrfach- nennungen	6	10	10	14	-	13	3	13	3	24	10	31	25	13	9	17
Heterogen ¹	9	9	10	9	58	39	58	39	3	21	24	14	4	16	21	15
Keine Angabe	6	3	4	3	13	3	10	6	28	13	24	14	11	4	8	6
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	116				31				29				176			

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

1) Anmerkung: Homogenität und Heterogenität wurden inbezug auf die Wahlentscheidung definiert.

Tabelle 161

Der Einfluß der Primärumwelt auf Konstanz und Wechsel der Parteipräferenzen: Familienangehörige
und Verwandte und Freunde, Kollegen und Bekannte

Wähler- typen	Parteipräferenzen in den Bereichen der Primärumwelt:																				Total
	Homogen ¹				Neutral				Mehrfachnennungen				Heterogen ¹				Keine Angabe				
	I ²		II ²		I		II		I		II		I		II		I		II		
	J. ³	S. ³	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	J.	S.	
																					%
Konstante Wähler	93	90	96	87	48	45	55	56	(86)	52	75	55	35	36	31	38	37	(37)	33	40	66
Wieder-, Wander- wähler	5	7	3	9	34	19	25	14	(14)	30	19	31	3	21	19	16	42	(50)	47	40	16
Wechsel- wähler	2	3	1	4	18	36	20	30	-	18	6	14	62	43	50	46	21	(13)	20	20	18
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	(100)	100	100	100	100	100	100	100	100	(100)	100	100	100
N =	77	86	69	77	44	31	40	34	7	23	16	29	29	28	36	26	19	8	15	10	176

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

1) Anmerkung: Homogenität und Heterogenität wurden inbezug auf die Wahlentscheidung definiert.

2) Anmerkung: I = Familienangehörige und Verwandte; II = Freunde, Kollegen und Bekannte.

3) Anmerkung: J = Juli 1961; S = September 1961

teils an konstanten Wählern, könnte in dem Bedürfnis nach Übereinstimmung mit der Primärumwelt gesehen werden.

Es scheint, als würde der soziale Druck und die politische Homogenität der primären Umwelt der Wechsler zu einem Teil durch Vermittlung politisch Interessierter überwunden. Im Gegensatz zu den Konstanten, gaben Wechsler häufiger an, durch politisch Interessierte etwas über den Wahlkampf erfahren zu haben.

Tabelle 162

Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen
Wählertypen: Politisch Interessierte

Information	Konstante Wähler	Wechsel- wähler	Wieder-, Wander- wähler	Nicht- wähler, keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Durch politisch Interessierte etwas erfahren	28	35	28	18	28
Durch politisch Interessierte nichts erfahren	67	65	69	64	67
Überhaupt nichts vom Wahlkampf erfahren	5	-	3	18	5
Total	100	100	100	100	100
N =	116	31	29	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Demgegenüber trat bei Konstanten die Bedeutung der Familie als Informationsquelle über das Wahlkampfgeschehen stärker hervor als bei den Wechslern.

Tabelle 163

Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen
Wählertypen: Familienangehörige

Information	Konstante Wähler	Wechselwähler	Wieder-, Wanderwähler	Nichtwähler, keine Angabe	Total
	%	%	%	%	%
Durch Familienangehörige etwas erfahren	45	35	31	23	39
Durch Familienangehörige nichts erfahren	50	60	65	55	55
Überhaupt nichts vom Wahlkampf erfahren	4	4	4	18	5
Keine Angabe	1	1	-	4	1
Total	100	100	100	100	100
N =	116	31	29	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis Heilbronn (Panel)

Inbezug auf den Freundeskreis ergaben sich zwischen Konstanten und Wechslern keine Unterschiede.

Tabelle 164

Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen
Wählertypen: Freunde, Kollegen und Bekannte

Information	Konstante	Wechsel-	Wieder-,	Nicht-	Total
	Wähler	wähler	Wander- wähler	wähler, keine Angabe	
	%	%	%	%	%
Durch Freunde etwas er- fahren	43	42	28	27	39
Durch Freunde nichts er- fahren	53	58	69	50	55
Überhaupt nichts vom Wahlkampf erfahren	4	-	3	23	6
Total	100	100	100	100	100
N =	116	31	29	22	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis
Heilbronn (Panel)

Faßt man die Ergebnisse noch einmal zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Konstante und Wechsler waren in etwa gleichermaßen politisch interessiert, doch zeigten sich gewisse Unterschiede zwischen der Selbsteinschätzung des politischen Interesses und der Häufigkeit der Unterhaltung über Politik bei beiden Wählertypen. Diese Beobachtung führte zu der Hypothese, daß Wechsler, mehr als die Konstanten, auf Argumente zur Wiederherstellung kognitiver Konsonanz angewiesen waren, die sie durch politische Unterhaltung zu bekommen trachteten. Gestützt wurde die Hypothese noch durch die Tatsache, daß Wechsler ihren politischen Informationsgrad überschätzten und daß sie, mehr als die Konstanten, Kontakt mit politisch Interessierten hatten. Inbezug auf die Parteipräferenzen der primären Umwelt ergab sich, daß Kon-

stante ein hohes Maß an Übereinstimmung mit ihrer Primärumwelt besaßen, das bei den Wechslern nur in weit geringerem Grad bestand. Homogenität kennzeichnete die konstanten Wähler, Heterogenität die Wechsler.

4. Konstanz und Wechsel im regionalen Kontext

Es soll hier nicht versucht werden, die Probleme von Konstanz und Wechsel umfassend zu behandeln. Gerade aus der Perspektive einer Wahlkreisstudie ist es jedoch reizvoll, insbesondere die Fragestellung nach der Funktion der Wechsler für das politische System um eine regionale Dimension zu erweitern.

Als die für das politische System wesentlichste Funktion der Wechselwähler wird herausgestellt, daß sie durch ihre Stimmabgabe die Chance des Machtwechsels offen halten⁹. Hierin kann ein wichtiger Mechanismus gesehen werden, der eine Abweichung des Verhaltens der Politiker und Parteien von den durch die demokratische Verfassung implizierten Normen des politischen Systems kontrolliert. Art und Ausmaß der Effizienz dieses Kontrollmechanismus richtet sich jedoch, darauf weist besonders Wildenmann hin¹⁰, größtenteils nach den durch das Wahlrecht vorgegebenen Regelungen. Je eher ein verändertes Wahlverhalten zu einer Veränderung der Machtkonstellation führen kann desto besser funktioniert diese Kontrolle; sei es durch die Antizipation der Konsequenzen des Machtverlustes, sei es durch einen real herbeigeführten Wechsel, der systeminkonforme Kräfte in der Folge ohne Mandat läßt.

Dieses Modell ist, was die Bundesrepublik betrifft, stets in bezug auf Konstanz und Wechsel der Machtverhältnisse im politischen Gesamtsystem angewandt worden und sicher ist, cum grano salis, ein Regierungswechsel als Folge geänderten Wählerverhaltens die wohl stärkste Sanktion. Einen solchen Regierungswechsel hat es in der Bundesrepublik jedoch bisher nicht in dem Sinne gegeben, daß die Opposition die Macht übernehmen konnte. Es läßt sich eindeutig nachweisen, daß dies bis zu einem gewissen Grade auch eine Folge des geringen Umsetzungseffekts des in der Bundesrepublik derzeit geltenden Wahlrechts ist¹¹. Die Bedeutung der Wechselwähler unter diesen institutionellen Bedingungen ist, was den Grenzwert ihrer Stimmen für den Machtwechsel

9) Kaase, Max, "Die Wechselwähler", Kölner Dissertation, 1964, S. 9

10) Wildenmann, Rudolf, "Konfliktkontrolle - Eine Aufgabe der Demokratie", in: Die Neue Gesellschaft, 10. Jahrgang, 6. Heft, November/Dezember 1963, S. 429 ff.

11) Vgl. Wildenmann, Rudolf, Kaltefleiter, Werner und Uwe Schleth, "Auswirkungen von Wahlsystemen auf das Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik", in: Scheuch Erwin K. und Rudolf Wildenmann, "Zur Soziologie der Wahl", Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen 1965, S. 74 ff.

im Gesamtsystem angeht, gering, geringer jedenfalls, als dies etwa unter den institutionellen Regelungen Großbritanniens der Fall ist¹². Wechselwähler in Deutschland haben also, was den Regierungswechsel anbetrifft, noch keinen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Dies, so könnte man folgern, hat weder eine ausgeprägte Antizipation eines Machtwechsels, noch das Gefühl ihrer besonders wichtigen Rolle bei den Wechslern ausbilden helfen.

Geht man jedoch vom Bezugsrahmen des politischen Gesamtsystems ab, so können selbst unter den geltenden institutionellen Bedingungen regionale Konstellationen gefunden werden, die für eine Kontrolle von Systemnormen günstiger sind und den Wechselwählern eine weniger frustrierende Rolle zuweisen.

Im regionalen Kontext des Heilbronner Distrikts stellt sich die Frage des "Macht-" bzw. Mandatswechsels, was das Direktmandat anbetrifft, anders. Für die Wählerschaft dieses Wahlkreises ist die weitere politische Umwelt durch eine ausgeglichene Dreiparteien-Konstellation gekennzeichnet, die als das spezielle politische Profil des Heilbronner Distrikts mehrfach herausgestellt wurde.

Läßt man das Bundestagswahlergebnis von 1949 aus, so ergibt sich hier für die CDU in bezug auf die gültigen Stimmen eine Spannweite¹³ von nur 5,5 Prozentpunkten. Auch die zum Ergebnis von 1961 relative Stimmenveränderung¹⁴ zeigt, unter Ausschaltung der sich ändernden Anzahl der Wahlberechtigten¹⁵ und der Schwankungen der Wahlbeteiligung¹⁵, zwischen 1953 und 1961 nur eine Abweichung von 14,8 Prozent. Der Variationskoeffizient¹⁶, hat, bezogen auf die gültigen Stimmen, einen Wert

12) Vgl. dazu allgemein; Hermens, Ferdinand A., "Verfassungslehre", Frankfurt - Bonn 1964, S. 253 ff.

13) Die Spannweite gibt die Prozentpunkt-Differenz zwischen dem höchsten und dem geringsten von der betreffenden Partei erreichten Wahlergebnis (bezogen auf die abgegebenen, gültigen Stimmen) an.

14) Die relative Parteistimmenveränderung gibt an, wie sich die Stimmen einer Partei, bezogen auf das Basisjahr, verändert haben (In-Hundert-Rechnung).

15) Die relative Parteistimmenveränderung kann wesentlich beeinflußt werden durch (a) die sich ändernde Anzahl der Wahlberechtigten und (b) die sich ändernde Anzahl der Wähler (Wahlbeteiligung). Diese Einflüsse werden durch Korrekturdivisoren ausgeschaltet.

Die Methoden der Indexberechnungen werden eingehend dargestellt von; Schuckmann, Gunnar von, "Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871", Kölner Dissertation, 1965, S. 94 ff. insbesondere S. 110-111; vgl. auch; Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz, "Wähler und Gewählte", Berlin-Frankfurt a. M. 1957, S. 431 ff.

16) Um den Streuungsgrad einer Partei mit dem anderer Parteien vergleichen zu können, muß die Standardabweichung relativiert werden, indem sie durch das zugehörige arithmetische Mittel dividiert wird. Vgl. dazu; Gunzert, Rudolf, "Die Landtagswahl am 28. November 1954 in Frankfurt am Main. Beiträge zu einer statistischen Analyse des Wahlscheitens. Sonderheft 5 der Statistischen Monatsberichte des Statistischen- und Wahlamts der Stadt Frankfurt a. M., 18. Jg., 1956, S. 71

von 0,180, zeigt also für die Wählerschaft der CDU im gesamten Zeitraum von 1949 bis 1961 nur eine geringe Schwankungsbreite.

Der FDP-Stimmenanteil scheint, wie aus den Aggregatzahlen hervorgeht, ein nahezu unbeweglicher Block zu sein. Die Spannweite, bezogen auf die gültigen Stimmen, beträgt lediglich 3,0 Prozentpunkte. Alle Indices und Koeffizienten unterstreichen die Konstanz der Summe der FDP-Stimmen. Der Stimmenveränderungsindex in bereinigter Form, bezogen auf das Wahlergebnis von 1961, erreicht Werte von nicht über 111 und nicht unter 100. Auch der Variationskoeffizient ist mit einem Wert von 0,0623 extrem niedrig.

Trotz des insgesamt ansteigenden Trends der SPD-Stimmen, ist auch hier der Variationskoeffizient mit einem Wert von 0,169 ein Indikator für die relative Stabilität des sozialdemokratischen Wähleranteils im Untersuchungsgebiet. Die Spannweite liegt, sieht man vom 1949-er Ergebnis ab, unter 10 Prozentpunkten, bezogen auf die gültigen Stimmen. Die relative Parteistimmenveränderung spiegelt einen stetigen Anstieg der Sozialdemokraten wieder.

Auch für die Parteienkonstellation bei Landtags- und Kommunalwahlen ergeben sich für den Distrikt ähnlich stabile Verhältnisse wie bei den Bundestagswahlen, jedoch mit einer gewissen Verschiebung der Schwerpunkte¹⁷. Die Maßzahlen zeigen hier eher noch eine Erhöhung der Konstanz an.

Trotz der hohen Stabilität der Parteienkonstellation wechselte das Direktmandat zwischen allen drei Parteien. Von 1949 bis 1953 wurden die Kandidaten der FDP, 1957 der Kandidat der CDU und 1961 der Kandidat der SPD direkt gewählt. Aufgrund der ausgeglichenen Stärkeverhältnisse waren lediglich geringe Stimmenverschiebungen nötig, um diese Veränderungen herbeizuführen.

Die Stabilität der Parteienkonstellation einerseits und die dennoch große Chance des Mandatswechsels andererseits, kennzeichnen also das regionale politische Subsystem. Dies läßt die Funktion der Wechselwähler für den regionalen Bereich besonders hervortreten. Der Grenzwert ihrer Stimmen ist für einen Wechsel im Wahlkreis, verglichen mit der Chance eines Wechsels im Bund, wesentlich höher. Vergleicht man den Erst- und Zweitstimmenanteil der Parteien, so fällt insbesondere die Differenz zugunsten des FDP- und zuungunsten des CDU-Kandidaten auf. Im Falle des SPD-Kandidaten ergeben sich kaum Unterschiede zwischen Erst- und Zweitstimmen. Insgesamt kann man sagen, daß unter den gegebenen Bedingungen vom Institut der getrennten Erst- und

17) Eine ausführliche Diskussion der Landtags- und Kommunalwahlergebnisse findet sich im Materialband "Politische und Soziale Struktur", S. 47 ff., insbesondere S. 69 - 76

Im Materialband "Politische und Soziale Struktur" wird ausserdem eine eingehende statistische Analyse der Bundes- und Landtagswahlergebnisse sowie der Kommunalwahlergebnisse seit 1946 für jede der 100 Gemeinden des Bundestagswahlkreises Heilbronn vorgelegt.

Zweitstimmen Gebrauch gemacht wurde. Bei der Wahl des Jahres 1953 gab die unterschiedliche Verteilung von Erst- und Zweitstimmen sogar den Ausschlag für den Mandatsgewinn des FDP-Kandidaten. Dieser für den Wähler sichtbare Effekt einer in Hinsicht auf Wechsel geänderten Stimmabgabe kann zwar durch die Absicherung des einen oder anderen Kandidaten auf der Landesliste abgeschwächt, nicht aber ganz aufgehoben werden. Diese Situation mag ein Grund mit dafür sein, daß ungeschriebene Demokratienormen, wie Fairness im Wahlkampf, im Heilbronner Distrikt besonders gut kontrolliert wurden, ja, daß eine solche Frage zu einem beachteten, regionalen Wahlkampfthema werden konnte.

Man könnte nun die Hypothese aufstellen, daß die Neigung zu wechseln mit der realen Chance einer Veränderung der politischen Verhältnisse in für die Stimmabgabe sinnvollen Kontexten, wie es etwa ein Wahlkreis ist, zunimmt. Unterstützt würde diese Neigung noch durch den in der Regel intensiven Wahlkampf den Kandidaten und Parteien in solchen Grenzwahlkreisen führen. Für Ego bedeutet dies politische Heterogenität in Bereichen der sekundären Umwelt. Wendet man das Ergebnis, daß politische Heterogenität in der primären Umwelt ein Kennzeichen der Situation des Wechselwählers war, analog auf sekundäre Umweltsbereiche an, so müßte der Anteil der Wechsler in derart heterogenen, sekundären Umwelten größer sein als in homogenen, der Anteil konstanter Wähler hingegen geringer. Bezogen auf die Gemeinde, einem Grenzbereich zwischen primärer und sekundärer Umwelt, war dies der Fall.

Die Frage, ob dies eine Folge der größeren Chance des persönlichen Kontakts mit Wählern anderer Parteien ist und sich insoweit nicht voll auf heterogene Strukturen sekundärer Umweltsbereiche Egos übertragen läßt, oder ob sich Heterogenität dort ebenso auswirkt, ohne gleichzeitig persönlichen Kontakt zu erfordern, muß speziellen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Tabelle 165

Maßzahlen zur Entwicklung der CDU-Stimmen (Zweitstimmen)

	1949	1953	1957	1961
Absoluter Wert	20258	37506	47231	44229
In v. H. der Wahlberechtigten	16,0	25,9	29,9	25,9
In v. H. der gültigen Stimmen	23,0	32,1	36,2	31,6
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten)	61,6	99,8	115,2	100,0
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen)	72,8	101,7	114,8	100,0
Mittelwert				
Absoluter Wert		37306		
In v. H. der Wahlberechtigten		24,4		
In v. H. der gültigen Stimmen		30,7		
Spannweite				
Absoluter Wert		26973		
In v. H. der Wahlberechtigten		13,9		
In v. H. der gültigen Stimmen		13,2		
Variationskoeffizient				
Bezogen auf den absoluten Wert		0,324		
Bezogen auf v. H. der Wahlberechtigten		0,243		
Bezogen auf v. H. der gültigen Stimmen		0,180		
Wahlkreis Heilbronn				

Tabelle 166

Maßzahlen zur Entwicklung der FDP-Stimmen (Zweitstimmen)

	1949	1953	1957	1961
Absoluter Wert	24874	32953	32891	35552
In v. H. der Wahlberechtigten	19,6	22,7	20,8	20,9
In v. H. der gültigen Stimmen	28,2	28,2	25,2	25,4
Relative Partei-stimmenver-änderung	70,0	92,7	92,5	100,0
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der Wahlbe-rechtigten)	94,1	109,1	100,0	100,0
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen)	111,3	111,2	99,5	100,0
Mittelwert				
Absoluter Wert		31568		
In v. H. der Wahlberechtigten		21,0		
In v. H. der gültigen Stimmen		26,8		
Spannweite				
Absoluter Wert		10678		
In v. H. der Wahlberechtigten		3,1		
In v. H. der gültigen Stimmen		3,0		
Variationskoeffizient				
Bezogen auf den absoluten Wert		0,3130		
Bezogen auf v. H. der Wahlberechtigten		0,0600		
Bezogen auf v. H. der gültigen Stimmen		0,0623		
Wahlkreis Heilbronn				

Tabelle 167

Maßzahlen zur Entwicklung der SPD-Stimmen (Zweitstimmen)

	1949	1953	1957	1961
Absoluter Wert	23110	34377	42978	54469
In v. H. der Wahlberechtigten	18,2	23,7	27,2	32,0
In v. H. der gültigen Stimmen	26,2	29,4	33,0	38,8
Relative Partei-stimmenver-änderung	42,4	63,1	78,9	100,0
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der Wahlbe-rechtigten)	57,0	74,2	85,1	100,0
Relative Partei-stimmenveränderung (korrigiert um die Veränderung der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen)	67,4	75,7	84,8	100,0
Mittelwert				
Absoluter Wert		38734		
In v. H. der Wahlberechtigten		25,3		
In v. H. der gültigen Stimmen		31,9		
Spannweite				
Absoluter Wert		31359		
In v. H. der Wahlberechtigten		13,8		
In v. H. der gültigen Stimmen		12,6		
Variationskoeffizient				
Bezogen auf den absoluten Wert		0,343		
Bezogen auf v. H. der Wahlberechtigten		0,230		
Bezogen auf v. H. der gültigen Stimmen		0,169		
Wahlkreis Heilbronn				

Tabelle 168
Die Erststimmenanteile von SPD, CDU und FDP

Wahljahr	SPD	CDU	FDP
	%	%	%
1949 ¹	26,2	23,0	28,2
1953	29,7 (29,4) ²	28,0 (32,1)	32,6 (28,2)
1957	33,0 (33,0)	35,2 (36,2)	26,9 (25,2)
1961	38,6 (38,8)	31,9 (31,6)	25,8 (25,4)
Mittelwert	31,9 (31,8)	29,5 (30,7)	28,4 (26,7)

- 1) 1949 sah das Wahlrecht noch keine Trennung von Erst- und Zweitstimme vor.
 2) zum Vergleich den jeweiligen Zweitstimmenanteil

Tabelle 169
**Die Verteilung der Wählertypen in Gemeinden mit unterschiedlicher
 Parteienkonstellation¹**

Wählertypen	Einpar- teien Ge- meinden	Zwei- par- teien Ge- meinden	Drei- par- teien Ge- meinden	Total
	%	%	%	%
Konstante Wähler	89	60	52	58
Wieder-, Wander- wähler	4	24	15	15
Wechsel- wähler	-	16	19	16
Nichtwähler, Keine Angabe	7	-	14	11
Total	100	100	100	100
N =	28	30	140	198

Umfragen von Juli, September und November 1961 im Wahlkreis
 Heilbronn (Panel)

- 1) Zur Einteilung der Befragungsgemeinden in Ein-, Zwei- und Dreiparteien-Gemeinden vgl. Anhang III

§ 8 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Es wäre eine kaum lösbare Aufgabe, alle Einzelergebnisse dieser Studie, mit der gebotenen Differenzierung und Einschränkung, in wenigen Zeilen zu referieren. Dennoch kann eine knappe, wenn auch notwendig nicht vollständige Zusammenfassung, das Hauptergebnis der Arbeit noch einmal verdeutlichen: das, bei aller Vielfalt der Entscheidungsursachen für eine bestimmte politische Partei, gerade bei diesem Forschungsansatz gut zu beobachtende, aufeinanderbezogene Reagieren von Elementen des politischen Systems.

Diese Aufeinanderbezogenheit, und das war im Heilbronner Distrikt mit seiner traditionsreichen, politischen Vergangenheit besonders gut zu demonstrieren, galt nicht nur für den kurzen Zeitraum einer Wahl. In der historischen Perspektive erwies sich die bei der Bundestagswahl 1961 festgestellte, ausgeprägte Dreipartelenkonstellation, als typisch für den Distrikt seit 1893.

Ein klassischer Ansatz regionaler Wahlanalyse, von der französischen géographie humaine beeinflusst, bezog vor allem landschaftlich-geographische Bedingungen in den Erklärungsprozeß ein. Dieser Ansatz wurde als Ausgangspunkt der Diskussion der Kategorie "Region" gewählt, die den zentralen analytischen Kern des Forschungsobjekts "Wahlkreis" kennzeichnet. Die Untersuchung der Wirkungen landschaftlicher Gegebenheiten des Heilbronner Distrikts auf die Wahlentscheidung führt in erster Linie zu der neuen Frage, welche Institutionen für solche Effekte verantwortlich sind, die in bestimmten, nicht unbedingt nach landschaftlichen Kriterien definierten Subdistrikten auftraten und die nicht allein auf Beziehungen allgemeiner Art, wie etwa zwischen Konfession oder Beruf und Wahlentscheidung, zurückzuführen waren.

Es wurde zunächst versucht diese Frage analytisch zu fassen. Unter dem Aspekt, daß der Wahlkreis als eine institutionell vorgegebene, regional abgegrenzte Einheit angesehen werden kann, die den legitimen Erwerb und die Kontrolle politischer Macht ermöglicht, wurde geprüft, welche Effekte von dieser institutionellen Einrichtung auf das Verhalten von Politikern, Parteien, organisierten Interessenverbänden und Wählern zu erwarten waren. Dabei wurde herausgestellt, daß für Kandidaten, Parteien und organisierte Interessenverbände, die in diesem speziellen Gebiet lokalisierte Sozialstruktur mit ihren traditionellen politischen Bindungen den Ausgangspunkt aller regionalbezogenen wahlstrategischen Überlegungen bildet. Fallen die Grenzen des Wahlkreises zusätzlich mit den Gebietsabgrenzungen sonstiger administrativer oder Selbstverwaltungskörperschaften zusammen, so sind weitere Wirkungen von den auf diese Kontexte bezogenen regionalen Führungsschichten wahrscheinlich. Die durch die vorhergehenden Überlegungen bereits impli-

zierten Einflüsse intermediärer Institutionen auf die Wahlentscheidung werden ergänzt durch die Tatsache, daß in dem hier untersuchten Distrikt nicht nur Wahlkreis- und administrative Grenzen zusammenfielen, sondern sich auch noch mit dem Verbreitungsgebiet mehrerer regionaler Tageszeitungen deckten, deren Lokalberichterstattung diese Region ebenfalls als Bezugsrahmen hat. Dadurch wird das Wahlkreisgebiet auch für den Wähler eine selbstverständliche, im Alltag häufig benutzte Kategorie, ein Ordnungsbegriff und Bezugspunkt, durch den der politische "out put" von Subregionen des politischen Gesamtsystems verstanden und zugerechnet werden kann.

Für die Gebiete der Amtskorporationen Württembergs, die seit dem 13. Jahrhundert Wehr-, Steuer-, Gerichts- und Verwaltungsbezirk waren und im gesamten Zeitverlauf bis 1938 nur wenige Veränderungen erfuhren, bot sich ein Test der Hypothese an, daß von diesen Gebieten, die, und das ist hier entscheidend, auch mit den Landtagswahlkreisen Württembergs übereinstimmten, solche Effekte ausgingen, wie sie im vorhergehenden Kapitel analytisch herausgearbeitet worden waren. Es konnte festgestellt werden, daß die drei im Wahlkreisgebiet enthaltenen Oberämter, im Zeitraum der Weimarer Republik, der hier zunächst als Untersuchungszeitraum gewählt wurde, von jeweils einer Partei dominiert wurden: im Subdistrikt I (ehemaliges Oberamt Heilbronn) war die SPD, im Subdistrikt II (ehemaliges Oberamt Neckarsulm) war das Zentrum und im Subdistrikt III (ehemaliges Oberamt Brackenheim) war der Bauern- und Weingärtnerbund stark überrepräsentiert. Die weitere Analyse ergab, daß die in langen Zeiträumen entstandene Verflechtung regionaler Machtstrukturen auch auf die Parteien nach 1945 tradiert wurde und zwar im Subdistrikt I auf die SPD, im Subdistrikt II auf die CDU und im Subdistrikt III auf die FDP. Abschließend konnte auch am Wahlergebnis des Jahres 1961 nachgewiesen werden, daß in diesen Kontexten ein Effekt zugunsten der jeweiligen Mehrheitspartei vorhanden war. Unter stärkerer Betonung der Rolle intermediärer Organisationen, wurde dieses Phänomen als ein regionaler "breakage effect" bezeichnet.

Die Diskussion des Einflusses der intermediären Institutionen auf die Wahlentscheidung fand im Distrikt in der katholischen Kirche, den Gewerkschaften und dem Bauernverband ein besonders geeignetes Objekt.

Die Erörterung der Wahlentscheidung der Katholiken, - es ergab sich, wie schon oft dokumentiert, ein starker Bezug zur CDU - ging von der speziellen Minderheitensituation und der ökologischen Separierung der Angehörigen dieser Konfession aus. Die Nähe zum Objekt und die Anwendung einer Vielzahl von Methoden, ermöglichte die Analyse der Interessenlage der katholischen Kirche im Distrikt, die Analyse der

Technik der Sichtbarmachung dieser Interessenlage und die Analyse der Arten der Reaktion der angesprochenen Gemeindeglieder.

Die konfessionell homogene Siedlungsweise, insbesondere in den kleinen Gemeinden des Wahlkreises, eröffnete den Zugang zur Untersuchung unterschiedlicher Gemeindekontexte im Zusammenhang mit der Wahlentscheidung der Katholiken. Die Ergebnisse hier waren außerordentlich differenziert. Grob gesagt ergab sich eine Bestätigung der These, daß eine Befolgung der CDU-Wahlnorm bei Katholiken mit der Zunahme der konfessionellen Homogenität stieg und zwar sowohl bei katholisch, als auch bei protestantisch homogenen Gemeinden. Dabei galt die Spezifikation, daß die Konformitätsrate bei protestantischer Dominanz am höchsten war, bis zu dem Schwellwert, der angab, ob es in der Gemeinde oder in der Nachbargemeinde noch eine funktionierende katholische Kirchengemeinde gab oder nicht.

Für die Protestanten konnte keine ähnliche starke Wahlnorm aus dem Bereich der Kirche beobachtet werden. Sie war aus der Interessenlage der kirchlichen Organisation im Distrikt, in einer, bezogen auf den gesamten Wahlkreis, Majoritätensituation, auch nicht zu erwarten gewesen. Vielmehr wurde gerade bei der Analyse des Wahlverhaltens der Protestanten das Interesse auf ökonomische Einflußfaktoren gelenkt.

Die Wahl der Berufszugehörigkeit als Indikator für die Analyse der Beziehung zwischen ökonomisch determinierten Einflußgrößen und Wahlentscheidung ging von der Überlegung aus, daß damit noch am ehesten eine Kombination der Ergebnisse von Interviews und Beobachtungen der Führer regionaler, wirtschaftlicher Organisationen und der Ergebnisse der Umfrage erreicht werden konnte. Dies ermöglichte es, insbesondere im Falle der Arbeiter und Bauern, neue Implikationen von kategorialer Zugehörigkeit und Wahlentscheidung aufzuzeigen.

Die Wechselbeziehungen zwischen der Führung der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern und der Funktionen, die diese Organisationen für ihre Mitglieder haben, standen im Mittelpunkt der Erörterung der Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung der Arbeiter. Dabei wurde die Hypothese aufgestellt, daß neben der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, die Organisation geschätzter geselliger Aktivitäten, zu einer verstärkten Befolgung der SPD-Wahlnorm der Gewerkschaftsmitglieder führen kann.

Eine ausgesprochen wahlkreisbezogene Besonderheit fand sich in der hohen Rate an FDP-Wählern unter den protestantischen Bauern. Zwei Komponenten scheinen den Tatbestand zu erklären: die Übernahme der Tradition des Bauern- und Weingärtnerbundes durch die FDP und die überragende Persönlichkeit des Bauernführers Mauk, des Kandidaten dieser Partei im Wahlkreis. Dabei stellte sich die Technik des Einflusses der Berufsorganisation als ein mehrstufiges Kommunikationssystem heraus, durch das lokale Bauernführer Loyalitäten auf den Ver-

trauensmann der Organisation bei ihren Gefolgsleuten übertragen. Im Falle der Bauern ergab sich auch eine gute Möglichkeit für die Analyse des Kandidateneinflusses auf die Wahlentscheidung.

Sowohl der CDU- als auch der FDP-Kandidat waren in bäuerlichen Organisationen tätig, wenn auch mit einem eindeutigen Schwerpunkt zugunsten des FDP-Kandidaten. Der CDU-Kandidat war in einer bäuerlichen Gemeindegruppe im Nordosten des Wahlkreises ansässig, der FDP-Kandidat kam aus dem Gebiet einer sozial nahezu gleich strukturierten Gemeindegruppe im Südwesten. Eine Gegenüberstellung der Wahlergebnisse beider Gemeindegruppen erbrachte eindeutige Hinweise auf den Einfluß der dort jeweils ansässigen Kandidaten. Die sehr heterogenen Kategorien von Beamten und Angestellten einerseits und der Selbständigen andererseits, erlaubten keine differenzierten Aussagen. Erwähnenswert bleibt, daß Angestellte in kleineren Betrieben konservativer wählten als in Großbetrieben. Zum anderen fiel auf, daß sich bei der speziellen CDU-FDP-Konstellation des Distrikts die Organisationen der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs ständig bemühten, sich weder eindeutig für die eine noch für die andere Partei auszusprechen.

Die Analyse der Bestimmungsgründe des Wählens bei Hausfrauen führte zu einer Betonung der Rolle des Ehemanns im Prozeß der Entscheidungsfindung. Dabei war die Übereinstimmung zwischen der Wahlentscheidung der Ehegatten bei den Nur-Hausfrauen am höchsten. Sie nahm im Falle der berufstätigen Frauen und der Männer ab.

Bei den Angehörigen aller Berufskategorien und der Katholiken hatte sich gezeigt, daß die Möglichkeit eines Abweichens von den durch kategoriale Zugehörigkeiten determinierten Wahlnormen dann am größten war, wenn politisches Interesse oder politische Information groß waren.

Die Betrachtung der Zusammenhänge von Kategorien wie Region, Konfession, Beruf und Wahlentscheidung, hatte zu einer Betonung der Wichtigkeit intermediärer Institutionen geführt und die Aktivitäten von Kandidaten und Parteien mehr unter dem Aspekt bei Wahlen regelmäßig wiederholter, weitgehend ritualisierter Geschäftigkeit erscheinen lassen. Dennoch, und das ergab die Analyse und die Beobachtung des äußerst intensiv geführten Wahlkampfes, kam den Wahlkampfaktivitäten von Politikern und Parteien eine bedeutende Funktion für die Weckung politischen Interesses, die Zunahme des Gefühls der Bedeutung von Politik allgemein und einer verstärkten Unterhaltung über politische Dinge im Alltag zu. Dadurch gewann auch die gewohnte soziale Umwelt Egos politische Konturen, die in der Regel eine eigene politische Orientierung erleichterten.

Die Umfragen erlaubten es, die Information über diese regionalen Wahlkampfaktivitäten bei der Wählerschaft zu erfassen. Dies eröffnete

die Möglichkeit, einigen Problemen, die schon bei der Diskussion der Kategorie Wahlkreis angeschnitten wurden, konkreter nachzugehen. Wie wirkt sich regionale Information, regionaler Bezug auf politisches Interesse, politische Information allgemein und die Einstellung gegenüber dem demokratischen System aus? Fragen, die von der Verfassungs- und Wahlrechtstheorie oft genug angeschnitten wurden. Es konnte festgestellt werden, daß starker regionaler Bezug, hohes Interesse an Politik, allgemein größere politische Information und eine positive Einstellung gegenüber dem demokratischen System im Wahlkreis Heilbronn weitgehend zusammenfielen.

Die regionale Presse erwies sich als die hauptsächliche Informationsquelle der Wähler über regionale Wahlkreiswahlkampfangelegenheiten. Ihr fiel, ähnlich der urbanen Presse, eine zentrale Kommunikationsfunktion zu.

Mit Hilfe des Instruments der Panelanalyse konnten die Veränderungen der Parteipräferenzen im Wahlkampfverlauf gemessen werden. Dies führte zur Definition und Diskussion einzelner Wählertypen, insbesondere von Wählern mit konstanter und wechselnder Parteipräferenz unter den Aspekten von politischem Interesse, politischer Information und der Struktur der Primärumwelt. Dabei wurde festgestellt, daß sich Konstante und Wechsler in bezug auf die subjektive Einschätzung des Interesses und die Information über Politik kaum unterschieden. Eine kleine Modifikation dieses, von Kaase auch für die Bundesrepublik allgemein gefundenen Ergebnisses, deutete sich dadurch an, daß sich Wechsler gegenüber den Konstanten subjektiv etwas weniger politisch interessiert einstufen, sich aber zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung etwas häufiger über Politik unterhielten. Dies führte zu dem Schluß, daß Wechsler im Zeitraum des Wechsels verstärkt auf der Suche nach Argumenten sind, mit denen sie die Veränderung ihrer politischen Einstellung untermauern können. Die Hypothese in diesem Zusammenhang war, daß sich Wechsler stärker um kognitive Konsonanz bemühen müssen. Diese Annahme wurde dadurch gestützt, daß Wechsler in politisch heterogenen Primärumwelten lebten, im Gegensatz zu den Konstanten, die sich in der Regel in Übereinstimmung mit ihrer primären Umwelt wußten.

Die Tatsache, daß Wechsler häufiger mit politisch Interessierten interagierten, kann als Hinweis darauf aufgefaßt werden, daß der Einfluß homogener Primärumwelten, bei gegebener Intention Egos zu wechseln, durch politisch Interessierte überwunden werden kann.

Es erschien reizvoll, abschließend die Frage von Konstanz und Wechsel in einem Wahlkreis Kontext zu behandeln, der als typische Merkmale eine stabile Parteienkonstellation aufwies und trotzdem sowohl für die SPD, CDU und auch FDP eine Chance des Mandatswechsels bot. Verglichen mit dem Bundesgebiet, konnte einem Wechselwähler ein höherer

"Grenznutzen" für die Herbeiführung eines "Machtwechsels" zugemessen werden, als im Kontext der Bundesrepublik generell. Die Sichtbarkeit eines Erfolgs geänderten Wahlverhaltens war hier im regionalen Bereich größer. Geht man also vom Bezugsrahmen des gesamten politischen Systems ab, so können regional Konstellationen gefunden werden, die dem Wechselwähler eine weniger frustrierende Rolle zuweisen und einer Kontrolle von Systemnormen durch die Möglichkeit eines antizipierten Mandatsverlusts bei Politikern günstiger sind.

Dies Ergebnis warf weitere Probleme der politischen Struktur der sekundären Umwelt Egos auf. Es fanden sich, bei einer Betrachtung der Parteienkonstellationen in den Gemeinden, Hinweise darauf, daß mit größerer Heterogenität der Sekundärumwelt und mit der größeren Chance tatsächlich Veränderungen herbeiführen zu können der Anteil der Wechselwähler wuchs. Eine vollständige Klärung dieser Fragen mußte weiteren, speziellen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Diese Zusammenfassung von Ergebnissen aus den Fragenkreisen: Wählerverhalten, politische Parteien und Interessengruppen sowie Bedingungen des Wechsels, zeigt, daß durch den Versuch Fragen zu beantworten, neue Fragen aufgeworfen wurden. Sie steckt darüberhinaus die Grenzen einer Generalisierung von Ergebnissen, die in einem ganz speziellen Kontext gewonnen wurden, ab. Es bleibt zu hoffen, daß diese Studie, neben allen Unzulänglichkeiten, dem Problem einer analytischen Fragestellung bei Wahlkreisstudien näher gekommen ist.

ANHANG

I. Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	Verteilung der SPD-Stimmen bei der Bundestagswahl 1961	11
Schaubild 2:	Verteilung der CDU-Stimmen bei der Bundestagswahl 1961	12
Schaubild 3:	Verteilung der FDP-Stimmen bei der Bundestagswahl 1961	13
Schaubild 4:	Das Vergleichsgebiet für den Zeitraum von 1871 bis 1912	17
Schaubild 5:	Das Vergleichsgebiet für den Zeitraum von 1919 bis 1933	18
Schaubild 6:	Landschaften.	31
Schaubild 7:	Bundestagswahlen (Wahlkreiseinteilung).	35
Schaubild 8:	Landtagswahlen (Wahlkreiseinteilung)	36
Schaubild 9:	Kreistagswahlen 1946 (Wahlkreiseinteilung)	37
Schaubild 10:	Kreistagswahlen 1947 (Wahlkreiseinteilung)	38
Schaubild 11:	Kreistagswahlen 1953 (Wahlkreiseinteilung)	39
Schaubild 12:	Kreistagswahlen 1959 (Wahlkreiseinteilung)	40
Schaubild 13:	Verwaltungseinteilungen I: Oberamtsbezirke	43
Schaubild 14:	Verwaltungseinteilungen II: Städte und Ämter Altwürttembergs,	44
Schaubild 15:	Verwaltungseinteilungen III: Stadt- und Landkreise . . .	45
Schaubild 16:	Oberämter	50
Schaubild 17:	Anteil der Protestanten/Katholiken an der Wohnbevölkerung	60
Schaubild 18:	Anteil der Arbeiter und Heimarbeiter an der Wohnbevölkerung nach dem Beruf des Ernährers	96
Schaubild 19:	Anteil der Personen in der Land- und Forstwirtschaft an der Wohnbevölkerung	145

II. Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Das Bundestagswahlergebnis 1961 im Bund, in Baden-Württemberg, den angrenzenden Wahlkreisen und dem Wahlkreis Heilbronn	8
Tabelle 2:	Veränderungen der Zweitstimmen-Anteile von SPD, CDU und FDP im Bund und im Wahlkreis von 1957 bis 1961	9
Tabelle 3:	Unterschiede zwischen den Parteienkonstellationen in den Gemeinden des Distrikts und dem Drei-Parteien-Profil des Gesamtwahlkreises	14
Tabelle 4:	Politische Dominanz und Gemeindegröße	15
Tabelle 5:	Die Verteilung der Parteistimmen auf die Gemeinden	16
Tabelle 6:	Ergebnisse der Reichstagswahlen im Gesamtdistrikt: 1871 - 1912	nach 20
Tabelle 7:	Ergebnisse der Reichstagswahlen im Gesamtdistrikt : 1919 - 1933	nach 20
Tabelle 8:	Ergebnisse der Bundestagswahlen im Gesamtdistrikt: 1949 - 1961	26
Tabelle 9:	Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt I: 1919 - 1933	nach 50
Tabelle 10:	Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt II: 1919 - 1933	nach 50
Tabelle 11:	Ergebnisse der Reichstagswahlen im Subdistrikt III: 1919 - 1933	nach 50
Tabelle 12:	Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung der Oberämter Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim.	51
Tabelle 13:	Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen der Oberämter Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim.	52
Tabelle 14:	Der Anteil der Bauern an der Wohnbevölkerung der Oberämter Heilbronn, Neckarsulm und Brackenheim.	52
Tabelle 15:	Die Wahlentwicklung in den Oberämtern nach 1945.	54
Tabelle 16:	Bundestagswahlergebnis 1961 der CDU, SPD und FDP in sozialstrukturell gleichartigen Gemeinden, aufgegliedert nach regionalen Kontexten unterschiedlicher politischer Tradition	56
Tabelle 17:	Die Wahlentscheidung der Katholiken am 17. September 1961 im Bund und im Wahlkreis	62
Tabelle 18:	Erwartetes politisches Verhalten der Katholiken (Bund)/ der katholischen Kirche (Wahlkreis)	63

Tabelle 19:	Der Einfluß der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung der Katholiken	64
Tabelle 20:	Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen	65
Tabelle 21:	Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen, aufgegliedert nach der Ortsgröße (Katholiken)	66
Tabelle 22:	Wohndauer und Wahlentscheidung bei Katholiken	67
Tabelle 23:	Politisches Interesse und Wahlentscheidung bei Katholiken (Indikator: letzte Unterhaltung über Politik)	74
Tabelle 24:	Die Wahlentscheidung von Katholiken in Gemeinden mit unterschiedlicher konfessioneller Struktur	76
Tabelle 25:	Der Anteil von Katholiken und CDU-Wählern in Gemeinden mit katholischer Minorität, bei unterschiedlicher konfessioneller Struktur der Nachbargemeinden	78
Tabelle 26:	Die Repräsentanz von Katholiken und CDU-Wählern in Gemeinden mit katholischer Majorität, bei unterschiedlicher konfessioneller Struktur der Nachbargemeinden	80
Tabelle 27:	Der Einfluß der sozialen Schichtzugehörigkeit der Katholiken auf die Wahlentscheidung (Index)	81
Tabelle 28:	Die Wahlentscheidung der Katholiken, aufgegliedert nach dem Geschlecht	82
Tabelle 29:	Die Wahlentscheidung der Protestanten im Bund und im Wahlkreis am 17. September 1961	83
Tabelle 30:	Die konfessionelle Zusammensetzung der Parteiwählerschaften im Wahlkreis	84
Tabelle 31:	Der Einfluß der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung der Protestanten	85
Tabelle 32:	Die Wahlentscheidung der Protestanten aufgegliedert nach der sozialen Schichtzugehörigkeit (Index)	86
Tabelle 33:	Vermutete parteipolitische Unterstützung im Wahlkampf durch die evangelische Kirche	87
Tabelle 34:	Soziale Schicht und Wahlentscheidung (Index)	90
Tabelle 35:	Wichtigste Kriterien zur Einstufung fremder Personen nach ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit (subjektive Einschätzung durch die Befragten)	91
Tabelle 36:	Vermutete Parteivorliebe von Angehörigen ausgewählter Berufe	92
Tabelle 37:	Beruf und Wahlentscheidung am 17. September 1961 in der Bundesrepublik Deutschland und im Wahlkreis Heilbronn	93

Tabelle 38:	Die Wahlentscheidung qualifizierter Arbeiter	95
Tabelle 39:	Erwartetes politisches Verhalten von Angehörigen typischer Arbeiterberufe	98
Tabelle 40:	Die Wahlentscheidung der Arbeiter am 17. September 1961 im Bund und im Wahlkreis	99
Tabelle 41:	Die Wahlentscheidung der Arbeiter, aufgegliedert nach Konfession und Kirchengangshäufigkeit	100
Tabelle 42:	Politisches Interesse bei den Arbeiterwählern, aufgegliedert nach der Wahlentscheidung 1961 (Indikator: letzte Unterhaltung über Politik)	101
Tabelle 43:	Die Wahlentscheidung überzeugter Parteianhänger unter den Arbeitern	102
Tabelle 44:	Zeitpunkt der Entscheidung der Arbeiter für die gewählte Partei	103
Tabelle 45:	Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf (Index)	104
Tabelle 46:	Einstellung zum Wählen bei Arbeitern	105
Tabelle 47:	Stand der Gewerkschaftsmitglieder am 30. September 1960 in den Ortsausschüssen Heilbronn und Neckarsulm	107
Tabelle 48:	Die politische Einstellung der Gewerkschaften in der Perzeption der Wahlkreiswählerschaft	108
Tabelle 49:	Die Wahlentscheidung der gewerkschaftlich organisierten und der gewerkschaftlich nichtorganisierten Arbeiter	111
Tabelle 50:	Betriebsgröße und Wahlentscheidung bei Arbeitern . .	112
Tabelle 51:	Der Einfluß der Wahrnehmung überzeugter Parteianhänger auf die Wahlentscheidung der Arbeiter	114
Tabelle 52:	Die perzipierte Parteipräferenz in Primärgruppen und die Wahlentscheidung der Arbeiter	115
Tabelle 53:	Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen	116
Tabelle 54:	Politisches Interesse (Selbsteinschätzung) und Wahlentscheidung bei Arbeitern	117
Tabelle 55:	Die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten im Wahlkreis Heilbronn am 17. September 1961	118
Tabelle 56:	Die Wahlentscheidung der Beamten und Angestellten im Bund und im Wahlkreis am 17. September 1961	119
Tabelle 57:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Kirchengangshäufigkeit	120
Tabelle 58:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der sozialen Schicht (Index).	121

Tabelle 59:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, verglichen mit der Wahlentscheidung der Arbeiter	122
Tabelle 60:	Die Selbsteinstufung von Beamten/Angestellten und Arbeitern nach der sozialen Schicht, aufgegliedert nach dem Einkommen	123
Tabelle 61:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach dem Alter	124
Tabelle 62:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Größe des Betriebes	125
Tabelle 63:	Vermutete Anzahl der Personen, die die Wahlentscheidung des Befragten kennen	126
Tabelle 64:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Größe des Wohnorts	127
Tabelle 65:	Perzipierte Parteipräferenzen in Verkehrskreisen der primären Umwelt und die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten	128
Tabelle 66:	Parteipräferenz von Vätern und Ehegatten der Beamten und Angestellten	129
Tabelle 67:	Die Wahlentscheidung von Beamten und Angestellten, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in wirtschaftlich und gesellschaftlich orientierten Organisationen und Vereinen	130
Tabelle 68:	Politisches Interesse bei Beamten und Angestellten (Indikator: letzte Unterhaltung über Politik).	131
Tabelle 69:	Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf bei Beamten und Angestellten (Index)	132
Tabelle 70:	Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei Beamten und Angestellten	133
Tabelle 71:	Motive für das Wählen bei Beamten und Angestellten	134
Tabelle 72:	Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches im Bund und im Wahlkreis am 17. September 1961	135
Tabelle 73:	Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach der sozialen Schicht (Index)	136
Tabelle 74:	Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach der Ortsgröße des Wohnorts	137
Tabelle 75:	Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach Konfession und Kirchengangshäufigkeit	138

Tabelle 76:	Erwartetes Wahlverhalten von Angehörigen typischer Berufe der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches	139
Tabelle 77:	Die Wahlentscheidung der Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen	141
Tabelle 78:	Politisches Interesse (Selbsteinschätzung) bei den Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches	142
Tabelle 79:	Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf bei den Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches (Index)	143
Tabelle 80:	Die Wahlentscheidung der Bauern am 17. September 1961 im Bund im Wahlkreis	144
Tabelle 81:	Die Zugehörigkeit der Wahlkreisbevölkerung zu den Hauptwirtschaftsabteilungen am 6. Juni 1961	146
Tabelle 82:	Die Zugehörigkeit der Erwerbspersonen des Wahlkreises zu den Hauptwirtschaftsabteilungen am 6. Juni 1961	147
Tabelle 83:	Die landwirtschaftlichen Betriebe im Wahlkreis, aufgegliedert nach Größenklassen	148
Tabelle 84:	Einschätzung der Kandidaten nach der Fähigkeit zur Lösung eines lokalen, landwirtschaftlichen Problems ("die Zwetschgenfrage")	149
Tabelle 85:	Die Wahlentscheidung der Bauern, aufgegliedert nach der Mitgliedschaft in bäuerlichen Berufsorganisationen	150
Tabelle 86:	Soziale Merkmale zweier protestantischer Bauerngebiete im Südwesten und Nordosten des Wahlkreises	154
Tabelle 87:	Das Wahlergebnis 1961 in den protestantischen Bauerngebieten im Südwesten und Nordosten des Wahlkreises	155
Tabelle 88:	Das Wahlergebnis 1961 in der Heimatgemeinde des CDU-Kandidaten	156
Tabelle 89:	FDP-Stimmen in protestantischen und katholischen Gemeinden, aufgegliedert nach dem Anteil der bäuerlichen Wohnbevölkerung in v. H. der gesamten Wohnbevölkerung der Gemeinden im Jahre 1961	157
Tabelle 90:	Die Wahlentscheidung der Hausfrauen im Bund und im Wahlkreis Heilbronn am 17. September 1961	159
Tabelle 91:	Die Wahlentscheidung der Hausfrauen, verglichen mit der Wahlentscheidung der Frauen mit Beruf und der Wahlentscheidung der Männer	160
Tabelle 92:	Das politische Interesse bei Hausfrauen (Selbsteinschätzung)	161

Tabelle 93:	Unterhaltung über Politik bei Hausfrauen	162
Tabelle 94:	Motive zur Wahl bei Hausfrauen	162
Tabelle 95:	Die Kenntnis der Wahlentscheidung des Ehegatten bei Hausfrauen	163
Tabelle 96:	Übereinstimmung der Wahlentscheidung der Hausfrauen mit der des Ehegatten	164
Tabelle 97:	Die Wahlentscheidung der Ehemänner von SPD, CDU und FDP wählenden Hausfrauen	165
Tabelle 98:	Die Wahlentscheidung katholischer Hausfrauen, aufgliedert nach der Kirchengangshäufigkeit	168
Tabelle 99:	Die Wahlentscheidung katholischer und nicht-katholischer Hausfrauen, aufgliedert nach der sozialen Schicht (Index)	169
Tabelle 100:	Der Einfluß politischen Interesses auf Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung der Wahlentscheidung von Hausfrauen mit der Wahlentscheidung der Ehemänner	170
Tabelle 101:	Der Bekanntheitsgrad der Wahlkreiskandidaten von SPD, CDU und FDP im Juli 1961 in den Distrikten Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land	174
Tabelle 102:	Der Bekanntheitsgrad der einzelnen SPD-, CDU- und FDP-Kandidaten im Juli 1961 in den Wahlkreisen Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land	175
Tabelle 103:	Der Bekanntheitsgrad der einzelnen SPD-, CDU- und FDP-Kandidaten im September 1961 in den Wahlkreisen Heilbronn, Dortmund, Arnsberg-Soest und München-Land	176
Tabelle 104:	Der Rednereinsatz der Kandidaten, von sonstigen Wahlkreispolitikern und prominenten Bundes- oder Landespolitikern der Parteien im Heilbronner Wahlkreis in der letzten Phase des Wahlkampfes 1961	180
Tabelle 105:	Die Häufigkeit der Unterhaltung über Politik zu Beginn, während und nach dem Wahlkampf	182
Tabelle 106:	Die Beurteilung der Bedeutung der Bundestagswahl 1961 für die Bundesrepublik zu Beginn, während und nach dem Wahlkampf	183
Tabelle 107:	Die Beurteilung der Bedeutung der Bundestagswahl 1961 für die Befragten persönlich im Juli und im September	184
Tabelle 108:	Regionale Wahlkampfthemen: Wer hat die Zwetschgenfrage gelöst?	186
Tabelle 109:	Regionale Wahlkampfthemen: Das Möckmühler Abkommen	187

Tabelle 110:	Regionale Wahlkampfthemen: Wer hat das Möckmühler Abkommen gebrochen?	188
Tabelle 111:	Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf	189
Tabelle 112:	Selbsteinschätzung des politischen Interesses und Information über den Wahlkreiswahlkampf	190
Tabelle 113:	Unterhaltung über Politik und Information über den Wahlkreiswahlkampf	191
Tabelle 114:	Information über den Wahlkreiswahlkampf und Information über institutionelle Regeln des politischen Systems	192
Tabelle 115:	Information über den Wahlkreiswahlkampf und gespaltene Abgabe von Erst- und Zweitstimme	193
Tabelle 116:	Information über den Wahlkreiswahlkampf und die Einstellung zum Wahlkampf	194
Tabelle 117:	Information über den Wahlkreiswahlkampf und die Bewertung des Bundestagswahlkampfes 1961	195
Tabelle 118:	Informationsgrad über den Wahlkreiswahlkampf und das Gefühl bei der Wahl	196
Tabelle 119:	Informationsquellen über Politik: Wieviel erfahren Sie persönlich aus . . . über Politik?	198
Tabelle 120:	Informationsquellen über den Wahlkampf; Haben Sie auf diese Weise (Vorgaben) in letzter Zeit etwas über den Wahlkampf bemerkt?	199
Tabelle 121:	Das Lesen regionaler und überregionaler Tageszeitungen im Wahlkreis Heilbronn.	200
Tabelle 122:	Die politische Richtung der regionalen Tageszeitungen	202
Tabelle 123:	Was würden Sie sagen: Worum ging es vor allem bei der letzten Bundestagswahl?	205
Tabelle 124:	Die Art der Begründung der Wahlentscheidung	206
Tabelle 125:	Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung	207
Tabelle 126:	Die Einstellung der Befragten zum Regierungswechsel, aufgegliedert nach der Wahlentscheidung	208
Tabelle 127:	Die Wählerschaft, aufgegliedert nach ihrer Einstellung gegenüber dem Regierungswechsel	209
Tabelle 128:	Sympathiegrad für Adenauer, Brandt und Mende und Wahlentscheidung (I)	nach 210
Tabelle 129:	Sympathiegrad für Adenauer, Brandt und Mende und Wahlentscheidung (II)	nach 210
Tabelle 130:	Kandidatenbeurteilung und Wahlentscheidung (I)	211

Tabelle 131:	Kandidatenbeurteilung und Wahlentscheidung (II).	212
Tabelle 132:	Gründe für die Wahl des Wahlkreiskandidaten und Wahlentscheidung	213
Tabelle 133:	Der Informationsgrad über politische Ziele der Parteien im Juli und September 1961	214
Tabelle 134:	Die Einschätzung des Unterrichtetseins über: "das, um was es bei der Bundestagswahl geht", im Juli und September 1961	215
Tabelle 135:	Die Wahrnehmung von Parteipräferenzen in Verkehrskreisen der Primärumwelt zu Beginn und gegen Ende des Wahlkampfes	216
Tabelle 136:	Die Wahrnehmung von Wahlnormen bei verschiedenen Berufskategorien nach dem Wahlkampf und auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes 1961	217
Tabelle 137:	Die politische Einstellung von Verkehrskreisen der Primärumwelt	218
Tabelle 138:	Primärumwelt und Wahlentscheidung (I): Politische Einstellung der Familienangehörigen und Verwandten	219
Tabelle 139:	Primärumwelt und Wahlentscheidung (II): Politische Einstellung der Freunde, Kollegen und Bekannten	220
Tabelle 140:	Wahlentscheidung und Primärumwelt (I): Politische Einstellung der Familienangehörigen und Verwandten	221
Tabelle 141:	Wahlentscheidung und Primärumwelt (II): Politische Einstellung der Freunde, Kollegen und Bekannten	222
Tabelle 142:	Die Verteilung der Parteipräferenzen und die Perception der politischen Einstellungen der Familienangehörigen und Verwandten und der Freunde, Kollegen und Bekannten im Juli, September und November 1961	224
Tabelle 143:	Die Parteipräferenzen im Juli und September 1961 im Wahlkreis Heilbronn	226
Tabelle 144:	Die Richtung der Veränderungen der Parteipräferenzen von Juli bis September 1961 im Wahlkreis Heilbronn	227
Tabelle 145:	Konstanz und Wechsel: Juli bis September 1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen	228
Tabelle 146:	Die Parteipräferenzen im September und die Wahlentscheidung 1961 im Wahlkreis Heilbronn	229
Tabelle 147:	Die Richtung der Veränderungen der Parteipräferenzen von September (kurz vor der Wahl) bis zur Wahl 1961	230

Tabelle 148:	Konstanz und Wechsel: September (kurz vor der Wahl) bis zur Wahl 1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen	231
Tabelle 149:	Das Verhalten der Juli-September Konstanten und der Juli-September Wechsler bei der Wahl	232
Tabelle 150:	Konstantes und verändertes Wählerverhalten im Zeitraum von Juli 1961 bis zur Wahlentscheidung 1961 im Wahlkreis Heilbronn	233
Tabelle 151:	Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei den Wählertypen	235
Tabelle 152:	Konstanz und Wechsel: 1957-1961	236
Tabelle 153:	Konstantes und verändertes Wählerverhalten im Zeitraum von der Bundestagswahl 1957 bis zur Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis Heilbronn	237
Tabelle 154:	Konstanz und Wechsel: 1957-1961. Eine Aufgliederung der Befragten nach Wählertypen	238
Tabelle 155:	Konstanz und Wechsel zwischen den Wahlen und Konstanz und Wechsel im Wahlkampf	239
Tabelle 156:	Die Selbsteinschätzung des politischen Interesses bei verschiedenen Wählertypen	241
Tabelle 157:	Die Unterhaltung über Politik bei verschiedenen Wählertypen im Juli, September und November 1961 . . .	242
Tabelle 158:	Der Informationsgrad über Politik (Selbsteinschätzung) bei verschiedenen Wählertypen	243
Tabelle 159:	Der Informationsgrad über Politik (Index: Informationsgrad über Wahlkreiswahlkampf) bei verschiedenen Wählertypen	244
Tabelle 160:	Wählertypen und Primärumwelt: Familienangehörige und Verwandte und Freunde, Kollegen und Bekannte . nach	244
Tabelle 161:	Der Einfluß der Primärumwelt auf Konstanz und Wechsel der Parteipräferenzen: Familienangehörige und Verwandte und Freunde, Kollegen und Bekannte nach	244
Tabelle 162:	Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen Wählertypen: Politisch Interessierte	245
Tabelle 163:	Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen Wählertypen: Familienangehörige	246
Tabelle 164:	Informationsquellen über den Wahlkampf bei verschiedenen Wählertypen: Freunde, Kollegen und Bekannte .	247
Tabelle 165:	Maßzahlen zur Entwicklung der CDU-Stimmen	252
Tabelle 166:	Maßzahlen zur Entwicklung der FDP-Stimmen	253

Tabelle 167: Maßzahlen zur Entwicklung der SPD-Stimmen	254
Tabelle 168: Die Erststimmenanteile von SPD, CDU und FDP . . .	255
Tabelle 169: Die Verteilung der Wählertypen in Gemeinden mit unterschiedlicher Parteienkonstellation	255

III. Zurechnung der Gemeinden zu speziellen Subdistrikten

Nr. und Name der Gemeinden

Zurechnung der Gemeinden zu den Landschaften im Wahlkreis Heilbronn:

1. Neckartal

100 Heilbronn	161 Lauffen a. N.
135 Flein	170 Neckarsulm
136 Frankenbach	177 Nordheim
138 Friedrichshall, Bad	178 Obereisesheim
146 Gundelsheim	182 Offenau
152 Horkheim	196 Untereisesheim
157 Klingenberg	206 Wimpfen, Bad

2. Schozachtal

111 Abstatt	187 Schmidhausen
113 Auenstein	188 Schozach
115 Beilstein	194 Talheim
143 Gronau	198 Untergruppenbach
153 Ilsfeld	199 Unterheinriet
171 Neckarwestheim	

3. Mainhardter Wald und Löwensteiner Berge

164 Löwenstein	207 Wüstenrot
174 Neulautern	

4. Weinsbergertal

112 Affaltrach	150 Hölzern
129 Eberstadt	151 Hößlinsülz
131 Eichelberg	162 Lehrensteinsfeld
132 Ellhofen	193 Sülzbach
133 Erlenbach	201 Weiler b. W.
134 Eschenau	202 Weinsberg
140 Gellmersbach	204 Willsbach
142 Grantschen	205 Wimmental

5. Kocher- und Jagsttal

113 Bachenau	160 Lampoldshausen
117 Bittelbronn	169 Möckmühl
121 Brettach	173 Neuenstadt a. K.
122 Bürg	179 Obergriesheim
124 Cleversulzbach	181 Ödheim
125 Dahenfeld	183 Oinhausen
126 Degmarn	185 Roigheim
128 Duttenberg	190 Siglingen
141 Gochsen	195 Tiefenbach
149 Höchstberg	197 Untergriesheim
154 Jagsthausen	203 Widdern
158 Kochersteinsfeld	209 Züttlingen
159 Kochertürn	

6. Zabergräu

119 Botenheim	167 Meimsheim
120 Brackenheim	168 Michelbach
123 Clebronn	172 Neipperg
127 Dürrenzimmern	176 Nordhausen
130 Eibensbach	180 Ochsenburg
137 Frauenzimmern	184 Pfaffenhofen
145 Güglingen	192 Stockheim
147 Haberschlacht	200 Weiler a. d. Z.
148 Hausen a. d. Z.	208 Zaberfeld
163 Leonbronn	

7. Leintal

116 Biberach	165 Massenbach
118 Bonfeld	166 Massenbachhausen
139 Fürfeld	175 Niederhofen
144 Großgartach	186 Schluchtern
155 Kirchhausen	189 Schwaigern
156 Kleingartach	191 Stetten a. H.

Zurechnung der Gemeinden zu den Oberämtern im Wahlkreis Heilbronn:

1. Oberamt Heilbronn (bis 1928; ohne die Gemeinden des Oberamtes Weinsberg)

100 Heilbronn	144 Großgartach
111 Abstatt	152 Horkheim
116 Biberach	155 Kirchhausen
118 Bonfeld	178 Obereisesheim
135 Flein	194 Talheim
136 Frankenbach	196 Untereisesheim
139 Fürfeld	198 Untergruppenbach

2. Oberamt Weinsberg (aufgelöst 1928; dann dem Oberamt Heilbronn zugeschlagen)

112 Affaltrach	164 Löwenstein
129 Eberstadt	174 Neulautern
131 Eichelberg	193 Sülzbach
132 Ellhofen	199 Unterheinriet
134 Eschenau	201 Weiler b. W.
140 Gellmersbach	202 Weinsberg
142 Grantschen	204 Willsbach
150 Hölzern	205 Wimmental
151 Hößlinsülz	207 Wüstenrot
162 Lehrensteinsfeld	

Von den Gemeinden des Oberamtes Weinsberg gehörten:

Ammertsweiler	Neuhütten
Bitzfeld	Rappach
Bretzfeld	Scheppach
Dimbach	Schwabbach
Finsterrot	Siebeneich
Geddelsbach	Unterheinbach
Maienfels	Waldbach
Mainhardt	

nicht zum Bundestagswahlkreis Heilbronn.

3. Oberamt Brackenheim

119 Botenheim	167 Meimsheim
120 Brackenheim	168 Michelbach
123 Cleebronn	172 Neipperg
127 Dürrenzimmern	175 Niederhofen
130 Eibensbach	176 Nordhausen
137 Frauenzimmern	177 Nordheim
145 Güglingen	180 Ochsenburg
147 Haberschlacht	184 Pfaffenhofen
148 Hausen a. d. Z.	189 Schwaigern
156 Kleingartach	191 Stetten a. H.
157 Klingenberg	192 Stockheim
163 Leonbronn	200 Weiler a. d. Z.
165 Massenbach	208 Zaberfeld
166 Massenbachhausen	

Von den Gemeinden des Oberamtes Brackenheim gehörten:

Häfnerhaslach	Spielberg
Ochsenbach	

nicht zum Bundestagswahlkreis Heilbronn.

4. Oberamt Neckarsulm

114 Bachenau	159 Kochertürn
117 Bittelbronn	160 Lampoldshausen
121 Brettach	169 Möckmühl
122 Bürg	170 Neckarsulm
124 Cleversulzbach	173 Neuenstadt a. K.
125 Dahenfeld	179 Obergriesheim
126 Degmarn	181 Ödheim
128 Duttenberg	182 Offenau
133 Erlenbach	183 Olnhausen
138 Friedrichshall, Bad	185 Roigheim
141 Gochsen	190 Siglingen
146 Gundelsheim	195 Tiefenbach
149 Höchstberg	197 Untergriesheim
154 Jagsthausen	203 Widdern
158 Kochersteinfeld	209 Züttlingen

Von den Gemeinden des Oberamtes Neckarsulm gehörten:

Böttingen	Hagenbach
-----------	-----------

nicht zum Bundestagswahlkreis Heilbronn.

5. Oberamt Besigheim

153 Ilsfeld	171 Neckarwestheim
161 Lauffen a. N.	188 Schozach

Von den Gemeinden des Oberamtes Besigheim gehörten:

Besigheim	Hofen
Bietigheim	Hohenstein
Bönnigheim	Kirchheim a. N.
Erligheim	Kleiningersheim
Freudental	Löchgau
Gemrigheim	Metterzimmern
Großingerheim	Walheim
Henigheim	

nicht zum Bundestagswahlkreis Heilbronn.

6. Oberamt Marbach

113 Auenstein	143 Gronau
115 Beilstein	187 Schmidhausen

Von den Gemeinden des Oberamtes Marbach gehörten:

Marbach	Kleinbottwar
Affalterbach	Mundelsheim
Allmersbach	Murr
Burgstall	Nassach
Erbstetten	Obersteinfeld
Erdmannshausen	Ottmarsheim
Großbottwar	Pleidelsheim
Hof und Lembach	Rieslingshausen
Höpfigheim	Steinheim a. d. M.
Kirchberg a. d. M.	Weiler z. Stein
Kleinaspach	Winzerhausen

nicht zum Bundestagswahlkreis Heilbronn.

Die zum Bundestagswahlkreis gehörenden Gemeinden:

Schluchtern

Bad Wimpfen

waren badische bzw. hessische Enklaven.

Zurechnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen:

1. Bundestagswahlen

100 Heilbronn	143 Gronau
111 Abstatt	144 Grossgartach
112 Affaltrach	145 Güglingen, Stadt
113 Auenstein	146 Gundelsheim, Stadt
114 Bachenau	147 Haberschlacht
115 Beilstein, Stadt	148 Hausen an der Zaber
116 Biberach	149 Höchstberg
117 Bittelbronn	150 Hölzern
118 Bonfeld	151 Hösslinsülz
119 Botenheim	152 Horkheim
120 Brackenheim, Stadt	153 Ilsfeld
121 Brettach	154 Jagsthausen
122 Bürg	155 Kirchhausen
123 Cleebronn	156 Kleingartach, Stadt
124 Cleversulzbach	157 Klingenberg
125 Dahenfeld	158 Kochersteinsfeld
126 Degmarn	159 Kochertürn
127 Dürrenzimmern	160 Lampoldshausen
128 Duttenberg	161 Lauffen am Neckar, Stadt
129 Eberstadt	162 Lehrensteinsfeld
130 Eibensbach	163 Leonbronn
131 Eichelberg	164 Löwenstein, Stadt
132 Ellhofen	165 Massenbach
133 Erlenbach	166 Massenbachhausen
134 Eschenau	167 Meimsheim
135 Flein	168 Michelbach am Heuchelberg
136 Frankenbach	169 Möckmühl, Stadt
137 Frauenzimmern	170 Neckarsulm, Stadt
138 Friedrichhall, Bad, Stadt	171 Neckarwestheim
139 Fürfeld	172 Neipperg
140 Gellmersbach	173 Neuenstadt am Kocher, Stadt
141 Gochsen	174 Neulautern
142 Grantschen	175 Niederhofen

176 Nordhausen	193 Stülzbach
177 Nordheim	194 Talheim
178 Obereisesheim	195 Tiefenbach
179 Obergriesheim	196 Untereisesheim
180 Ochsenburg	197 Untergriesheim
181 Ödheim	198 Untergruppenbach
182 Offenau	199 Unterheinriet
183 Olnhausen	200 Weiler bei Weinsberg
184 Pfaffenhofen	201 Weiler an der Zaber
185 Roigheim	202 Weinsberg, Stadt
186 Schluchtern	203 Widdern, Stadt
187 Schmidhausen	204 Willsbach
188 Schozach	205 Wimmental
189 Schwaigern, Stadt	206 Wimpfen, Bad, Stadt, (ab 1.5.1952)
190 Siglingen	207 Wüstenrot
191 Stetten am Heuchelberg	208 Zaberfeld
192 Stockheim	209 Züttlingen

2. Landtagswahlen

Wahlkreis Heilbronn-Land I

112 Affaltrach	150 Hölzern
114 Bachenau	151 Hösslinsülz
138 Bad Friedrichshall	154 Jagsthausen
117 Bittelbronn	158 Kochersteinsfeld
121 Brettach	159 Kochertürn
122 Bürg	160 Lampoldshausen
124 Cleversulzbach	162 Lehrensteinsfeld
125 Dahenfeld	164 Löwenstein
126 Degmarn	169 Möckmühl
128 Duttenberg	170 Neckarsulm
129 Eberstadt	173 Neuenstadt a.K.
131 Eichelberg	174 Neulautern
132 Ellhofen	178 Obergriesheim
133 Erlenbach	181 Oedheim
134 Eschenau	182 Offenau
140 Gellmersbach	183 Olnhausen
141 Gochsen	185 Roigheim
142 Grantschen	190 Siglingen
146 Gundelsheim	193 Stülzbach
149 Höchstberg	195 Tiefenbach

197 Untergriesheim	204 Willsbach
201 Weiler bei Weinsberg	205 Wimmental
202 Weinsberg	207 Wüstenrot
203 Widdern	209 Züttlingen

Landtagswahlkreis Heilbronn-Land II

111 Abstatt	165 Massenbach
113 Auenstein	166 Massenbachhausen
115 Beilstein	167 Meimsheim
116 Biberach	168 Michelbach a. H.
118 Bonfeld	171 Neckarwestheim
119 Botenheim	172 Neipperg
120 Brackenheim	175 Niederhofen
123 Cleebronn	176 Nordhausen
127 Dürrenzimmern	177 Nordheim
130 Eibensbach	178 Obereisesheim
135 Flein	180 Ochsenburg
136 Frankenbach	184 Pfaffenhofen
137 Frauenzimmern	186 Schluchtern
139 Fürfeld	187 Schmidhausen
143 Gronau	188 Schozach
144 Grossgartach	189 Schwaigern
145 Güglingen	191 Stetten a. H.
147 Haberschlacht	192 Stockheim
148 Hausen a. d. Z.	194 Talheim
152 Horkheim	196 Untereisesheim
153 Ilsfeld	198 Untergruppenbach
155 Kirchhausen	199 Unterheinriet
156 Kleingartach	200 Weiler an der Zaber
157 Klingenberg	206 Bad Wimpfen, (ab 1. 5. 1952)
161 Lauffen a. N.	208 Zaberfeld
163 Leonbronn	

3. Kommunalwahlen Kreistagswahlen Wahlkreiseinteilung: 8. 11. 1959

Wahlkreis I (Bad Wimpfen)

116 Biberach	155 Kirchhausen
118 Bonfeld	178 Obereisesheim
136 Frankenbach	196 Untereisesheim
139 Fürfeld	206 Bad Wimpfen

Wahlkreis II (Schwaigern)

144 Grossgartach	175 Niederhofen
156 Kleingartach	186 Schluchtern
165 Massenbach	189 Schwaigern
166 Massenbachhausen	191 Stetten a. H.

Wahlkreis III (Brackenheim)

119 Botenheim	167 Meimsheim
120 Brackenheim	168 Michelbach a.H.
123 Cleebronn	172 Neipperg
127 Dürrenzimmern	176 Nordhausen
130 Eibensbach	180 Ochsenburg
137 Frauenzimmern	184 Pfaffenhofen
145 Güglingen	192 Stockheim
147 Haberschlacht	200 Weiler/Zaber
148 Hausen/Zaber	208 Zaberfeld
163 Leonbronn	

Wahlkreis IV (Lauffen)

152 Horkheim	171 Neckarwestheim
157 Klingenberg	177 Nordheim
161 Lauffen	

Wahlkreis V (Ilfeld)

111 Abstatt	187 Schmidhausen
118 Auenstein	188 Schozach
115 Bellstein	194 Talheim
135 Flein	198 Untergruppenbach
143 Gronau	199 Unterheinriet
153 Ilfeld	

Wahlkreis VI (Weinsberg)

112 Affaltrach	134 Eschenau
129 Eberstadt	140 Gellmersbach
131 Eichelberg	142 Grantschen
132 Ellhofen	150 Hölzern
133 Erlenbach	151 Hösslinstülz

162 Lehrensteinsfeld	202 Weinsberg
164 Löwenstein	204 Willsbach
174 Neulautern	205 Wimmmental
193 Sülzbach	207 Wüstenrot
201 Weiler	

Wahlkreis VII (Neckarsulm)

170 Neckarsulm

Wahlkreis VIII (Bad Friedrichshall)

114 Bachenau	159 Kochertirn
138 Bad Friedrichshall	179 Obergriesheim
125 Dahenfeld	181 Oedheim
126 Degmarn	182 Offenau
128 Duttonberg	195 Tiefenbach
146 Gundelsheim	197 Untergriesheim
149 Höchstberg	

Wahlkreis IX (Möckmühl)

117 Bittelbronn	169 Möckmühl
121 Brettach	173 Neuenstadt a.K.
122 Bürg	185 Roigheim
124 Cleversulzbach	183 Olnhausen
141 Gochsen	190 Siglingen
154 Jagsthausen	203 Widdern
158 Kochersteinsfeld	209 Züttlingen
160 Lampoldshausen	

Kreistagswahlen Wahlkreiseinteilung: 15.11.1953

Wahlkreis I (Bad Wimpfen)

116 Biberach	155 Kirchhausen
118 Bonfeld	178 Obereisesheim
136 Frankenbach	196 Untereisesheim
139 Fürfeld	206 Bad Wimpfen

Wahlkreis II (Leintal)

144 Grossgartach	175 Niederhofen
156 Kleingartach	186 Schluchtern
165 Massenbach	189 Schwaigern
166 Massenbachhausen	191 Stetten a. H.

Wahlkreis III (Zabergäu)

119 Botenheim	167 Meimsheim
120 Brackenheim	168 Michelbach
123 Cleebronn	172 Neipperg
127 Dürrenzimmern	176 Nordhausen
130 Eibensbach	180 Ochsenburg
137 Frauenzimmern	184 Pfaffenhofen
145 Güglingen	192 Stockheim
147 Haberschlacht	200 Weiler/Z.
148 Hausen/Z.	208 Zaberfeld
163 Leonbronn	

Wahlkreis IV (Lauffen)

152 Horkheim	171 Neckarwestheim
157 Klingenberg	177 Nordheim
161 Laufen a. N.	

Wahlkreis V (Bottwartal)

111 Abstatt	187 Schmidhausen
113 Auenstein	188 Schozach
115 Beilstein	194 Talheim
135 Flein	198 Untergruppenbach
143 Gronau	199 Unterheinriet
153 Ilsfeld	

Wahlkreis VI (Weinsberger Tal)

112 Affaltrach	134 Eschenau
129 Eberstadt	140 Gellmersbach
131 Eichelberg	142 Grantschen
132 Ellhofen	150 Hölzern

151 Hösslinsülz	201 Weiler
162 Lehrensteinfeld	202 Weinsberg
164 Löwenstein	204 Willsbach
174 Neulautern	205 Wimmental
193 Sülzbach	207 Wüstenrot

Wahlkreis VII (Neckarsulm)

138 Bad Friedrichshall	170 Neckarsulm
133 Erlenbach	

Wahlkreis VIII (Unteres Jagst- und Kochertal)

114 Bachenau	159 Kochertürn
122 Bürg	173 Neuenstadt
124 Cleversulzbach	179 Obergriesheim
125 Dahenfeld	181 Oedheim
126 Degmarn	182 Offenau
128 Duttonberg	195 Tiefenbach
146 Gundelsheim	197 Untergriesheim
149 Höchstberg	

Wahlkreis IX (Hinteres Kocher- und Jagsttal)

117 Bittelbronn	169 Möckmühl
121 Brettach	185 Roigheim
141 Gochsen	183 Olnhausen
154 Jagsthausen	190 Siglingen
158 Kochersteinsfeld	203 Widdern
160 Lampoldshausen	209 Züttlingen

Kreistagswahlen Wahlkreiseinteilung: 7. 12. 1947

Wahlkreis I (Neuenstadt)

128 Duttonberg	179 Obergriesheim
181 Oedheim	182 Offenau
114 Bachenau	195 Tiefenbach
146 Gundelsheim	197 Untergriesheim
149 Höchstberg	121 Brettach

122 Bürg	117 Bittelbronn
124 Cleversulzbach	154 Jagsthausen
125 Dahenfeld	169 Möckmühl
126 Degmarn	183 Olnhausen
141 Gochsen	185 Roigheim
173 Neuenstadt	190 Siglingen
160 Lampoldshausen	203 Widdern
158 Kochersteinsfeld	209 Züttlingen
159 Kochertörn	

Wahlkreis II (Neckarsulm)

170 Neckarsulm	133 Erlenbach
138 Bad Friedrichshall	

Wahlkreis III (Schwaigern)

136 Frankenbach	191 Stetten a. H.
139 Fürfeld	186 Schluchtern
144 Grossgartach	175 Niederhofen
155 Kirchhausen	116 Biberach
156 Kleingartach	118 Bonfeld
165 Massenbach	178 Obereisesheim
166 Massenbachhausen	196 Untereisesheim
189 Schwaigern	

Wahlkreis IV (Brackenheim)

119 Botenheim	168 Michelbach
120 Brackenheim	172 Neipperg
123 Clebronn	176 Nordhausen
127 Dürrenzimmern	180 Ochsenburg
130 Eibensbach	184 Pfaffenhofen
137 Frauenzimmern	192 Stockheim
145 Güglingen	200 Weiler/Zaber
147 Haberschlacht	208 Zaberfeld
148 Hausen/Z.	177 Nordheim
163 Leonbronn	157 Klingenberg
167 Meimsheim	

Wahlkreis V (Lauffen)

171 Neckarwestheim	187 Schmidhausen
188 Schozach	185 Flein
194 Talheim	152 Horkheim
113 Auenstein	198 Untergruppenbach
115 Beilstein	199 Unterheinriet
143 Gronau	111 Abstatt
153 Ilsfeld	161 Lauffen

Wahlkreis VI (Weinsberg)

129 Eberstadt	151 Hösslinstilz
132 Eilhofen	162 Lehrensteinsfeld
140 Gellmersbach	164 Löwenstein
142 Grantschen	174 Neulautern
150 Hölzern	193 Sülzbach
205 Wimmantal	201 Weiler
112 Affaltrach	204 Willsbach
131 Eichelberg	207 Wüstenrot
134 Eschenau	202 Weinsberg

Kreistagswahlen Wahlkreiseinteilung: 28.4.1946

a) Zusammengesetzte Wahlkreise

Wahlkreis A (Neuenstadt)

128 Duttenberg	169 Möckmühl
149 Höchstberg	203 Widdern
197 Untergriesheim	195 Tiefenbach
125 Dahenfeld	117 Bittelbronn
160 Lampoldshausen	114 Bachenau
154 Jagsthausen	182 Offenau
190 Siglingen	122 Bürg
146 Gundelsheim	141 Gochsen
173 Neuenstadt a.K.	159 Kochertürn
181 Ödheim	183 Olnhausen
179 Obergriesheim	209 Züttlingen
121 Brettach	124 Cleversulzbach
126 Degmarn	185 Roigheim
158 Kochersteinsfeld	

Wahlkreis B (Kirchhausen)

136 Frankenbach	144 Grossgartach
156 Kleingartach	189 Schwaigern
191 Stetten a.H.	166 Massenbachhausen
118 Bonfeld	175 Niederhofen
139 Fürfeld	196 Untereisesheim
165 Massenbach	155 Kirchhausen
186 Schluchtern	116 Biberach
178 Obereisesheim	

Wahlkreis C (Brackenheim)

119 Botenheim	200 Weiler a.d. Zaber
130 Eibensbach	123 Cleebronn
148 Hausen	184 Pfaffenhofen
172 Neipperg	145 Güglingen
192 Stockheim	167 Meimsheim
157 Klingenberg	180 Ochsenburg
168 Michelbach	208 Zäberfeld
120 Brackenheim	127 Dürrenzimmern
137 Frauenzimmern	147 Haberschlacht
163 Leonbronn	177 Nordheim
176 Nordhausen	

Wahlkreis D (Beilstein)

171 Neckarwestheim	152 Horkheim
115 Beilstein	194 Talheim
135 Flein	153 Ilsfeld
111 Abstatt	198 Untergruppenbach
199 Unterheinriet	113 Auenstein
188 Schozach	187 Schmidhausen
143 Gronau	

Wahlkreis E (Willsbach)

129 Eberstadt	131 Eichelberg
150 Hölzern	132 Ellhofen
134 Eschenau	205 Wimmental
174 Neulautern	151 Hösslinsülz
207 Wüstenrot	193 Sulzbach

133 Erlenbach	162 Lehrensteinsfeld
164 Löwenstein	201 Weiler
140 Gellmersbach	142 Grantschen
112 Affaltrach	204 Willsbach

b) Einzelgemeinden als Wahlkreis:

170 Neckarsulm	138 Friedrichshall, Bad
161 Lauffen a. N.	202 Weinsberg

Ein-, Zwei- und Dreiparteienkonstellationen in den Befragungsgemeinden

1. Einparteienkonstellation

146 Gundelsheim	181 Ödheim
155 Kirchhausen	187 Schmidhausen

2. Zweiparteienkonstellation

138 Bad Friedrichshall	182 Offenau
170 Neckarsulm	206 Bad Wimpfen

3. Dreiparteienkonstellation

100 Heilbronn	169 Möckmühl
115 Beilstein	171 Neckarwestheim
129 Eberstadt	180 Ochsenburg
135 Flein	183 Olnhausen
136 Frankenbach	184 Pfaffenhofen
161 Lauffen a. N.	202 Weinsberg
163 Leonbronn	207 Wüstenrot

IV. Indexbildung

Index: Informationsgrad über das regionale Wahlkampfgeschehen

Zur Indexbildung wurden folgende Fragen aus der Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn benutzt:

1. Wissen Sie von welcher Partei der Abgeordnete ist, der Ihren Wahlkreis im Bundestag vertritt, d. h. der jetzt bei der Bundestagswahl gewählt worden ist?
Kennen Sie seinen Namen?
Partei und Name richtig
Partei und/oder Partei unrichtig,
Keine Angabe

2. Und gibt es sonst noch einen Abgeordneten oder Politiker aus dem Wahlkreis hier, der jetzt in den Bundestag gekommen ist? Von welcher Partei ist er?
Name und Partei richtig
Name und/oder Partei unrichtig,
Keine Angabe

3. Haben Sie schon einmal etwas vom Möckmühler Abkommen gehört, das die Kandidaten der drei großen Parteien vor der Bundestagswahl abgeschlossen hatten?
Ja
Nein,
Keine Angabe

4. In diesem Abkommen versprachen die drei Kandidaten Simpfendörfer, Mauk und Bazille einen fairen Wahlkampf zu führen. Wer von ihnen hat wohl das Abkommen zuerst gebrochen?
Stellungnahme
Keine Stellungnahme,
Keine Angabe

5. Welche zwei der drei Kandidaten verstehen sich untereinander wohl am besten?

Stellungnahme

Keine Stellungnahme,

Keine Angabe

Für jede richtig beantwortete Frage bzw. für jede Stellungnahme zum regionalen Wahlkampfgeschehen wurde 1 Punkt gegeben. 0 Punkte bezeichnet den niedrigsten, 5 Punkte den höchsten Informationsgrad über regionalen Wahlkreiswahlkampf.

Index: Information über institutionelle Regeln des politischen Systems

Zur Indexbildung wurden folgende Fragen aus der Umfrage vom November 1961 im Wahlkreis Heilbronn benutzt:

1. Können Sie uns bitte sagen, wie in der Bundesrepublik der Bundeskanzler gewählt wird? - Wir meinen, wer schlägt den Bundeskanzler vor und wer wählt ihn?

Richtig

Unvollständig

Falsch,

Keine Angabe

2. Haben Sie etwas darüber erfahren können, warum man zwei Stimmen abgibt, was man mit der Erststimme bewirkt und was man mit der Zweitstimme bewirkt?

Richtig

Unvollständig

Falsch,

Keine Angabe

Die Antworten wurden folgendermaßen bewertet:

Beide Fragen richtig beantwortet:	4 Punkte
Eine Frage richtig, eine Frage unvollständig beantwortet:	3 Punkte
Zwei Fragen unvollständig, oder eine Frage richtig, eine falsch beantwortet:	2 Punkte

Eine Frage unvollständig, eine Frage falsch beantwortet:	1 Punkt
Beide Fragen falsch beantwortet:	0 Punkte

Dieser Index wurde zuerst von Franz Pappi: "Das Wahlverhalten im Bezugsrahmen der politischen Kultur", unveröffentlichtes Manuskript, 1966, verwendet.

Index: Soziale Schicht

Der Index Soziale Schicht, wie er in dieser Arbeit verwendet wurde, ist in dieser Form zuerst von Professor Dr. Erwin K. Scheuch entwickelt und verwendet worden. Er wurde aus den Angaben zum Beruf des Haushaltsvorstands, der Schulbildung des Befragten und dem Einkommen des Haushaltsvorstands nach folgendem Punktwertschema berechnet:

I. Beruf des Haushaltsvorstands

Freie Berufe, selbständiger Akademiker	25 Punkte
Führende Selbständige	30 "
Mittlere Selbständige	20 "
Kleine Selbständige	15 "
Leitende Angestellte	27 "
Qualifizierte Angestellte	16 "
Ausführende Angestellte	10 "
Leitende Beamte	23 "
Mittlere Beamte	16 "
Untere Beamte	10 "
Höchstqualifizierte Facharbeiter	13 "
Gewöhnliche Facharbeiter	9 "
Angelernte Arbeiter (auch landwirtschaftliche)	4 "
Ungelernte Arbeiter (s.o.)	1 "
Große, selbständige Landwirte	25 "
Mittlere, selbständige Landwirte	20 "
Kleine, selbständige Landwirte	15 "

N.B.: Arbeitslos = 1 Punkt Abzug

Bei Arbeitslosen und Rentnern = ehemaliger Beruf.

II. Schulbildung des Befragten

Volksschule ohne Lehre	2 Punkte
Volksschule mit Lehre	4 "
Handelsschule ohne Abschluß	5 "
Höhere Schule bis Obertertia	7 "
Mittlere Reife	9 "
Höhere Schule ohne Abitur (länger als Untersekunda)	11 "
Höhere Fachschule mit Abschluß	12 "
Abitur	14 "
Hochschule ohne Abschluß	18 "
Hochschule mit Abschluß	20 "

III. Einkommen des Haushaltsvorstands

bis 149 DM	1 Punkte
150 " 299 "	3 "
300 " 399 "	5 "
400 " 499 "	6 "
500 " 599 "	8 "
600 " 699 "	9 "
700 " 799 "	10 "
800 " 899 "	13 "
900 " 999 "	13 "
1000 " 1499 "	16 "
1500 " 1999 "	19 "
2000 und mehr	20 "

Berechnung der Punktzahl

Einfache Addition der Punktzahlen für die drei Kriterien und anschließend Einordnung in die folgende Gruppierung:

Untere Unterschicht	0 - 14 Punkte
Obere Unterschicht	15 - 22 "
Untere Mittelschicht	23 - 29 "
Mittlere Mittelschicht	30 - 39 "
Obere Mittelschicht	40 - 49 "
Oberschicht	50 - 70 "

N. B. : Nicht ermittelt bei Unvollständigkeit der Angaben. Haushaltsvorstand: Hausfrau oder in Berufsausbildung wurden nicht einbezogen.

V. LITERATUR

1. Bücher und Zeitschriften

Abendroth, Wolfgang: Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte, 5. Jg., 1957

Anderson, Dewey, and Percy Davidson: Ballots and Democratic Class Struggle, Stanford 1943

Arènsberg, Conrad M.: The Community Study Method, in: American Journal of Sociology, vol. LX, 1954

Arensberg, Conrad M.: Die Gemeinde als Objekt und Paradigma, in: König, René (Hrsg.): Handwörterbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1, Stuttgart 1962

Bagehot, Walter: The English Constitution, 1. Auflage, London 1867; 2. Auflage, 1961 (The World's Classics)

Benney, M., and P. Geiss: Social Class and Politics in Greenwich, in: British Journal of Sociology, vol. I, Nr. 4, december 1950

Benney, M., A.P. Gray, and R.H. Pear: How People Vote, New York - London 1956

Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld, and William N. McPhee.: Voting, 1. Auflage, Chicago - London 1954; 4. Auflage, 1963

Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Auflage, München 1960

Besson, Waldemar: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933, Stuttgart 1959

Bracher, Karl D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart - Düsseldorf 1955

Braunias, Karl: Das parlamentarische Wahlrecht, 2 Bde, Berlin - Leipzig 1932

Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956

Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E., and Donald E. Stokes: The American Voter, New York - London 1960

Chrimes, S.B. (Hrsg.): The General Election in Glasgow, February 1950, Glasgow 1950

- Daudt, Harry: Floating Voters and the Floating Vote, Leiden 1961
- Diederich, Nils: Empirische Wahlforschung, Köln und Opladen 1965
- Diekershoff, Karl-Heinz: Das Wahlverhalten von Mitgliedern organisierter Interessengruppen, Kölner Dissertation 1964
- Durkheim, Emile: Les Régles de la Méthode Sociologique, 14. Auflage, Paris 1960
- Dürr, Friedrich: Heilbronner Chronik, Heilbronn 1895
- Duverger, Maurice: Partis Politiques et Classes Sociales, in: Duverger, Maurice (Hrsg.): Partis Politiques et Classes Sociales en France, Paris 1955
- Eulau, Heinz: Identification with Class and Political Role Behavior, in: Public Opinion Quarterly, vol. XX, Nr. 3, 1956
- Faul, Erwin (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen/Schwarzwald 1960
- Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance, Evanstown - New York 1957
- Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 - 1949, 2. Auflage, Bremen 1953
- Gemmecke, Vera: Die Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis Arnshausen-Soest, Kölner Dissertation 1964
- Goguel, Francois: Géographie des Elections Francaises de 1870 à 1951, Paris 1952
- Graf, Hans: Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund, Hannover - Frankfurt a.M. 1958
- Grosse, C. und C. Raith: Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871, Stuttgart 1912
- Grube, Walter: Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands, Stuttgart 1960
- Gunzert, Rudolf: Die Landtagswahl am 28. November 1954 in Frankfurt a.M. Neue Beiträge zu einer statistischen Analyse des Wahlgeschehens, Sonderheft 5 der Statistischen Monatsberichte des Statistischen- und Wahlamts der Stadt Frankfurt a.M. 18. Jg., 1956
- Haas, Arnim: Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Regierungsbezirk Aachen von der Deutschen Revolution 1848/49 bis zum Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, Bonner Dissertation 1954
- Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963

- Hermens, Ferdinand A.: Demokratie und Wahlrecht, Paderborn 1933
- Hermens, Ferdinand A.: Verfassungslehre, Frankfurt a.M. Bonn 1964
- Hess, Adalbert: Die Landtags- und Reichstagswahlen im Großherzogtum Hessen 1865 - 1871, Oberursel/ Taunus 1957
- Heuss, Theodor: Friedrich Naumann, 2. Auflage, Stuttgart 1949
- Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz: Wähler und Gewählte, Berlin - Frankfurt a.M. 1957
- Hofmann, Wilhelm: Von Parteien und Wahlen, in: Schwaben und Franken, Heimatgeschichtliche Beilage der Heilbronner Stimme, 6. Jg., Nr. 4, 6 und 7
- Janowitz, Morris: The Imagery of the Urban Community Press, in: Public Opinion Quarterly, vol. 15, 1951
- Kaase, Max: Die Wechselwähler, Kölner Dissertation 1964
- Key, Vladimir O.: Public Opinion and American Democracy, New York 1961
- König, René: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958
- König, René (Hrsg.): Soziologie, Frankfurt a.M. 1958
- Kornhauser, Arthur, Mayer, A.J. and H.L. Sheppard: When Labor Votes, New York 1956
- Krusemarck: Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung Heilbronn's, in: Heilbronn am Neckar, Vergangenheit und Gegenwart, herausgegeben vom Verkehrsverein Heilbronn e.V., Heilbronn 1939
- Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, and Hazel Gaudet: The People's Choice, 1. Auflage, New York 1944; 5. Auflage, 1960
- LeBras, Gabriel: Géographie Electorale et Géographie Religieuse, in: Etudes de Sociologie Electorale, Paris 1947
- Linz, Juan: The Social Bases of German Politics, Dissertation, Columbia University, 1958
- Lipset, Seymour M.: Political Man, New York 1960
- Lipset, Seymour M., Lazarsfeld, Paul F., Barton, Allen H., and Juan Linz: The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior, in: Lindzey, Gardner (Hrsg.): Handbook of Social Psychology, vol. II, Cambridge/Mass. 1956
- Mattes, W.: Die bayerischen Bauernräte, Stuttgart 1921
- McCallum, Ronald B., and Allison Readman: The British General Election of 1945, London 1947

- McRae, Duncan: Occupations and the Congressional Vote 1940 - 1950, in: *American Sociological Review*, vol. 20, Nr. 3, June 1955
- Mill, John Stuart: *Considerations and Representative Government*, London 1861
- Miller, Warren E.: *One Party Politics and the Voter*, in: *American Political Science Review*, vol. 50, 1956
- Milne, R.S., and H.C. Mackenzie: *Straight Fight*, London 1954
- Murphy, Raymond J.: *Occupational Situs, Subjective Class Identification and Political Affiliation*, in: *American Sociological Review*, vol. 26, Nr. 3, June 1961
- Neumann, Sigmund: *Die deutschen Parteien*, Berlin 1932
- Pappi, Franz: *Das Wahlverhalten im Bezugsrahmen der politischen Kultur*, unveröffentlichtes Manuskript, 1966
- Parsons, Talcott: *The Social System*, Glencoe 1951
- Pulzer, Peter: *Die Bundestagswahl 1961 in Heilbronn*, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965
- Reigrotzki, Erich: *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik*, Tübingen 1956
- Rink, Jürgen: *Zeitung und Gemeinde*, Düsseldorf 1963
- Schauff, Johannes: *Die deutschen Katholiken und das Zentrum. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871*, Köln 1928
- Scheuch, Erwin K.: *Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten*, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965
- Scheuch, Erwin K. und Dietrich Rüschemeyer: *Scaling Social Status in Western Germany*, in: *British Journal of Sociology*, vol. XI, Nr. 2, June 1960
- Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann: *Das Forschungsprogramm der "Wahlstudie 1961"*, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965
- Schierbaum, Hans-Jürgen: *Die politischen Wahlen in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1849 - 1867*, Düsseldorf 1965

- Schleth, Uwe: Die Finanzen der CDU, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965
- Schuckmann, Gunnar von: Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871, Kölner Dissertation 1965
- Seifert, Karl-Heinz: Das Bundeswahlgesetz, Berlin - Frankfurt a.M. 1957; dazu: Ergänzungsheft 1961
- Siegfried, André: Tableau Politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République, Paris 1913
- Steil, Hans-Willi: Die politischen Wahlen in der Stadt Trier und in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirkes Trier 1867 - 1887, Bonner Dissertation 1961
- Steiner, Jürg: Die Anteilnahme der Stimmbürger am politischen Leben ihrer Gemeinde, in: Berner Beiträge zur Soziologie, Bd. 5, Bern - Stuttgart 1961
- Trenaman, Joseph, and Denis McQuail: Television and the Political Image, London 1961
- Unkelbach, Helmut und Rudolf Wildenmann: Grundfragen des Wählens, Frankfurt a.M. - Bonn 1961
- Vogel, Bernhard und Peter Haungs: Wahlkampf und Wählertradition, Köln und Opladen 1965
- Wahlrechtskommission: Grundlagen eines deutschen Wahlrechts. Bericht der vom Bundesminister des Inneren eingesetzten Wahlrechtskommission, Bonn 1955
- Weinandy, Klaus: Die politischen Wahlen in den rechtsrheinischen Kreisen Sieg, Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach und Waldbröl des Regierungsbezirkes Köln in der Zeit von 1849 - 1870, Bonner Dissertation 1956
- Weller, Erich: Heilbronn und die Revolution von 1848/49, in: Historischer Verein Heilbronn, 15. Heft, mit Bericht über die Jahre 1922 - 1925, Heilbronn 1925
- Wernerus, Theodor: Die Rolle der Massenmedien und die Bundestagswahl 1961, Kölner Dissertation 1965
- Wildenmann, Rudolf: Konfliktkontrolle, eine Aufgabe der Demokratie, in: Die Neue Gesellschaft, 10. Jg., 6. Heft, November/Dezember 1963
- Wildenmann, Rudolf und Erwin K. Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965

Wildenmann, Rudolf, Kaltefleiter, Werner und Uwe Schleth: Auswirkungen von Wahlsystemen auf das Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik, in: Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965

2. Statistiken und sonstige Quellen

Statistisches Reichsamt

Statistiken über die Reichstagswahlen von 1871 bis 1932

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Württemberg-Baden)

Statistiken über die Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen

Statistiken über die Volks- und Berufszählungen der Jahre 1950 und 1961

Statistisches und Wahlamt der Stadt Heilbronn

Jahresberichte

Landratsamt Heilbronn

Unterlagen über die Kreistagswahlen von 1946 bis 1959

Die Statistiken über die Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie über die Volks- und Berufszählungen wurden für die vorliegende Studie in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, dem Statistischen und Wahlamt der Stadt Heilbronn und dem Landratsamt Heilbronn zusammengestellt. Die Ergebnisse wurden für jede der 100 Gemeinden des Wahlkreises auf Lochkarten genommen und mit eigens für diese Untersuchung entwickelten Programmen ausgewertet. Die Auswertungen wurden dargestellt in:

Heilbronn-Studie, Aggregatdatenanalyse,
Materialbericht zur politischen Struktur

Heilbronn-Studie, Aggregatdatenanalyse,
Materialbericht zur sozialen Struktur

Heilbronn-Studie, Aggregatdatenanalyse,
Methodische Einleitung zu den Material-
berichten über die soziale und politische
Struktur

Eine beschreibende Zusammenfassung der Einzelergebnisse wurde vorgelegt in:

Heilbronn-Studie, Materialband: Soziale und politische Struktur

Das gesamte Lochkartenmaterial und die Auswertungsprogramme stehen im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln zur Verfügung.

Regionale Tageszeitungen

Heilbronner Stimme, Jahrgänge ab 1949

Neckar Echo, Jahrgang 1961

Der Jahrgang 1961 steht für beide Zeitungen im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln bereit.

Umfragen

1. Juli 1961 (309 Befragte)

2. September 1961 (312 Befragte)

3. November 1961 (370 Befragte)

Im Stadt- und Landkreis Heilbronn wurde im September/Okttober 1963 eine weitere Umfrage (350 Befragte) vom EMNID-Institut, Bielefeld, durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt. Eine Darstellung findet sich in:

Heilbronn-Studie, Materialband: Soziale und politische Struktur, S.

3 - 22 und S. 96 ff. T 1 bis T 41

Das gesamte Primärmaterial steht im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln bereit.

Interviews, Berichte und Beobachtungen

Interviews wurden geführt mit:

Kandidaten, lokalen Politikern,
Repräsentanten und Funktionären
organisierter Interessenverbände,
Journalisten regionaler Tages-
zeitungen

Berichte wurden gegeben über:

den regionalen Wahlkreiswahlkampf
im Zeitraum vom Juni bis November 1961

Beobachtungen über das Verhalten der Bevölkerung in partiellen Öffentlichkeiten wurden nach den Richtlinien der Kölner Wahlstudie in 50 Fällen durchgeführt.

Die Ergebnisse wurden vorgelegt in:

Heilbronn-Studie, Materialband: Interviews und Berichte

Heilbronn-Studie, Materialband: Beobachtungen

Die Berichtbände stehen im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln bereit.

Karte des Stadt- und Landkreises Heilbronn a.N. Kartographie und Verlag: Reise- und Verkehrsverlag Stuttgart.